J. publ. g. 432/1

Siſtematiſche Grundlehre des deutſchen Staatsrechts

zum Gebrauche der Kurkölniſchen hohen Schule zu Bonn.

Verfaßt
von
Joſeph Vitalian Lomberg, B. R. D.
des uralten Gros-Erzdiakonal Münſterſtiftes in Bonn und der Kollegiatſtiftskirche zu den h. h. Apoſtelen in Köln Kapitularn, des deutſchen Staatsrechts öffentlich-ordentlichen Lehrern, und der juriſtiſchen Fakultät Beiſitzern.

Erſter Theil.

Bonn,
Gedruckt auf Köſten der typographiſchen Geſellſchaft, und in Commiſſion zu Frankfurt bey J. E. Hermann 1787.

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Dem

Hochwürdigſt-Durchlauchtigſten

Fürſten und Herrn

Herrn

Maximilian Franzen

Erzbiſchofen zu Köln,

des heiligen Römiſchen Reiches durch Italien Erzkanzlern und Kurfürſten,

Königlichen Prinzen von Hungarn und Böheim,
Erzherzogen zu Oeſterreich,
Herzogen zu Burgund und Lothringen ꝛc.

Adminiſtratorn des Hochmeiſterthums
in Preuſſen, Meiſtern deutſchen Ordens in Deutſch- und Welſchen Landen,

Fürſt-Biſchofen zu Münſter,
in Weſtphalen und zu Engern Herzogen,
Grafen zu Habsburg und Tyrol ꝛc.
Burggrafen zu Stromberg ꝛc. ꝛc.

Meinem gnädigſten Fürſten und Herrn.

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Hochwürdigſt Durchlauchtigſter

Erzbiſchof und Kurfürſt!

Gnädigſter Fürſt und Herr!

Wenn ich es wage, Euer Kurfürſtlichen Durchlaucht glorwürdigſtem Namen dieſe geringfügigen Blätter in tiefeſter Ehrfurcht zu zueignen, ſo geruhen Höchſtdieſelben ſolches anders nicht als den mindeſten Theil desjenigen Dankopfers anzuſehen, das ich als Patriot dem Huldreicheſten Landesvater, als Unter-

ter-

terthan meinem **wohlthätigſten Fürſten**, und als Mitglied der hieſigen hohen Schule dem **grosmüthigſten Beförderer** derſelben, in ſo manchem Betracht ſchuldig bin.

Glücklich! wenn daſſelbe nicht ganz unwürdig ſeyn wird des höchſten Beifalles, den **Euer Kurfürſtliche**

Durch=

Durchlaucht als Einer der ge-
prüfteſten Kenner und erhabenſten
Schützer der Wiſſenſchaf-
ten, nur dem Verdienſte zu ſchen-
ken gewohnt ſind; ich würde mir als-
dann ſchmeicheln und ſelbſt Glück
wünſchen dörfen, in dem erweiterten
Kreiſe der Aufklärung auch das Mei-
nige beigetragen und meinem Amtsbe-
rufe ſo, wie den weiſeſten Abſichten

un-

unſers, der Unſterblichkeit würdigſten Herrſchers entſprochen zu haben.

ich erſterbe

Euer Kurfürſtlichen Durchlaucht

unterthänigſt = treugehorſamſter
J. V. Lomberg.

I. Tabellariſcher Proſpekt der vier Bücher dieſes erſten Theiles überhaupt.

Das Subjekt des Staatsrechtes iſt überhaupt der Stand und die Regierungsverfaſſung der bürgerlichen Geſellſchaft oder des Staates.

Die ſiſtematiſche Grundlehre des Staatsrechtes giebt daher urſprünglich die nöthigen

Vorkenntniſſe

A. Von dem geſellſchäftlichen Naturſtande auſſer der bürgerlichen Vereinigung. I. Buch. I. Hauptſt. I. Abſch.
B. Von der bürgerlichen Geſellſchaft, oder dem Staate überhaupt:
  1) politiſch. II. Abſch.
  2) geographiſch. III. Abſch.

Hierauf die ſiſtematiſche

Anwendung

des beſondern deutſchen Staatsrechts:
A. von ehemaliger und heutiger Grundverfaſſung des deutſchen Reiches. I. Buch. II. Hauptſt.
  1) politiſch. I. Abſch.
  2) geographiſch. II. Abſch.
B. von Deutſchlandes Ab- und Eintheilungen
  1) in zehn Reichskreiſe. III. Abſch.
  2) — drei Ritterkreiſe. IV. Abſch.
  3) — drei Ganerbinate. V. Abſch.
  4) — des Deutſchen und Johanniterordens-Grundgebiete. VI. Abſch.
  5) — Reichsdörfer. VII. Abſch.
  6) — Reichsſtändiſche Territorien. VIII. Abſch.

Uebergang
zu der Grundlehre von den verſchiedenen Staatsformen oder bürgerlichen Regierungsverfaſſungen, vorderſamſt der Monarchiſchen.

II. Buch.

A. Monarchie. I. Hauptſt. I. Abſch.
B. Monarch. II. Abſch.

Anwendung.

A. Monarchiſches Anſehen des Römiſchdeutſchen Kaiſers. II. Hauptſt. I. Abſch.
B. Verhältniß der Landeshoheit oder landesherrlichen Regierungsgewalt deutſcher Reichsſtände. II. Abſch.

Ariſtokratiſche Staatsverfaſſung.

III. Buch.

A. Ariſtokrazie. I. Hauptſt. I. Abſch.
B. Ariſtokratiſche Reichsſtände. II. Abſch.

Anwendung.

A. Verhältniß deutſcher Reichsſtände. II. Hauptſt. I. Abſch.
1) Kurfürſten. II. Abſch.
2) Fürſten. III. Abſch.
3) Grafen. IV. Abſch.
4) Prälaten. V. Abſch.
5) Städte. VI. Abſch.
B. Verhältniß mittelbarer Landſtände. VII. Abſch.

Demokratiſche Staatsverfaſſung.

IV. Buch.

A. Demokrazie. I. Hauptſt. I. Abſch.
B. Demokratiſcher Reichstag. II. Abſch.

Anwendung.

A. Verhältniß des deutſchen Reichstages. II. Hauptſt. I. Abſch.
2) Reichstägige Majeſtätsrechte des Kaiſers. II. Abſch.

2) Komitialrechte der Kurfürſten und übrigen Reichsſtände. III. Abſch.
3) Art und Weiſe, auf dem Reichstage zu handeln und zu ſchließen. IV. Abſch.
4) Reichsdeputationen. V. Abſch.
B. Feierliche Landtage und Landesdeputationen in den Fürſtenthümer Deutſchlandes. VI. Abſch.

II. Proſpekt

Jedes einzelnen Buches dieſes erſten Theiles insbeſondere.

I. Buch.

Allgemeine Kenntniß des natürlichen und bürgerlichen Standes, oder des Staates überhaupt und inſonderheit des römiſch-deutſchen Reiches.

I. Hauptſtück.

Von dem Naturſtande und dem Staate überhaupt.

I. Abſchnitt.

1. Stand der Natur. Seite 13
2. Recht der natürlichen Freiheit. 14
3. Hausväterliches Regiment. 15
4. Anarchie. 15
5. Urſprüngliches Recht der Herrſchaft und Dienſtbarkeit. 16

II. Abſchnitt.

1. Urſprung der Staaten. 17

2. Weſentliche Eigenſchaft derſelben. Seite 18
3. Bürgerlicher Verein eines Staates. 21
4. Verſchiedenheit der bürgerlichen Regierungsfor-men, oder Staatsverfaſſungen. 21
5. Majeſtät, oder höchſte Regierungsgewalt. 23
6. Bürgerliche Unterwürfigkeit. 25
7. Bürgerliche Freiheit. 26
8. Siſtem vereinigter Freiſtaaten. 27

III. Abſchnitt.

1. Genaue Berichtigung der Staatsgränzen. 28
2. Politiſcher Zuſammenhang des Staats mit einem oder mehrern auswärtigen Staaten. 29
3. Natürliche und politiſche Abtheilungen des Staats. 30
4. Untergeordnete Theile einer jeden Hauptabtheilung des Staats. 31
6. Verſchiedene Verfaſſungen und Rechte der verſchie-denen Haupt- und Untergeordneten Theile, oder abſonderlichen politiſchen Geſellſchaften des Staats. 32

II. Hauptſtück.

Von dem Urſprunge, den Veränderungen und dem gegenwärtigen Zuſtande der Regierungsverfaſſung des deutſchen Reiches; deſſen Gränzen, Anſprüchen, und politiſchem Zuſammenhange mit Italien; von Deutſchlandes Ein- und Abtheilungen in verſchiedene Provinzen, Länder und Diſtrikte, deren untergeordneten mancherlei politiſchen Geſellſchaften, und aller deren abſonderlichen Verfaſſungen und Rechten.

I. Abſchnitt.

1. Natürlicher Freyheitsſtand der Deutſchen. S. 34
2. Erſtes bürgerliches Regiment der Franken. 35
3. Saliſch-Ripuariſche Geſetze. 36
4. Deutſche Staatsverfaſſung unter Karl dem Groſſen. 37
5. Unter Ludewig dem Deutſchen. 39
6. Unter Conrad und Heinrich I. 40
7. Unter Otto dem Groſſen. 41
8. Unter Maximilian I. und Karl V. 41

9. Ge-

9. Gegenwärtige Regierungsform des römiſch-deutſchen Reiches. 42

II. Abſchnitt.

1. Gränzen des deutſchen Reiches. 44
2. Deſſen Anſprüche auf auswärtige ihm entzogene Staaten. 47
3. Politiſcher Zuſammenhang des deutſchen Reiches mit dem longobardiſchen Italien. 48

III. Abſchnitt.

1. Deutſchlandes natürliche und politiſche Ab- und Eintheilungen, beſonders in zehn Kreiſe. 50
2. Allgemeine Verfaſſung der Reichskreiſe. 51
3. Feierliche Kreisverſammlungen. 53
4. Rechte und Freiheiten der Reichskreiſe. 55
5. Reichskonſtitutionsmäßige Verbeſſerung und Ergänzung des mangelhaften Reichskreisweſens. 56

IV. Abſchnitt.

1. Reichsritterſchaftliche Kreiſe. 58
2. Deren innere Verfaſſung, und untergeordnete Kantons. 59
3. Feierliche Rittertage. 60
4. Reichsritterſchaftliche Grundgebiete und Güter. 62
5. Reichspflichtige Ritterabgaben. 64
6. Rechte und Freiheiten der Reichsritterſchaft. 66
7. Statutenmäßige Erforderniſſen, in einem Ritterkreiſe zu Sitz und Stimm zu gelangen. 63

V. Abſchnitt.

1. Reichsunmittelbare Ganerbinate. 70
2. Deren Verfaſſung und Statuten. 71
3. Ganerbliche Rechte und Freiheiten. 72

VI. Abſchnitt.

1. Des Deutſchen- und Johanniter-Ritterordens Grundgebiete (Zungen und Balleien) im Deutſchen Reiche. 73
2. Beider Ritterorden Urſprung und Zweck. 75
3. Innere Verfaſſung. 76
4. Vorzüge, Rechte und Statuten. 78

VII. Abſchnitt.

1. Unmittelbare Reichsdörfer. Seite 80
2. Deren innere Verfaſſung und Rechte. 81
3. Andere unmittelbare Reichstheile abſonderlicher einzelnen theils geiſt- theils weltlichen Gemeinden. 82

VIII. Abſchnitt.

1. Reichsſtändiſche Territorien. 83
2. Deren bisherige Hauptveränderungen. 85
3. Vereinigung mehrerer urſprünglich verſchiedener deutſchen Länder. 86
4. Reichsſtändiſches Ländertauſch- und Theilungsrecht. 87
5. Innere Beſtandtheile und Nationalverfaſſung deutſcher Territorien ins gemein. 88

II. Buch.

Monarchiſche Regierungsverfaſſung ins gemein, und inſonderheit des römiſch-deutſchen Reiches.

I. Hauptſtück.

Von der Monarchie, und dem Monarchen überhaupt.

I. Abſchnitt.

1. Begriff und weſentlicher Karakter einer Monarchie. 91
2. Verſchiedene Arten und Grundverfaſſungen der Monarchien. 92

II. Abſchnitt.

1. Karakteriſtiſche Kennzeichen eines Monarchen. 94
2. Monarchiſche Titel, Wappen und Kleinodien. 94
3. Rechte und rechtmäßige Gewalt des Monarchen. 95
4. Misbrauch der monarchiſchen Gewalt, oder Despoterei. 97

II. Haupt-

II. Hauptſtück.

Von dem höchſten monarchiſchen Anſehen der kaiſerlichen Majeſtät über das ganze römiſch-deutſche Reich, und dem Verhältniſſe der reichsſtändiſchen Landeshoheit über einzelne Reichsterritorien.

I. Abſchnitt.

1. Ehemaliges und heutiges monarchiſches Anſehen eines römiſch-deutſchen Kaiſers. Seite 100
2. Deſſen Titel, Wappen und Kleinodien. 101
3. Perſönlicher Vorzug und Rang in Europa. 105
4. Reſidenz und Hofſtaat. 107
5. Hoheiten und Reſervaten. 109
6. Verhältniß des römiſchen Königs. 110
7. Titel, Rang und Hofſtaat der römiſchen Kaiſerinn. 112

II. Abſchnitt.

1. Verhältniß der reichsſtändiſchen Landeshoheit zu der kaiſerlichen Majeſtät. 114
2. Urſprung der Landeshoheit. 117
3. Heutiger Karakter oder wahre Eigenſchaft derſelben. 121
4. Begriff von landesherrlichen Hoheiten oder ſogenannten Regalien. 124

III. Buch.

Ariſtokratiſche Regierungsverfaſſung insgemein, und inſonderheit Spuren derſelben in wirklicher Theilnehmung der geſammten Reichsſtände an der allgemeinen Regierung der deutſchen Monarchie.

I. Hauptſtück.

Von der Ariſtokrazie, und dem Anſehen ariſtokratiſcher Reichsſtände überhaupt.

I. Abſchnitt.

1. Begriff und Weſen einer Ariſtokrazie. Seite 128
2. Verſchiedene Arten und Grundverfaſſungen der Ariſtokrazien. 129

II. Abſchnitt.

1. Rechte und rechtmäßige Gewalt ariſtokratiſcher Reichsſtände. 130
2. Ariſtokratiſcher Senat. 130
3. Ordentliche Ausübung der ariſtokratiſchen Majeſtät. 131
4. Mißbrauch derſelben, oder Oligarchie. 132

II. Hauptſtück.

Von den Deutſchen unmittelbaren Reichs= und mittelbaren Land= oder Provinzialſtänden.

I. Abſchnitt.

1. Verhältniß der Deutſchen ariſtokratiſchen Reichsſtände. 134
2. Urſprünglicher und heutiger Karakter der Deutſchen Reichsſtandſchaft. 135

3. Ver=

3. Verſchiedenheit und kollegialiſche Eintheilung der Reichsſtände. Seite 137
4. Grundgeſetzmäßige Erforderniſſe, die Reichsſtandſchaft zu erlangen. 138

II. Abſchnitt.

1. Urſprünglicher und gegenwärtiger Zuſtand der Kurfürſten überhaupt. 140
2. Kurfürſtliche Würde und Titulatur. 142
3. Gerechtſame und Freiheiten. 144
4. Kurverein. 145
5. Rangordnung. 146

III. Abſchnitt.

1. Verſchiedenheit und Karakter der Reichsfürſten insgemein. 148
2. Inſonderheit der Herzoge. 150
3. Pfalzgrafen. 152
4. Landgrafen. 154
5. Markgrafen. 155
6. Burggrafen. 156

IV. Abſchnitt.

1. Urſprung und Eigenſchaft der unmittelbaren Reichsgrafen und Herren ins gemein. 158
2. Inſonderheit der ſo genannten Wild- und Rheingrafen. 160
3. Gegenwärtiger Zuſtand und kollegialiſche Ab- und Eintheilung ſämtlicher Reichsgrafen. 161

V. Abſchnitt.

1. Ehemaliger und heutiger Karakter der Reichsprälaten und Abtißinnen. 164
2. Deren Kollegialverfaſſung und Rechte. 165
3. Gegenwärtige Form oder Sitz- und Stimmordnung des geſammten Fürſtenraths im ganzen. 166

VI. Abſchnitt.

1. Urſprüngliche Unmittelbarkeit und heutige Reichsſtandſchaft der Städte. 167
2. Kollegialiſche Abtheilung derſelben. 169
3. Religionsverſchiedenheit. 171
4. Innerliche Verfaſſung. 171
5. Verhältniß der ſtädtiſchen Landeshoheit zu der kaiſerlichen Majeſtät. 173

6. Zufällige Aktiv- und Paſſivrechte einiger Reichsſtädte. Seite 175

VII. Abſchnitt.

1. Urſprung und Karakter mittelbarer Land- oder Provinzialſtände in einzelnen Fürſtenthümer Deutſchlandes. 176
2. Verhältniß mittelbarer Landſtände zu unmittelbaren Reichsſtänden und ihren Landesherren. 177
3. Verſchiedene Klaſſen und Rechte der Landſtände. 178

IV. Buch.

Demokratiſcher und inſonderheit Deutſcher allgemeiner Reichstag.

I. Hauptſtück.

Von der Demokrazie und dem Weſen eines demokratiſchen Reichstages überhaupt.

I. Abſchnitt.

1. Begriff und Karakter einer Demokrazie. 180
2. Verſchiedenheit der demokratiſchen Grundverfaſſungen. 180

II. Abſchnitt.

1. Demokratiſcher Reichstag. 181
2. Ordentliche Ausübung der Demokratiſchen Majeſtät. 182
3. Misbrauch derſelben, oder Ochlokrazie. 183

II. Hauptſtück.

Von feierlichen Reichs- und Landtagen der Deutſchen.

I. Abſchnitt.

1. Urſprung und Verſchiedenheit der alten deutſchen Reichstage. 184
2. Verhältniß eines ehemaligen und heutigen deutſchen Reichstages zu einer demokratiſchen Reichsverſammlung. 186

2. Ver-

3. Begriff des fürwährenden allgemeinen Reichsta=
ges in Deutſchland. 187

II. Abſchnitt.

1. Reichstägige Majeſtätsrechte des Kaiſers, vorder=
ſamſt deſſen Beſchreibung zum Reichstage. 188
2. Beſchickung des Reichstages mit der kaiſerlichen
Kommiſſion. 189
3. Kaiſerliche Vorrechte und Pflichten bei Eröfnung
und der Fortdauer eines Reichstages. 90

III. Abſchnitt.

1. Komitialgerechtſame des Kurfürſten zu Mainz. 191
2. Beyder Kurfürſten zu Köln und Trier. 193
3. Des Kurfürſten in Sachſen. 196
4. Der übrigen Reichsſtände und deren Reichstags=
geſandten und Deputirten insgemein. 197

IV. Abſchnitt.

1 Abſonderliche Berathſchlagungsart der einzelnen
Reichskollegien. 198
2. Deren gemeinſame Re= und Korrelation. 200
3. Ordentliche Art und Weiſe zu beſchließen. 200
4. Auſſerordentliches Recht der Reichsſtände, ſich in
zween Religionstheile zu trennen. 202
5. Misbrauch dieſes Rechtes. 203
6. Hergebrachte Ausübungsart deſſelben. 205

V. Abſchnitt.

1. Begriff und Abſicht der Reichsdeputationen
insgemein. 207
2. Inſonderheit der Ordentlichen. 207
3. Der Auſſerordentlichen. 209
4. Abſonderliche Verſammlungen gewiſſer einzelnen
Klaſſen der Reichsſtände. 210

VI. Abſchnitt.

1. Urſprung und Zweck der feierlichen Landtage in
den Fürſtenthümer Deutſchlandes. 211
2. Verfaſſung und Berathſchlagungsart. 212
3. Verhältniß der landesherrlichen Gewalt zu dem
Anſehen einer gemeinen Landſchaftsverſammlung. 214
4. Begriff von Landesdeputationen. 215

Ueberſicht

des ſiſtematiſchen Zuſammenhanges der übrigen dreien Theile.

II. Theil

enthält den Lehrbegriff a) aus dem allgemeinen und b) beſondern deutſchen Reichs= und c) Land= Staatsrecht:

Von den drei Hauptmajeſtätsrechten

1) Der höchſten Geſetzgebung; V. Buch.
2) — Aufſicht und Polizei; VI. Buch.
3) — Gerichtsbarkeit; VII. Buch.

III. Theil.

Von den Untergeordneten, zum innern des Staats gehörigen Regierungsrechten

1) Ueber Religion und Kirche; VIII. Buch.
2) — Domaine= Staats= und Privatgüter; IX. Buch.
3) — Oeffentliche Aemter; X. Buch.
4) — Standeserhöhungen und Privilegien; XI Buch.

IV. Theil

Von den übrigen, den Staat von auſſen betreffenden Majeſtätsrechten

1) Des Krieges und Friedens; XII. Buch.
2) Der Bündniſſe und Geſandſchaften; XIII. Buch.

Schlußlehre

1) Von der Art und Weiſe, die bürgerliche Regierungsgewalt zu erlangen; XIV. Buch.
2) — derſelben verluſtig zu werden; XV. Buch.

Majeſtät; — dann 2) die Rechte der unmittelbaren Reichs- und mittelbaren Provinzialſtände; — wie endlich 3) die innere Verfaſſung des fürwährenden allgemeinen Reichstages und anderer beſondern Reichs- und Landſtändiſchen Zuſammenkünfte, verhältmäßig erörtert haben: ſo führet uns die natürliche Ordnung des allgemeinen Staatsrechts nun weiter hinüber zu den drei Haupt-Majeſtätsrechten: der höchſten Geſetzgebung, der höchſten Aufſicht, und der höchſten Gerichtsbarkeit.

Daß alſo in dem V. Buch: I. Von dem erſten Haupt-Majeſtätsrechte im allgemeinen — und darauf II. inſonderheit, von der ehemaligen und heutigen höchſten Geſetzgebung in Deutſchland, — von den Reichsgeſetzen oder ſogenannten Reichsabſchieden überhaupt, — von den Reichsgrundgeſetzen insbeſondere: von der goldenen Bulle, — von den deutſchen Verträgen mit dem römiſchen Stul — von dem königl. Landfrieden — der kaiſerl. Wahlkapitulation — dem Religions- und Weſtphäliſchen Frieden, — dem Reichs-Herkommen, — von der Analogie der Reichsgeſetze, — deren Verbindlichkeit und authentiſcher Erörterung, — und ſchließlich von dem Verhältniſſe der hohen Landesherrlichen Geſetzgebung ꝛc. ſiſtematiſch gehandelt wird, ſo wie ferner

In dem VI. Buch: I. Von dem andern Haupt-Majeſtätsrechte im allgemeinen, und II. insbeſondere: von der höchſten Aufſicht und Polizei des deutſchen Reiches, von eigentlichen Reichspolizei-Gegenſtänden und darüber getroffenen allgemeinen Reichs-Polizei-Verfügungen, beſonders, von dem Kommerz- Münz- Poſt- Zoll- Juſtitz- Bücher- und Zunftweſen in Deutſchland. — Von der unbeſchränkteſten Erſtreckung der Landesherrlichen höchſten Aufſicht und Polizei über alle und jede der Landeshoheit untergeordnete Sachen, Perſonen und Geſellſchaften ꝛc.

Dann ſchließlich in dem VII. Buch: I. Von dem dritten Haupt-Majeſtätsrechte im allgemeinen, und II. insbeſondere, von der vormaligen und heutigen Gerichtsbarkeit des Kaiſers im römiſch-deutſchen Reiche, — von den kaiſerlichen Provinzialgerichten, — von dem kaiſerlichen Reichskammergericht — Reichshofrath

und der Reichskanzlei, — von der Kammergerichts- und Reichshofraths-Ordnung, — von der Jurisdictions-Konkurrenz beider höchſten Reichsgerichte, — von den allein dem Reichshofräthlichen Erkänntniſſe vorbehaltenen Rechts- und Gnadenſachen, — von den die kaiſerliche höchſte Gerichtsbarkeit mehr oder weniger beſchränkenden Privilegien, beſonders, von dem Recht der Austräge, de non appellando &c. von ganz ausgenommenen und befreiten Rechtshändeln, beſonders: von deutſchen Kreis- Polizei- und katholiſchen geiſtlichen Streitſachen, — von den kaiſerlichen Reichsfiskalen an beiden höchſten Reichsgerichten, — von der reichsfiskaliſchen Praxis, — von der Reichsacht, — Exekutionsordnung, und ſelbiger angemeſſenen Vollſtreckung der Endurtel, — von den wider die Endurtel anwendbaren Rechtsmitteln: — 1) der Reviſion und Supplication, — 2) der Reſtitution, — 3) dem Sindikat — und 4) dem Rekurs zum Reichskonvent, — von der Viſitation der beiden höchſten Reichsgerichte, — und ſchließlich: von dem Verhältniſſe der hohen Landesherrlichen ſowohl bürgerlichen als peinlichen Gerichtsbarkeit in unmittelbaren deutſchen Territorien ꝛc.

Haben wir nun auch ſolcher Geſtalt die drei Haupt-Majeſtätsrechte, und deren richtige Ausübungsart, ſowohl in der Kürze nach dem allgemeinen- als in der Ausführung nach dem beſondern deutſchen Reichs- und Landſtaatsrechte, verhältnismäßig abgehandelt: ſo folgen wir ſchon wieder dem weitern Fortgange des natürlichen Staatsrechtes, in ſeiner Ordnung auf dem Schritte, zu der Grundlehre von den übrigen untergeordneten Majeſtäts- oder allgemeinen Regierungsrechten; und erörtern daher

In dem VIII. Buche I. die weltliche Majeſtäts- oder Regierungsrechte über Religions- und Kirchenſachen in jedem Staate überhaupt, wie II. beſonders im römiſch-deutſchen Reiche, und behandeln alſo nach dem Siſtem der ehemaligen und heutigen Verfaſſung und Rechte des deutſchen Kirchenſtaates folgende der Reihe nach hierhin gehörige Materien: 1) von dem uralten kaiſerlichen Schutzrechte über die römiſche und deutſche Chriſtliche Kirche, — 2) von den kaiſerlichen Kirchengeſetzen in den Fränkiſchen Kapitularien, — 3)

von

von dem alten königlichen Patronat- und Spolienrechte, — 4) von dem vormaligen kaiſerl. Belehnungsrechte deutſcher Erz- und Biſchöfe mit Ring und Stabe, — 5) von dem heutigen reichskonſtitutionsmäßigen Schutzrechte des Kaiſers über die römiſche und deutſche nicht allein katholiſche ſondern auch proteſtantiſche Kirche, — 6) von den daher ſtammenden kaiſerl. Rechten und Pflichten, a) bei einer Pabſtwahl, — b) bei Erz- und Biſchöflichen Wahlen in Deutſchland, — c) bei dem päbſtlichen Hoflager, — d) bei einer allgemeinen oder National-Kirchenverſammlung, e) bei entſtehenden Religionsunruhen und Beſchwerden, — f) bei vorkommenden Vertragswidrigen Attentaten der römiſchen Curie wider die Gerechtſamen der deutſchen Nation, — g) bei neu ergehenden päbſtlichen Verordnungen, Breven und Bullen, — von dem kaiſerl. Recht der erſten Bitte, und der ſogenannten Brodbriefe, — von dem ehemaligen und heutigen Schutzrecht des Kaiſers über die Jüdiſche Sinagoge in Deutſchland, — von reichskonſtitutionsmäßiger Religionstoleranz, — von den vormaligen und heutigen päbſtlichen Rechten in dem römiſch-deutſchen Reiche, — von dem Rechte der reichsſtändiſchen Landeshoheit in Religions- und Kirchenſachen, — von dem Landeshoheitlichen Reformationsrechte, — von dem Verhältniſſe der wechſelſeitigen Rechte und Pflichten verſchiedener Religionen unter einer und der nemlichen Landeshoheit, — von dem heutigen Landeshoheitlichen Judenſchutze, — von den Metropolitan- und Biſchöflichen Rechten in eigenen und auswärtigen Landen deutſcher Mitſtände, — von ehemaligen und heutigen Anmaßungen der päbſtlichen Nunzien in Reichsſtändiſchen, theils geiſtlichen, theils weltlichen Landesgebieten ꝛc.

In dem IX. Buch: I. Von den Regierungsrechten über Domaine, Staats- und Privatgüter, und deren Beſteurungsrecht in jedem Staat überhaupt, wie II. beſonders im römiſch-deutſchen Reiche, von den ehemaligen kaiſerl. Reichsdomaingütern, Domainrechten und Gefällen, deren Veräußerungs- und Wiederlöſungsrecht, — von unmittelbaren Reichs-Allodial- und Reichs-Lehengütern, — von dem Urſprunge und der Verſchiedenheit der Reichs-Lehen, — von dem beſondern Recht der geiſtlichen Reichs-Lehen, — von dem

all

allgemeinen Reichs-Lehensbande der reichsſtändiſchen Unterwürfigkeit gegen des Reichs und des Kaiſers geſammte oberſte Lehenherrſchaft, — von den reſervirten reichslehenherrlichen Rechten und Gefällen des Kaiſers, beſonders in Anſehung der Inveſtitur, Apertur ꝛc. — von dem gegenwärtigen Zuſtande der noch übrigen kaiſerl. Domainen, und andern Reichsgefällen, — von ordentlichen und auſſerordentlichen Reichsſteuren, — von grundgeſetzmäßiger Ausübungsart des kaiſerl. Beſteurungsrechtes, — von dem Reichsſteueranſchlage, oder der ſogenannten Reichs-Matrikel, — von den Hoheiten und Rechten der deutſchen Landesherren über die Provinzialdomaine oder ſogenannte Haus- und Tafel- auch andere Staats- und Privatgüter ſowohl Allodien als Lehen, und deren verhältnißmäßigem Beſteurungsrecht ꝛc.

In dem X. Buch: I. Von dem Regierungsrecht über die öffentlichen Aemter, und von deren Verſchiedenheit in jedem Staate überhaupt, wie II. insbeſondere von den ehemaligen und heutigen kaiſerl. Rechten über die höchſten und hohen auch niedern Reichsämter, und deren Verſchiedenheit, beſonders von des Kaiſers und des Reichs höchſten Erzbeamten, deren Erbunterbeamten, — von den kaiſerl. Hofämtern, — von dem kaiſerl. geheimen Staats- und Conferenzminiſterium, — von kaiſerl. geheimen Räthen, — von kaiſerl. Pfalzgrafen, — Doktoren, — öffentlichen Notarien, — gekrönten Poeten, — von dem Landesherrlichen Recht über die hohen und niedern Provinzialämter, und von deren Verſchiedenheit, beſonders von den hergebrachten Kur- und Fürſtlichen Erb-Land- und Hofämtern, — Miniſterien, — Raths- und Juſtizkollegien, — Akademien ꝛc.

In dem XI. Buch: I. Von dem Regierungsrecht in Verleihung der Würden und Standeserhöhungen, — auch Privilegien und Freiheiten, in jedem Staate, und II. beſonders im deutſchen Reich, — von rechtmäßiger Ausübung dieſer kaiſerl. Reſervate, — von der Reichspraxis, die verſchiedenen Standeserhöhungen, Titel, Wapen, Privilegien und Freiheiten bei der kaiſerl. Majeſtät ordentlich nachzuſuchen, und allda auszufertigen, — von der Rechtswirkung neu ertheilter Standeserhöhungen, Titel, Wapen, und

an-

anderer Privilegien und Freiheiten, — von ſtraffälliger falſcher Anmaßung derlei Ehrentitel, Würdezeichen, fremder adlicher Wapen, und ſonſtiger Privilegien und Freiheiten, — von dem beſchränkten Rechte der deutſchen Landeshoheit in Verleihung der Standeserhöhungen, — Privilegien und Freiheiten in den Bezirken der unmittelbaren Reichsterritorien ꝛc.

Wo wir nun dahier die ſogenannten *Jura Majeſtatis immanentia*, oder die auf das innere Regiment eines jeden Staates abzweckenden Majeſtätsrechte, allmälig ſowohl in der gemeſſenſten Kürze nach allgemeinen, als in der Ausführung nach beſondern deutſchen Grundregeln, alle der Reihe nach, ſiſtematiſch vorgetragen haben: ſo folgen nunmehr, unſerer einmal angenommenen natürlichen Ordnung gemäß, die ſogenannten *Jura Majeſtatis tranſeuntia,* oder die auf auswärtige Staatsangelegenheiten abzweckenden Majeſtätsrechte, zu ihrer Erörterung:

Daß alſo in dem XII. Buche gehandelt wird I. von dem Kriegs= und Friedensrechte der Völker überhaupt, und II. inſonderheit: Von dem Kriegs= und Friedensrechte der Deutſchen, — von vormaligen Feierlichkeiten deutſcher Reichskriege, — von heutiger reichskonſtitutionsmäßiger Weiſe, eines zuführenden feierlichen Reichskrieges, — von den kaiſerlichen beſondern Vorrechten bei entſtehendem Reichskriege, — von dem Anſehen und den Geſammtrechten der allgemeinen Reichsverſammlung, — von feierlicher Erklärung eines Reichskrieges, — von Stellung der Reichs= und Kreiskontingente, — von der Reichsgeneralität, — Kriegsmunition und Verpflegung, — von der Reichsoperationskaſſe, — den Reichsveſtungen, — den Durchzügen, — Einquartierungen — und den Kriegsoperationen der Reichs=Executionsarmee, — von kaiſerl. und reichsſtändiſchen Komitialrechten bei einem Reichsfriedensſchluß, — von dem Verhältniß der Landeshoheitlichen Kriegs= und Friedensrechte in Deutſchland gegen auswärtige Mächte, — dann ſchließlich

In dem XIII. Buch: I. Von dem Völkerrechte der Bündniſſe und Geſandtſchaften, — von dem Endzwecke — der Verſchiedenheit — und Rechtskraft der

Bünd=

Bündniſſe, — von den daher ſtammenden Geſandtſchafts-rechten, — von auſſerordentlichen Botſchaftern der erſten Klaſſe, — von Geſandten und Bevollmächtigten Miniſtern des zweiten und dritten Ranges, — von Reſidenten, — Geſandtſchaftsſekretaren, und deren Verhältniß gegen ihre Principalen, — von dem geſandtſchaftlichen Ceremoniel, — von dem Recht der Unverlezlichkeit der Geſandten, — von dem Europäiſchen Völkerrecht, Geſandten vom erſten Range zu ſchicken und zu erhalten, II. von dem beſondern deutſchen Staatsrecht der Reichsbündniſſe, — Garanzien, — und Reichsgeſandtſchaften, — von dem Verhältniß des Landeshoheitlichen Rechtes der Bündniſſe und Geſandtſchaften 1) gegen den Kaiſer, — 2) die Mitſtände, — und 3) gegen auswärtige Höfe.

Nach alſo ſiſtematiſch erörterten theils die innere, theils äuſſere Staatsſicherheit bezielenden ſowohl allgemeinen als deutſchen Majeſtäts- und Landeshoheitlichen Regierungsrechten, leitet uns nun endlich die fortgeſezte Ordnung des vortretenden natürlichen Staatsrechtes, zu der Schlußlehre von der rechtmäßigen Art und Weiſe 1) zu der Majeſtät oder dem bürgerlichen Regiment zu gelangen, und 2) deſſelben verluſtig zu werden.

Wir handeln daher in dem XIV. Buch I. von dem Recht der Erb- und Wahlthronfolge, nach Verſchiedenheit der Erb- und Wahlreiche überhaupt, und II. inſonderheit von dem vormaligen Erbfolgerecht der fränkiſchen Könige im deutſchen Reich, — von dem nachherigen Wahlrecht der Deutſchen, von dem heutigen Rechte der römiſchen Königs- oder Kaiſerwahl, — von dem prätendirten Mitwählungsrechte der drei rheiniſchen Metropolitankapitel, bei erledigtem Erzbiſchöflichem Stul, — von der Rechtskraft einer reichskonſtitutionsmäßigen Kaiſerwahl, — von dem ehemaligen und heutigen kaiſerl. Krönungsrecht in Anſehung des Pabſtes, und der kurrheiniſchen Erzbiſchöfe, — von den Feierlichkeiten vor, bei, und nach der kaiſerl. Krönung, beſonders von der Feierlichkeit der kaiſerl. Huldigung, — von dem Krönungsrecht und Ceremoniel einer römiſchen Kaiſerin, — von dem Erbfolgerecht der weltlichen deutſchen Fürſten und Landesherren, — von dem Wahlrecht der geiſtlichen deutſchen

ſchen Fürſten und Landesherren, — von Deren Huldigung ꝛc.

Hierauf zum gänzlichen Beſchluß

In dem XV. Buch: I. Von rechtmäßiger, ordentlicher und auſſerordentlicher Weiſe der Majeſtät verluſtig zu werden, und II. von der ehemaligen angemaßten päbſtlichen und reichsſtändiſchen Machtvollkommenheit, den römiſch-deutſchen Kaiſer ſeines Thrones zu entſetzen, — von dem vorgeblichen Richteramt des Pfalzgrafen über den Kaiſer, — von dem beſchränkten Abdankungs- und freien Reſignationsrecht des Kaiſers an den römiſchen König, — von des deutſchen Reichs Rechten und Pflichten bei dem Tode des Kaiſers, — von dem deutſchen Zwiſchenreich und den höchſten Reichsverweſern, — deren Gerichtsbarkeit — und den zwiſchen beiden dießfalls getroffenen Vergleichen, — von den übrigen gewiſſen und ſtrittigen Gerechtſamen der höchſten Reichsverweſer, — von rechtmäßiger ordentlicher und auſſerordentlicher Weiſe in deutſchen, ſowohl geiſtlichen als weltlichen Territorien, der Landeshoheit verluſtig zu werden, — von der Landestrauer bei dem Tode des Landesherrn, — von domkapitulariſchen Vikariats-Regierungsrechten bei erledigtem Biſchöflichem Stul, — von dem auſſerordentlichen Interregnum eines weltlichen deutſchen Erblandes ꝛc.

Dieſes iſt alſo der ganze Hauptplan meiner akademiſch-ſiſtematiſchen Lehrart des deutſchen Staatsrechtes; worüber ich um ſo eher dahier eine ausführliche Rechenſchaft geben wollte, als nöthiger es iſt, den Zuſammenhang des ganzen Siſtems, und die Verbindung der einzelnen Theile vorläufig beurtheilen zu können.

Gleichwie nun aber nach Maaßgab dieſes alſo vorgezeichneten Grundriſſes jedes der XV Bücher in II beſondern Hauptſtücke getheilt iſt, deren erſtes jedesmal als die Grundveſte des darauf folgenden, nichts mehr

mehr als den dahin gehörigen unentbehrlichen Grundſtoff aus dem allgemeinen Staats- oder natürlichen Völkerrecht, lezteres hingegen, allemal in ſeiner Anwendung, ſämtliche dahin paſſende Materien unſers beſondern deutſchen Staatsrechtes in ſich begreift: alſo haben wir bei nachheriger wirklichen ſiſtematiſchen Ausführung des Planes ſelbſt, ſolche unter einem Hauptſtücke begriffene Materien, nach ihrer weſentlichen Verſchiedenheit, in ſo viele verſchiedene Abſchnitte, ſo wie jeden derſelben, als ein untergeordnetes Ganzes, in ſeine gemeſſene Abtheilungen und mehrere Paragraphen ordentlich unterſchieden.

Um nun auch die wirkliche ſiſtematiſche Ausführung ſelbſt, und darin den einfacheſten Zuſammenhang des Ganzen wie die natürlichſte Verbindung ſowohl der Haupt- als untergeordneten Theile noch geſchwinder, und gleichfalls mit einem Blicke überſehen zu können, ſo ſollen dißfalls noch beſonders zwei tabellariſche Proſpekte, I. des ganzen Werks überhaupt, und II. der XV Bücher insbeſondere, gehörig nachgetragen werden.

Wird gleichwohl dem unerachtet dieſes neuere Lehrſiſtem, ſo wenig als vor ihm jedes andere, vor dem Schlangenbiſſe des vorurtheiligen Mißverſtandes und der tadelhaften Eiferſucht geſichert ſeyn, ſo tröſtet mich dahingegen die bei heutigen aufgeklärtern Zeiten immer anwachſende Zahl ſo vieler rechtſchaffenen Muſen- und Menſchenfreunde, welche Einſicht und Redlichkeit genug haben, zu wiſſen und zu bekennen, daß tadeln und rügen leichter ſey, als erfinden und ausführen, und welche nichts weniger, als den himmelweiten Unterſchied zwiſchen gelehrten zweckmäßigen Beurtheilungen, und leeren nichts bedeutenden Schmäh- und Tadelſchriften mißkennen.

Inzwiſchen bin ich gewiß, daß derjenige, welcher die nahe Verwandtſchaft des natürlichen Staatsrechtes mit unſerm poſitiven deutſchen Staatsrecht, und die allgemeine Mutter ſo vieler Kinder, als es beſondere Staatsrechte gibt, nicht mißkennet, der jenen dem deutſchen Staatsmanne ſo nöthigen Zuſammenhang beider erhabener Wiſſenſchaften ganz einſieht; ein Solcher, weil ihm der Vortheil begreiflich iſt, der aus ſolcher ſiſtematiſchen Verbindung auf die des Staatsrechtes befliſſene Jugend her-

fließt,

fließt, ſolcher, ſage ich, wird das natürliche Staats- und Völkerrecht dahier gar nicht an dem unrechten Orte finden, und darum ein neues Gebäude nicht verabſcheuen, weil es etwa vor andern eine ungewöhnliche, oder wie man ſagt, neumodiſche Zeichnung hat; vielmehr wird er aus der feſtern Grundlage und der zweck- und ordnungsmäßigern Einrichtung des Gebäudes, die daher ſtammenden Vorzüge zu beurtheilen wiſſen.

Der, welcher weis, daß etwa bloß zu der Grundlage bei weitem nicht ſo viele Materialien, wie zur Vollführung des ganzen Hauptgebäudes ſelbſt erfoderlich ſind, der die Kunſt verſteht, und die Methode kennt, den größten Gegenſtand auch im Kleinen zu faſſen, und ſolcher Geſtalt die Hauptſache in der gemeſſendſten Verkürzung, nur ſo viel als zu der Grundlage nöthig iſt, begreiflich zu machen, der endlich dieſen meinen Abſichten in dem vorerklärten Plane ſelbſt nachſpüren, und zugleich darauf denken will, daß, ſo wie das Pütterſche ſehr weitſchichtige Lehrbuch zu Göttingen und anderer Orten binnen einem halben Jahre vorgeleſen wird, ich über das meinige ein ganzes Schul-Jahr leſe, ſolcher wird dieſe vollſtändigere Lehrart nicht ſo platterdings als unfüglich anſehen, vielweniger als unakademiſch verwerfen.

Wollte man einwenden, das allgemeine Staats- und Völkerrecht müſſe ordentlicher Weiſe, ehe und bevor das deutſche Staatsrecht angefangen wird, bereits vorausgeſezt ſeyn, ſo dienet hierauf zur Antwort, daß wir dieſes ohne uns ſelbſt zu nahe zu treten, um ſo eher zugeben können, als gewiſſer dem unerachtet iſt und bleibt, daß ohne gleichzeitige kurzgefaßte Wiederholung des Erſtern bei dem wirklichen Vortrage des Leztern, der zweckmäßigſte Vortheil lediglich verfehlt ſeyn würde, das urſprüngliche Grundverhältniß des Einen, gegen das Reſultat des Andern, am rechten Ort zu ſeiner wirklichen Anwendung gebracht, und ſolche zu rechter Zeit vor den Augen des Lehrlings zu ſeinem gründlichern Unterrichte geltend gemacht zu haben.

Ueber dieſes mögen dahier das Wort reden folgende aus ſolcher unſerer Methode beſonders erwachſende Vortheile: — 1) für unſere akademiſche Oekonomie, welche dadurch einen eigenen beſondern Lehrer des Völkerrechts erſpart, — 2) für die Kandidaten, welchen alſo der bisheran abgängige Lehrſtul erſezt wird, — 3) für die Lehrart ſelbſt,

welche dabei die natürlichſte Ordnung und das vollſtändigſte Siſtem gewinnet.

Uebrigens erhellet aus vorerklärtem Plane noch ferner, daß, gleichwie darin das allgemeine Staats- und Völkerrecht mit dem beſondern deutſchen Staatsrecht, alſo gleichermaßen das ſogenannte Landrecht mit dem ſo genannten Reichsrecht, in das einfacheſte, unzertrennlichſte Siſtem, und dadurch die Kaiſerlichen und zugleich Landesherrlichen Hoheiten und Rechte, allmälig und jedesmal am rechten Ort, in ihr wechſelſeitiges Verhältniß gehörig gebracht worden ſind.

Ich habe alſo, an ſtatt jenes von dem Herrn Hofrath und Profeſſor Majer zu Tübingen 1775. vollbrachte Lehrſiſtem des deutſchen weltlichen Staatsrechtes, abgetheilt in Reichs- und Landrecht, nachzuahmen, oder jene nachher zu Wien 1782. im Druck herausgekommene Vorbereitung zu einem neuen Lehrgebäude des deutſchen Staatsrechtes, abgetheilt in Reichs- Staatsrecht, Land- Staatsrecht, und Staatsrecht der Reichsgebiete, mir eigen zu machen, lieber Original, als Kopei ſeyn wollen.

Und warum hätte ich meinem eigenen neueſten Lehrſiſtem, als dem allereinfacheſten im Ganzen, und dem zuſammenhangendſten in Uebereinſtimmung der Theile, etwa ein fremdes, oder ein ſolches vorziehen ſollen, nach welchem unſer deutſches Staatsrecht, wie ſelbiges bereits in drei und vier abgeſonderte Staatsrechte zertrennet iſt, alſo künftig in noch mehrere dergleichen Staatsrechte und vervielfachte Siſteme füglich zerſplittert werden könnte?

Inzwiſchen hat jede zum weitern Fortgang und zur Vervollkommenung einer Wiſſenſchaft erſonnene Methode ihren eigenen Werth; und dann iſt er entſcheidend, wenn in dem, nach ſolcher Methode angeordneten, Lehrſiſtem die Sachen in ihrem natürlichen Zuſammenhange vorgeſtellt, und in ihr wahres Licht geſezt, das Ganze, ſo einfach als vollſtändig, doch ohne Weitläuftigkeit abgehandelt, und alle Theile deſſelben, nach der Reihe ihrer Uebereinſtimmung, mit der gehörigen Präziſion und Deutlichkeit ordentlich abgefaßt ſind.

Aus dem Begriff dieſer Grundregeln, ergibt ſich nun auch die Urſache, warum nach dem Plan meines Siſtems,

ſtems, jedem Haupttheile des deutſchen Staatsrechts, allemal ein zu deſſen Grunderklärung gehöriger Theil aus der ältern Reichsgeſchichte kurz vorhertritt; welches zu der regelmäßigern Vollſtändigkeit des Siſtems um ſo mehr gehörte, als weniger zu gründlicher Erörterung einer abzuhandelnden Hauptmaterie des deutſchen Staatsrechtes, derſelben vorläufige Erklärung aus der Geſchichte für überflüßig, wo nicht vielmehr für unentbehrlich, angeſehen werden dürfte.

Nun kömmt es aber vor allem andern hauptſächlich darauf an, ſolchen, nach den richtigſten Grundregeln, ſiſtematiſch entworfenen Lehrplan, in dem nachherigen ſowohl ſchriftlichen als mündlichen Vortrage, zweckmäßigſt oder ſolcher Geſtalt zu ſeiner gänzlichen Ausführung und wirklichen Anwendung zu bringen, daß die daher entſtehende Lehrmethode ſelbſt, der allgemeinen Staatswohlfart, als dem erſten und lezten unverbrüchlichſten Geſetz, allenthalben entſpreche.

Nur Schade, daß noch heut zu Tage gewiſſe bekannte Methoden unſers, ſowohl geiſtlichen als weltlichen Staatsrechtes, dieſen Zweck nur gar zu weit verfehlen, und für das allgemeine Beſte des Staats und der Kirche, um beiden gute Menſchen und gute Bürger zu bilden, einen ſehr unbeſtimmten Nutzen, auch wohl gar die verkehrteſte Folgen haben.

Partheigeiſt iſt der Schöpfer der verderblichſten Methode; aus ihr entſtehen die Staatsfurien, Faction, Cabale und Intrigue; deren Waffen ſind Sophismen. Billigkeit und Geſetze verpflichten niemand ſo ſehr als den Staatsrechtslehrer, ſein Amt mit kaltem Blute zu treiben, und weder Cäſareaner, weder Fürſtenerianer, noch ſonſt Sektirer zu ſeyn.

Auf dem Staatsrechtlichen Katheder iſt Schmeichelei Gift, und Sophismen ſind Peſt. Wir wollen allgemeine Wohlfart im Reiche, und unſere phiſiſche und moraliſche Güter fodern bürgerliche Sicherheit im Vaterlande. Wir wollen redliche Menſchen, rechtſchaffene Bürger, und willig gehorchende Unterthanen haben, die ihr Glück fühlen, unter einem großen und guten Kaiſer zu leben, von weiſen und gerechten Landesvätern beherrſcht, und von falſchen Dienern des Staats nicht mißhandelt zu werden.

Dieſe erhabene Abſicht müſſen wohlgeſinnte, hohe und niedere Staatsbeamte erreichen helfen; und ſolche Männer zu bilden, das iſt der fruchtbarſte Zweck unſerer publiziſtiſchen Lehrſtüle.

In ſolcher Rückſicht mögen nun aber keine andere, als einfache, aus dem geſunden Verſtande der natürlichen und poſitiven Reichsgeſetze flieſſende, in einem wahren, ausgeübten, nicht eingebildeten, oder erdichteten und vorgeſpiegelten Rechts-Herkommen gegründete allgemeine Sätze, die Seele der akademiſch- pragmatiſchen Methode des deutſchen Staatsrechtes ſeyn.

Dieſe Lehrart, in dem Geiſte eines redlichen Mannes, eines guten Bürgers, und eines freien Unterthanen, mit wahrer Verehrung gegen die allerhöchſte Reichsmajeſtät, und die geheiligte Landesherrliche Hoheit, jugendlichen Zuhöreren an die Herzen gelegt, iſt das Geheimniß, den künftigen Regierungsgehülfen und Inſtrumenten des Staates frühzeitig eine ſolche Stimmung zu geben, daß ſie nicht durch unnatürliche, und übertriebene, nur den Meiſtern der Kunſt verſtändliche Halb- oder Doppeltöne ihre Zauberkraft zeigen, ſondern in ganz natürlichen, reinen, deutlichen und einfachen Tönen, eine frohe Harmonie im Volke, und unter den Obrigkeiten verbreiten, und alle, der Beförderung der allgemeinen Glückſeligkeit im Wege ſtehenden Hinderniſſe zerſtreuen lernen.

Bei ſolcher Lehrmethode kann der Hauptzweck des Staates nicht leicht verfehlet werden, die Wohlfart des Regenten mit dem Glücke ſeiner Unterthanen, in dem Verhältniſſe des Vaters zu ſeinen Kindern, alſo miteinander zu verbinden, daß der ganze Staat gleichfalls in eine einzige glückliche Familie übergeht, und in froher Eintracht ſich ſeines Lebens erfreuet.

Alſo ja kein Enthuſiasmus, ja keine Streitſucht, weder ſophiſtiſche Partheilichkeit, vielweniger Machiavelliſche Schmeichelei in der akademiſchen Methode unſeres deutſchen Staatsrechtes!

Aber auch kein Indifferentismus, ſondern allgemein erkannte Wahrheiten, als unumſtößliche Grundſätze, mit Ueberzeugung und Beſcheidenheit dargethan, und dann auf dieſe einfacheſte Grundlagen ſiſtematiſch fortgebaut:

dieß giebt ein feſtes und regelmäßiges Gebäude, welches in der Folge immer ſeine genugſame Bequemlichkeiten für ſeine verſchiedenen Bewohner haben mag.

Dieſe ſo bewährte **Grundregeln** einer richtigen **akademiſchen Methode** ſollten nun aber, billigermaßen nirgendwo genauer, als in Erörterung der wechſelſeitigen Rechte und Verbindlichkeiten der verſchiedenen Religionsverwandten im deutſchen Reiche, beobachtet werden.

Allein, wie viele unſerer, auch der berühmteſten deutſchen **Staatsrechtsgelehrten**, von unzeitigem Eifer für ihre Religionspartheі, oder von falſchem Vorurtheil wider die ihnen entgegenſtehende, ſich zu allerhand gekünſtelten Verdrehungen, und falſchen Erklärungen der Reichsgeſetze noch immer verleiten laſſen, beweiſen offenbar ſo viele theils **proteſtantiſche**, theils auch **katholiſche Druckſchriften**.

Und, iſt es bei gegenwärtigen aufgeklärtern Tagen ſogar dem **Theologen** unverzeihlich, ſeine Mitmenſchen und Mitchriſten darum zu verabſcheuen, weil deren Gewiſſen, ohne eigene Schuld, mit dem ſeinigen nicht gerade zu in dem nämlichen Religionspunkt übereinſtimmen; ſo iſt es dem **Staatsmanne** noch viel unverzeihlicher, und deſto ſchimpflicher, den ganzen Halbtheil ſeiner **Mitbürger**, weil er anders glaubt, zu hinterliſten, und deſſen Rechte, die er vor andern aus dem Geiſte der **unverletzlichſten Grundgeſetze** kennen und darnach beurtheilen müßte, aus Religionshaß zu mißdeuten, oder gar mit böſem Vorſatze zu vereiteln.

Im Gegentheil ſoll uns dießfalls, zu einer geheiligten Vorſchrift unſerer **Methode**, vorzüglich dienen der im J. 1772. von dem Fürſtbiſchofe zu Speier erlaſſene **Hirtenbrief**, worin dieſer erhabene Kirchen- und Reichsfürſt, als Chriſt, Weiſer und Menſchenfreund, zur Ehre des achtzehnten Jahrhunderts, ſeine untergeordnete Diözesgeiſtlichkeit unter folgenden edelſten Ausdrücken anredet:

„Ihr wiſſet, (ſind ſeine Worte,) daß die Proteſtanten „eure Nebenmenſchen und Chriſten ſind: ihr wiſſet, daß ſie „auch als Mitglieder unſers lieben deutſchen Vaterlandes „in der engſten Verbindung gegen uns ſtehen; ihr wiſſet, „daß ſie diejenigen ſind, mit welchen unſere Väter, und die „Stände des Reichs feierliche Verträge des Friedens ge-

„ſchloſſen

„ſchloſſen haben; wie ungleich würdet ihr demnach gegen „das Chriſtenthum, wie zweckwidrig gegen unſer werthes „Vaterland, wie unzuſammenhangend in Beziehung auf „eure eigenen Einſichten handeln, wenn ihr nicht in ſanft= „müthiger Gedult, und mit einem der Gerechtigkeit be= „fliſſenen Herzen, den Proteſtanten alles das ſolltet widerfah= „ren laſſen, was die Pflichten unſerer Religion gegen den „Nebenmenſchen, die Verbindung eines Bürgers mit dem „andern, und die oberwähnten feierlichen Verträge un= „ſerer Väter zu ihrem Vortheile beſtimmen? Findet ihr bei „der äuſſerlichen Religionsfreiheit, welche die Augsburgi= „ſchen Confeſſionsverwandten im deutſchen Reich genießen, „daß die Religion, davon wir uns überzeugt finden, „nicht nach dem Maaße unſerer Wünſche verbreitet iſt, ſo „gedenket: Was das Römiſche Reich erduldet, müſſen wir „auch erdulden; gedenket, unmenſchliche, die Pflichten „der Mitbürger verletzende, und der Vertragsmäßigen „Grundverfaſſung unſers deutſchen Vaterlandes entgegen= „ſtehende Handlungen, ſind keine Gott wohlgefällige Mittel, „ſeine Religion hier auf Erden zu erweitern. Gebet, Ge= „laſſenheit, und Erbauung ſind bei ſolchen Umſtänden die „rechte Waffen der Kirche, und daneben eine bewährte „Lehrart, wodurch ſie die Richtigkeit ihrer dogmatiſchen „Gründe über alle Zweifel hinausſetzet."

Haben wir nun Urſache zu hoffen und zu wünſchen, daß ſolche vortrefliche und bisher höchſt ſeltene Grundſätze bei künftigen, nicht minder heitern Tagen, in dem Zirkel der verſchiedenen Reichsreligionen ſich erweitern, und ſo auf **den Thronen der Fürſten**, wie auf den **Richter= und Lehr= ſtülen** Deutſchlandes allmälig die Oberhand gewinnen, und endlich allenthalben triumphiren möchten: ſo haben wir nicht weniger Urſach, eine dieſen **Grundſätzen** gleiche **Methode**, vor allen andern, zu unſerm Lehrvortrage zu wäh= len, und nach Möglichkeit zweckmäßig geltend zu machen.

Ob nun auch untergebenes **Vorleſebuch** ſolcher **Methode** getreu, und dabei an Stoff und Literatur ſo reichhaltig, als jedes andere ſey, und in wie weit die bei andern ſich äuſſernde Lücken darin ausgefüllet ſind? — über= laſſen wir der billigen Beurtheilung eines hochverehrlichen, gelehrten Publikums.

Wenigſtens wird der **Kenner ohne Vorurtheil** ge= ſtehen müſſen, daß es beinahe die menſchlichen Kräfte über=

ſteige,

ſteige, ein ſiſtematiſches Lehrbuch zu verfertigen, in welchem die ſchärfſte Kritik nicht hier und da eine leere, oder ſonſt mangelhafte Stelle ausfindig machen könnte.

Werden nun aber bei den höchſten Reichsgerichten und dem Reichskonvent, ſo wie durchgängig bei allen deutſchen Landesdikaſterien, ſämmtliche Rechtsſachen in unſerer Mutterſprache verhandelt, worin gleichwohl ſo mancher deutſcher Rechtsgelehrter weit weniger, als in der lateiniſchen bewandert iſt; ſo mag eben dieſes zu meiner Verantwortung ſchon genug ſeyn, warum ich dahier, mit dem zwölften Jahre meines Lehramts, lieber in der deutſchen, als lateiniſchen Sprache habe ſchreiben und lehren, mithin zum Vortheile meiner Zuhörer zweckmäßiger handeln wollen.

Uebrigens wird bereits aus allem Vorhergehenden, wie beſonders in der Zukunft, aus dem ganzen Verfolge dieſes, durch die Preſſe allmälig zu vollendenden Werkes, zu erſehen ſeyn, wie viele Rückſicht ich auf diejenigen Eigenſchaften genommen habe, welche Moſer, der ſelige Patriarch unſers deutſchen Staatsrechts, als die weſentlichſten von einem guten Lehrbuche fodert, in ſeiner neueſten Bibliothek des allgemeinen deutſchen Staatsrechts, S. 22. Num. 3. wo er ſchreibt:

„Ich rede von Lehrbüchern, und ſetze voraus, 1) daß „man nicht widerſprechen werde: vitæ, non ſcholæ, neque in futuram oblivionem, docendum & diſcendum „eſſe, — 2) daß daher einer, ſo das deutſche Staatsrecht lernen will, allbereits in der deutſchen Staatsgeſchichte und dem allgemeinen Staats- und Völkerrecht einen Grund geleget habe, oder forderſt noch legen „müſſe, wenn er kein Stümper, Wagehals und Empirikus ſeyn und bleiben will. — 3) Muß ein Lehrbuch nicht „zu viel enthalten, aber auch nicht zu kurz ſeyn, ſondern „von allen wichtigen Sachen wenigſtens das Nöthige ſagen ꝛc. „ — 4) Gefällt mir die Lehrart ſehr wohl, wenn das Wichtigſte in kurze und deutliche Sätze gefaſſet, deren Erläuterung aber, ſo wie auch die weniger wichtigen Dinge, „in Noten mit anderm Druck beigefüget werden. — 5) Iſt „es in einem Lehrbuche ſehr nützlich, wenn man den Leſer „vorzüglich mit denjenigen Schriften bekannt macht, wo „die Materie weiter, und am gründlichſten, und vollſtändigſten ausgeführet iſt. — 6) Lehret die geſunde Vernunft, „daß das, was wichtiger iſt, und was oft vorkömmt, mit mehrerem Fleiße, und umſtändlicher ausgearbeitet werden ſollte,

„als

„als das, was nur ſelten einen Nutzen hat. Aber eben „darin verfehlen ſich faſt alle unſere Lehrbücher; iſt z. B. „eine Lehre in dem ganzen deutſchen Staatsrechte von all„gemeinerm Nutzen, als die von der Landeshoheit?“ (von der deutſchen Kirchenverfaſſung, von den deutſchen Verträgen mit dem römiſchen Stul?) „Und doch wer„den eben dieſe, in Vergleichung gegen andere, weit weniger „wichtige, oder gar überflüſſige Materien, am allerſeichte„ſten abgehandelt.“

Ueber alles dieſes wird ſich endlich aus der ganzen Ordnung und Stufenfolge des gegenwärtigen Lehrſiſtems ergeben, in wie weit ich bei deſſen Ausführung die Vorſchrift eines der neueſten und bewährteſten Siſtematiker Deutſchlandes befolget habe, wo er ſchreibt:

„Um alle Theile einer Rechtswiſſenſchaft in ihren na„türlichen Zuſammenhang, und in ihr wahres Licht zu ſe„tzen, werden Ab- und Eintheilungen erfodert. Nach der „Abtheilungsregel müſſen diejenigen Theile, ſo die ge„ringſte Verbindung unter ſich haben, auch eben ſo weit „von einander geſtellt werden, damit jeder derſelben wie„der als ein Ganzes betrachtet, und einzeln, ohne die „geringſte Verwirrung, zu deſto genauerer Einſicht ge„bracht werden kann. Nach der Eintheilungsregel hin„gegen muß alles, nach dem Maaße, als es an ſich mit „einander in Verbindung ſteht, auch wirklich ſo zuſammen „geordnet werden, damit jedes in ſeiner natürlichen Lage, „von der rechten Seite betrachtet werden kann, und im„mer Eines zur Unterſtützung und Aufklärung des Andern „etwas beizutragen vermag (*).“

In ſolcher Rückſicht dienet nunmehr zu meiner vollkommenſten Rechtfertigung diejenige einſichtsvolle Bemerkung, welche in der ſo betitelten *neuen Verfaſſung der verbeſſerten hohen Schule zu Mainz* 1784. deſſen glorreich regierender Wiederherſteller und großmüthigſter Beförderer der Wiſſenſchaften, in ſeinem höchſten Namen, allda unter dem 80. und 85ten §. unter folgenden, jeden Lehrer nicht minder unterrichtenden, als ermunternden Ausdrücken hat niederſchreiben laſſen:

„Es iſt ein Fehler der heutigen Zeiten und der un„terſchiedlich eingeſchlichenen Lehrart, daß die Wiſſen„ſchaf-

(*) J. C. Majer l. c. in der Einleitung §. VI.

„ſchaften zu viel individuirt, das Corps mancher derſelben „ganz zerriſſen, und faſt in nichts als Theile aufgelöſet „wird. Die Folgen dieſes Uebels ſind unnöthiger Zeitauf„wand, verdrüßliche Wiederholungen, verfehlte Ueberſicht „und kein Zuſammenhang des Ganzen. — Es iſt aber eine „mit dem Lehramte ſehr enge verbundene Beſchäftigung, „zweckmäßige Kollegienbücher in den wiſſenſchaftichen Thei„len, wo es daran gebricht, zu verfertigen. Se. Kur„fürſtl. Gnaden werden dieſe, mit dem Lehramte ſo genau „und zweckmäßig verbundene Verwendungen mit beſon„dern höchſten Gnaden großmüthigſt erkennen."

Dieſes iſt nun beinahe der ganze Innhalt meiner **Vorerklärung**, worin ich das weſentliche derjenigen neueſten Geſtalt, die ich glaube, dem gegenwärtigen **Lehrſiſtem**, nach den bewährteſten Regeln, ſo zweck= als verhältnißmäßig gegeben zu haben, umſtändlichſt zu rechtfertigen, für nöthig erachtete.

Und muß ich in dieſem Gewande, unter der Zahl ſo vieler der berühmteſten und allgemein geltenden proteſtantiſchen Lehrbücher, nunmehr auch das meinige, und zwar ſo ganz ohne Beiſtand eines Reiſegefährten, die gefährliche Straße eines einzigen und noch dazu verunglückten Vorgängers wandern, und gleichfalls in der Fremde ſein Glück verſuchen laſſen, ſo hab ich mich ferner über nichts, als nur noch über den **Vortrag** kürzlich zu erklären, deſſen ich mich in den öffentlichen Vorleſungen, nach einer der neueſten und unverbeſſerlichſten akademiſchen **Vorſchriften** (*) möglichſt befleiſſen werde:

Er ſoll nämlich den Faſſungskräften des größern Haufens gemäß ſeyn: deutlich, fließend, lebhaft, dabei geſetzt und langſam, ohne jedoch in verderbliches Dictiren auszuarten; vollſtändig, ohne pedantiſche Gelehrſamkeit zu affectiren; er ſoll Grundprincipien lehren, ächte Quellen und Hülfsmittel anzeigen; den ſinn= und wörtlichen Verſtand der Geſetze (in den damit verwandten Wiſſenſchaften) erklären, den praktiſchen Nutzen bemerklich machen, und allenthalben zur Anwendung leiten.

Ich werde desfalls, bei den heutigen mächtigen Fortſchritten der Staats=Rechtsgelehrſamkeit, die Bekanntſchaft

(*) In oben belobter neuen **Verfaſſung** §. 139. ſeqq.

mit dem, was in der Literatur unſers ſtaatsrechtlichen Faches vorgeht, möglichſt unterhalten, die neueſten Begebenheiten und merkwürdigſten Erſcheinungen benutzen, und von daher den Anlaß nehmen, meine Vorleſungen theils zuſammen zu ziehen, theils zu erweitern, und mit Zuſätzen zu bereichern.

Alle Schulſtreitfragen ſollen nur kurz und hiſtoriſch berührt werden, ohne desfalls in eine weitläuftige und zeitverderbliche Erörterung einzugehen; ich werde mich vielmehr begnügen, die beiderſeitigen Gründe kürzlich anzuzeigen, und mich ſo fort für eine Meinung zu erklären.

Da nun aber diejenigen Grundſätze ſich am tiefeſten einprägen, denen der Lernende ſelbſt müheſam nachgedacht hat, ſo werd' ich meinen Zuhöreren, die dazu Luſt haben, von Zeit zu Zeit gewiſſe kleine Aufgaben zum eigenen Nachdenken, zu kurzen Ausarbeitungen, zu Entſcheidungen ſtrittiger Fälle ꝛc. jedoch nach Unterſchied der Fahigkeiten, mitzutheilen nicht ermangeln; wobei, um deren Zweifel gelegentlich zu vernehmen und zu heben, ihnen, auch auſſer den Lectionsſtunden, meine Bibliothek und Studierſtube offen ſtehen ſollen.

Endlich mögen dieſelben alle Donnerſtage und zur ſchicklichen Zeit, von mir auf die Kurfürſtliche öffentliche Hof- nnd Akademiebibliothek begleitet werden, um ſich allda mit den Hauptbüchern ihres Faches deſto genauer und ſinnlicher bekannt zu machen.

Auf ſolche Weiſe werden wir gleichfalls in einem Wetteifer mit andern hohen Schulen Deutſchlandes, auch dahier in unſerm Fache, die Kreiſe der Aufklarung erweitern, dem wahren Staatszwecke entſprechen, uns und unſerer, zur Reichsuniverſität bereits erhobenen Landesakademie Ehre machen, und den über uns und dieſelbe verbreiteten Schutz des unvergleichlichſten Fürſten, und geſchmackvollſten Kenners, und Beförderers der Wiſſenſchaften in Segen verwandeln.

Geſchrieben zu Bonn, im Weinmonat, 1785.

Einleitung.

I.

Begriff von dem Staatsrecht überhaupt.

Staatsrecht (a) heißt in ſeinem ausgedehntern Begriff derjenige Theil der Rechtsgelehrſamkeit, worin die Staats- oder bürgerliche Regierungsverfaſſung entweder überhaupt, nach allgemeinen natürlichen, oder insbeſondere, nach poſitiven ſowohl beſchriebenen als unbeſchriebenen Geſetzen, und öffentlichen, zwiſchen Regent und Volk eingegangenen Verträgen (b), ſiſtematiſch abgehandelt wird.

(a) C. L. Scheid de differentiis & convenientiis Juris publici & privati, *Hafn.* 1749. — D. H. Kemmerich de arctiſſimo Juris publici privatique nexu, *Jenæ*, 1730. — H. G. Francke collectio ſcriptorum de fatis, methodo, fine, & objecto Juris publici; *præmiſſa ulteriori notitia* variorum Juris publici ſyſtematum, *Lipſ.* 1759.

(b) Oder ſogenannten Landesvereinen, Kapitulationen, pragmatiſchen Sanctionen ꝛc.

II.

Von dem allgemeinen Staats- und Völkerrecht.

Das allgemeine Staatsrecht (a) unterſcheidet ſich von dem allgemeinen oder natürlichen Völkerrecht (b) wie ein Theil von dem Ganzen; denn gleichwie in dem erſtern die natürlichen Rechte und Pflichten zwiſchen Regent und Unterthan, in dem Verhältniſſe des Hauptes zu den Gliedern eines zuſammengeſetzten Staatskörpers, und folglich die ſogenannten *Jura Majeſtatis immanentia*, oder die auf die innere Sicherheit und Wohlfart eines jeden Staats überhaupt abzweckende Majeſtätsrechte

gelehrt werden (c). Alſo werden in dem leztern die natürlichen Rechte und Pflichten aller Regenten und Völkerſchaften gegeneinander in dem Verhältniß der natürlichen Freiheit und Unabhängigkeit des Einen, zu der wechſelſeitigen Rechtsgleichheit eines jeden Andern, anbei die ſogenannten *Jura Majeſtatis tranſeuntia*, oder die zur Beförderung der äuſſerlichen Sicherheit eines jeden Staats gehörigen Regierungsrechte erörtert (d), und iſt ſolcher geſtalt erſteres als ein Theil der natürlichen Vernunftlehre, ſo wie lezteres anders nicht, als das auf ganze Völkerſchaften angewandte Naturrecht ſelbſt zu betrachten, und daher von dem poſitiven oder praktiſchen ſogenannten Europäiſchen Völkerrechte (e) wohl zu unterſcheiden.

(a) I. H. Boehmer Introductio in Jus publicum univerſale, *Halæ*, 1726. — de Martini Jus Civitatis, *Vindob.* 1761. — J. B. Brunquells Gedanken von dem allgemeinen Staatsrecht, und deſſen höchſtnützlicher Excolirung, Jena, 1721.
(b) Nach Grotius und Pufendorf empfiehlt ſich noch beſonders *Mr. de Vattel* le Droit des Gens, *Leide*, 1758.
(c) I. G. Gonne Dica Juris publici univerſalis, qua abuſus hujus Disciplinæ in Jure publico R. G. oſtenditur, *Erlang.* 1752.
(d) D. Nettelbladt, von dem rechten Gebrauche des allgemeinen Staats- und Völkerrechts der deutſchen Nation, 1757.
(e) J. J. Moſers Verſuch des neueſten Europäiſchen Völkerrechts in Friedens- und Kriegszeiten, I. Theil, 1777. X. 1780. — Mr. de *Mably* le Droit public de l'Europe, fondé ſur les Traités, *Geneve* 1748.

III.

Von dem beſondern und deutſchen Staatsrecht.

Gleichwie jeder einzelne Staat, alſo hat auch unſer römiſch-deutſches Reich ſeine eigenen Grundgeſetze

ſetze und Verträge; woher deſſen abſonderliche Verfaſſung, und nach dieſer, unter ſo vielen andern beſondern **Staatsrechten** der vier Weltkreiſe (a) auch unſer eigenes **deutſches Staatsrecht** (b) in Europa entſteht.

Es hat aber mit der Regierungsverfaſſung Deutſchlandes dieſe ganz auſſerordentliche Bewandniß, daß wir nach ſelbiger, neben dem **allgemeinen Reichsſtaatsrecht**, annoch ſo vielen **abſonderlichen Landſtaatsrechte** (c) als verſchiedene mit eigenen Regenten verſehene Territorien haben; woher in dem **Staatsrecht des römiſch-deutſchen Reichs** die allerhöchſte Majeſtätsrechte des Kaiſers über das geſamte Reich, mit den allgemeinen Regierungsrechten der Reichsſtände über ihre ſubalterne Provinzen und Territorien, nach einem und dem nämlichen verhältnißmäßigen Siſtem, am richtigſten abgehandelt werden.

(a) Bosii Introductio generalis in notitiam Rerumpublicarum orbis univerſi. — *Pfeffinger ad Vitr.* in Prooemio §. 5. & ſeq.

(b) I. I. Mascov. Origines Juris publici Imperii Romano-Germanici, *Lipſ.* 1732. — Meine Abhandl. über die Urſtände des Staatsrechts überhaupt, und beſonders im deutſchen Reiche, Bonn, 1784. — *Item* de Prolegomenis Juris publici univerſalis & particularis Romano-Germanici, recentiori methodo academica ſyſtematice combinandi, *Bonnæ*, 1777. —

(c) J. J. Moſers allgemeine Einleitung in die Lehre des beſondern Staatsrechts aller einzelnen Stände des Reichs, 1739. — J. C. Majer deutſches weltliches Staatsrecht, abgetheilt in Reichs- und Land- Staatsrecht, Leipzig, 1775. — Pütters hiſtoriſch- politiſches Handbuch von den beſondern deutſchen Staaten. Gött. 1768.

IV.

Von der Staatsrechtsgelehrſamkeit.

Jedes **Staatsrecht** empfängt Geiſt und Leben von der **Staatsrechtsgelehrſamkeit** (a). Dieſe be-

beſteht theils in vollſtändiger Kenntniß der öffentlichen ſowohl beſchriebenen als unbeſchriebenen Grundgeſetze eines Staats, theils in theoretiſcher ſowohl, als praktiſcher Fertigkeit, ſolche Geſetze auf vorkommende, den Staat betreffende Rechtsfälle ſchicklich anzuwenden, und die dabei entſtehenden Rechtszweifel, nach dem innern Geiſt der Geſetze, gründlich aufzulöſen (b).

(a) Mein Programm de præſtantia, utilitate ac neceſſitate regiæ juriſprudentiæ publicæ, *Bonnæ*, 1777.

(b) Schon längſt gabe dießfalls ein Theil der Weltweisheit, nämlich die allgemeine Auslegungskunſt, den Stoff zu einer juriſtiſchen Hermeneutik, worin die Regeln zu erörtern ſind, wornach geiſtliche und weltliche, ſowohl Staats- als Privatgeſetze und Verträge, mit allem dem, was Rechte und Verbindlichkeiten beſtimmt, der Wahrheit und Gerechtigkeit am gemäßeſten ausgelegt werden müſſen; worüber nachzuſehen Chr. Henr. *Eckhards* Hermeneutica Juris, *Jenæ*, 1750. 8. — Wo nun auch die ausübende Staatsrechtsgelehrſamkeit nicht ſelten mit gewiſſen Berechnungen, Ausmeſſungen, Ueberſchlägen, und andern Beſtimmungen des eigentlichen Verhältniſſes einer Größe zu der andern beſchäftiget iſt: ſo folgt, daß dießfalls ſo gar eine auf dergleichen Rechtsfälle angewandte Mathematik, (Matheſis forenſis,) von keinem geringen Umfang iſt; wie ſolches überhaupt beweiſet Joh. Frid. Polac in ſeiner Matheſi forenſi, oder Abhandlung derer in Anwendung der Rechte vorkommenden Fälle, bei deren Beurtheilung und Entſcheidung man der Mathematik unentbehrlich nöthig hat, Leipz. 1734. — Joh. Frid. Ungers Beiträge zur Matheſi forenſi, Götting. 1734. — Obwohl übrigens der Lehrſtul allein nicht ſchöpferiſch genug iſt, die ausübende Staatsrechtsgelehrſamkeit unmittelbar zu erzeugen, oder den praktiſchen Staatsmann für das Kabinet zu bilden: ſo iſt er wenigſtens doch höchſtnöthig, denſelben für die Zukunft frühzeitig vorzubereiten. — C. A. von Beck Verſuch einer Staatspraxis, 1754.

V.

Von der Staatsklugheit.

Die Kunſt einen Staat zweckmäßig zu regieren, und demſelben mittels weiſer Geſetzgebung ſeine regelmäßige Verfaſſung im Ganzen, ſo wie allen ſeinen Theilen, nach Maßgabe der Umſtände, die gehörige Richtung zu geben, und alle Dinge zu dem allgemeinen Staatsbeſten ſchicklichſt anzuwenden, heißt eigentlich im weiteſten Verſtande Politik, oder Staatsklugheit (a), die in ihrem engern Begriffe ſich dadurch von der Staatsrechtsgelehrſamkeit unterſcheidet, daß dieſe was recht, jene hingegen, was dem Staat zuträglich ſey (b), erörtert. Ein wahrer Staatskluger heißt alſo nur derjenige, welcher nach gerechten und unſchädlichen Regeln der Klugheit, und einer vollkomenen Regierungskunſt, das ſtrenge Recht mit dem allgemeinen Staatsbeſten in ein zweckmäßiges Gleichgewicht zuſammen zu bringen fähig, und folglich mit jenen vorgeblichen Staatsklugen, oder, beſſer zu ſagen, falſchen Politikern nicht zu vergleichen iſt, wovon Boeckler in *Comment ad Nep*. p. 58. ſchreibt: „Hi ſunt hodie, qui ſe politicos vocant, homines ſine bona mente, & ad exemplum *Callicratis* ſine religione ulla ac fide, callidi & ad fraudes acutiſſimi: nihil illis nefas, quod quæſtum, nihil infame, quod commoditatem aliquam promittit: cœlum, jura, leges, fœdera, divina humanaque omnia nec ſancta niſi ex uſu, nec timenda niſi per ſimulacrum: factiones contra, & injuriæ & cædes inter artes & ſpecioſa nomina, aut ſacra tuendi ſtatus jactantur (c).“

(a) Der große Gegenſtand der wahren Politik, die geſamte Menſchheit einer bürgerlichen Geſellſchaft ſo glücklich zu machen, als es ihre Lage und Umſtände nur immer erlauben, hat alſo nichts gemeinſchaftliches mit der ſogenannten Staatsintrigue; wozu das eigentliche

liche erhabene Weſen der Politik, ſchon von ſo vielen Unmenſchen hat wollen herabgewürdiget werden. S. *Antimachiavel*, ou Examen du Prince de Machiavel, 1767. — Achenwalls Staatsklugheit, 1761. — G. H. Eberhards Abhandl. von dem Begriff und der Bearbeitung der deutſchen Staatsklugheit, Wittenb. 1768. — H. G. *Francke* Diſſ. de fatis Politicæ imperialis, nec non de culto & neglecto iterum in Academiis ſtudio politico, neceſſariaque illius inſtauratione, *Lipſ*. 1762. — Hierhin gehören J. J. Moſers Herr und Diener — Beherzigungen — vom Nationalgeiſt — Reliquien — patriotiſche Briefe, ꝛc. — Was von Selchow in Elementis Jur. publ. C. 1. §. 5. in den Noten, Num. 2. hierüber anmerkt, iſt leſenswürdig.

(b) J. J. Moſer von der Staatsjuſtiz, beſonders in Abſicht auf Deutſchland, Regensb. 1773.

(c) Sam. Pufendorf Diſſ. de Concordia veræ Politicæ cum Religione Chriſtiana, 1675.

VI.

Von der pragmatiſchen Staats- und deutſchen Reichsgeſchichtskunde.

Gleichwie kein Staatsrechtsgelehrter ſeyn kann, dem die urſprüngliche Verfaſſung und nachherige Veränderungen des Staats, ſo wie die Veranlaſſung deſſen verſchiedener Grundgeſetze und Verträge, auch anderer allmälig getroffenen wichtigen Staatsverfügungen unbekannt ſind: alſo verdienet die ſo genannte pragmatiſche Staatsgeſchichtskunde als ein unentbehrlicher Hülfstheil der Staatsrechtsgelehrſamkeit, vorzüglichſt angeſehen zu werden. Wo nun ſonderheitlich das deutſche Staatsrecht des mittlern Zeitalters bekanntermaßen einen ſo großen Einfluß in unſer heutiges Staatsrecht und faſt in alle übrigen Theile der in Deutſchland üblichen Rechte, zugleich aber auch für ſich ſelbſt einen ſolchen ſiſtematiſchen Zuſammenhang hat, daß unſere Rechtsgelehrſamkeit unendlich dabei gewinnen würde, wenn ſelbſt akademiſche Vorleſungen über das

Staatsrecht des mittlern Zeitalters in Gang gebracht werden könnten; ſo iſt es bei wirklicher Erörterung unſeres heutigen Staatsrechts deſto nöthiger, wenigſtens ſo viel aus der pragmatiſchen Reichsgeſchichte (a) allmälig zur Anwendung zu bringen, als erfoderlich ſeyn will, jede Hauptveränderung der deutſchen Staatsverfaſſung mit dem Verlauf der Geſchichte, da, wo und wie ſie ſich zugetragen habe, ſo zweck- als verhältnißmäßig zu erklären.

(a) M. J. Schmidts Geſchichte der Deutſchen, verdient noch immer ſo vorzüglich empfohlen, als mit vieler geſunden Beurtheilung behandelt zu werden. — Ueber die noch beſonders hierhin gehörigen Hülfswiſſenſchaften, Diplomatik und Kritik, iſt nachzuſehen meine Abhandl. de eo quod altioris indaginis eſt in Jure publico Imperii Romano-Germanici, (*Bonnæ*, 1778.) §. XII — XVII. ſqq.

VII.

Von der Literargeſchichtskunde des deutſchen Staatsrechts.

Gehört es in dem Reiche der Wiſſenſchaften zu jeder Disciplin, derſelben Entſtehen, Fortgang, und Schickſale, deren verſchiedene Sekten, Siſteme und Methoden, Religions- und Vaterlandsanhänglichkeiten ihrer Lehrer und Schriftſteller, wenigſtens in einem ſummariſchen Begriff, vorläufig kennen, und allmälig beurtheilen zu lernen: ſo iſt dießfalls in unſerm Staatsrechtlichen Fache, deſſelben vorgängige Literargeſchichtskunde (a) um ſo wichtiger, als verſchiedener die Siſteme, Methoden und Hipotheſen ſind, nach welchen ſeit dem XV. Jahrhundert das deutſche Staatsrecht mit dem Verlauf ſeiner verſchiedenen Epochen, bis heran bearbeitet und gelehret worden (b); zu deſſen Beweiſe wird es genug ſeyn, unter der Menge älterer und neuerer Siſtematiker des deutſchen Staatsrechts, nur die merkwürdigſten dahier kürzlich zu beſchreiben, namentlich: Leopold

pold von Bebenburg — und Peter von Andlo, 1460. (c) — Dominicus Arumäus, 1616. (d) — Hermann Conring, 1635. (e) — Hippolitus a Lapide, 1640. (f) — Severin de Monzambano, 1667. (g) — Philipp Reinh. Vitriar, 1686. (h) — Henrich Coccej, 1695. (i) — Johann Jacob von Moſer, 1731. (k)

(a) Pütters Literatur des deutſchen Staatsrechts, Götting. I. Th. 1776. II. Th. 1781. III. Th. 1783. — L. B. de Senckenberg Supplementa ad Hiſtoriam Juris publici, ejusque Jurisprudentiæ, in ſeinem *Tr.* de methodo Jurisprud. — Struvii Bibliotheca Juris. Cap. XVI.

(b) A. G. Winckler de Sectæ ſtudio in Jure publico I. R. G. *Lipſ.* 1747.

(c) Erſterer war Domkapitular zu Mainz, und nachher Biſchof zu Bamberg, Lezterer Kanonikus zu Kolmar. Beide haben die Ehre, mit ihren obwohl ſehr mangelhaften und unreifen Siſtemen des damals noch ganz unbearbeiteten deutſchen Staatsrechts, zu deſſen nachheriger Kultur gewiſſermaßen den erſten Stein gelegt zu haben.

(d) Profeſſor zu Jena, welcher in V Büchern unter dem Titel: Discurſus de Jure publico, unſer deutſches Staatsrecht allererſt aus deſſen eigenen Quellen in ein richtigeres und vollſtändigeres Siſtem brachte.

(e) Rechtslehrer zu Helmſtädt, welcher einen richtigern Gang der ſiſtematiſchen Staatsrechtslehre, und die darin zu verbeſſerenden Mängel anzeigte, theils in ſeiner Vorrede ad Tacitum de Moribus germanorum, theils in ſeinem Werke de Imperio Romano, theils auch in andern abſonderlichen Abhandlungen, namentlich: de finibus Imperii — de Vrbibus germaniæ — de Ducibus & Comitibus — de Capitulatione Cæſarea &c.

(f) Unter welchem Namen Philipp Bogislaus von Chemnitz, ein nicht minder gelehrter als verwegener und unbeſcheidener Verfaſſer der berüchtigten Duodezſchrift, de Ratione ſtatus Imperii, verkappt war; wie ſolches ausführlich dargethan iſt in Heumanns Conſp. Reip. liter. Hannover, 1763. pag. 382. Dieſer beſondere Duodezfeind des Durchlauchtigſten Erzherzoglich-Oeſterreichiſchen Hauſes giebt ſich alle Mü-

he

he zu behaupten, die höchſte Regierungsgewalt in Deutſchland ſey nach deſſen vorgeblich ariſtokratiſcher Grundverfaſſung nicht ſo bei dem Kaiſer, als vielmehr bei den Ständen des deutſchen Reichs anzutreffen ꝛc. Wie hingegen darauf von dem berühmten Kulpiſius und andern mehreren verſchiedentlich geantwortet worden, iſt zu leſen in Struvens Bibliotheca Juris. XIV. §. 44.

(g) Eigentlich Samuel Pufendorf, welcher die falſche Hipotheſe lehrte, als ſey das deutſche Reich, ſeiner vorgeblichen Grundverfaſſung gemäß, anders nicht als ein wahres Siſtem vereinigter Freiſtaaten anzuſehen. Wie hingegen dieſe Irrlehre verſchiedentlich widerlegt worden, zeigt Struve in ſeiner Bibl. Jur. XIV. §. 48.

(h) Welcher zu Leiden mit dem größten Zulauf öffentlich lehrte, und von dem Lüneburgiſchen Akademie-Inſpektor Johann Frid. Pfeffinger nachmals in IV Quartbänden recht meiſterlich kommentirt wurde.

(i) Rechtslehrer zu Frankfurt an der Oder, deſſen neu erſonnenes und auf die irrigſte Hipotheſe gegründetes Siſtem von der, bei Ausgang des Karolingiſchen Geſchlechts, unter Conrad I. wieder aufgelebten Unabhängigkeit, und daher ſtammenden höchſten Regierungsgewalt der VII deutſchen Stammvölker im deutſchen Reiche, bald hernach von Mehreren angenommen, wie beſonders von dem berühmten Ludewig zu Halle öffentlich gelehrt wurde.

(k) Dieſem faſt unerſchöpflichen Polygraphen verdanket unſer deutſches Staatsrecht die neueſte pragmatiſche Methode, nach welcher ſelbiges von ihm in 50 Quartbänden 1737 — 1753. und mehr andern Druckſchriften, nebſt ſeinem Vorleſebuch 1731. vollſtändigſt bearbeitet, und ſeither bei immer anwachſender Kultur der Weltweisheit und übrigen ſchönen Wiſſenſchaften, von verſchiedenen andern deutſchen und theils auswärtigen Gelehrten, in vielem Betracht merklich verfeinert und verbollkommenet worden, ſo, wie ſolches in Pütters Literatur des deutſchen Staatsrechts nachzuſehen.

VIII.

VIII.

Von der zur deutſchen Staatsrechtsgelehrſamkeit gehörigen Bücherkunde.

Je heilſamer und nöthiger beſonders in dem römiſch-deutſchen Reiche die Staatsrechtsgelehrſamkeit (a), und je wichtiger, oder beſſer zu ſagen, je bedenklicher derſelben Ausübung iſt (b), deſto mehr muß dem Staatsrechtsbefliſſenen daran gelegen ſeyn, ſich allmälig, wo nicht in das Eigenthum (c), doch wenigſtens in die Kenntniß derjenigen literariſchen Materialien (d) zu verſetzen, ohne welche das vor ihm liegende faſt unüberſehliche Feld, unmöglich mit gutem Erfolge bearbeitet, noch weniger in der Zukunft zu ſolchem Flor gebracht werden kann, welcher etwa der Erwartung des Staates, ich meine dem allgemeinen Staatsbeſten, zweckmäßig entſprechend wäre.

(a) F. W. Pestel de damnis ex neglectu Juris publici in Civitatem redundantibus, *Lugd.* 1763. — Bocris Abhandl. von der Nothwendig- und Nutzbarkeit der deutſchen Staatsrechtslehre, für einem jeden der Rechte Befliſſenen, Wien, 1766.

(b) G. S. Trever de Cautione in tractando Jure publico, *Gœtting.* 1735. — *Item* de Studiis ruinam Imperii Romano-Germanici procurantibus, *Helmſt.* 1730. — *Item* de Studiis nimiæ libertatis, *Gœtting.* 1738. — J. J. Moſer von der verſchiedenen Denkungsart der deutſchen Höfe in Anſehung der Lehre des deutſchen Staatsrechts, 1755. — *Item* von der Reichsverfaſſungsmäßigen Freiheit, von deutſchen Staatsſachen zu ſchreiben, Götting. und Gotha, 1782.

(c) Dieſes würde freilich manchem zu koſtbar fallen; woher man ſich theils öffentlicher, theils Anderer Privatbibliotheken gelegentlich zu bedienen hat.

(d) Unter der unermeſſenen Menge ſo vieler zur theoretiſchen und praktiſchen Bearbeitung des deutſchen Staatsrechts gehörigen Materialien ſind vorzüglichſt dahier zu empfehlen:

I. Die Sammlungen der Reichsabſchiede, beſonders jene, welche zu Frankfurt 1747. in Fol. ausgegangen

gen, nebſt Schmaußens Corpus juris publici, 1774. wobei vorläufig zu bemerken, daß bei vorkommenden Allegationen der vornehmern Reichsgrundgeſetze dieſelbe blos unter ihren Anfangsbuchſtaben folgender Maßen angedeutet zu werden pflegen: G. B. goldene Bulle — R. A. Reichsabſchied — D. A. Deputationsabſchied — K. G. O. Kammergerichts-Ordnung — R. H. O. Reichshofraths-Ordnung — V. A. Viſitations-Abſchied — W. F. Weſtphäliſcher Friede — O. F. J. Osnabrückiſches Friedens-Inſtrument — J. R. A. jüngſter Reichsabſchied, vom J. 1654 — Kaiſ. Wahlk. rc.

II. Die Ausleger der Reichsgrundgeſetze; worunter ſich vorzüglich auszeichnen: Joh. Dan. Olenſchlager, über die G. B. — Henr. Henniges über den W. F. — Theod. Nevrodes über den J. R. A. — Joh. Jac. Moſer über die Kaiſ. Wahlk. rc.

III. Die Sammlungen der ältern und neuern öffentlichen Reichsakten, Staatsſchriften und Urkunden bei dem Goldaſt, Hortleder, Londorp, Lünig, Faber, Moſer rc. — Die neueſte Sammlung deutſcher Staatsſchriften und Urkunden verdanken wir des Hrn. Joh. Aug. Reuß, Herzoglich Würtembergiſchen Hofraths und Staatsrechtslehrers zu Stuttgard ſeit 1783. bis heran rühmlichſt fortgeſetzter deutſchen Staatskanzlei 8. welche ſich darin beſonders auszeichnet, daß ſie nur die allerneueſten Staatsangelegenheiten Deutſchlandes, und deſſen einzelner Staaten zum Gegenſtande hat, und dabei als eine Fortſetzung der mit ihrem 55ſten Theil bereits geſchloſſenen Europäiſchen Staatskanzlei anzuſehen iſt.

IV. Die verſchiedenen Siſteme und Lehrbücher des deutſchen Staatsrechts, unter deren Menge inſonderheit jene des Vitriars (Pfeffingers) Struvens, Kemmerichs, Schmaußens, (Nettelbladts) Moſers, Mascovs, (Börners) Pütters, Selchows und Majers, als die brauchbarſten und reichhaltigſten den Vorzug verdienen. Die meiſten jezt belobter Autoren finden wir, nebſt mehreren andern, verſchiedentlich beurtheilt in Moſers neueſter Bibliothek des allgemeinen deutſchen Staatsrechts, wo auch S. 38. über unſer ehemaliges pütterſches Vorleſungsbuch, folgende Bemerkung vorfindig:

„Die-

„Dieſes Buch iſt beliebt, bekannt und brauchbar ꝛc. „hingegen ſeiner Lehrart kann ich meinen Beifall nicht „geben. Eben dieſe Klage (wider die pütterſche Lehr„art) habe ich auch von Andern gehört; aber noch nie, „daß ſie jemanden gefallen hätte; man muß das Re„giſter beſtändig zur Hand nehmen, wenn man etwas „finden will; dieſes iſt nicht nu beſchwerlich, ſondern „auch den Anfängern hinderlich, dieſe Wiſſenſchaft in „ihrem Zuſammenhange leicht zu faſſen.“

Unter dem Haufen der täglich anwachſenden, und nicht ſelten ſo zweckwidrigen, als übertriebenen deutſchen Rezenſionsſchriften, und juriſtiſchen Journale ſind folgende gewiſſer Maßen die merkwürdigſten: die Berliner allgemeine deutſche- die Lemgoer und von Selchows juriſtiſche Bibliotheken — Göttingiſche Anzeigen- Leipziger- und Halliſche neue Zeitungen von gelehrten Sachen — Schotts Kritik — Waldecks literariſche Annalen, und Hartlebens vollſtändige Anzeigen, und unpartheiiſche Beurtheilung der neueſten juriſtiſchen Literatur ꝛc.

V, Staatsrechtliche Deductionen aller Art, beſonders Joh. Chriſt. Lünigs Bibliotheca Deductionum, vermehrt von Gottl. Aug. Jenichen, Leipz. 1745. und Holzſchuhers Deductionsbibliothek von Deutſchland, Frankf. und Leipz. 1778 — 79. — auch Pütters auserleſene Rechtsfälle, leiſten dahier gute Dienſte.

VI. Akademiſche Abhandlungen über alle einzelne Gegenſtände unſers geiſtlichen und weltlichen Staatsrechts; hierhin gehören unter andern: Hertius Barthels, Ickſtadts, Sündermalers ꝛc. Opuſcula -- Schmidts und Hartlebens Theſaurus &c. — Zur weitern Kenntniß ſolcher Art Schriften dienet die ſogenannte Bibliotheca juris Lipenio-Jenichiana, welche zu Leipzig 1757. von neuem in Fol. aufgelegt, und vermehrt herausgekommen.

VII. Sogenannte vermiſchte kleine Schriften, z. B. Estors kleine Schriften, Reinhards kleine Ausführungen, Senkenbergs Meditationes, Buders Amœnitates, Strubens Nebenſtunden und rechtliche Bedenken, Moſers vermiſchte Schriften, Pütters Beiträge, Cramers Wetzl. Nebenſtunden ꝛc.

I. Buch.

I. Buch.

Allgemeine Kenntniß des natürlichen und bürgerlichen Standes, oder des Staates überhaupt, und inſonderheit des Römiſch-Deutſchen Reiches.

I. Hauptſtück.

Von dem Naturſtande, und dem Staate überhaupt.

I. Abſchnitt.

1. Stand der Natur überhaupt.
2. Recht der natürlichen Freiheit.
3. Hausväterliches Regiment.
4. Anarchie.
5. Urſprüngliches Recht der Herrſchaft und Dienſtbarkeit.

§ IX.

Von dem Stande der Natur überhaupt.

Menſchen waren eher als Staaten; der natürliche Stand der Menſchen iſt daher älter, als der bürgerliche; zu jenem gabe der Schöpfer, zu dieſem der Menſch unmittelbar den Grundſtoff (a). Allgemeine philoſophiſche Kenntniß des Erſtern geht folglich jener des Lezteren, wenigſtens in ihrem Engbegriffe nothwendig vorher. Der Stand des Menſchen auſſer der bürgerlichen Geſellſchaft, ohne ein ſichtbares Oberhaupt, iſt der Stand der natürlichen Freiheit, Rechtsgleichheit, oder Unabhän-

hängigket (b); und eben dieſer heißt darum der Stand der Natur (c), weil alle Menſchen von Natur einander gleich ſind, und dieſe keinem Menſchen über den andern, auſſer dem Vater und der Mutter über ihre erzeugten Kinder, einige Gewalt oder Vorrecht verliehen hat (d).

(a) Von Kreittmayr Grundriß des allgemeinen Staatsrechts, (München, 1770.) §. 3. — P. A. Frank Grundbetrachtungen über Staat und Kirche, nach natürlichen Rechtsſätzen in Anwendung auf Deutſchland. (Mainz. 1784.) S. 1. 6. ſeq.

(b) Alſo lebten einzelne Familienväter vor der Sündflut, wie heut zu Tage ganze Völkerſchaften und deren Regenten, in dem Stande der Natur, ohne ſichtbarlichem Oberhaupt, ohne Herrn und Richter, unter einander gleich, und von einander unabhängig.

(c) S. Pufendorf Diſſ. de Statu hominum naturali. *Lond. Scan.* 1675.

(d) A. G. Baumgarten Diſſ. de æqualitate hominum inæqualium naturali, *Francof. ad Viadr.* 1744.

§. X.

Von dem Rechte der natürlichen Freiheit.

Wenn man auf den natürlichen Zuſtand der Menſchen zurückgeht, wie ſie leben würden, ohne in bürgerlichen Geſellſchaften oder Staaten verbunden zu ſeyn, ſo würde die allgemeine Gleichheit einem jeden das Recht geben, ſeine Handlungen, ſo fern kein natürliches Gebot oder Verbot im Wege ſteht (a), nach eigener unbeſchränkter Willkür einzurichten. Und eben darin beſteht das Recht der natürlichen Freiheit (b); welche daher von dem Rechte der bürgerlichen Freiheit (c) ſich weſentlich unterſcheidet.

(a) N. G. Schellhafer de indole legis naturæ permittentis, ſeu de principio actionum licitarum, *Lipſ.* 1724. — C. a Rheden de cauſa obligandi primoque modo cognoſcendi jus naturæ, *Bremæ,* 1715.

(b)

(b) Scheidemantel Staatsr. nach der Vernunft, 3. Th. §. 210.
(c) Siehe unten II. Abſchnitt, §. XX.

§. XI.
Von dem hausväterlichen Regiment.

Die Natur machte das männliche Geſchlecht zum thätigen, ſo wie das weibliche zum duldenden Theile der menſchlichen Geſellſchaft; woher lezteres mit mehrerer Schwachheit (a), erſteres hingegen mit mehrerer Stärke, Geiſteskraft, und Entſchloſſenheit ausgerüſtet ward; Dieſe waren nämlich jene ſo lesbarn als untrüglichen charakteriſtiſchen Züge, womit der Urheber der Natur, mittels der Vernunft, das Geſetz verkündigte: Der **Mann** ſey das **Haupt** und der **Regent** ſeiner **Familie** (b), und das **Weib** dem **Manne unterthänig** (c).

(a) Daher ſchreibt Salomon in ſeinen Sprüchen: Wer wird ein ſtarkes Weib finden? XXXI. 10.

(b) Alſo ward der Hausvater, in Anſehung ſeiner Familie, das, was heut zu Tage ein Fürſt in Anſehung ſeines Volkes iſt: So fällte nämlich **Jakob** das Geſetz von Wegräumung der falſchen Götter; und ſo verdammte **Judas** die **Thamar** wegen vermeintlichem Ehebruche zum Scheiterhaufen, Gen. 38. — E. Brandmüller de patriæ poteſtatis origine, progreſſu & meta, *Baſil.* 1675. — J. H. Ohlii Diſſ. de patriæ, & dominicæ poteſtatis differentiis, *Regiom.* 1740.

(c) Siehe die weiſen Sprüche IX. 2. wo es heißt: „Laß „dem Weibe nicht Gewalt über dich, daß ſie nicht „dein Herr werde.“ — Dieſes von ſo vielen mißkannte Naturgeſetz ward Gen. III. 16. und in der Epiſt. an den Titus II. 5. zu einem poſitiven Göttlichen und Chriſtlichen Geſetz erhoben.

§. XII.
Von der Anarchie.

Anarchie (a) bedeutet in dem Stande der Natur, diejenige rechtsgleiche Geſellſchaft, worin zween oder mehrere Familienväter, mit Beibehaltung ihrer allſeitigen Unabhängigkeit, ſich zu dem Ende miteinander vertragen haben (b), um mit geſammten Kräften ſich wider alle auswärtige Gewaltthätigkeiten deſto wirkſamer zu vertheidigen (c).

(a) Meine Abhandl. de Anarchia & Civitate, *Bonnæ*, 1775. — de MARTINI jus Civitatis, *Cap. I.* §. 2. ſqq.
(b) In ſolchen Anarchien ſehen wir die Patriarchen Abraham, Iſaak und Jakob, ſo wie die beiden erſten mit dem Abimelech, und den leztern mit dem Laban vereinigt. Gen. 14. 21. 26. 31. und 34. — Aehnlichermaßen vertragen ſich heut zu Tage die Europäiſchen und andrer Welttheile Regenten und freie Staaten in den ſogenannten Schutz- und Trotzbündniſſen (Of- und Defenſiv-Allianzen.)
(c) Woher in einer ſolchen, die äuſſerliche Sicherheit zum Zwecke habenden, rechtsgleichen Geſellſchaft, jeder ſich vertragende Theil ein vollkommenes Recht hat, von dem andern bei eintretendem Nothfalle, die vertragsmäßige Hülfe zu fodern, alſo zwar, daß die widerrechtliche Weigerung des einen, allen Uebrigen eine gerechte Urſache zum Zwange wider denſelben darbietet. Das Recht der heutigen Staatenliguen, Bündniſſe oder Allianzen iſt alſo, wie das Recht der altväterlichen Anarchien, keinesweges aus der Natur des **Regiments**, ſondern einzig aus der Natur eines **Vertrages** zu ermeſſen.

§. XIII.

Von dem urſprünglichen Rechte der Herrſchaft und Dienſtbarkeit.

In dem Stande der Natur hat jeder das angebohrne Recht, vor ſeinem erklärten Feinde ſich ſo ſicher, oder furcht- und ſchadenlos zu erhalten, als es immer möglich iſt (a). Kann daher dem einmal überwundenen, und in des Siegers rechtmäßige Gewalt gerathenen Feinde, mit Verſchonung ſeines Lebens, der innere Wille zu ſchaden nicht benommen werden, ſo ſind, mit deſto größerm Rechte, wenigſtens demſelben die Kräften zu zerbrechen, um für die Zukunft nicht mehr ſchaden zu können. War nun aber **knechtiſche Leibeigenſchaft** oder **Dienſtbarkeit** hierzu das gelindeſte Mittel, welches Vernunft und natürliche Billigkeit allemal, auch dem menſchenfreundlichſten Ueberwinder, anriethen: ſo entſtand nothwendiger Dinge daher einer Seits das **Recht der Herrſchaft,**

ſchaft, welches anderer Seits das rechtmäßige Joch der Dienſtbarkeit (b) nach ſich zog.

(a) B. Schmidt de jure belligerantis in belligerantem, *Monachii*, 1761. — Höpfners Naturrecht des einzelnen Menſchen, der Geſellſchaften, und der Völker, (Gießen, 1783.) §. 128. — 134. — Man vergleiche dagegen des Ritters Michaelis Moſaiſches Recht, in der Vorr. S. 39. — 44.

(b) J. Henschius und v. Alberti Diſſ. de ſervitute naturali, *Lipſ.* 1684. — 92. — J. S. Wiesand de ortu & progreſſu ſervitutis ſec. jus naturæ & civile, *Lipſ.* 1762. — Siehe *Monteſquieu* Eſprit des Loix, L. 15. C. 2.

II. Abſchnitt.

1. Urſprung der Staaten.
2. Weſentliche Eigenſchaft derſelben.
3. Bürgerlicher Verein eines Staates.
4. Verſchiedenheit der bürgerlichen Regierungsformen.
5. Majeſtät, oder höchſte Regierungsgewalt.
6. Bürgerliche Unterwürfigkeit.
7. Recht der bürgerlichen Freiheit.
8. Siſtem vereinigter Freiſtaaten.

---

§. XIV.

Von dem Urſprunge der Staaten.

Die urſprüngliche Veranlaßung der Staaten (a) iſt, nach der Lehre des Ariſtoteles, weder unmittelbar aus dem Triebe der Natur (b), weder nach der Lehre des Platons, von dem Mangel menſchlicher Bedürfniſſe (c), noch weniger nach dem Urtheile der Monarchomachen und politiſchen Freidenker, von den Gewaltthätigkeiten ungerechter Eroberer und Tirannen (d), ſondern vielmehr, nach aller philoſophiſchen Wahrſcheinlichkeit, einzig von dem menſchlichen Verlangen zur Sicherheit (e) unmittelbar herzuleiten.

(a) Conring de ortu & mutationibus Regnorum, — de MARTINI Jus Civitat. §. XIII. ſqq. — PUFENDORF I. N. & G. Lib. 7. Cap. 1. §. 7.

(b) Im Gegentheile reizt die Natur nicht ſo zur Unterwürfigkeit, als vielmehr zur unbeſchränkteſten Herrſchaft oder Unabhängigkeit. CÆSAR de B. G. III. 10.

(c) Maßen in dem Stande der Natur (die ſich mit wenigem begnüget) den erſten Menſchen es nicht ſo an Lebensbedürfniſſen, als vielmehr an genugſamer Sicherheit mangelte, die ihnen hinlänglichſte Naturgüter ungeſtört zu genieſſen.

(d) Dieſen begegnet oben erwähnter von Martini. l. c. §§. XXI. — XXVI.

(e) Nährte ſchon in der Urwelt die allererſte Familie den abſcheulichſten Brudermörder, und war ſchon damals, wie die Schrift ſagt (Gen. VI. 4. 5.) vor den Rieſen und Tirannen, (gewaltigen Räubern) und der Bosheit der Menſchen ſo wenige Sicherheit, ſo iſt es um deſto wahrſcheinlicher, daß bei dem nicht mindern Wuchſe der Laſter und Ausſchweifungen, welche nachher in der Vorwelt den innern und äuſſerlichen Frieden der Geſellſchaften ſtörten, zu endlicher Erlangung der möglichſten Ruhe und Sicherheit, die aufgeklärtere Vernunft, dem bedrängten Menſchengeſchlechte aus Noahs Söhnen, den Weg zu feierlichen Zuſammenkünften gebahnet, und allmälig jene gemeinſchaftlichen Rathſchlüſſe und Verträge veranlaſſet habe, die der Stoff der erſten Grundgeſetze waren, woraus anfangs kleinere Staaten und Republiken erwuchſen, die vor und nach, durch Gewalt oder Willkür in größere Reiche zuſammen ſchmolzen, durch Revolutionen ſich wieder trenneten, und von Monarchien verſchlungen wurden. — Man vergleiche hiermit Popens III. Brief von der Natur und dem Stande des Menſchen in Anſehung der Geſellſchaft, §. 4. 5. 6.

§. XV.

Von der weſentlichen Eigenſchaft eines Staates.

Ein förmlicher **Staat** iſt, ſeiner innern Weſenheit nach, die größere zuſammengeſetzte Geſellſchaft (a) vieler Familien und freier Menſchen (b), beiderlei Geſchlechts (c), welche innerer und äuſſerer Sicherheit-

hal-

halben (d) unter einem gemeinſchaftlichen höchſten Regiment (e) vereinigt leben, und daher Bürger des Staats (f) genannt werden, denen, nach Maßgabe der Grundverfaſſung, gewiſſe ſowohl allgemeine, als beſondere Rechte und Pflichten (g) eigen ſind. Ein ſolcher Staat, von dem kleinſten bis zum größten, iſt nun anders nicht, als eine einzelne moraliſche Perſon (h) politiſch zu betrachten, welche mit andern auswärtigen Staaten in dem Stande der Natur (i) lebet, neben Gott keinen Obern erkennet (k), und die, als ein unſterblicher (l) politiſcher Körper, den nämlichen göttlichen und ewigen unabänderlichen Naturgeſetzen (m), ſo wie jeder einzelne Menſch, ohne Ausnahm unterwürfig iſt (n).

(a) Ein förmlicher Staat bedarf keiner größern Volksmenge, als welche zur Erreichung ſeines Zweckes, (der allgemeinen Sicherheit,) hinreichend iſt; dieſe kann, wo nicht allemal durch eigene, doch mittels Anderer Hülfskräften, erhalten werden.

(b) Woher alle, die unter der hausväterlichen Gewalt, oder Herrſchaft ſtehen, und keine willkürliche Freiheit genießen, ſo wenig unter die Zahl der Bürger zu rechnen, als zu allgemeinen bürgerlichen Pflichten ordentlicher Weiſe anzuhalten ſind.

(c) Weil anders kein halbes Jahrhundert ein ganzer Staat beſtehen würde; dem jedoch, wie auf ſein gegenwärtiges Daſeyn, alſo auch beſonders auf ſeine künftige Fortdauer alle Rückſicht oblieget. Ein Beiſpiel davon giebt der Römiſche Sabinerinnen-Raub — Was **Pufendorf** und **Thomaſius** in Bezug auf den päbſtlichen, oder römiſch-katholiſchen **Kirchenſtaat** dagegen einwenden, iſt gar zu unerheblich. — Der **Amazonenſtaat** gehört in die Fabelwelt der Dichter.

(d) Siehe oben §. XIV. in den Noten, Lit. e.

(e) Solch gemeinſchaftliches Staatsregiment (idem commune Imperium) erſtreckt ſich zuweilen über mehrere von einander entlegene Völker, die unter demſelben nach den nämlichen Grundgeſetzen regiert werden, und daher alle zuſammen einen einzelnen und den nämlichen **Staat** ausmachen; womit folglich diejenige Staaten nicht zu vergleichen ſind, welche zwar einem

und

und dem nämlichen gemeinſchaftlichen Regenten, aber mittels verſchiedener Grundgeſetzen und abſonderlicher Regierungsverfaſſungen unterwürfig ſind.

(f) Bürger heißt daher im eigentlichen Verſtande eine freie Perſon, die in der bürgerlichen Geſellſchaft zur gemeinſchaftlichen Mitbeförderung des allgemeinen Staatszweckes, ſich ausdrücklich, oder ſtillſchweigend verpflichtet hat; woher der Unterſchied zwiſchen befehlenden und gehorchenden Bürgern ſich ergiebt, deren wechſelſeitigen Rechte und Pflichten in dem Verhältniſſe des Hauptes zu den Gliedern, ihren Grund haben, und mittels allgemeiner natürlichen ſowohl, als poſitiver Geſetze und Gebräuche, ihre gemeſſene Beſtimmung erhalten.

(g) S. Dreiers Anmerkungen über Pufendorf de off. hom. & civis. — Feders praktiſche Philoſ. S. 395. — J. F. Meiers Lehre von den natürlichen geſellſchaftlichen Rechten und Pflichten, Halle, 1770 — 73.

(h) Die gleichfalls von einem und dem nämlichen, der allgemeinen Wohlfart ganz angemeſſenem Begriffe und Willen, wie von einer einzigen Seele, belebt werden muß.

(i) Oder der natürlichen Freiheit und Unabhängigkeit, (Souverainität) die aber dadurch, daß ein ſchwächerer Staat dem andern mächtigern tributar iſt, keineswegs als verluſtig, ſondern vielmehr als garantirt anzuſehen iſt.

(k) Das Schwerdt des gerechten Ueberwinders ausgenommen.

(l) Mittels immerwährenden ehelichen Erzeugungen.

(m) Dieſe ſind, wie von jedem einzelnen Menſchen, alſo von allen menſchlichen Geſellſchaften, und daher von jedem Staat unzertrennlich; mithin hat jedes Volk gegen das andere, ſo wie jeder einzelne Menſch gegen jeden Mitmenſchen, eben die nämlichen natürlichen Rechte und Verbindlichkeiten.

(n) S. Die bürgerliche Regierung nach ihrem Urſprunge und Weſen betrachtet von Johann Martin Johanſſon (Montin) aus dem Schwediſchen, Stockh. (Leipz.) 1750. — von Juſti Natur und Weſen der Staaten, mit Anmerk. von Scheidemantel, Mietau, 1771.

§. XVI.

§. XVI.

Von dem bürgerlichen Verein eines jeden Staats.

Die eigentliche Art und Weiſe, nach welcher in einer bürgerlichen Geſellſchaft ſämmtlicher Hausväter und freier Menſchen Wille und Kräften, zur Erhaltung der allgemeinen Sicherheit, urſprünglich miteinander vereiniget ſind, heißt der bürgerliche Verein des Staats, (unio, nexus civilis,) deſſen Urſprung und Weſen, Pufendorf (a) von zween verſchiedenen Volksverträgen (b), und einem abſonderlichen Zwiſchen-Dekret (c), jedoch ohne zureichenden Grund (d), hat herleiten wollen.

(a) de I. N. & G. Lib. VII. Cap. II. §. 7.

(b) Erſterer ſoll eine vorläufige Willensvereinigung, ſo wie lezterer die wirkliche Unterwerfung zum Gegenſtande haben, (pactum unionis & pactum ſubjectionis.)

(c) (Decretum formæ,) oder die von einem freien Volke gemeinſchaftlich beſtimmte Form desjenigen Regiments, welchem ſich alle, mittels vorerwähntem leztern Vertrage, urſprünglich unterworfen haben; woher ſolches Volks-Dekret als das erſte Grundgeſez des Staats anzuſehen.

(d) S. de Martini l. c. §. XXIX. ſqq. — Hertius de modo conſtituendi Civitates in Opuſc. Tom. I. part. I. p. 286. ſqq. — J. E. Schmidt de Civitatis origine, *Jenæ*, 1745.

§. XVII.

Von der Verſchiedenheit der bürgerlichen Regierungsformen.

Die bürgerliche Regierungsform iſt eigentlich die genauere Beſtimmung des Subjekts, bei welchem die Majeſtät, oder die rechtmäßige höchſte Gewalt im Staate angetroffen wird. Es giebt aber hauptſächlich dreierlei einfache Arten, nach welchen die oberſte Gewalt über den Staat ausgeübet werden kann: Sie befindet ſich entweder allein in den Händen eines

einzigen **Fürſten**, oder mehrerer **Primaten**, oder des **geſammten Volkes**. Die erſte Art heißt die **Monarchie** (a) die andere wird die **Ariſtokrazie** (b) genennt, und die dritte bekömmt den Namen **Demokrazie** (c). — Die **vermiſchte**, oder beſſer zu ſagen, die **zuſammengeſetzte Regierungsart** (d) heißt diejenige, wo das Regiment unter verſchiedene Perſonen oder Kollegien dergeſtalt vertheilt iſt, daß Einem die Ausübung dieſer, und dem Andern die Ausübung jener Majeſtätsrechte zuſteht; woher eine ſolche Regierungsform, von zwo oder allen dreien pur und einfachen Regierungsarten, ihre gemeſſenen Antheile alſo unter ſich zuſammengeſetzt begreift, daß ſelbige als ein Ganzes, ohne Zuſammenſtoßung, zur füglichen Erreichung des Staatszweckes, ſich auf das beſte miteinander vertragen (e).

(a) Von dem griechiſchen Monarchos (Alleinherr,) bei dem **Ariſtoteles** Politic. Lib. III. — Die entgegengeſetzte irregulare Regimentsart heißt Tirannie, oder Despotismus.

(b) Von dem griechiſchen Ariſtos (Primas,) die entgegengeſetzte, oder irregulare heißt Oligarchie.

(c) Von dem griechiſchen Demos (Volk,) deren entgegengeſetzte heißt Ochlokrazie.

(d) Sie heißt auch bei vielen die **beſchränkte**, (forma Regiminis limitata,) weil nämlich allda durch das Anſehen des Einen, die Gewalt des Andern gewiſſermaßen in ihren gemeſſenen Schranken erhalten wird. Das Weſen einer **beſchränkten Regierungsart** kömmt alſo darauf an, daß die oberſte Gewalt ſich niemals unzertheilt in einerlei Händen befindet, ſondern daß dieſelbe, vermöge der Grundverfaſſung, in verſchiedene Theile abgeſondert, und verſchiedenen Händen anvertraut iſt, woher eine eingeſchränkte oberſte Gewalt (Majeſtas limitata) entſtehet. — G. S. Trever Logomachia de Civitatibus mixtis, *Gœtting.* 1742.

(e) Derlei **zuſammengeſetzte Regierungsform** (forma compoſita) kann aber nach der vielfacheſten Verſchiedenheit ihrer möglichen Zuſammenſetzung, keineswegs unter eben ſo vielen ſich widerſpechenden Benennungen ausgezeichnet werden: z. B. ariſtokratiſch- monarchiſch, oder monarchiſch- ariſtokratiſch — demokratiſch-

mo-

monarchiſch, oder monarchiſch-demokratiſch — demokratiſch-ariſtokratiſch, oder ariſtokratiſch-demokratiſch; — demokratiſch-ariſtokratiſch-monarchiſch; oder monarchiſch-ariſtokratiſch-demokratiſch ꝛc. Auf die Frage: Welch eine Regierungsform überhaupt jeder bürgerlichen Geſellſchaft die zuträglichſte ſey? hat Pope l. c. folgende ihm ſehr gemißdeutete Antwort gegeben: „Ueber Regierungsformen mögen Narren ſtreiten; diejenige iſt die beſte, die am beſten verwaltet „wird.“

§. XVIII.

Von der Majeſtät.

Die bürgerliche oberſte Gewalt, alle die beſtimmten Abſichten des Staats, durch die hierzu dienlichſten Mittel, nach Vorſchrift der Grundgeſetze und Maßgabe der öffentlichen Verfaſſung, auszuführen und zu bewerkſtelligen, iſt überhaupt die **Majeſtät** eines jeden auch des geringfügigſten Staates (a), obſchon dieſe Benennung nur in Anſehung gekrönter Häupter allein üblich iſt. Die Majeſtät iſt alſo ihrer unveränlichen Weſenheit nach, in einem wie in dem andern Staat, ein ganz einfaches (b) und davon unzertrennliches (c) Ganzes, deſſen Theile die **Krafttheile des bürgerlichen Regiments**, (partes imperii civilis potentiales,) oder die **Majeſtäts-** und **bürgerliche Regierungsrechte** (d) genennt werden. Befindet ſich derſelben ganzer Umfang in den Händen eines einzigen Subjekts, ſo hat dieſes eine wahre Majeſtät, die, nach Maßgabe der grundgeſetzmäßigen Ausübungsart, entweder die **abſolute** oder die **beſchränkte** Majeſtät ſeyn kann (e). Befinden ſich dahingegen die Majeſtätsrechte, Vermöge der Grundverfaſſung, in verſchiedene Theile abgeſondert, und verſchiedenen Subjekten anvertraut: ſo hat deren keines, für ſich einzeln, eine wahre Majeſtät, die alsdann in ihrem ganzen und unbefangenen Umfange bei dieſen verſchiedenen Theilnehmenden Subjekten insgeſammt, wie bei einer einzigen moraliſchen Perſon angetroffen wird (f).

(a)

(a) Wenn alſo der Worthalter des Volks von St. Marino, wie ehedem der Sprecher des Unterhauſes in England ſagen würde: Es iſt der Majeſtät des Volks von St. Marino gemäß, ꝛc. ſo würde er weder etwas Ungegründetes noch Ungereimtes ſagen, ſo klein auch dieſe Republik nur immer ſeyn mag.

(b) Weil eine zwo- oder mehrfache Majeſtät mit dem Staatszwecke, ſo wie mit der Natur des Staats im Widerſpruche ſtehet.

(c) Weil die Abſonderung auch nur eines einzigen Majeſtätsrechtes von dem Staate, der offenbarſte Verluſt eines zur zweckmäßigen Beförderung der allgemeinen Wohlfart erfoderlichen Mittels, ſeyn würde.

(d) Alles und nur dasjenige, was als ein nöthiges oder heilſames Mittel das allgemeine Staatsbeſte zu erlangen, zu erhalten, und zu befördern, angeſehen werden kann, iſt ſeiner Weſenheit nach, ein wahres und abſolutes Majeſtätsrecht. Es ſind daher diejenigen Rechte, die kein Anderer, als allein der Regent Vermöge ſeiner oberſten rechtmäßigen Gewalt, ausüben kann, von denjenigen Rechten wohl zu unterſcheiden, die von jedem Unterthane ſowohl, als von dem Regenten ſelbſt, verſchiedentlich ausgeübet werden können.

(e) Die blos perſönliche Majeſtät gründet ſich, mittels des Europäiſchen Herkommens, auf die höchſte Würde eines gekrönten Hauptes, welches, wie ein König von England, die oberſte Regierungsgewalt entweder ganz, oder zum Theile in andern Händen ſehen muß. Ob aber das Volk in der Monarchie, ordentlicher Weiſe, die reelle Majeſtät, oder die ſogenannte Grundgewalt, und der Regent nur die perſönliche Majeſtät habe? iſt eine der delikäteſten Fragen, die wir, wegen ihrem offenbarſten Widerſpruche, mit Mariana und Juſti nicht bejahen können. Büchner examen doctrinæ I. P. U. qua Majeſtas in realem & perſonalem dividitur, *Gieſſæ*, 1781.

(f) So wie in Großbritanien die wahre Majeſtät weder bei dem König, weder einzeln bei dem Ober- noch Unterhauſe, ſondern bei dieſen drei Subjekten insgeſamt angetroffen wird. A compendium of the laws and government of England, *Lond.* 1699.

§. XIX.

Von der bürgerlichen Unterwürfigkeit.

Das Weſen der bürgerlichen Unterwürfigkeit (Unterthänigkeit) beſteht in dem Gehorſam, den jeder Bürger, als Unterthan betrachtet, mittels ausdrücklicher oder ſtillſchweigender Gelobung (a), der oberſten Regierungsgewalt ſchuldig iſt. Vermöge der erſten Grundregel des Staats kann kein Bürger, der nicht ſelbſt mit der Majeſtät bekleidet iſt, er mag übrigens von noch ſo hoher Würde ſeyn, oder auch an dem bürgerlichen Regiment ſelbſt Theil nehmen, von demſelben Bande freigeſprochen werden (b). Dieſer bürgerliche Gehorſam iſt jedoch nach Maßgabe der Grundverfaſſung eines jeden beſondern Staats, eigentlich zu beſtimmen, je nachdem nämlich der Oberherr davon einen mehr oder weniger eingeſchränkten Gebrauch hat, und die ihm untergeordneten verſchiedenen Klaſſen der Bürger an und für ſich ſelbſt mehr oder weniger frei, gewürdiget und angeſehen ſind (c).

(a) Oder Anerkennung der oberſten Gewalt, und des damit bevollmächtigten Oberherrn, worunter eigentlich die Huldigung verſtanden wird. Wo die Regierungsfolge überhaupt noch nicht durch Geſetze beſtimmt iſt, oder eine neue Familie zum Beſitze eines Erbſtaates gelangt, da bedarf der Oberherr einer ausdrücklichen Gelobung oder Anerkennung mittels einer förmlichen oder feierlichen Huldigung; hingegen iſt ſie eine überflüßige Ceremonie, wo die Regierungsfolge einmal durch die deutlichſten Geſetze beſtimmt iſt, und das Recht zur oberſten Gewalt entweder auf der geſetzmäßigen Wahl, oder Erbfolge beruht; daß daher in dergleichen Staaten die Majeſtät eben ſo wenig durch Unterlaſſung einer ausdrücklichen Anerkennung, oder förmlichen Huldigung verloren, als durch deren Erſchleichung gewonnen werden kann.

(b) Gemäß der Grundregel: Alles was in dem Staat iſt, gehört unter den Staat, ſo fern keine beſondere Ausnahme dargethan werden kann.

(c) In Rückſicht auf unbefreite und befreite — mittel- und unmittelbare Bürger — gemeine Unterthanen und Stände ꝛc.

§. XX.

§. XX.

Von dem Rechte der bürgerlichen Freiheit.

Gleichwie mit dem Eintritt in das bürgerliche leben die natürliche Freiheit der Unterthanen in ſo weit zum Opfer der gemeinen Wohlfart gemacht wird, daß, ſo bald es dieſe erheiſcht, durch Vorſchriften der höchſten Gewalt, der willkürliche Gebrauch ſolcher Freiheit eingeſchränkt werden kann (a): alſo bleibt dem Unterthan in allem dem ein unverſehrtes Recht der bürgerlichen Freiheit (b), wo weder die gemeine Wohlfart, weder ſonſt eine auf die Erhaltung oder Beförderung derſelben abzweckende Vorſchrift im Wege ſteht (c).

(a) Feder in den Grundſ. des Nat. R. §. 49. ſchreibt dießfalls alſo: „Nichts würde die Majeſtät ſo ſehr herabſetzen, als wenn der Regent ſeine Aufmerkſamkeit „auf bürgerliche gleichgültige Handlungen richten, „und dieſe ohne Noth einſchränken, oder darein ſein „Anſehen mengen wollte. Im zweifelhaften Falle „kann aber freilich nur die Majeſtät entſcheiden, ob „etwas politiſch-gleichgültig iſt, oder nicht?“ Pütters Beiträge II. Th. 21. Abhandl. §. 11. 14. 16.

(b) A. L. Jacobi Beitrag zur Entwickelung der natürlichen Rechte der höchſten Gewalt in Rückſicht auf bürgerliche Freiheit. (1783.)

(c) Jacobi l. c. §. 40. erklärt dieſes in folgender Stelle: „Es iſt eine allgemein angenommene und ganz unumſtößliche Wahrheit, daß der Menſch, (auſſer einem „durch rechtmäßige Gewalt unterjochten Staate,) der „Majeſtät nur ſo viel von ſeiner natürlichen Freiheit abgetreten habe, als zur Erreichung des bürgerlichen Zweckes nöthig iſt. Jeder andere Theil „bleibt ihm vorbehalten, und iſt blos bürgerliche Freiheit. Eine ſich weiter erſtreckende Beſchränkung wäre ein Eingriff in die Rechte des Bürgers.“ — Allein, wie weit ſolche Beſchränkung zur Erhaltung oder Beförderung der gemeinen Wohlfart unumgänglich nöthig ſey? Darüber hat nicht der Unterthan, ſondern allein der Regent zu erkennen.

§. XXI.

Von dem Siſtem vereinigter Freiſtaaten.

Ein Staatenſiſtem (a) ergiebt ſich alsdann, wenn verſchiedene freie Staaten oder unabhängige Republiken, unter dem ausdrücklichen Vorbehalt ihrer wechſelſeitigen unverſehrten Unabhängigkeit (b), und einer jeden eigenen, abſonderlichen Regierungsform (c), ſich untereinander vertragsweiſe (d), zu dem Ziel und Ende verbinden, um mit vereinten Kräften ſich alle äuſſere Sicherheit zu gewähren (e), und mit gemeinſchaftlichem Rath (f) alles das zu vollſtrecken, was die allgemeine Wohlfart des ganzen Siſtems ſowohl, als die beſondere Glückſeligkeit eines jeden einzelnen mitvereinigten Freiſtaats erfodert (g).

(a) Das auch eine Achaiſche Republik genennet werden kann. JUSTINUS Lib. I. Cap. 1. — S. PUFENDORF Diſſ. de ſyſtematibus civitatum, *Lond. Scanav.* 1675. — E. C. WIELAND Diſſ. de ſyſtemate civitatum, *Lipſ.* 1777.

(b) Indem das Staatenſiſtem, ſo wie die Anarchie in dem natürlichen Stande, eine gleiche Geſellſchaft iſt, und ſich von andern verſchiedenen, einem einzigen Oberherrn gehorchenden, Staaten vorzüglich darin unterſcheidet, daß dieſe, auſſer ihrem gemeinſchaftlichen Haupte, anders nichts gemeinſchaftliches zuſammen haben, und von dergleichem Bunde himmelweit entfernt ſind, wie z. B. die Oeſterreichiſchen Erbſtaaten und Reiche: Ungarn, Böhmen, Mähren, Kärnten, Steiermark, Tirol, die Niederlande ꝛc. C. A. de BECK Jus publicum Auſtriacum, *Viennæ*, 1750.

(c) Hierin kommen zwar auch unſere, in dem deutſchen Reiche verbundenen, ſo viele Staaten und Republiken mit einem Staatenſiſtem überein; von welchem ſie aber alle, als abhängig, ſich beſonders hierin unterſcheiden, daß ſie einem gemeinſchaftlichen höchſten Regiment unterwürfig ſind, und den nämlichen allgemeinen Reichs-Grundgeſetzen gehorchen.

(d) Woher die wechſelſeitigen Rechte und Pflichten der in ſolchem Siſtem vereinigten Theile nicht ſo aus der Eigenſchaft des Regiments, (ex indole imperii,)

ſon-

ſondern vielmehr, wie in der Anarchie, aus der Natur eines öffentlichen Vertrags oder Bundes (ex natura pacti) beſtimmt und beurtheilt werden müſſen.

(e) Daß daher ſämtliche, in ſolch Siſtem erwachſene Staaten, einer dem andern, bei erheiſchendem Nothfalle, mit vereinten Kräften, werkthätigſt beizuſtehen verpflichtet ſind. Siehe oben §. XII. unter der Lett. c.

(f) Woher ein ſolches Staatenſiſtem unter ſich einen beſtändigen Rath, oder dazu eigends beſtimmten Verſamlungsort, mit ſeinen gehörigen Bevollmächtigten und Repräſentanten, zu beſchicken hat, um durch die Mehrheit der Stimmen alles das rechtskräftig zu beſchließen, was zur Aufrechthaltung ſeiner gemeinſchaftlichen Wohlfart erfoderlich ſeyn will.

(g) Dergleichen Staatenſiſteme haben wir bekanntlich nur drei: 1) Die ſieben Provinzen der vereinigten Niederlande. — 2) Die XIII Kantons der vereinigten Schweiz. — 3) Die XIII Republiken der vereinigten Amerikaner.

III. Abſchnitt.

1. Genaue Berichtigung der Staatsgränzen.
2. Politiſcher Zuſammenhang des Staats mit einem oder mehreren auswärtigen Staaten.
3. Natürliche und politiſche Abtheilungen des Staats.
4. Deren untergeordneten Theile und Geſellſchaften.
5. Derſelben verſchiedene Rechte und Verfaſſungen.

---

§. XXII.

Von genauer Berichtigung der Staatsgränzen.

Sind alle einzelne Staaten als ſo viele Theile des allgemeinen großen Weltſtaates zu betrachten, worin ſie natürlicher Weiſe, auf der Oberfläche der Erdkugel, nach ihren verſchiedenen gemeſſenen Größen, einen weitern oder engern Raum ihrer abſonderlichen Gebiete einnehmen, und gleichfalls unter ſich thei-

len,

ſen, den keiner in Ausübung ſeiner Majeſtäts- oder Grund- und Eigenthumsrechte ohne Verletzung ſeiner Nachbaren überſchreiten kann (a), ſo bedarf jeder Staat zu ſeiner geographiſchen Unterſcheidung und Abſonderung von andern nachbarlichen Staaten, allemal der beſtimmteſten Gränzen (b), welche durch Revolutionen (c) ſich öfters erweitern oder enger zuſammenziehen, und daher an deren genaueſter Berichtigung (d), ſo wie überhaupt an der geographiſchen Staatskenntniß, dem bürgerlichen Regiment beſonders gelegen ſeyn muß (e).

(a) Auſſer dem Falle einer erworbenen ſogenannten ſtaatsrechtlichen Servitut. C. J. ENGELBRECHT de ſervitutibus juris publici, *Lipſ.* 1739. — G. H. AYRER de limitum præſcriptione, *Götting.* 1746.

(b) A. REINHARDT de Finibus regundis, *Erf.* 1781. — J. J. Beck vom Recht der Gränzen und Markſteine, Nürnb. 1739.

(c) G. SCHWEDER de inſignioribus Imperiorum & Regnorum Europæ revolutionibus & mutationibus, quæ per elapſum ſeculum XVII. & paulo poſt contigere, *Tubingæ,* 1710.

(d) H. HILDEBRAND de viſitatione finium prov. atque publ. *Alt.* 1716. — J. R. ENGAU de libris quos Gränz- und Lagerbücher dicere ſolemus. *Frf.* 1756.

(e) Vorzüglichſt allda, wo nicht etwa ſelbſt große Flüſſe ein Reich von dem andern unterſcheiden; ſo wie der Fluß Sau die natürlichſte Gränze zwiſchen der Türkei und Sklavonien ausmacht. — J. F. RIVINI de ſingulari Legislatorum Rom. & Germ. cura in controverſiis finium & territoriorum dirimendis, *Lipſ.* 1740. — Siehe Reuß teutſche Staatskanzlei. I. Th. S. 58. — 63.

§. XXIII.

Von dem politiſchen Zuſammenhang eines Staates mit einem andern, oder mehreren auswärtigen Staaten.

Wenn ein oder mehrere abſonderliche Staaten, mit Beibehaltung ihrer eigenen abſonderlichen Benennung

nung, dem gemeinſchaftlichen höchſten Regiment (a) eines andern entfernten Staats, mittels der nämlichen Grundgeſetze, untergeordnet ſind (b): alsdann haben dieſe, auch in der weiteſten geographiſchen Entfernung, miteinander jenen politiſchen Zuſammenhang, Kraft weſſen dergleiche von einander entlegene Völkerſchaften wie ein einziges zuſammengeſetztes Reich anzuſehen, obwohl nicht allemal nach ganz gleichen Rechten und Verbindlichkeiten (c) zu beurtheilen ſind.

(a) Siehe oben §. XV. in den Noten unter der Lett. e.
(b) Wie z. B. Korſika dem Königl. Franzöſiſchen — Schottland und Irland dem Engliſchen — das Longobardiſche Italien dem deutſchen Reiche ꝛc.
(c) So, wie unter Kaiſer Karl dem Großen die der fränkiſchen Monarchie einverleibten Sachſen ihre eigene beſondere Landrechte beibehielten. Gleichermaßen hat das Longobardiſche Italien mit unſerm deutſchen Reiche, unerachtet beider politiſchem ſehr engen Zuſammenhange, dennoch nicht in allem die nämlichen gleichen Rechte und Verbindlichkeiten.

§. XXIV.

Von natürlichen und politiſchen Abtheilungen eines Staats.

So wie der große allgemeine Weltſtaat von ſeinem göttlichen, allerweiſeſten Stifter und Alleinherſcher in ſo viele verſchiedene Nationen und abſonderliche größere und kleinere Völkerſchaften, als unter vielen verſchiedenen Sphären und Himmelsſtrichen, abgetheilt iſt: alſo haben die meiſten anſehnlichern Reiche und Republiken theils ihre verſchiedene, das Land durchſtrömende Flüſſe (a), theils zuſammenhangenden Gebirge, Waldungen oder Wildniſſe (b) der Natur zu verdanken, welche gewiſſermaßen diejenige natürlichen Abtheilungen ſolcher Staaten in verſchiedene Provinzen, Länder und Diſtrikte veranlaſſen, theils auch jene politiſchen Abtheilungen (c) erleichtern hel-

helfen, welche zu bequemlicher Ausübung des allgemeinen Staatsregiments ſo vortheilhaft als dermaßen nöthig ſind, daß, wo allenfalls Natur und Kunſt dieſelbe verſagt hätten, allda ein großer Staatskörper von ſo vielen den verſchiedenſten Theilen und faſt unzählbaren Gliedmaßen, ſo wenig als ein Kriegsheer ohne tactiſche Ein- und Abtheilungen (d), etwa unter einem Haupte in guter Ordnung erhalten, und zu ſeinem Zwecke gehörig befördert werden könnte (e).

(a) So werden in unſerm deutſchen Reiche mittels der Donau- Rhein- Elb- und theils anderer mehreren Flüſſe, verſchiedene deutſche Provinzen, Länder und Diſtrikte, gewiſſermaßen gleichfalls natürlicher Weiſe, von einander abgeſondert und geographiſch unterſchieden.

(b) Um uns davon zu überzeugen, brauchen wir nur in eine Landkarte von Deutſchland, Frankreich, Rußland ꝛc. einen Blick zu werfen.

(c) Beweiſe davon geben in unſerm deutſchen Reiche deſſen verſchiedenſte Provinzen, oder Herzog- und Fürſtenthümer, Land- Mark- und Burggrafſchaften, Kreiſe, Gauen, und andere abſonderliche Diſtrikte.

(d) In Legionen, Cohorten, Brigaden, Regimenter, Bataillons, Kompagnien, Pelotons ꝛc.

(e) Weil vorzüglich nur ſolchergeſtalt die dem bürgerlichen höchſten Regiment unentbehrliche Kenntniß des innern Staats im Ganzen ſowohl, als allen ſeinen Theilen, und daher die bequemlichſte Majeſtätsausübung, unter der zahlreicheſten und weitſchichtigſten Volksmenge, zweckmäßigſt erzielet, und alle Unordnung und Verworrenheit füglichſt vermieden werden kann. Woher ſelbſt der göttliche Stifter des Iſraelitiſchen Staats, demſelben mittels jener politiſchen Volksabtheilungen in verſchiedene Stämme, Zünfte und Geſchlechter, die ſchönſte Verfaſſung gabe, Num. XXIV. 13. — Joſue XIV.

§. XXV.

Von den untergeordneten Theilen einer jeden Hauptabtheilung des Staats.

Gleichwie der Weſenheit eines förmlichen Staates nichts natürlicher iſt, als überhaupt jene innere

politiſch-ſiſtematiſche Verfaſſung, die ſich vorzüglichſt auf die verhältnißmäßigſten ſo wohl geographiſchen als blos politiſchen Ein- und Abtheilungen begründet, die dem Regiment allererſt jenen ſo weiten als beſchwerlichen Weg zur Erreichung des bürgerlichen Zweckes nothwendig eröfnen; alſo ſind der Natur einer jeden Hauptabtheilung gleichermaßen ihre verſchiedene untergeordnete Theile (a) dergeſtalt eigen, daß ohne deren richtige Beſtimmung, die innere politiſch-ſiſtematiſche Staatsverfaſſung allemal höchſt unvollkommen ſeyn würde (b).

(a) So theilet ſich z. B. unſere Kurkölniſche Reichsprovinz in das obere und niedere Erzſtift, ſo wie dieſe beiden Abtheilungen wiederum zerfallen in verſchiedene untergeordnete Oberämter oder Satrapien, welche von neuem in ihre eigene verſchiedene Dingſtüle, ein- und abgetheilt ſind.

(b) J. S. Pütteri Inſtit. Juris publ. germ. (1782.) §. 192.

§. XXVI.

Von den verſchiedenen Rechten und Verfaſſungen der verſchiedenen Haupt- und untergeordneten Theile, oder abſonderlichen politiſchen Geſellſchaften des Staats.

Je und nachdem die verſchiedenen ſowohl Haupt- als untergeordneten Theile, oder abſonderlichen politiſchen Geſellſchaften des Staats, jede einzeln betrachtet, einen eigenen beſondern Grund ihres Urſprunges, oder einen eigenen abſonderlichen Zweck ihres Daſeyns haben; ſo und nach dieſem ſind deren innere politiſche Verfaſſungen ſowohl, als beſondere Freiheiten und Gerechtſame von einander weſentlich unterſchieden; die alle daher vorzüglichſt aus deren eigentlicher politiſcher Entſtehungsart (a), wie zugleich aus deren wirklichem geſellſchaftlichem Zwecke (b) zu ermeſſen und näher zu beſtimmen ſind.

(a)

(a) So haben z. B. die beſondern Verfaſſungen und Rechte der deutſchen Herzogthümer Bayern, Sachſen, Franken ꝛc. zu dem **Grunde ihres Urſprunges**, forderſamſt die ehemalige Verfaſſung Deutſchlandes vor Karl dem Großen, der dieſe Urfreiſtaaten Germaniens, mittels Beibehaltung ihrer Herzoge, auch vieler Freiheiten und eigener Namen, unter einer einzigen Majeſtät, in ein und das nämliche Reich zuſammen vereinigte.

(b) Woher z. B. die innern Verfaſſungen, ſo wie die beſondern Freiheiten und Gerechtſame der deutſchen Reichs- und Ritterkreiſe, Ganerbinate ꝛc. anders nicht als vorzüglichſt aus dem **Grunde ihres Urſprunges** und dem **Zwecke ihres Daſeyns** ſich ergeben.

II. Hauptſtück.

Von dem Urſprunge, den Veränderungen, und dem gegenwärtigen Zuſtande der Staatsverfaſſung des Deutſchen Reiches, deſſen Gränzen, Anſprüchen, und politiſchem Zuſammenhange mit Italien, von Deutſchlandes natürlichen und politiſchen Ein- und Abtheilungen in verſchiedene Provinzen, Länder und Diſtrikte, deren untergeordneten mancherlei politiſchen Geſellſchaften, und aller deren abſonderlichen Rechten und Verfaſſungen.

I. Abſchnitt.

1. Natürlicher Freiheitsſtand der Deutſchen.
2. Erſtes bürgerliches Regiment der Franken.
3. Deren Saliſch-Ripuariſche Geſetze.
4. Deutſche Staatsverfaſſung unter Karl dem Großen.
5. I. Hauptveränderung unter Ludewig dem Deutſchen.
6. II. Unter Conrad und Heinrich *I.*
7. III. Unter Otto dem Großen.
8. IV. Unter Maximilian *I.* und Karl *V.*
9. Gegenwärtige Regierungsform des Römiſch-Deutſchen Reiches.

§. XXVII.

§. XXVII.

Von dem bis auf die Zeiten des Julius Cäſar noch faſt natürlichen Freiheitsſtande der Deutſchen.

Wo wir etwa das ſechſte Jahr über ein halbes Jahrhundert vor der Chriſtlichen Zeitrechnung, nur die wenigen deutſchen Völker: die Sueven, Haruden, Markomannen, Triboccer, Nemeter, Seduſier und Vangionen, unter dem Arioviſt in einem faſt förmlichen Staat erwachſen antreffen, der jedoch von keiner Dauer war, und durch eine einzige Schlacht vom Julius Cäſar gänzlich vernichtet wurde; ſo ſehen wir dahingegen um die nämliche Zeit, alle die übrigen verſchiedenſten deutſchen Urvölker, einzeln unter ihren Herzogen (Anführeren der Heerzüge) oder kleinen machtloſen Königen und Prieſtern, in ſolchen Verfaſſungen, die nichts weniger als förmlichen Staaten verglichen werden können (a). So, wie Amerikus Veſputius 1497. in dem, von Chriſtophorus Columbus 5 Jahre vorher entdeckten vierten Welttheile, die verſchiedenſte kleine Völker, die wir Wilde heiſſen, unter ihren Königlein (Kouqui) gleichfalls als ſo viele verſchiedene Stammgeſchlechter, gewiſſermaßen in dem rohen Stande der Natur erblickte.

(a) Obwohl Cäſar, Vellejus Paterculus, Plinius der jüngere, Plutarch, Florus, Eutropius, Oroſius, Suetonius, Dio Caßius, Strabo, Pomponius Mela, und Cl. Ptolomäus, in ihren unſchätzbaren Schriften, verſchiedene die allerälteſte Nachrichten von Deutſchland enthalten, ſo würden wir dennoch ohne des Cornelius Tacitus Annalen und deſſen vortrefliches Werk: von den Sitten der Deutſchen, gar keine erhebliche und bewährte Kenntniſſe von der damaligen innern Verfaſſung Deutſchlandes zu hoffen gehabt haben, beſonders, wo des Cajus Sulla und des Quintus Catulus Nachrichten von dem Cimbriſchen Kriege, ſo wie auch des ältern Plinius XX Bücher, und, (was am meiſten zu bedauren iſt,) des Titus Livius hundert und viertes Buch,

durch

durch die Unbilden und Länge der Zeit verloren gegangen ſind. — Hierhin gehören vorzüglichſt: Cluverii Germania antiqua, — Beati Rhenani rerum Germ. Libri III. und **Mascovs** Geſchichte der alten Deutſchen.

§. XXVIII.

Von dem erſten bürgerlichen Regiment der Franken.

Gleichwie bereits um die Mitte des dritten Jahrhunderts, ſämtliche in Niederſachſen, Weſtphalen, Thüringen, Friesland, Cleve, Bentheim und Bremen, ſo wie alle zwiſchen dem Rhein, der Elbe und der Weſer, auch jenſeit der Yſſel wohnenden, von den Römer noch unbezwungenen ganz freien und unabhängigen Deutſche, dieſerwegen mit dem charakteriſtiſchen Namen der **tapfern Franken** (freier unüberwindlicher leute) faſt allgemein ausgezeichnet waren (a), ſo ſehen wir dieſelbe endlich um das Jahr 420. auf Zurathen **Marchomirs**, eines ihrer tapferſten Herzoge, deſſen Sohn **Pharamund** zu ihrem gemeinſchaftlichen König erwählen, und ſolchergeſtalt zuerſt in einen **förmlichen Staat** zuſammenſchmelzen, woraus nachher die ſo große **fränkiſche Monarchie** allmälig erwachſen iſt (b).

(a) **Leibnitz** und **Eccard** haben zu erweiſen geſucht, daß die **Franken** urſprünglich als eine eigene Nation über der **Elbe** zwiſchen der **Eyder** und **Warne**, und zwar in dem Lande, das man in den mittlern Zeiten **Nord-Albingia** nannte, und das heut zu Tage **Hollſtein**, **Lauenburg**, und einen Theil von **Mecklenburg** in ſich faßt, gewohnt, und von da aus, nach dem **markmänniſchen Kriege**, ſich in die Gegenden von **Thüringen** und dem **Saalgau**, in dem heutigen **Franken**, von hier aus aber endlich an den **Rhein** gezogen, und allda mit den **Katten**, (Heſſen) den **Amſivariern** (an der **Ems**,) den **Chamavern** (in der Gegend von **Hamm**) den **Bruckterern**, **Attuariern**, und andern Völker vereinigt hätten; übrigens ſey es ſehr wahrſcheinlich, daß zu denjenigen, welche zuerſt den **fränkiſchen** Völ-

kerbund veranlaßt, auch die alten Cauzen gehört haben.

(b) M. J. Schmidt Geſchichte der Deutſchen, II. Buch.

§. XXIX.

Von den Saliſch-Ripuariſchen Geſetzen.

Das ſeltenſte Denkmal der altfränkiſchen Staatsverfaſſung, das ſich mit dem Gepräge der älteſten deutſchen Sitten ſo vorzüglich auszeichnet, ſind die ſogenannten Saliſchen und Ripuariſchen Geſetze (a), welche anfangs für beide Theile der fränkiſchen Nation, nämlich die Saliſchen (b) und die Ripuarier (c), wahrſcheinlicher Weiſe ſeit dem Jahr 422. von den vier Primaten Wiſogaſt, Bodogaſt, Salogaſt und Wiedogaſt (d) ſchriftlich aufgeſetzt, und nachher von Klodwig, Theodorich und andern fränkiſchen Königen, gemäß den Grundſätzen des Chriſtenthums, merklichſt verbeſſert worden ſind (e).

(a) Herold war der erſte, der ſie aus der Fulder Bibliothek mit den gloſſis Malbergicis oder den uralten deutſchen Erklärungen hat abdrucken laſſen, die nachher der ſcharfſinnige Eccard, obwohl mit den gewagteſten Muthmaſſungen, dennoch auch mit auſſerordentlicher Kenntniſſe und dem gröſten Forſchungsgeiſt entziffert und ausführlichſt erörtert hat.

(b) Wo eigentlich die Salier ſich aufgehalten, wie weit dieſelbe ſich erſtreckt, oder was für Gränzen die Terra Salica gehabt habe? darüber zanken ſich die Geſchichtskündiger, ohne noch auf etwas zuverläßiges gekommen zu ſeyn.

(c) Von den Ripuariern, die anfangs zwiſchen dem Rhein, der Moſel, Maas und Schelde wohnten, läßt ſich viel eher noch etwas mit Zuverläßigkeit ſagen. Denn da die Bewohner dieſer Gegenden von den Römer, noch vor dem Einmarſch der Franken, Ripuarier (von den Ufern der Flüſſe, die ſie bewohnten) genannt worden, ſo ſcheinen die nachherigen Franken nur an ihre Stelle getreten zu ſeyn, wo ſie in dem V. Jahrhundert ſich von Köln den Rhein und die Moſel herauf bis Trier und Mainz, und gegen Weſten, bis an die Maas und Schelde ausbreiteten. Siehe

F. Cra-

F. Cramer Comment. hiſt. de veterum Ripuariorum & præcipue eorum metropolis Coloniæ ſtatu civili & eccleſiaſtico a prima gentis origine ad annum DCCLII., *Bonnæ*, 1784.

(d) Dieſe Namen rühren her von denjenigen **Gauen**, worin dieſe ſonſt unbekannten **Verfaſſer** wohnten. — Die gelehrten **Eccard**, **Conring**, **Gundling** und **Wendelin** haben ſich alle aber ganz vergebliche Mühe gegeben, die wahre Lage dieſer **Gauen**, und folglich das Vaterland der ſaliſchen Geſetze zu finden.

(e) Die **ſaliſchen Geſetze** waren nicht ſo wegen der Strenge, als vielmehr in Anſehung ihrer unchriſtlichen Gelindigkeit gewiſſermaßen recht barbariſch; ſo ward z. B. die vorſetzliche Ermordung eines freien Römers nur mit 100, und die eines Grafen mit 600 Goldgülden beſtraft. Die **Gerichte Gottes**, mittels der Probe des ſiedenheißen Waſſers, finden auch darin ſtatt. Uebrigens iſt unter allen einzelnen ſaliſchen Geſetzen wohl jenes das merkwürdigſte, welches die Töchter zu Gunſten der Söhne von dem **ſaliſchen Erbe** gänzlich ausſchließt, wo es nämlich Tit. 62. alſo heißt: „de Terra Salica in mulierem nulla portio hæreditatis tranſit, ſed hoc virilis ſexus acquirit.“

§. XXX.

Von der deutſchen Staatsverfaſſung unter Karl dem Großen.

Nachdem **Karl der Große** im J. 788. das noch freie Herzogthum Bayern unter dem **Thaſſilo**, und 16 Jahre nachher das noch unbezwungene faſt unüberwindliche Sachſen (a) unter dem tapfern **Wittikind**, mittels Kapitulation erobert, und ſolchergeſtalt dieſe mächtige deutſche Völker nunmehr mit allen übrigen ſchon vorher bezwungenen Staaten Germaniens, dem **fränkiſchen Reiche** einverleibet, und unter deſſelben gemeinſchaftlichem **monarchiſchem Regiment** vereiniget hatte; ſo ward ganz **Deutſchland**, der fränkiſchen politiſchen Verfaſſung gemäß, nun auch in ſeine verſchiedene **Provinzen**, ſo wie dieſe in mehrere **Gauen** eingetheilt, wobei jenen ihre **Herzoge**, oder theils die ſogenannten *Miſſi Dominici*, ſo

ſo wie dieſen ihre **Grafen** oder **fiskaliſche Richter** vorgeſetzt, auch zur Bewahrung der Gränzen, gewiſſe **Markgrafen** verſchiedentlich beſtellet wurden (b). Mittels dieſer allgemeinen deutſch-fränkiſchen Staatsverfaſſung entſtehen zugleich die Rechte des **Pfalzgrafen** oder **obern Hofrichters** in weltlichen- und des **Erzkapellanen** in geiſtlichen unmittelbaren Streitſachen (c); die deutſchen Kirchenprälaten nebſt allen königl. Staatsbeamten und edelen Mannen erhalten mit den **Franken** ein gleiches Stand- und Stimmrecht auf feierlichen **Reichstagen**, wo ſie mit dem Könige öffentlichen Rath pflegen, und die Geſetze machen helfen (d). Uebrigens wird durch das, mittels ausdrücklicher Geſetze erweiterte **Lehensſiſtem**, nun auch die allgemeine Verbindlichkeit zu Kriegsdienſten befeſtiget, hingegen von Deutſchen ſo wenig als Franken einiger **Tribut**, noch weniger ſtatt deſſen der **Laienzehnte** (e) gefodert; welcher damals und noch lange hernach, in ſolchem Verſtande ganz unbekannt war, und die Könige ſtatt der **Steuer** ſich mit eigenen **Domainen** begnügten, welche durch die **Zoll-** und **Münzregalien**, auch **Wege-** und **Heerbanngelder** merklichſt vermehrt wurden (f). Dieſe war in der Hauptſache die eigentliche politiſche Verfaſſung Deutſchlandes unter ſeinem erſten Alleinherrſcher **Karl dem Großen** (g), welcher mit demſelben, ſo wie mit der ganzen fränkiſchen Monarchie bald nachher das longobardiſche **Italien**, und endlich im J. 800. die **Römiſche Kaiſerkrone** (h) glorreichſt vereinigte.

(a) Die damaligen ſächſiſchen Gränzen erſtreckten ſich von dem deutſchen Meere bis an **Thüringen**, und von der **Elbe** bis an den **Rhein**. Die gegen **Oſten**, wurden die **Oſtphalen**, die gegen **Weſten**, die **Weſtphalen**, und die in der Mitte wohnten, die **Engerer** genannt. **Fredegar** in ſeiner **Chron.** L, CIX. nennt dieſe Sachſen: natio paganiſſima. Boecleri Diſſ. hiſt. de Wittikindo magno, *in Opuſc.* Tom. II. p. 83.—102.

(b) **Schmidt**, l. c. II. B. VII. Th.

(c)

(c) Siehe L. 3. *Capitular.* C. 77.
(d) Das weitere hiervon vernehmen wir in dem III. Buche, II. Hauptſt. I. Abſch. §. von dem Urſprunge, der Verſchiedenheit und dem ehemaligen Anſehen der deutſchen Reichsſtände.
(e) Welcher ſich von dem geiſt- oder kirchlichen Zehnten darin unterſcheiden ſoll, daß jener vorgeblich von dem Fürſten in Kraft ſeiner oberſten Gewalt, ſo wie dieſer von der Kirchen zu deren nothdürftiger Erhaltung, mit Recht gefodert werde; zu welcher Irrlehre die dem römiſchen ſowohl als dem fränkiſchen Regiment anfangs gewiſſermaßen wie ein Canon (in recognitionem beneficii) verſchiedentlich entrichtete, und nachmals (quaſi in recognitionem Imperii) übel verſtandene Zehnten, wohl mögen die Veranlaſſung gegeben haben, wovon ein beſonderes Beiſpiel giebt die im Jahre 1782. herausgekommene Abhandlung de eo, quod circa decimas novales in Germania & præcipue in territorio Colonienſi juſtum eſt.
(f) Boecler de ſtatu Imperii Carolini, ſive de iis, quæ ad Reipublicæ notitiam pertinent regnante Carolo magno, in *Opuſc.* Tom. 3. pag. 7—41.
(g) Boecler hiſtoria Caroli M. Imperatoris Rom. in *Opuſc.* Tom. 2. pag. 138—246.
(h) J. S. Pütter Comment. de inſtauratione Imperii Romani ſub Carolo M. facta, illiusque inſtaurationis factæ veris effectibus, *Gœtt.* 1766—70.

§. XXXI.

Von der erſten Hauptveränderung unter König Ludwig dem Deutſchen.

Gleichwie mittels der zu Verdün im J. 843. vollbrachten feierlichen Erbtheilung des geſammten fränkiſchen Reiches (a), Deutſchland nunmehr ſeinen eigenen abſonderlichen Beherrſcher in der Perſon Ludwigs II. (oder des Deutſchen) bekömmt, und ſolchergeſtalt allererſt als ein ſelbſtſtändiges unabhängiges Erbreich zu betrachten iſt; alſo entſteht dahier die erſte Epoche ſeiner eigenen abſonderlichen Regierungsverfaſſung ſo wie aus ſelbiger ſein eigenes beſonderes Staatsrecht, welches bald hernach durch den Koblenzer Vertrag (b) (*Pactum Confluentinum*)

als

als eines der erſten Grundgeſetze, und mittels deſſelben, zugleich das **Reichsſtändiſche Anſehen** einen auſſerordentlichen Zuwachs erhält.

(a) *Annales Franc.* ad annum 843. — Regino ad an. 843. — C. S. Schurzfleisch, diſſ. de diviſione Imperii Karolini, *Witemb.* 1682.
(b) *Annales Fuldenſes* ad an. 360. — Balutz. II. 141. — Pfeffinger ad Vitr. I. 58.

§. XXXII.

Von der zwoten Hauptveränderung unter Konrad und Heinrich I.

Ward endlich unſer Deutſchland nach gänzlich erloſchener fränkiſch-karolingiſcher Erbfolge im J. 912. unter ſeinem neuen Könige **Konrad** I. (a), nunmehr ein **freies Wahlreich**, dem jedoch die vorherige Regimentsverfaſſung in der Hauptſache noch immer eigen blieb, obwohl durch die Empörungen der Herzoge und Befehdungen der Stände (b), das königliche Anſehen nicht wenig verlohr; ſo ſehen wir bald hernach, unter Kaiſer **Heinrich** I. (c) über alles das, noch dieſe beſondere Epochmäßige Ereigniß, mittels welcher die deutſchen **Städte** merklichſt vermehret und allenthalben erweitert, ſo wie nicht weniger anſehnlichſt verſchönert und theils befeſtiget, verſchiedene **Markgrafſchaften** (d) errichtet, und die feierlichen Ritterſpiele, oder die ſogenannten **Turniere** (e) zuerſt eingeführet wurden.

(a) N. H. Gundling Diſp. de ſtatu Reipublicæ Germanicæ ſub Conrado I. Franciæ orientalis Rege, *Halæ Magd.* 1730, — J. P. de Ludewig de Germania principe poſtcarolingica ſub Conrado I. Francorum orientalium Rege, *Halæ Magd.* 1765.
(b) Pfeffinger ad Vitr. Tom. 2. pag. 414. — Regino ad a. 913. Balutz. II. 42. — **Strubens** Nebenſt. IV. 1. ſqq.
(c) Boecler de his, quæ ad ſtatum Reipublicæ pertinent ſub Henrico I. in *Opuſc.* Tom. 3. p. 175. — 211. —

Gund-

GUNDLING de HENRICO aucupe Franciæ orientalis Saxonumque Rege, *Halæ* 1711. — LUDEWIG Henricus auceps hiſtoria anceps, *Halæ* 1713.

(d) Namentlich: Nordſachſen, (Brandenburg) Meiſſen und Schleswig.

(e) Siehe Rüxners Turnierbuch, worüber jedoch nachzuſehen iſt GUNDLING de Henr. Auc. §. 27.

§. XXXIII.

Von der dritten Hauptveränderung unter Otto dem Großen.

So wie vorher unter Karl dem Großen, alſo ſehen wir gleichermaßen nicht viel über ein ganzes und ein halbes Jahrhundert nachher unter Otto dem Großen (a) das longobardiſche Italien (b) ſammt der Römiſchen Kaiſerkrone (c) nun auf einmal mit dem deutſchen Reiche rechtmäßigſt und ewig unzertrennlich wieder vereinigt, daß ſolchergeſtalt unſer Deutſchland nunmehr das heilige Römiſche Reich deutſcher Nation (d), ſo wie deſſen Beherrſcher der Römiſche Kaiſer genannt, und dafür von allen Mächten der Welt, mit Recht anerkannt wird.

(a) C. W. WALCH Diſſ. de Ottone M. Italiæ Rege ac Romanorum Imperatore, *Jen.* 1746.

(b) SCHURTZFLEISCH Jus Auguſti in Italiam, §. 2. 8. — SIGONIUS de Regno Italiæ lib. VI.

(c) PÜTTER Comment. de ſecundæ inſtaurationis Imperii Romani ſub Ottone M. factæ veris effectibus, *Gœtting.* 1774.

(d) PÜTTER Comment. de juncta cum inſtauratione Imperii Advocatia eccleſiæ Rom. indeque nata denominatione *ſacri* Romani Imperii, *Gœtt.* 1775.

§. XXXIV.

Von der vierten und fünften Hauptveränderung unter Maximilian *I.* und Karl *V.*

Hat unſer deutſches Reich ſeinem glorwürdigſten und ewig unvergeßlichen Kaiſer Maximilian I. (a) unter andern den weiſeſten und heilſamſten Staatsver-

verfügungen, nebſt dem allgemeinen öffentlichen Landfrieden und dem Recht der Austräge, insonderheit die Errichtung des kaiſerl. Reichskammergerichts, und die Reichsexekutionsordnung, wie nicht weniger ſeine politiſche, höchſtvortheilhafte Eintheilung in zehn Kreiſe zu verdanken (b), ſo erleidet dahingegen die deutſche Regierungsverfaſſung unter Kaiſer Karl V. (c) mittels der von Ihm beſchwornen neueſten Wahlkapitulation, und des nachherigen Augsburgiſchen Religionsfriedens, eine ſolche auſſerordentliche Metamorphoſe, daß daher einer Seits das kaiſerl. Anſehen nicht minder geſchwächt, als anderer Seits die mit Bürgerblut (d) erfochtenen Rechte einer neuen Chriſtenreligion, in Kraft eines unverletzlichen Grundgeſetzes, feierlichſt beſtärket worden ſind (e).

(a) J. G. Boehm ſelecta capita ex hiſtoria Caroli V. Imperatoris, *Lipſ.* 1757.
(b) J. J. Müllers Reichstagstheatrum unter Kaiſers Max. I. Regierung, Jena. 1718—19.
(c) F. M. Grimm Diſp. de hiſtoria Imperatoris Maximiliani I. ampliſſimo juris Germanorum publici fonte, *Ratiſb.* 1742.
(d) Boecler Diſſ. de bello Imperatori Carolo V. a Mauritio Sax. Elect. illato, turbisque inde in Imperio exortis, *Argent.* 1709.
(e) Die Gegenſtände dieſes §phs, werden nicht dahier, ſondern an eigenen nachherigen Stellen, ihrer Ordnung nach, gehörig erörtert.

§. XXXV.

Von der gegenwärtigen Regierungsform des römiſch-deutſchen Reichs.

Obwohl die heutige Regierungsverfaſſung Deutſchlandes unter glorreich regierendem Kaiſer Joſeph II. noch immer in der Hauptſache die nämliche iſt, die unter beiden Kaiſern Maximilian I. und Karl V. ihr Daſeyn erhalten hat, ſo haben dennoch die vielen nachherigen jedesmal erneuerten Wahlkapitu-

pitulationen, wie auch beſonders der Weſtphäliſche Friede und der jüngſte Reichsabſchied, derſelben allerdings eine genauere Beſtimmung oder beſtimmtere politiſche Richtung gegeben, wozu die neuern Reichsfriedensſchlüſſe, namentlich: der Nimwegiſche (a), Ryswickiſche (b), Badiſche (c), Hubertsburgiſche (d) und der Teſchener Friedensſchluß (e), gewiſſermaßen auch das ihrige beigetragen, und dießfalls in dem deutſchen Staatsrechte, nicht ganz auſſer allem Betracht gelaſſen werden mögen. Gleichwie übrigens unſer römiſch-deutſches Reich, gemäß ſeiner abſonderlichen Grundverfaſſung, eine eigene ganz auſſerordentliche Art einer durch die landesherrliche Hoheiten und Komitialrechte höherer und niederer Stände beſchränkte Wahlmonarchie iſt (f): alſo kann derſelben eigentliches wahrhaftes Verhältniß anders nicht, als aus dem ganzen Zuſammenhang unſers beſondern deutſchen Staatsrechts genau ermeſſen und richtig beſtimmet werden (g).

(a) Vom J. 1679. *Corp. jur. publ.* pag. 1087. — Siehe Londorp acta publica, Tom. 10. p. 659. und Pufendorf de rebus Brandeb. L. 17. §. 61.

(b) Vom J. 1697. *Corp. jur. publ.* pag. 1102. Siehe Fabri Staatskanzlei. 3. Tom. S. 117. und 4. Tom. S. 482 — Pidoll diſſ. de clauſula pacis Ryswicenſis art. IV. *Trev.* 1762. — Man vergleiche dagegen Moſers Bericht von der claus. pacis Ryswic. art. 4. Frf. 1732.

(c) Vom J. 1714. worauf 1735. der Wieneriſche Friedensſchluß gefolget. *Corp. jur. publ.* pag. 1235 — 1459. Siehe Fabri Staatskanzlei, 23. Tom. 9. und 15. Kap. — 24. Tom. 11. Kap. — 78. Tom. 13. Kap. und 79. Tom. 13. Kap.

(d) Vom J. 1765. Siehe Fabers neue Europäiſche Staatskanzlei. IX. Th. S. 403 — 416.

(e) Vom J. 1779. in Fabers Staatskanzlei. Tom. 53. S. 1. ſqq.

(f) J. H. Boehmer Diſſ. de origine & cauſis formæ J. R. G. præſentis, *Halæ.* 1735. — D. E. Haas Tr. jur. publ. de Monarchia S. R. I. limitata, *Francof.* & *Lipſ.* 1755.

(g)

(g) Aus dieſer anomaliſchen Grundverfaſſung des deutſchen Reichs ergiebt ſich,deſſelben auſſerordentlicher, ſogenannter bürgerlicher Verein (nexus civilis,) Kraft weſſen der deutſche Staatskörper zwiſchen Haupt und Gliedern, dann mehreren einzelnen mittels des allgemeinen Lehensbandes dem Kaiſer und Reiche untergeordneten Regenten und deren Unterthanen, in dem richtigſten Verhältniſſe zuſammenhängt, woraus ein- und anderer Seits die mittel- und unmittelbare deutſche Unterwürfigkeit nothwendig herſtammet.

II. Abſchnitt.

1. Gränzen des deutſchen Reichs.
2. Deſſen Anſprüche auf auswärtige ihm entzogene Staaten.
3. Politiſcher Zuſammenhang deſſelben mit dem longobardiſchen Italien.

---

§. XXXVI.

Von den Gränzen des deutſchen Reichs.

Die Gränzen des deutſchen Reichs haben ſich mit dem allmäligen Verluſt der anſehnlichſten, ihm vormals eigenen und unterwürfigen Staaten, bis heran immer enger zuſammengezogen. Die ehemaligen Reiche Lothringen (a) und Burgundien (b) mögen davon Zeugniß geben, deren mächtige Provinzen mittels verſchiedener Revolutionen theils ſich ſelbſt unabhängig gemacht haben (c), theils von der Krone Frankreich erobert (d), und ſolchergeſtalt, ſo wie vorher die ganze Schweiz (e), und mehrere andere Länder (f), dem deutſchen Staatskörper entriſſen worden ſind. Die heutigen ſo ſehr verengten Gränzen Deutſchlandes ſind daher gegen Oſten (Morgen) die Königreiche Ungarn, Polen und Preuſſen; gegen Süden (Mittag) Italien, das Adriatiſche Meer, und die Schweiz; gegen Weſten (Abend) Elſaß und Lothringen, die franzöſiſchen und vereinigten Niederlande; gegen Norden (Mitternacht) die Nord- und Oſtſee, das Herzogthum Schleswig und der Eyderfluß (g).

(a) Sonſt Auſtraſien. Lotharius *II.* erhielt es 855. zu ſeinem Erbtheile; Es ward daher das Lothariſche Reich, ſo wie nachmals Lothringen genannt. Heinrich *I.* bringt es 921. mit Deutſchland von neuem in Verbindung, und Otto der Große theilt es in zwei Herzogthümer, Ober- und Niederlothringen, worunter alle Länder begriffen waren, die von dem Vogelberg (Vogeſus) im Sund- oder Wasgau, bis an die Nordſee, zwiſchen dem Rhein, der Moſel, Maas und Schelde gelegen waren. Conring de Fin. Imp. C. 7. p. 53. — Gleichwie Oberlothringen bis heran ſeinen Namen behalten hat, ſo iſt dahingegen Niederlothringen, nachdem es großentheils an die Herren von Brabant gekommen, dießfalls das Herzogthum Brabant genannt worden. — Mascov Diſſ. de nexu regni Lotharingici cum I. R. G. *Lipſ.* 1728.

(b) Deſſen erſte Könige zu Arles reſidirten; daher es das Arelatenſiſche Reich genannt wurde. Es entſtand 879. unter Boſo dem Herzoge von Provence, aus einem Theile des Lothringiſchen Reiches, und begriff damals das heutige Provence, Dauphiné, Lion und Bourgogne dieſſeits des Jurten- oder Juraſſer Gebirges (Burgundia cisjurana,) womit 930. auch der andere Theil jenſeits erwähnten Gebirges vereiniget worden (Burgundia transjurana). Conrad *II.* bringt dieſes Reich 1033. an Deutſchland, und begriff ſelbiges damals nebſt Provence, Dauphiné, Franche-Comté, Lion und Savoyen, auch noch beſonders einen großen Theil der Schweiz; hingegen darf Elſaß ſo wenig, als das Herzogthum Burgund, wie einige irrig wollen, dazu gerechnet werden. Seit dem XIII. Jahrhundert iſt das dritte des H. R. R. Erzkanzleramt durch Gallien und das Arelatiſche Reich, mit dem Erzbiſchöflichen Stul zu Trier, ſo wie vorher mit dem zu *Vienne*, unzertrennlich verbunden. Mascov Diſſ. de nexu regni Burgundici cum I. R. G. *Lipſ.* 1720. — P. Plancher hiſtoire generale & particuliére de Bourgogne, *à Dijon*, 1739. Fol. — S. F. Hahn de juſtis regni Burgundici novi vel Arelatenſis limitibus, *Halæ*, 1716.

(c) Alſo erklärten im J. 1581. die niederlothringiſchen vereinigten VII Provinzen: Holland, Seeland, Uetrecht die Graff. Zütphen, Niedergeldern, Oberyſſel, Gröningen und Friesland, welche eben die Krone Spa-

nien

nien von Deutſchland zu Lehen truge, ſich feierlichſt für ganz unabhängig; deren Souverainität auch nachher ſeit geſchloſſenem W. F. von dem deutſchen Reiche bei allen Gelegenheiten ſo wohl ſtillſchweigend, als ausdrücklich in öffentlichen Ratifikationen, beſonders vom J. 1653. anerkannt worden. Siehe Meiern *acta comitialia.* Tom 1. p. 407. ſq. — Dumont *corps dipl.* Tom. VI. p. 429. 446.— L. B. de Meermann de ſolutione vinculi quod olim fuit inter S. R. I. & fœderati Belgii reſpublicas, *Lugd. Bat.* 1774.

(d) So ſind nicht allein die drei Oberlothringiſchen Biſchthümer Metz, Tull und Verdun, mit bloſſem Vorbehalt des erzbiſchöflich-trieriſchen Metropolitanrechtes, ſondern auch die anſehnliche Landſchaft Elſaß, in dem XI. Art. des Münſteriſchen- und XVI. Art. des Ryswickiſchen Friedens, an die Krone Frankreich, von Deutſchland abgetreten worden. Das allerletzte, was noch den Namen eines Herzogthums von Oberlothringen übrig behalten hatte, und vom deutſchen Reich in der Perſon Kaiſers Franz *I.* beſeſſen wurde, gieng nun auch in dem Wieneriſchen Friedensſchluſſe 1735. mittels Tauſches gegen das Großherzogthum Toskana, zu Frankreich völlig über. Was dahingegen von dem alten Lothringiſchen und Arelatiſchen Reich unſerm deutſchen Staate bis heran noch immer lehenspflichtig, und theils eingekreiſet und unterwürfig geblieben iſt, ſind 1) das Herzogthum Savoyen, das Stift Baſel, und die Grafſch. Mömpelgard; dann vorzüglichſt 2) die beiden Erzſtifter Köln und Trier, die Balleien Elſaß und Burgund, nebſt den Oeſterreichiſchen Niederlanden, die nunmehr unter den X Reichskreiſen den ſogenannten Burgundiſchen Kreis ausmachen. Siehe der R. K. Maj. und der Stände Vertrag wegen der Burgundiſchen Erblande vom J. 1548. *in Corp. jur. publ.* p. 118.

(e) Im J. 1307. ſchloſſen die drei Waldſtädte, Uri, Schweiz und Unterwalden wider Kaiſer Albrecht *I.* jene berühmte Ligue, woraus 8 Jahre nachher der feierliche Eidgenoſſenbund erwuchs, zu welchem vom J. 1332. bis 1513. die übrigen X Kantons allmälig getreten ſind, nämlich: Zürich, Baſel, Bern, Schafhauſen, Glaris, Appenzell, Lucern, Zug, Freiburg und Solothurn. Im J. 1498. entſtand dießfalls der für die Eidgenoſſenſchaft ſo glück-

liche

liche Schweizerkrieg, woher endlich in dem O. F. J. Art. 7. und in dem Münſt. Art. 8. die ganze vereinigte Schweiz von der deutſchen Gerichtbarkeit befreit, auch nachher von dem geſammten Reiche für ein unabhängiger Freiſtaat anerkannt worden. J. J. Moſers gerettete völlige Souverainität der ſchweizeriſchen Eidgenoſſenſchaft, Leipzig, 1778.

(f) G. D. Aland Diſſ. de Imperii R. G. antiquo habitu erga Poloniam, *Lipſ.* 1752. — J. H. Boecler de adquiſito & amiſſo Imperii R. G. jure in Livoniam, *Argent.* 1710. — Von dem Herzogthum Schleſien iſt nachzuſehen Moſers Staatsarchiv, Th. VII. S. 86.

(g) Büſchings Geographie, Tom III. und Martini Anweiſung zur Staatsgeographie, Cap. VIII. Sect. 1. p. 350. — J. J. Moser Diſſ. de dubiis regni germanici finibus, *Lipſ.* 1738.

§. XXXVII.

Von Deutſchlandes Anſprüchen auf auswärtige ihm entriſſene Staaten.

Was des deutſchen Reiches Anſprüche (a) auf die von Anbeginn bis heran ihm allmälig entzogene Staaten und Provinzen angeht, ſo treten dahier zween unumſtößlichen Gründe ins Mittel, woraus ſich alle dießfalls vorkommende Schwierigkeiten leicht heben laſſen; der I. **Grundſatz** iſt: Was einmal durch feierliche **Friedensſchlüſſe** oder **Vergleiche** abgegeben iſt, darauf hat man ſein Recht und allen rechtlichen Anſpruch verloren; der II. **Grundſatz** iſt dieſer: Was man von langen Jahren her ohne feierliche **Verwahrung** und rechtskräftigen **Widerſpruch** hat fahren laſſen, darauf iſt einer Seits präſcribirt (b), ſo wie anderer Seits ſtillſchweigend verziehen worden.

(a) S. kurze Deduction des ritterlichen deutſchen Ordens und des H. R. R. auf Liefland und Kurland auch Semigallien hergebrachter und annoch unwiderſprechlich competirender Jurium, 1737. (in der neuen Europ. Staatskanzlei, Th. 1. S. 80. ſqq. — J. Brunnemann Diſſ. de finibus & prætenſionibus J. R. G. *Halæ*, 1701. — J. Zſchackwitz Einleitung zu den Rechtsanſprü-

ſprüchen der hohen Häupter und Staaten in Europa, Frankf. 1734. — Schweders Theatrum prætenſionum, *Lipſ.* 1712.

(b) Der franzöſiſche Prätenſionsmacher Aubery hat in ſeiner Schrift de juſtes prétenſions de l'Empire, behaupten wollen, ganz Deutſchland gehöre Frankreich, deſſen Recht nie verjähren könne, weil præſcriptio inter liberas gentes nicht ſtatt finde; worauf Werlhof Rechtslehrer zu Helmſt. in ſeinen Vindiciis dogmatis Grotiani, de præſcriptione inter gentes liberas, meiſterlich geantwortet.

§. XXXVIII.

Von dem politiſchen Zuſammenhange des deutſchen Reiches mit dem longobardiſchen Italien.

Obwohl das H. Römiſche Reich deutſcher Nation, auſſer dieſer, mit der höchſten römiſch-kaiſerlichen Würde und oberſten Kirchenadvokazie vergeſellſchafteten Benennung, weder mit dem altrömiſchen Reiche, weder mit deſſen Hauptſtadt, eine wirkliche Verbindung hat (a); ſo ſehen wir dennoch unſer Deutſchland mit dem longobardiſchen Italien noch wirklich in jenem politiſchen ſehr engen Zuſammenhange (b), wovon die immerwährenden kaiſerl. Belehnungen der Italiäniſchen Reichsvaſallen (c), des kaiſerl. Reichshofraths höchſte Gerichtsbarkeit in italiäniſchen Rechtsſachen, der kaiſerl. Reichsfiskal in Italien, die italiäniſchen Reichskriegsſteuren, des Kurfürſten zu Köln italiäniſches Reichserzkanzleramt, und endlich das kaiſerl. Reichsvikariat des Herzogs von Savoyen, die offenbarſte unwiderſprechlichſte Zeugniſſen abſtatten (d).

(a) N. H. Gundling vom Römiſchen Reiche der Franken, in *Gundlingianis*, St. XXXV. S. 427. — J. S. Pütteri *Progr.* de erronea opinione, germaniam ipſam eſſe Romanum Imperium aut ſaltem partem Romani Imperii, *Gætt.* 1778. — C. G. Buder de feudis Imperii in Romandiola & in terris S. Pontificis, ad II. F. 33. §. 1. & II. F. 40. *Jenæ*, 1748. —

J. W.

J. W. Jæger Diſſ. de juribus Imperatoris in Romam & Italiam, *Tüb.* 1718.

(b) Kaiſerl. Wahlk. Art. X. §§. 6, 7, 10, 12. — Art. XXV. §§. 1, 4. — R. A. 1641. §. 88.

(c) Deren keiner jedoch, weder mittels des Kur-Rechts, an der Kaiſerwahl, noch mittels der Reichsſtandſchaft, an der wirklichen Regierung einigen Antheil hat. Die anſehnlichſten darunter ſind: 1) das Haus Oeſterreich; 2) der König von Sardinien; 3) die Herzoge von Modena, und 4) von Parma und Piacenza. Uebrigens werden die italiäniſchen Reichslehen bei dem kaiſerl. Hof eingetheilt in folgende fünf Klaſſen: 1) die Lombardiſche, 2) die Liguriſche, 3) die Bononeſiſche, 4) die Toskaniſche, 5) die Tirniſaniſche. S. Moſers deutſches auswärtiges St. R. (1772.) B. 5. K. 3. S. 404. — J. H. G. von Juſti Abhandl. daß die Herzogthümer Parma, Placenz und Guaſtalla wirkliche Reichslehen ſind, Frankf. 1750. — G. Schweder Diſſ. de jure Imperii in ducatum Mediolanenſem, *Tüb.* 1702. — G. D. Hoffmann Diſſ. de jure Imp. germ. in Mutinam, *Tüb.* 1771. — N. H. Gundling Diſſ. de jure Imp. in magnum Etruriæ ducatum, *Lipſ.* 1732.

(d) J. J. Schmaußens Summariſche Vorſtellung des gegenwärtigen Zuſtandes von Italien, in Anſehung des deutſchen Reichs, Gött. 1742.

III. Abſchnitt.

1. Deutſchlandes natürliche und politiſche Ab- und Eintheilungen, beſonders in X Kreiſe.
2. Allgemeine politiſche Verfaſſung der Reichskreiſe.
3. Feierliche Kreisverſammlungen.
4. Rechte und Freiheiten der Reichskreiſe.
5. Reichskonſtitutionsmäßige Verbeſſerung und Ergänzung des verworrenen und mangelhaften deutſchen Kreisweſens.

---

§. XXXIX.

§. XXXIX.

Von Deutſchlandes natürlichen und politiſchen Ab- und Eintheilungen, beſonders in *X* Kreiſe.

Hat es dem deutſchen Reiche von Anbeginn allemal gewiſſermaßen zum Vortheil gereichet, daß ſelbiges mittels verſchiedener, ſeinen ganzen Umfang durchkreuzender Flüſſe, ſo manche blos natürliche Abtheilungen in verſchiedene Regionen oder Länder und Provinzen überhaupt gewinnet; ſo war es zu ſeinem noch weit größern Vortheile, als daſſelbe im J. 1500. zu ordentlicher Beſtellung des **Reichsregiments** und **Kammergerichts**, anfangs in VI beſondere Kreiſen (a), jedoch ausſchlüßig der Kurfürſtenthümer, und hernach mit Einſchlieſſung derſelben auſſer Böhmen, im J. 1512. wegen Handhabung des **Landfriedens**, in X verſchiedene Kreiſen (b) als ſo viele **geographiſche Diſtrikten** und **politiſche Geſellſchaften**, ordentlich eingetheilt worden (c).

(a) Nämlich: **Franken**, **Bayern**, **Schwaben**, **Oberrhein**, **Weſtphalen** oder **Niederrhein**, und **Sachſen**. Corp. jur. publ. p. 62. — P. B. Gerdes Diſſ. de germaniæ in circulos & præcipue VI. primævæ diviſionis origine, *Gryphisw.* 1710. — E. C. Westphal Diſſ. de veris initiis circulorum, *Halæ,* 1761.

(b) So wurden nämlich die IV neuen Kreiſe: 1) **Oeſterreich**, 2) **Burgund**, 3) **die vier rheiniſchen Kuren**, und 4) **die Kurfürſtenthümer Sachſen und Brandenburg**, den obigen VI alten Kreiſen zugeſellet. — Siehe in Corp. jur. publ. p. 81. — G. S. Treper Bericht von der wahren Gelegenheit und dem rechten Urſprung der zehn Reichskreiſe, Helmſt. 1722.

(c) Dieſe zehn Kreiſe, worunter heut zu Tage IV katholiſche, II proteſtantiſche, und IV vermiſchter Religion ſind, pflegen in folgender Ordnung beſchrieben zu werden: 1) der **Oeſterreichiſche**, 2) der **Burgundiſche**, 3) der **Kurrheiniſche**, (katholiſch) 4) der **Fränkiſche**, (vermiſcht) 5) der **Bayeriſche**, (katholiſch) 6) der **Schwäbiſche**, 7) der **Oberrheiniſche**, 8) der **Niederrheiniſch-Weſtphäliſche**, (vermiſcht) 9) der **Ober-**

ſächſiſche, 10) der Niederſächſiſche, (proteſtantiſch) Siehe O. F. J. Art. 5. §. 58. — Moſers St. R. Tom 27. S. 186. u. f. — Die unter jedem Kreiſe begriffene Mitglieder und Stände ſiehe in Corp. jur. publ. p. 81. ſqq.

§. XL.

Von allgemeiner politiſcher Verfaſſung der Reichskreiſe.

Die deutſchen Reichskreiſe haben heut zu Tage allgemein dieſe eigene politiſche Verfaſſung, daß wir an der Stelle der ehemaligen **Kreisoberſten** (a), gegenwärtig die ſogenannten **Kreisausſchreibenden Fürſten** (b), und zwar wie in jedem der IV neuen Kreiſe, allein einen **weltlichen** (c), alſo in jedem der VI alten Kreiſe, einen **weltlichen** und **geiſtlichen** zuſammen (d) antreffen, welche Fürſten nebſt den hohen **Kreisausſchreib-** und **Direktorialämter** (e), auch die **Vollziehung der reichsgerichtlichen Urtheile** wider unmittelbare Reichsbürger, ſo wie überhaupt das allgemeine Beſte ihrer angehörigen Kreiſe, mit Beiſtand der **zugeordneten Kreisräthe** (f) vorzüglichſt zu beſorgen haben. Uebrigens iſt die innerliche Einrichtung, oder das ſogenannte Domeſticum Circuli, als z. B. in Anordnung des Kriegsweſens, und Beſtellung allerlei Kreisbedienten (g), in Kreispräſtationen und deren Nachlaß, im Sitz und Stimmen auf Kreistagen, in Präſentation der Kammergerichtsbeiſitzer ꝛc. eines jeden Kreiſes eigener unbeſchränkter Willkür dergeſtalt überlaſſen, daß ſo gar den höchſten Reichsgerichten ausdrücklichſt verboten iſt, in die innere kriegs- civil- und oekonomiſche Kreisverfaſſung, Hand einzuſchlagen, vielweniger Prozeſſe dagegen ausgehen zu laſſen (h).

(a) Dieſe waren gemäß der Regimentsordn. 1507. über die Kreiſe ſelbſt, ſo wie gegenwärtig nur über die Kreismiliz, als Häupter derſelben angeordnet; was alſo heut zu Tage ein Kreisoberſter oder Kreisfeldmarſchall heißt, das hieß in dem R. A. zu Nürnb. 1522. Art. 3. ein **Kreishauptmann** über die Miliz. — Siehe J. C. Zir-

Hirſchens Beleuchtung des Urſprunges und der Beſchaffenheit des Kreisoberſtenamts insgemein, und inſonderheit des fränkiſchen Kreiſes, Anſpach, 1766.

(b) Dieſe ſind nie durch ein ausdrückliches Reichsgeſetz, ſondern mittels der Obſervanz, allmälig entſtanden; jedoch können dieſelbe zugleich als Kreisoberſte und Feldmarſchälle ſowohl eigener als anderer Kreiſe gewählet werden. R. A. zu Augsb. 1555. §. 56. 57. und 79. in Corp. jur. publ. p. 175. 183. — Siehe in HENNIGES medit. ad J. P. W. ſpecim. 8. von Beſchaffenheit des Urſprungs der Ausſchreibämter in den zehn Reichskreiſen, p. 1327. ſqq.

(c) So wie in dem Oeſterreichiſch- und Burgundiſchen Kreiſe, allein deren Inhaber der regierende Erzherzog, in dem Kurrheiniſchen, der erſte Kurfürſt, und in dem Oberſachſiſchen Kreiſe, der Kurfürſt von Sachſen, (ſogar mit Ausſchluſſe des Kurfürſten von Brandenburg,) die wirklichen kreisausſchreibenden Fürſten ſind.

(d) Z. B. 1) in dem fränkiſchen Kreiſe der Biſchof zu Bamberg und die Markgrafen von Brandenburg-Bayreuth und Anſpach, alle drei Jahre wechſelnd; — 2) in dem bayeriſchen Kreiſe, der regierende Herzog v. Bayern, und der Erzbiſchof zu Salzburg; — 3) in dem ſchwäbiſchen Kreiſe, der Biſchof zu Conſtanz, und der regierende Herzog von Würtemberg; — 4) in dem oberrheiniſchen Kreiſe, der Biſchof zu Worms, und der Pfalzgraf von Simmern; — 5) in dem niederrheiniſch-weſtphäliſchen Kreiſe, der Biſchof zu Münſter, und der Herzog von Gülich und Cleve; (Corp. jur. publ. p. 1070.) — 6) in dem niederſächſiſchen Kreiſe, die Inhaber der Erzbiſchthümer Magdeburg und Bremen abwechſelnd, (O. F. J. X. Art. §. 10.) und der ältere regierende Herzog von Braunſchweig-Lüneburg.

(e) Jeder kreisdirigierender Fürſt iſt zwar allemal auch ein kreismitausſchreibender Fürſt, aber jeder kreismitausſchreibender Fürſt iſt um deswillen nicht allemal auch ein kreisdirigierender Fürſt. C. Gmelin akad. Red. von den Vorrechten der dirigierenden und ausſchreibenden Fürſten ꝛc. Tüb. 1767. — J. A. HARTMANN de jure Directorum in circulis Imperii R. G. *Marb.* 1743. — J. G. GONNE de Directorio circuli mixti, *Erl.* 1754. — J. C. KOENIG de inſigni differentia Directorum comitiorum circularium & circulorum S. R. I. *Halæ*, 1750.

(f) Zu ſolchen zugeordneten Kreisräthen werden, jedoch nur in den alten Kreiſen, keine andere als wirkliche des Kreiſes fürnehme Stände und Bankvorſitzende geiſtliche oder weltliche gewählt. R. A. 1555. §. 77.

(g) Hierhin gehören: die Kreispfenningsmeiſter, Kaſſirer, Münzmeiſter, Münzwarteine, und mehrere derlei untergeordnete Kreisämter, je und nachdem in folgenden Zeiten viel andere wichtige Geſchäften, als: Reichsanſchläge und deren Mäßigung, Zoll- und Münz- wie auch beſonders das Reichskriegsweſen, den Kreiſen übertragen worden, daß daher von denſelben die Reichskonſtitutionsmäßige deutſche Truppenſtellung, oder ſogenannte Reichshülfe zu Kriegs- und Friedenszeiten, nach eines jeden quanto circulari, errichtet, in Kompagnien und Regimenter eingetheilt, und ſofort der von den Kreisſtänden allein angeordneten Kreisgeneralität untergeben wird. R. A. 1555. §. 80. u. f. — S. von Gunderode Unterſuchung des heutigen Zuſtandes von dem deutſchen Kreisweſen, Gieſſe, 1733.

(h) Kaiſerl. Wahlk. Art. XII. §. 4.

§. XLI.

Von feierlichen Kreisverſammlungen.

Die Verſchiedenheit der Kreistage iſt überhaupt nach der Verſchiedenheit der feierlichen Verſammlungen, entweder eines einzelnen Kreiſes, oder mehrerer, oder ſämtlicher Reichskreiſe, eigentlich zu ermeſſen. In dem erſten Falle ereignet ſich ein beſonderer Kreistag (a); in dem andern entſteht entweder ein ſogenannter Münzprobationstag (b), oder Kreisaſſociationskonvent (c); und im leztern Fall ergiebt ſich ein allgemeiner Kreistag (d); bei welchen verſchiedenen Kreisverſammlungen das hergebrachte Ceremoniel und die eigene Art und Weiſe zu handeln und zu ſchlieſſen, ſo wie deren innere Einrichtung überhaupt mit jener des höchſt anſehnlichen Reichskonvents, ſehr viel ähnliches hat (e).

(a) Sind gleichwohl in dem öſterreich- und burgundiſchen Kreiſe, aus leicht zu errathender Urſache, derlei

lei Konvente niemals, ſo wie im J. 1683. in dem oberſächſiſchen, 1632. in dem niederſächſiſchen, und 1718. in dem weſtphäliſchen Kreiſe zum leztenmale gefeiert und ſeither gänzlich unterlaſſen worden; ſo ſind dahingegen in den übrigen Kreiſen, ſonderheitlich in dem ſchwäbiſchen zu Ulm, dem fränkiſchen zu Nürnberg, und in dem oberrheiniſchen Kreiſe zu Frankfurt am Mayn, dergleichen feierliche Verſammlungen bis heran noch immer ganz gewöhnlich. Kaiſerl. Wahlk. Art. XIII. §. 10. — J. W. de Goebel de conventibus circularibus, *Helmſt.* 1723.

(b) Wo ſich nämlich die Direktoren und Deputirten einer gewiſſen Klaſſe der korreſpondirenden Kreiſe, zu gemeinſchaftlicher Berichtigung des Reichsmünzweſens, feierlich verſammlen, und darüber mit einander traktiren. Auſſer Oeſterreich und Burgund, ſind die übrigen acht Kreiſe in folgende drei Korreſpondenzklaſſen eingetheilt: I. Franken, Schwaben und Bayern; II. Oberrhein, Kurrhein und Weſtphalen; III. Weſtphalen (wie vorher) dann Ober- und Niederſachſen. Jede Klaſſe pflegt auch auſſer den feierlichen Münzprobationstagen, des Münzweſens halben, unter ſich zu korreſpondiren, woher der Name der korreſpondirenden Kreiſe, erwachſen iſt. S. kaiſerl. Wahlk. Art. IX. §. 5. — C. Wildvogel Diſſ. de conventibus circulorum correſpondentium monetalibus, *Francof.* 1732.

(c) Oder feierliche Verſammlung der ſogenannten vorliegenden aſſociirten Kreiſe: Ober- und Kurrhein, Oeſterreich, Franken und Schwaben. In dem ſpaniſchen Succeßionskriege 1707. und 1711. ward die Nördlinger Aſſociation erwähnter an den franzöſiſchen Gränzen vorliegender 5 Kreiſe, wider Frankreich errichtet, die auch nachher im J. 1733. dahin erneuert worden, daß mittels derſelben, allein in den 5 aſſociirten Kreiſen, eine Armee von 44000 Mann, zur Beſchützung Deutſchlandes wider Frankreich, zuſammen gebracht ward. S. Aktenmäßiger Bericht von dem eigentlichen Verlauf der beim ſchwäbiſchen Kreiſe in materia aſſociationis 1746. & 47. gepflogenen Unterhandlungen, 1748. f. — J. A. Kopp gründliche Abhandl. von der Aſſociation der vordern Reichskreiſe, Frankf. 1739. — J. P. Hahn Diſſ. de perpetua circulorum Imp. R. G. aſſociatione, *Mog.* 1746.

(d) Worauf nämlich die Deputirten aller Kreiſe erſcheinen, und von Kurmainz das Kreisausſchreib= und Diriktorialamt geführt wird. Dergleichen allgemeiner Kreiskonvent ward zum leztenmale zu Erfurt im J. 1567. ſo wie ſieben Jahre vorher, zu Worms gefeiert. S. Datt de P. publ. L. 1. C. 21. n. 73. Seitdem ſind dieſe allgemeinen Kreisverſammlungen, in Anſehung des fürwährenden Reichstages, als unnöthig betrachtet, und daher gänzlich unterlaſſen worden. Struvii ſyntagma juris publ. C. 22. §. 57. p. 1033. — P. Müller de conventibus circulorum S. R. I. *Halæ*, 1734.

(e) So ſind z. B. in den VI alten Kreiſen, die höhern und niedern Kreisſtände, nach ihrer Verſchiedenheit auf verſchiedene Bänke abgetheilt; ein Kreisſtand führt wie der andere ſeine eigene entſcheidende Stimme, wie dann auch ein Kreisgeſandter zu Zeiten, von drei und mehreren Ständen bevollmächtiget erſcheint. Gleichwie die Anſetzung eines feierlichen Kreistages, vorläufig dem Kaiſer pflegt gemeldet zu werden, ſo ſchickt er auch mehrentheils Gevollmächtigte, oder Kommiſſarien, die ſich bei dem Direktorium legitimiren, und alsdann von Deputirten feierlich abgeholt werden. Uebrigens wird auf einem Kreis= wie auf dem Reichstage, durch die Mehrheit der Stimmen beſchloſſen, und ſämtliche Schlüſſe, von dem Direktorialamt hernach in einen Kreisabſchied gebracht. F. C. Moſers Sammlung des H. R. R. ſämtlicher Kreisabſchiede, Leipz. 1748. Th. III. 4.

§. XLII.

Von den Rechten und Freiheiten der Reichskreiſe.

Unter den anſehnlichſten Gerechtſamen und vielen abſonderlichen Freiheiten der Reichskreiſe, ſind folgende gewiſſermaßen vorzüglich die merkwürdigſten: 1) die Befügniß, nach eigener Willkür feierliche Verſammlungen anzuſtellen (a); 2) die Reichsmatrikel, ſo wie das Zoll= und Münzweſen zu reguliren (b); 3) die Kammergerichtsbeiſitzer zu präſentiren (c); 4) die reichsgerichtlichen Urtheile wider die Stände und Unmittelbare zu vollziehen (d); 5) die Rechte der Ge=

ſandtſchaften und Bündniſſe; 6) das Recht der Selbſthülfe (e); 7) die unbeſchränkteſte Freiheit in Betreibung ihres innern Civil- Oekonomie- und Kriegsweſens (f); dann ſchließlich 8) der ihnen beſonders angelobter allerhöchſter Schutz und wirklich angebotener ſtarker Arm der kaiſerl. Majeſtät (g).

(a) Kaiſerl. Wahlk. Art. XIII. §. 10.
(b) R. A. 1544. §. 13. — R. A. 1576. §. 120. — R. A. 1582. §. 68. ſq. — R. A. 1603. §. 51. ſq. — Kaiſerl. Wahlk. Art. VIII. §. 28. Art. IX. §. 5.
(c) K. G. O. Th. 1. Tit. 2. — O. F. J. Art. V. §. 56.
(d) R. A. 1512. §. 9. — Kaiſerl. Wahlk. Art. XX. §. 5. — O. F. J. Art. XVI. §. 2.
(e) Kaiſerl. Wahlk. Art. VIII. §. 16. 20.
(f) Kaiſerl. Wahlk. Art. XII. §. 4. Siehe J. G. Estor de ſumma circulorum Germ. libertate ratione bellicorum, civ. œconomicorumque &c. *Gieſſ.* 1743.
(g) In Kraft folgender ausdrücklichen Gelobung: „Geſtalten wir dahin ſehen wollen, daß Crayſe und Stände bei ihrer wohlhergebrachten Freiheit ungekränkt belaſſen, fort alle attentirte Thätlichkeiten und Zumuthungen forderſamſt abgeſchaft werden, und zu dem Ende denen Crayß- ausſchreibenden Fürſten, und wann es die Nothdurft erfodert, denen andern hohen Crayßämtern, die wirkliche Hand bieten„ in der Kaiſerl. Wahlk. Art. XII. §. 2.

§. XLIII.

Von Reichskonſtitutionsmäßiger Verbeſſerung und Ergänzung des mangelhaften Reichskreisweſens.

Indem die deutſchen Reichskreiſe nicht allein durch den bis heran erlittenen Länderverluſt (a) und ſogenannte Exemtionen ſo vieler ehemaligen Kreisſtände (b), ſondern auch beſonders durch die allmälig eingeſchlichene Mängel und Unordnungen (c) in einen ſehr ſchlechten Zuſtand gerathen ſind; ſo iſt man zwar von Reichswegen ſchon lange darauf bedacht geweſen, mittels der Grundgeſetze (d) das ſo mangelhafte als ſehr verworrene Kreisweſen in eine beſſere

und

und zweckmäßigere Verfaſſung zu ſetzen; es hat aber an wirklicher Anwendung deren hierzu dienlichen und nöthigen Mittel (e) leider noch immer und bis auf die heutige Stunde gefehlet.

(a) Man ſehe nur dießfalls die alte Kreißordnung vom J. 1521. in Corp. jur. publ. p. 81. ſqq.

(b) Ein Verzeichniß deren durch Gewalt und theils freiwillig ausgezogenen oder eximirten Kreisſtände finden wir bei dem PFEFFINGER *ad Vitr.* Tom. 2. p. 1038. ſqq. — Auch hat Moſer in ſeinem Tr. de dubiis finibus modernis I. R. G. die ſtrittige Länder und zweifelhafte Mitglieder der Kreiſe, angezeigt.

(c) J. WEBER Diſſ. de turbatis S. R. I. circulis, *Gieſſ.* 1720. — Europ. Herold, S. 948.

(d) O. F. J. Art. VIII. §. 3. Art. XVII. §. 8.— J. R. A. §. 178. — 185. in corp. jur. publ. p. 1017 — 1019 — Kaiſerl. Wahlk. Art. V. §. 10. Art. XII. §. 1. u. f.

(e) Von den bewährteſten deutſchen Politiker werden hauptſächlichſt folgende Mittel angegeben: 1) Genaue Berichtigung der Reichsmatrikel; 2) Geſchärftere Exekutionsordnung; 3) Wiederherſtellung der unterlaſſenen Kreistage und Kreiskorreſpondenzen; 4) Allgemeiner unverbrüchlicher Reichsmünzfuß. Siehe N. C. LYNCHER Diſſ. de redintegratione circulorum, *Jenæ*, 1686.

IV. Abſchnitt.

1. Reichsritterſchaftliche Kreiſe überhaupt, und deren Urſprung insbeſondere.
2. Derſelben untergeordnete Kantons, und innere Verfaſſung.
3. Reichsritterſchaftliche Landesgebiete und Güter.
4. Reichspflichtige Ritterabgaben, und daher ſtammendes Beſteurungsrecht.
5. Beſondere Rechte und Freiheiten der Reichsritterſchaft.
6. Reichskonſtitutionsmäßige Erfoderniſſe in einem Ritterkreiſe zu Sitz und Stimm zu gelangen.

---

§. XLIV.

§. XLIV.

Von den reichsritterſchaftlichen Kreiſen überhaupt, und deren Urſprung insbeſondere.

Gleichwie wir bereits die zehn verſchiedenen Hauptkreiſe in und durch unſer deutſches Reich, zu bequemerer Regierung deſſelben, ordentlich eingetheilt geſehen haben, alſo werden nunmehr in dem weiten Umfang der vier Reichskreiſe: **Franken, Schwaben, Ober- und Niederrhein**, wiederum drei andere ganz beſondern **Kreiſe** hervortreten, welche nämlich die drei **Ritterkreiſe** der **ſchwäbiſchen, fränkiſchen und rheiniſchen** freien unmittelbarn **Reichsritterſchaft** (a) genannt, und wieder in verſchiedene jedem beſonders eigene **Kantons, Viertel**, oder **Orte** (b) ſowohl geographiſch als politiſch abgetheilt werden. Was nun aber den Urſprung ſowohl der **Reichsritterſchaft** ſeblſt, als erwähnter vereinigten drei **Ritterkreiſe** anbelangt, ſo iſt es ganz wahrſcheinlich, daß **Erſtere** ihre heutige **Unmittelbarkeit** urſprünglich dem Untergange des lezten fränkiſch- und ſchwäbiſchen Herzogs **Konradin**, ſeit dem J. 1269. zu verdanken habe (c); dahingegen iſt der eigentliche Urſprung der **Leztern** und deren allgemeine Vereinigung, mit wenigerer Zuverläßigkeit ſo ganz eigentlich und zeitpünktlich zu beſtimmen (d).

(a) Die **Moſer** in ſeinem Staatsrecht B. 5. K. 2. §. 1. alſo beſchreibt: „Ein mit vielen beſondern Freiheiten „verſehenes Korpus deutſcher Edelleute, welche nebſt „ihren Gütern, unmittelbar dem Kaiſer und Reiche unterworfen ſind, und daher die freie und unmittelbare „Reichsritterſchaft genannt werden" — M. Grass, de nexu ordinis equeſtris immediati erga Cæſarem & Imperium. *Tüb.* 1715.

(b) I. Des **ſchwäbiſchen Ritterkreiſes**: 1. Viertel oder Kanton an der **Donau**, ſo das beſtändige Ausſchreiben dieſes Kreiſes hat; 2. Kanton **Hegau, Algau**, und am **Bodenſee**; 3. Kanton am **Neckar, Schwarzwald** und in der **Ortenau**; 4. Ort am **Kocher**; 5. Ort im **Kreichgau**. — II. des **fränkiſchen Ritterkreiſes**: 1. Kanton **Odenwald**; 2. Kanton **Gebürg**;

3. Kan-

3. Kanton Rhönwerra; 4. Kanton am Steigerwald; 5. an der Altmühl; 6. an der Baunach; — III. des rheiniſchen Ritterkreiſes: 1. Oberrhein; 2. Mittelrhein; 3. Niederrhein. Siehe LIMNÆI jus publ. L. 6. C. 3.

(c) Auch mag das große Zwiſchenreich vom J. 1254. bis 1273. ſo wie vielleicht ſchon lange vorher Kaiſer Philipp der Verkäufer, dazu die erſte Veranlaſſung gegeben haben. Siehe R. von Gemmingen von dem Urſprunge der freien Ritterkreiſe ihrer Reichsfreiheit und Jmmedietät, in Bürgermeiſters Biblioth. equeſt. Th. 1. S. 558. 570. Man vergleiche dagegen J. G. Eſtors zufällige Gedanken von dem bisher ſo zweifelhaften wahren Urſprunge der heutigen Reichsritterſchaft, 1753. — STRUVII ſyntag. jur. publ. C. 28. §. 3. — PFEFFINGER *ad Vitr.* Tom. II. p. 898. — J. D. KOELER Diſſ. fata ducatuum Alemanniæ & Sueviæ ex antiquis hiſtoriæ germ. monumentis expoſita, *Alt.* 1735.

(d) So viel iſt gewiß, daß zuerſt im J. 1421. Kaiſer Sigismund an ſämtliche unmittelbare von Adel in Schwaben, Franken und am Rheinſtrom, ein Zirkularſchreiben ergehen ließ, mit der Bedeutung: ſie möchten ſämtliche ſich in ein Korpus zu vereinigen um ſo eher allen ernſten Bedacht nehmen, als mehr die Gefahr anwachſe, widrigenfalls von den benachbarten ſehr mächtigen Herzogen verſchlungen zu werden; in Lünigs Reichsarchiv, Tom XII. S. 21. Uebrigens finden wir die geſammte Reichsritterſchaft zuerſt im J. 1429. in der ſogenannten Sanct Georgenſchildsgeſellſchaft mit einander vereinigt, bei dem DATT de pace publ. Tom. 2. C. 4. — S. MELLIN de fœdere ſuevico, vulgo von der Geſellſchaft des Sanct-Georgenſchilds, 1731.

§. XLV.

Von der innern Verfaſſung der Ritterkreiſe, und deren untergeordneten Kantons.

Jſt die geſammte Reichsritterſchaft anders nicht als ein einziger politiſcher Körper zu betrachten, der aus drei abſonderlichen Kreiſen, oder derſelben vierzehn Kantons, als ſo vielen Haupt- und untergeordneten Theilen, ſolchergeſtalt politiſch zuſammen-

ge-

geſetzt iſt, daß ſo wie in jedem Ritterkreiſe ein eigenes abſonderliches Ausſchreib- und Direktorialamt (a), alſo in jedem Kanton ein Ritterhauptmann (b), dann Ausſchuß, zugeordnete Räthe, und ein Syndik, nebſt Kanzlei und Archiv, auch andern mehreren öffentlichen Beamten (c), ordentlich beſtellet angetroffen werden; ſo iſt ſolche Reichsritterſchaftliche Kreisverfaſſung wirklich eine der vortreflichſten politiſchen Einrichtungen, und daher mit einer kleinen wohl eingerichteten Republik, gewiſſermaßen zu vergleichen (d).

(a) Das Specialkreisdirektorium befindet ſich alle zween Jahre abwechſelnd bei einem, der in ſolchem Ritterkreiſe gelegenen Kantons, das die, alle übrigen Kantons gemeinſam betreffende Angelegenheiten zu beſorgen hat; hingegen hat der erſte Kanton des ſchwäbiſchen Ritterkreiſes, deſſelben beſtändiges Ausſchreib- und Direktorialamt; das Generaldirektorium von allen dreien Ritterkreiſen iſt, unter ihnen alle drei Jahre abwechſelnd.

(b) Dieſer hat als perpetuirter kaiſerl. Kommiſſarius, mit Beiſtand der Ausſchüſſe, über alle Mitglieder und Unterthanen des Kantons die Gerichtsbarkeit in erſter Inſtanz. F. W, Tafinger de Directorum equeſtrium poteſtate judiciaria ſuperiorique tutela, *Tüb*, 1765.

(c) Z. B. Sekretarien, Kanzelliſten, Regiſtratoren, Kaßirern ꝛc.

(d) J. C. Kreydemanns Bedenken über den Zuſtand, innere Verfaſſung, und zu errichtende Ordnung der Reichsritterſchaft überhaupt, und der Schwäbiſchen insbeſondere, in F. C. Moſers kleinen Schrift. II. Band, S. 63.

§. XLVI.

Von Rittertagen.

Die feierlichen Ritterverſammlungen werden in vier verſchiedene Klaſſen unterſchieden: 1) allgemeine Korreſpondenztage, 2) Kreistage, 3) Ausſchußtage, und 4) ſogenannte Vierteltage. Die I. Klaſſe iſt zu verſtehen von der allgemeinen Verſammlung ſämtlicher drei Ritterkreiſe (a), die II.

von

von der feierlichen Verſammlung aller und jeder Kantons eines Ritterkreiſes (b); die III. von einer feierlichen Zuſammenkunft der Ausſchüſſe oder Deputirten ſämtlicher Kantons eines Ritterkreiſes (c), und die IV. Klaſſe iſt zu verſtehen von dem Konvent eines einzelnen Kantons (d). In dieſen Verſammlungen werden die verſchiedentlichſten reichsritterſchaftlichen Angelegenheiten (e) von den dazu beſchriebenen Ritterſtänden durch die Mehrheit der Stimmen beſchloſſen (f), und zu Ende des Rittertages, die Schlüſſe in einen Ritterabſchied (g) verfaßt, deſſen Original in dem Archiv aufbewahrt wird.

(a) Auf dem allgemeinen Ritterkonvent zu Mergentheim im J. 1575. den 17. Oktob. ward einhellig beliebt: daß, wenn das abwechſelnde Generaldirektorium bei dem ſchwäbiſchen Ritterkreis eintreffe, der Korreſpondenztag zu Nördlingen, und wenn es bei dem fränkiſchen ſey, alsdann zu Mergentheim, ſey es aber bei dem rheiniſchen Ritterkreiſe, der allgemeine Rittertag alsdann zu Speier gehalten werden ſolle. P. F. de Berkheim Diſſ. de Comitiis Nobilium, (von allgemeinen Rittertagen) Halle, 1736.

(b) Im J. 1658. ward beſchloſſen, daß der ſchwäbiſche Ritterkreis ſeine künftigen Konvente zu Eßlingen halten ſolle; ſo wie übrigens der rheiniſche Ritterkreis zu Frankfurt am Mayn und der fränkiſche zu Schweinfurt, ſich zu verſammlen pflegen. S. Knipschild L. 3. C. 16.

(c) P. R. Geyling ab Altheim de conventibus Deputatorum nobilitatis, vulgo von den Ritterausſchußtagen, Halle, 1737.

(d) J. S. Bürgermeiſter Reichsritterſchaftliches Corpus juris, S. 120. u. f.

(e) z. B. Die Vermittelung der innern Religionsbeſchwerden; die Wahlen der Ausſchüſſe, Adjuncten und Deputirten; die Aufnahme neuer Mitglieder; die Bewilligung der Abgaben an den Kaiſer; die Beſteurung der reichsritterſchaftlichen Unterthanen; die Erhaltung kaiſerl. Privilegien, Freiheiten, und anderer Gerechtſame ꝛc.

(f) Siehe die fränkiſche und rheiniſche Ritterordnung, Tit. 5.

(g)

(g) Bei eintreffender Gleichheit der Stimmen, entſcheidet der Direktor. J. Bidembach de ordinis equeſtris conſtitutionibus, *Kempt.* 1671.

§. XLVII.

Von reichsritterſchaftlichen Territorien und Gütern.

Obwohl ſämmtliche Landesgebiete und mehrere unbezweifelte Reichsfreie Güter der ſchwäbiſchen, fränkiſchen und rheiniſchen Ritterſchaft, kündiger Dinge derſelben hoher Regierung und darneben keines Andern, als des Kaiſers und des Reichs oberſter Herrſchaft dergeſtalt unmittelbar unterwürfig ſind (a), daß, wenn auch die Reichsritterſchaft eben nicht wie die Reichsſtandſchaft eine wahre Landeshoheit, doch wenigſtens das, der Landeshoheit ähnliche Territorialrecht ganz gewiß eigen hat (b); ſo beſitzt dahingegen dieſelbe zugleich auch einen großen Theil ſolcher mittelbaren, theils Allodial- theils Lehengüter (c), die nämlich auſſer ihren Bezirken, in den Landen der Reichsſtände gelegen ſind, woher zwiſchen verſchiedenen den mächtigſten Reichsfürſten (d) und erwähnter Ritterſchaft, noch immer die heftigſten Rechtsſtreitigkeiten vorwalten (e).

(a) J. S. Bürgermeiſter Beleuchtung des Berichts vom Adel ꝛc. und der Helferichiſchen Abhandl. de fictitia dictinctione terrarum germaniæ in mediatas & immediatas, falſoque eidem ſuperinſtructa immedietate nobilium S. R. I. Leipz. 1722. *Item:* des Reichsadels urſprüngliche Immedietät, Ulm, 1701.

(b) Kaiſerl. Wahlk. Art. XV. §. 8. — C. Horn Diſſ. utrum nobiles immediati gaudeant ſuperioritate territoriali? *Viteb.* 1694. — J. H. Felz de ſuperioritate territoriali, nobilitati S. R. I. immediatæ denuo adſerta & ab objectionibus adverſariorum vindicata, *Arg.* 1725. — G. F. Graff Diſſ. an nobilitas immediata ſtatus ſit imperii? *Arg.* 1765. — J. A. Kopp de inſigni differentia inter S. R. I. comites & nobiles immediatos, C. 2. §. 4. ſqq.

(c) So will die ſchwäbiſche Reichsritterſchaft behaupten, ihre meiſten Güter ſeyen urſprünglich Allodien geweſen,

ſen, die ſie nachmals zur Erhaltung des Schutzes mächtiger Reichsſtände, denſelben zu Lehen aufgetragen hätte; ein Zeugniß davon, gebe der Winzingiſche Lehenbrief, worin der Ritter Berchtold von Roth im J. 1620. ſein Allodialgut Winzingen dem Herzoge von Würtenberg zu Lehen aufgetragen hat unter dieſem Ausdruck: „Sein eigenthümlich adliches und niemand als der K. Maj. und dem H. R. R. unterwürfig freies Rittergut Winzingen, zu einem freien Erblehen." A. W. Ertel vom Urſprung, Fortpflanzung, Immedietät, Gütern und Regalien der freien Reichsritterſchaft in Schwaben, Franken und am Rhein, Augsb. 1722.

(d) Inſonderheit: Kurpfalz, Brandenburg, Wirzburg und Würtenberg.

(e) Hiervon zeugen unter anderen mehreren, beſonders folgende Abhandlungen: J. H. Ayrer vindiciæ libertatis Corporis nobilium S. R. I. immediatorum adverſus ſuperioritatis territorialis extenſionem, *Gætt.* 1754.— J. C. Rudolph repetitæ vindiciæ territorialis poteſtatis adverſus exemtiones nobilium, Gœttingenſibus vindiciis oppoſitæ, *Erl.* 1755. — J. V. Cramer Diſſ. de executione immediata, quam nobilitas immed. in territoriis ſtatuum ſibi vindicat, *Marb.* 1738. — J. C. Lorber a Stoerchen Diſſ. de executione in cauſis feudalibus quoad conſenſus feudales non Nobilitati Imp. immediatæ, ſed Dominis feudalibus competente, *Bamb.* 1762. — J. L. Alt vindiciæ libertatis ſplendidi Nobilium S. R. I. immediati Corporis adverſus jurisdictionis feudalis extenſionem, 1763. — J. F. Eisenbach Diſſ. qua nobilis Imp. immediatus ſemper exſul in terris ducatus Würtembergici proponitur, *Gætt.* 1751. — C. F. Holland diſcurſus de juribus Nobilitatis immediatæ in ſuis ac aliorum ſtatuum territoriis competentibus, *Frf.* 2749. — G. H. Orth vindiciæ libertatis civitatum Imp. circa receptionem Cancellariæ equeſtris &c. *Stuttg.* 1761. — J. E. Flörkens Abhandl. von Verfaſſung eines Reichsnormativs in reichsritterſchaftlichen Irrungen, in den Halliſchen Anzeigen (1757.) Num. 5. — F. C. Moſer unpartheiiſche Betrachtung des gegenwärtigen Zuſtandes der Reichsritterſchaft, in ſ. klein. Schrift. (1752.) Th. 2. S. 1— 30.

§. XLVIII.

Von reichspflichtigen Ritterabgaben, und dem reichsritterſchaftlichen Beſteurungsrechte.

Die geſammte freie Reichsritterſchaft hat zwar von Anbeginn bis auf Kaiſer Karl V. (a) das ausnehmende Vorrecht nachdruckſamſt behauptet: auſſer ihrer wirklichen perſönlichen Dienſtleiſtung, bei vorkommendem Reichskriege zu ſonſt einiger Geldabgabe keineswegs weder dem Kaiſer noch dem Reiche pflichtig zu ſeyn, unerachtet ſchon ſeit dem J. 1500. Kraft mehrerer der feierlichſten Reichsgeſetze (b) ausdrücklichſt verordnet war: daß die freie Reichsritterſchaft ihre Unterthanen zu beſteuren (c) oder jene Geldkollekte von ihnen einzutreiben hätte, die von Seiten der Ritterſchaft zum Nothgebrauche des Reichs, jedesmal an den Kaiſer abgetragen werden ſollte; dahingegen hat dennoch die geſammte Reichsritterſchaft nachher zu jenen freiwilligen ſogenannten Charitativ-Subſidien (d) allmälig und mittels der Obſervanz, ſich dergeſtalt gewiſſermaßen verbunden (e), daß nunmehr, nicht allein bei vorkommendem Reichskriege, ſondern auch bei andern auſſerordentlichen Fällen, derlei Subſidien von dem Kaiſer gefodert (f), und an Ihn von ſämtlichen Ritterkreiſen, mittels Ausſchreibung einer ſogenannten Gatter (g), in baarem Gelde mehrmalen entrichtet werden.

(a) Dieſem gelang es zu erſt, bei ausbrechendem Türkenkriege, eine Ritterhülfe von 31000 Fl. jedoch anders nicht als mittels dieſer ausdrücklicher Gegenverſicherung zu erhalten: daß ſolche ganz freiwillige Steuer, ohne künftiges Präjuditz, anders nicht als eine bloſe Charitativſubſidie anzuſehen ſey. G. D. Koeler de ortu & progreſſu ſubſidii charitativi ab ordine eq. lib. & immed. Imperatori in neceſſitatibus publicis præſtiti, *Alt.* 1728.

(b) Regimentsordn. vom J. 1500. Tit. 39. — R. A. zu Augsb. 1500. §. 46. — R. A. zu Köln 1512. §§. 27. 36.

(c)

(c) F. L. de Berger quæſtiones jus collectandi ordinis eq. immediati concernentes, in ſ. Opuſc. Th. 1. S. 379.

(d) J. S. Bürgermeiſters gründliche Beſchaffenheit der reichsritterſchaftl. Charitativſubſidien, Ritterhülfen und Dienſte, in ſ. Theſauro eq. Th. 1. S. 773. u. f. — B. L. Mollenbeck de ſubſidio charitativo liberorum & immed. Imperii nobilium, *Frf.* 1750.

(e) Woher es in dem kaiſerl. Reſcript v. 30. Oct. 1713. alſo lautet: „demnach die freie Reichsritterſchaft mit Uns ihrer gewöhnlichen Reichsſchuldigkeit nach, auf ein Gewiſſes ſich gehorſamſt verſtanden" — S. von Cramer Vergleichung der Reichsritterſteuren mit den Kreisſteuren, in ſ. Nebenſt. Th. 46. S. 33.

(e) So wie im J. 1746. Kaiſer Franz *I.* gl. Anged. auf ſeine Foderung, eine Charitativſubſidie von 150000 Fl. erhielt, wozu der ſchwäbiſche Ritterkreis 70000, der fränkiſche 60000, und der rheiniſche 20000 Fl. beitrugen. In Betref der ritterſchaftlichen Judenſchaft machte Kaiſer Karl *VI.* 1728. 21. Apr. die Verordnung: „daß von jeder vermögenden Judenperſon über 12 Jahr alt, jährlich 1 Fl. 30 Xr. von unvermöglichen hingegen, nur 1 Fl. ſtatt des Opferpfennings, zu entrichten ſey"

(g) Die Ausſchreibung einer allgemeinen Ritterabgabe, die eine Gatter genannt wird, geſchiebt vom zeitlichen Generaldirektorialamt an die Specialdirektorialämter der Ritterkreiſe, ſo wie von dieſen an das Direktorium oder den Ritterhauptmann und Räthe eines jeden untergeordneten Kantons, als worunter die wirkliche Entrichtung einer Gatter, nach der genaueſten Proportion, geometriſch eingetheilt wird. — C. W. Strecker Diſſ. de exemtione bonorum ordini equeſtri immediato collectabilium illicita. *Erf.* 1736. — von Cramer ob ein der Reichsritterſchaft kollectables Gut, ſelbiger deswegen entzogen werden könne, weil es nicht von Altersher in der Matrikel ſteht, oder weil dieſe Matrikeln unrichtig ſeyen? in ſ. Nebenſt. Th. 38. S. 1. — G. J. Wedekind Diſſ. de jure nobilitatis Imp. immediatæ exigendi ſteuras in feudis reverſis, *Heid.* 1775. — F. D. Haeberlin an eques S. R. I. immediatus prædium collectabile, propterea quod fuit dynaſta, a collectis equeſtribus eximere poſſit? *Helmſt.* 1778. — von Cramer ob einem Rittermitgliede ein jus collectandi privatum

oder

oder eine Nebenſchatzung zuſtehe? in ſ. Nebenſt. Th. 114. S. 1. u. f.

§. XLIX.

Von den Rechten und Freiheiten der Reichsritterſchaft.

Finden wir bei der unmittelbarn Reichsritterſchaft einer Seits ſämtliche der reichsſtändiſchen Landeshoheit ähnlichen Territorialrechte: der Geſetzgebung, der bürgerlichen und peinlichen Gerichtsbarkeit (a), des Beſteurungsrechtes, der Selbſthülfe (b), der Juden Vergleitung, der Kirchenreformation (c), der Austräge (d), dann der Bündniſſe und Geſandtſchaften; ſo ſehen wir über alles dieſes, bei derſelben anderer Seits noch eine Menge ganz beſonderer Rechte und Freiheiten (e), worunter nebſt der Zollfreyheit (f) ſich das ausgedehnteſte ſogenannte Näherrecht (g) vorzüglichſt auszeichnet. Inzwiſchen haben die von den Ständen des Reichs wider die Uebermaas ſolcher Privilegien im J. 1704. geführten Beſchwerden (h), ſo wenig als der im J. 1713. dagegen geſchloſſene Fürſtenverein (i), bis heran verhindern können, daß die kaiſerl. Majeſtät nicht jedesmal alle und jede der Reichsritterſchaft verliehenen Rechte und Freiheiten, mittels der Wahlkapitulation (k) gutgeheiſſen, und von neuem bekräftiget habe.

(a) Dieſe findet ſich von Kaiſer Rudolph *II.* mittels Urkunde vom J. 1605. 9ten Jul. der rheiniſchen Ritterſchaft von neuem beſtättigt, bei dem Limnäus L. 6. C. 3. J. U. von Cramer von der konkurrenten Jurisdiction der Reichsritterſchaft und der höchſten Reichsgerichte, auch darob ſich ergebender Prävention in ſ. Nebenſtund. Th. 84. S. 106. — Taffinger de directorum equeſtrium poteſtate jud. &c. — von Cramer in wie fern von einer ritterſchaftlichen Kommißion an das kommittirende Corpus appellirt werden könne? in ſ. Nebenſt. Th. 41. S. 121. — J. C. Feldmann de privilegiata juriſdictione corpori nobilitatis

tis immed. in ejus officiales, ſalvo cujuscunque jure territoriali, privative competente, *Gœtt.* 1758. von Cramer Vertheidigung des Strafrechts, ſo ſich Regierungen, auch Landesherrliche Beamte über die Beſitzer freier Reichsritterſchaftlichen Güter und deren Beſtänder anmaßen, in ſ. *Nebenſt.* Th. 30. S. 52. — J. J. Moſer von Criminalſachen reichsritterſchaftlicher Mitglieder, in ſ. Rechtsmaterien, St. IX. S. 176.—183.

(b) Kaiſerl. Wahlk. Art. XV. §. 8.

(c) O. F. J. Art. V. §§. 28. 48. — J. C. Vnrath de jurisdictione eccleſiaſtica nobilibus Imperii, vigore conſtitutionis de pace religionis, in diſtrictibus & caſtris illorum legitime competente, *Hal.* 1740. — J. A. Ditterich Diſſ. de nobili immediato catholico a jurisdictione ordinarii non exemto. *Bamb.* 1745.

(d) E. F. Heitmann Diſſ. de Auſtregis nobilitatis immediatæ. *Erf.* 1728. — C. H. Gatzert de judiciorum equeſtrium habitu atque ratione erga Auſtregas & ſuprema Imperii tribunalia, *Gieſſ.* 1780.

(e) S. Vorläufige Gedanken von denen Reichsritterſchaftlichen vielen und ſtattlichen Privilegien, Frf. und Leipz. 1753. — J. Mader ſelecta equeſtria, ſeu opuſcula, ſtatum & jura nobilitatis immediatæ in Suevia, Franconia, & ad Rhenum illuſtrantia, edita & inedita, cum animadverſionibus editoris, *Lipſ.* Tom. I. 1774. — II. 1775. — Bürgermeiſters codex diplomaticus equeſtris, cum continuatione, Ulm, 1721.

(f) J. T. Salzmann Diſſ. de immunitate â vectigalibus S. R. I. nobilium, mediisque illam conſervandi, *Arg.* 1748.

(g) J. Weber Diſſ. de retractu nobilibus imp. immediatis per privilegia cæſarea conceſſo. *Gieſſ.* 1719. — C. H. Geisler progr. de retractu gentilitio inter nobiles imp. immediatos ex privilegiis ſtatutisque equeſtribus non fundando, *Marb.* 1779. — von Cramer vom Abtriebsrecht, ſo der unmittelbarn Reichsritterſchaft zuſtehet, in ſ. Nebenſt. Th. 86. S. 58.

(h) Siehe in corp. jur. publ. p. 1130.

(i) S. Electa jur. publ. *Tom.* XXV. p. 923.

(k) Art. VIII. §. 21. — Art. I. §. 9. — Art. III. §§. 6. 7. — Art. IV. §. 19. — Art. XI. §. 1. — Art. XV. §§. 2. 6. 8. — Art. XVIII. §. 3. ſqq. — Art. XIX. §. 4. — Art. XXI. §. 1. — Art. XXIII. §. 2. — Art. XXVII. §. 3. — O. F. J. Art. IV. §. 17.

§. L.

Von ſtatutenmäßigen Erfoderniſſen, in einem Ritterkreiſe zu Sitz und Stimm zu gelangen.

Um in die reichsritterſchaftliche Matrikel förmlich eingeſchrieben und als Ritterſtand zur Genoſſenſchaft oder zu Sitz und Stimm auf den Ritterkonventen feierlich aufgenommen zu werden (a), ſind nach Vorſchrift der Statuten (b), hauptſächlich folgende IV Stücke von nöthen: 1) alter oder neuer deutſcher Adel (c); 2) wirklicher Beſitz eines hinlänglichen reichsfreien Ritterguts (d); 3) die Bewilligung ſämtlicher dreien Ritterkreiſe (e); 4) die Erlegung ſtatutenmäßiger Receptionsgebührniſſe (f).

(a) Die Aufnahme und Immatrikulirung neuer Mitglieder zur Erſetzung der erloſchenen alten Geſchlechter, gehört zu dem Specialdirektorialamte desjenigen Kantons, worunter des Kandidaten reichsfreie Güter gelegen ſind.

(b) S. Aller dreien Ritterkreiſe, Schwaben, Franken und am Rheinſtrom Statutum, die Reception neuer ritterſchaftlicher Mitglieder betreffend, d. d. 16. Jun. 1750. in der neuen Auflage der fränkiſchen Ritterordnung v. J. 1772. S. 327 u. f. theils auch in dem IV. St. der vermiſchten Nachrichten von reichsritterſchaftlichen Sachen, (Nürnb. 1773.) Num. 6. S. 779. u. f.

(c) Jedoch iſt in dem Falle, wo der Adel erſt jüngſt durch ein kaiſerliches Diplom erworben wäre, von dem Kandidaten vorläufig zu erweiſen: daß ſeine Voreltern bis zum vierten Grade keines verächtlichen Standes, und von keiner geringen Profeßion geweſen; dahingegen ſind zur Erlangung eines Direktorialamtes unter den Begüterten, mit Ausſchluß der Neugeadelten, allein die altadlichen oder ſtiftmäßigen Mitglieder fähig, welchen jene bei Ritterkonventen auch ſo lang den Vorzug laſſen müſſen, bis ſie vom Vater vier Ahnen und ſo viele von der Mutter erlebt haben und probieren können. — S. Telgmann von der Ahnenzahl ꝛc. — von Ludewig rechtliches Bedenken über die Rechnung des vierſchildigen Adels ꝛc. — J. G. Eſtors praktiſche Anleitung zur Ahnenprobe, mit Kupf. Marb. 1748.

(d)

(d) Bei deſſen Abgang, ein Altadlicher 500 Fl. rh. hingegen ein Neugeadelter 750 Fl. rh. an den Kreis oder Kanton unverzinslich zu erlegen hat, welche Geldſumme nach derlei erlangtem Rittergute, alsdann zurück gegeben wird.

(e) Woher das Ortsdirektorium von der bei ihm nachgeſuchten Aufnahme, an das Direktorium deſſelbigen Ritterkreiſes, und dieſes ſo fort, an das Generaldirektorium, die gehörige Anzeige thut; wonach die Entſchlieſſung jedes einzelnen Kreiſes zwar nach der Mehrheit der Stimmen, unter den Kantons gemacht werden kann; die allgemeine Bewilligung aber der geſammten Reichsritterſchaft, anders nicht als einzig und allein mittels einhelliger Gutheiſſung aller dreien Kreiſe, nothwendig geſchehen muß.

(f) Die übrigen Beſtimmungen der wirklichen Immatrikulation ſelbſten, können an dem, unter der obigen Lett. b. angeführten Orte weiter nachgeſehen werden. Die vollſtändigſten literariſchen Nachrichten ſowohl von der Reichsritterſchaft überhaupt, als von ihren einzelnen Kreiſen, deren Kantons und Mitgliedern, finden ſich a) bey Moſer von den Reichsſtanden ꝛc. S. 1244. 1273. 1302. 1369. — b) in des Holzſchuhers Deductionsbibl. Th. 2. (1779.) S. 559. — 916., und Th. 3. (1781.) S. 1145. 1208. — c) in Bürgermeiſters reichsritterſchaftl. Corp. jur. — Cod. dipl. eq. — Manual. eq. — Cont. Manual. eq. und Bibliotheca equeſt. 4. Ulm, 1707. — 1723. — Siehe C. L. Pfeifers unpartheiiſcher Verſuch eines ausführlichen Staatsrechts der unmittelbarn Reichsritterſchaft, Heilbronn, 1778. I. Th. 8.

V. Abſchnitt.

1. Des deutſchen Reichs unmittelbaren Ganerbinate; deren Urſprung und Zweck;
2. Verfaſſung und Statuten;
3. Rechte und Freiheiten.

---

§. LI.

§. LI.

Von reichsunmittelbaren Ganerbinaten; deren Urſprung und geſellſchaftlichem Zwecke.

Nebſt der eingekreiſeten unmittelbarn Reichsritterſchaft, finden wir nun auch bei derſelben inſonderheit, unter anderen den derſchiedenſten Theilen unſers Reichsterritoriums, die drei unmittelbaren ſogenannten Ganerbinate (a), namentlich: 1) die Burg Friedberg in der Wetterau (b); 2) die Ganerbſchaft Staden; und 3) die Burg Gelnhauſen (c); deren Urſprung vor dem allgemeinen Landfrieden, ſich beſonders in dem 19jährigen Zwiſchenreich ergiebt, wo ſo viele, beſonders die adelichen theils auch unadelichen (d) Familien in gewiſſe Schlöſſer oder Burgen (e) ſich, der Sicherheit halben, zuſammen vereinigten, um mit geſammten Kräften, ihre Perſonen und Haabſchaften wider alle Befehdigungen und äuſſerliche Gewaltthätigkeiten, möglichſt zu verwahren; woher ſie, zu mehrerer Feſthaltung dieſes Schutzbundes, unter einander die gemeinſame Erbfolge errichteten, Kraft welcher, bei dem Falle eines ohne Erben verblichenen Mitgliedes, allemal deſſen Verlaſſenſchaft an die geſammte Ganerbengemeinde, rechtlich erfallen iſt (f).

(a) Oder Ganerbſchaften, (Ganerbſchaftsgemeinden,) oder politiſche Geſellſchaften der ſogenannten reichsunmittelbaren Ganerben (von Gemeinerben), die in Anſehung ihres gemeinſchaftlichen Güterbeſitzes, zu Latein Condomini, ſo wie in Anſehung der Schlöſſer oder Veſten und Burgen, die ſie gemeinſchaftlich beſitzen, auch Burgmänner genannt werden. Paurmeister de jurisd. L. 2. C. 8. — Rosenthal de feud. C. 2. Concl. 78. — S. Erklärung des Landf. zu Augsb. 1500. Tit. 9. — K. G. O. 1555. Th. 2. Tit. 21.

(b) Dieſe iſt noch gegenwärtig die vorzüglichſte. S. Anmerkungen von der Burg Friedberg, nebſt dahin gehörigen Urkunden, in Eſtors auserleſenen kl. Schrift. 3ter Band, S. 125. — 155.

(c)

(c) Dieſe beiden ſind weniger erheblich. Büſchings Erdbeſchreibung, Th. 3. S. 2969. — von Cramer Nebenſt. Th. 17. S. 14. — 50. — Deduct. Bibliothek. Th. 2. S. 818. u. f.

(d) S. Kuhl Beſchreibung der bäurlichen Ganerbſchaft in dem Grund Breidenbach, in Estors kl. Schrift. Th. 2. S. 367. — 376. — *Item* J. G. von Plönnies de ganerbinatu Saxoniæ inferioris, l. c. p. 517. — 528. — *Item* M. Z. Cramer de ganerbinatu, l. c. p. 433. — 467. — Die ehemaligen, ſeither unter die Landſaſſerei gebrachten und theils erloſchenen Ganerbinate ſind hauptſächlich folgende: 1) das Buſeckerthal in Heſſen; 2) Dorf Trapſtadt in Franken; 3) Schwanberg am Steigerwald; 4) Rotenberg bei Nürnberg; 5) Haun in der Buchau. S. Estors kl. Schrift. Th. 2. S. 528, 616. 752. 783. — Reformation des Burgfriedens der Ganerben zu Haun, aufgerichtet den 14. Martii, Anno 1562. Schleuſingen, 1666.

(e) W. Kyllinger von den Ganerben und Burgmänner gemeiner Schlöſſer, Veſten und Burgen, Tüb. 1620.

(f) de Senkenberg Diſſ. de condominio ganerbinatuum indiviſo, *Gœtt.* 1736.

LII.

Von der innern Verfaſſung, und den Statuten der Ganerbinaten.

Die Reichsganerbinaten beſtehen alſo aus ſo vielen, mehr oder minder beträchtlichen, reichsunmittelbaren Landesbezirken, deren jeder als eine, verſchiedenen reichsritterſchaftlichen Familien eigenthümliche Gemeinherrſchaft anzuſehen iſt, die mittels eigener geſellſchaftlicher Verfaſſung, ihre beſondere Statuten hat (a), nach welchen dieſelbe Ordnungsmäßig verwaltet wird. Die an einer ganerblichen Gemeinherrſchaft theilnehmenden Perſonen ſind alſo: 1) der Burggraf (b), 2) die Regiments-Burgmänner (c), und 3) die übrigen wirklich aufgeſchwornen gemeinen Burgmänner. So wie aber die Burgmannſchaft, gemäß den Statuten, mit einer ehelichen Burgmannstochter erheurathet, und vom Burgmannsſohne vererbt wird, alſo hat jeder

Kan-

Kandidat ſeine ſechszehn Ahnen ſtiftmäßig zu erweiſen, und beim ordentlichen Burgmannskonvent die feierliche Aufſchwörung perſönlich zu leiſten (d).

(a) S. Eſtors auserleſene kl. Schrift. Th. 3. S. 129. — 150. — Waldschmidt de Pactis ganerbinatuum, *Marb.* 1725.

(b) Das Burggrafen- oder Direktorialamt wird auf Lebenszeit, ohne Unterſchied der Religion, durch die Mehrheit der Stimmen erhalten.

(c) Die von beiden Religionen in gleicher Anzahl, dem Burggrafen zur Seite geſetzt ſind, und mit ihm die Burgangelegenheiten, ſo wie alle damit verknüpften ganerblichen Rechte verwalten, woher ſie Regimentsburgmänner genannt werden.

(d) S. Statuten und obſervanzmäßige Requiſita, wodurch eine zu Schild und Helm geborne adeliche Perſon, in der Kaiſerl. und des H. Reichs Burg Friedberg löbl. Burgmannſchaft gelangen kann, und was dieſelbe vor und bei der Aufnahme zu beobachten und zu präſtiren hat, MS. — Celgmann von der Ahnenzahl, C. 8. p. 254. u. f.

§. LIII.

Von ganerblichen Rechten und Freiheiten.

Die gemeinſamen Rechte, Freiheiten und Vorzüge der unmittelbaren Reichsganerbinate ſind überhaupt folgende: 1) das freie Wahlrecht ihrer Burggrafen und Regimentsburgmänner; 2) das Recht der Konventionalausträge (a); 3) das Näherrecht (b); woneben die Ganerben zu Burg Friedberg, noch beſonders, gleich den Reichsſtänden, mit dem hohen Münzregal verſehen, und neuerdings mit dem kaiſerl. Joſephsorden vorzüglichſt ausgezeichnet ſind (c).

(a) E. F. Heitmann de auſtrægis conventionalibus ganerbinorum nobilitatis immediatæ, *Erf.* 1728.

(b) J. Leib von den Rechten der Ganerben und Ganerbenhäuſer, Schleuſingen, 1666.

(c)

(c) Dieſen geruhete izt glorreich regierende kaiſerl. Maj. Joſeph *II.* im J. 1769. den 20. Jul. einzig und allein für die Ganerben der Burg Friedberg zu ſtiften, Sich Selbſt das Großmeiſterthum davon vorzubehalten, und den jedesmaligen Burggrafen zum Ordensgroßpriorn zu verewigen. Das goldene Ordenszeichen führt einer und anderer Seits die Umſchrift: Virtutis avitæ æmuli — Imperialibus auſpiciis Lege Imperii conſervamur."

VI. Abſchnitt.

1. Des Deutſchen und Johanniter Ritterordens Grundgebiete und Balleien im deutſchen Reiche;
2. Beider Ritterorden Urſprung und Zweck;
3. Innere Verfaſſung;
4. Abſonderlichen Rechte und Statuten.

---

§. LIV.

Von des Deutſchen und Johanniter Ritterordens Grundgebieten und Balleien im deutſchen Reiche.

Wenn einer Seits die zehn Reichs- und drei Ritterkreiſe, ſo wie lezterer ihre vierzehn Kantons, — dann die drei unmittelbaren Reichsganerbinate, als ſo viele geographiſch-politiſchen Haupt- und untergeordneten Theile des deutſchen Reiches eigentlich zu betrachten ſind; ſo mögen anderer Seits, des hohen Deutſchen und Johanniter Ritterordens verſchiedene anſehnlichen Landesgebiete (a) und ihnen beiden abſonderlich eigene Balleien, oder ſogenannte Landkommenthureien auf deutſchem Boden (b), gewiſſermaßen als eine merkliche politiſche Vermehrung ſolcher Haupt- und untergeordneten Reichstheile, dahier angeſehen werden.

(a) Hierhin gehört einer Seits: des deutſchen Ritterordens Patrimonial Deutſchmeiſterthum, nämlich: die beiden reichsunmittelbaren Oberämter 1) an der Tauber, und

und 2) am Neckar, worunter begriffen ſind: I. die Stadt Mergentheim, und die Unterämter Neuhaus, Gelchsheim, Nizenhauſen ſammt Aylringen, dann Wachbach und Balbach; II. das Unteramt Hornegg, die Stadt Gundelsheim, Stadt und Amt Neckarts-ulm, Heichlingen, Kirchhauſen und Stocksberg. Hierzu kommen 1) die fünf Kammerkommenden: Frankfurt, Kronweiſſenburg, Speier, Heidelberg und Weinheim; 2) die zur Kammerkommende Frankfurt gehörigen Kaſtnereien: Friedberg, Gelnhauſen und Weilbach; 3) die fünf Kammerrezepturen: Kürnbach, Weingarten, Stupferich, Vayhingen und Eilspach; dann 4) die in den Landen Mähren und Schleſien gelegenen Domainherrſchaften Freudenthal, Eulenberg, Bouſow, Katſch und Soppau. Hierhin gehören anderer Seits: I. das Patrimonial Johanniter-Meiſterthum in deutſchen Landen zu Heidersheim im Brisgau; und II. das ſogenannte Heermeiſterthum zu Sonnenburg in der Mark Brandenburg, das jedoch, mittels des kurbrandenburgiſchen Schutz- und Patronatrechts, ſich von dem gemeinſamen Ordensbande allmälig losgeriſſen. J. C. Dithmar Geſchichte des ritterlichen Johanniterordens und deſſen Heermeiſterthums in der Mark, Sachſen, Pommern und Wendland ꝛc. Frankf. an der Od. 1728.

(b) So werden die übrigen Deutſchordens Diſtrikte in folgende eilf Balleien (Landkommenthureien) abgetheilt, nämlich: 1) die von Elſaß und Burgund; 2) Oeſterreich; 3) Koblenz; 4) Tirol oder an der Etſch; 5) Franken; 6) Heſſen; 7) Bieſſen, oder alten Bilſen; 8) Thüringen; 9) Weſtphalen; 10) Lothringen; und 11) Sachſen. (Die 12te Ballei von Uetrecht haben die Holländer ſeit einem Jahrhundert dem Orden entzogen. Ueber die den Balleien untergeordnete Kommenden iſt lesmürdig: Kurze doch gründliche Belehrung von dem wahrhaften Unterſchied zwiſchen mediaten und immediaten Kommenden des deutſchen Ritterordens, Frankf. 1753. Fol. — Uebrigens hat der deutſche Orden auſſer Deutſchland, in keinem andern Staate wirklich einige Beſitzungen, ausgenommen den wenigen, die das Hoch- und Deutſchmeiſterthum noch etwa in Rom und der Gegend von Viterbo wirklich zigen hat; dahingegen beſitzt das Johanniter Hoch- und oberſte Meiſterthum die Inſel Malta, ſo wie die

die übrigen Ordensbeſitzungen durch die verſchiedenſten Reiche Europens, in IX ſogenannten Zungen vertheilt ſind, namentlich: 1) die Zunge von Provence; 2) Auvergne; 3) Paris; 4) die Zunge von Italien; 5) von Arragonien; 6) die deutſche Zunge, worunter mitbegriffen ſind die Maltheſerbeſitzungen in den Königreichen: Böhmen, Polen, Ungarn, Kroatien, Dalmatien, Schweden und Dänemark; 7) die kaſtilianiſche Zunge (Portugal, Granada, Toledo, Gallizien, Andaluſien.) 8) Die neuere Warſchauer Zunge in Polen; und 9) die in Baiern jüngſt errichtete Maltheſer Zunge, an die Stelle der ſeit 1537. erloſchenen Engliſchen Zunge. R. A. de Vertôt hiſtoire des chevaliérs hoſpitaliérs de S. Jean Jeruſalem, appellès depuis chevaliérs de Rhodis, & Aujourdhui chevaliérs de Malte, *Paris*, 1726.

§. LV.

Von beider Ritterorden Urſprung und Zweck.

Der Deutſche⸗ hat mit dem Johanniter⸗Ritterorden beinahe einen gleichen Urſprung, den nämlichen Zweck, und eine faſt ähnliche Verfaſſung; denn ſo wie dieſer bei dem erſten- alſo entſtand jener bei dem dritten Kreuzzuge, aus beiden nach eroberter Stadt Jeruſalem allda zur Ehre der H. Jungfrau (a) und Johann des Taufers (b) erbauten Hoſpitäler für Chriſtliche Pilgrimme, ſo darin von vielen frommen beſonders deutſchen Edelleuten verpfleget wurden, die allmälig, als Chriſtliche Glaubensritter, unter päbſtlichem und kaiſerlichem Anſehen, in zween abſonderlichen hohen Orden hervortraten (c), deren Inſtitut vorzüglich die Hoſpitalität für arme Kranken (d) und zugleich die gemeinſame Beſchützung des Chriſtenthums wider den Erbfeind, wie urſprünglich, alſo noch immer zum Zwecke hat (e).

(a) Dieſes Hoſpital ſoll anfangs ein fürnehmer Deutſcher, allein für deutſche Pilgrimme geſtiftet haben, woher der Name: Brüder des deutſchen Hoſpitals unſer lieben Frauen zu Jeruſalem, entſtanden. S. Chronicon ordinis Teutonici in Ant. Matthæi analect. vet. ævi. Tom. VI. p. 621. 658.

(b) Dieſes Hoſpital ward zuerſt von dem abteilichen Benediktiner Kloſter S. Maria de Latinis, für die Chriſtl. Pilgrime aller Nationen erbaut; woher des Johanniterordens Oberhaupt noch wirklich den ſeltenen Titel führt: Oberſter Meiſter des heiligen Hoſpitals zu St. Johann von Jeruſalem und Guardian der Armen Jeſu Chriſti. H. PANTALEONIS hiſtoria ordinis Johannitarum, Rhodiorum, aut Melitenſium equitum, *Baſil.* 1581. Fol.

(c) J. C. VENATOR hiſtoriſcher Bericht vom marianiſch-deutſchen Ritterorden des Hoſpitals unſer lieben Frauen zu Jeruſalem, (Nürnb. 1680.) S. 7. u. f. — DUSBURG chron. vet. ordinis Teut. — DUELLII Hiſtoria ord. Teutonici, *Vienn.* 1737. —Hiſtoire de l'ordre Teutonique par un chevalier de l'ordre, à *Paris* & *Rheims*. 1784. Tom. III. 8. — MOSHEIM hiſt. eccl. p. 447. — de VERTÔT hiſtoire de chevaliers hoſpitaliers de S. Jean &c. p. 10.

(d) Woher bei den meiſten Balleien, noch wirklich zu dieſem Ende ein Hoſpital vorgefunden wird.

(e) de BELOY de l'origine & inſtitution de divers ordres de chevalerie tant eccleſiaſtiques que prophanes, *Paris*, 1604. Origines de tout les ordres de chevalerie de la chretiénté avec leurs ſtatuts, *Paris*, 1635. Fol.

§. LVI.

Von der innern Verfaſſung beider hohen Ritterorden.

Die innere politiſche Verfaſſung des hohen deutſchen Ordens unterſcheidet ſich von jener des ritterlichen Johanniterordens hauptſächtlich darin: daß ſo wie Erſterer unter einem gemeinſchaftlichen Haupte dem Hoch- und Deutſchmeiſter zu Mergentheim (a), keine andere an dem Ordensregiment in Sachen von Wichtigkeit theilnehmenden Glieder, als vorzüglich: 1) die wirklichen Landkommenthuren (b), und 2) die ſogenannten Rathsgebietiger (c) in ſich begreifet; alſo Lezterer nebſt ſeinem allgemeinen Hoch- und oberſten Meiſter zu Malta (d), auch noch beſonders in deutſchen Landen zu Heidersheim, mit einem untergeordneten ſogenannten

Jo-

Johannitermeiſter (e), dann in Anſehung anderer auswärtigen Ordenszungen und deren Häupter, mit einem Großkommenthur (f), Großmarſchalle (g), Großpriorn (g), Großadmirale (i), Großkonſervatorn (k), und einem Ordensgroßkanzlern (l), verhältnismäßig verſehen iſt.

(a) Wohin von Marienburg in Preuſſen, im J. 1527. Deſſen Hauptſitz verlegt worden, nachdem das ſeit 1309. von Ihm beſeſſene Preuſſen, und darin errichtetes Hochmeiſterthum dem deutſchen Orden von Albrecht Markgrafen von Brandenburg entzogen ward; woher zu ewiger Erhaltung der alten Ordensgerechtſame auf Preuſſen, das Oberhaupt des Ordens, ſich noch wirklich ſchreibt: „Adminiſtrator des Hochmeiſterthums in Preuſſen ꝛc. auch von des Kaiſers Maj. damit noch immer feierlich belehnt wird.

(b) Dieſe haben auf allgemeinen oder den ſogenannten Großkapiteln das vordere Sitz- und Stimmrecht, ſo wie nach Ihnen die ſämtlichen Rathsgebietiger ſich theils perſönlicher, theils nur gewiſſer Geſammtſtimmen zu erfreuen haben, woher ſie, wie die Landkommenthuren, unter die Ordens Großkapitularen gezehlt werden; dahingegen ſind bei erledigtem deutſchmeiſteriſchem Sitze, zu einem förmlichen Wahlkapitel konſtitutionsmäßig nur dreizehn Wähler, nämlich die ſämtlichen Landkommenthure, (auſſer dem von Thüringen) berechtigt, wobei die abgängigen drei Wahlſtimmen aus den vordern Balleien Elſaß und Franken auserkieſen werden, auch wohl zuweilen dem Landkommenthur erwähnter Ballei Thüringen, eine Stimm vergünſtiget wird. Auf ſolchem Wahlkapitel haben die Landkommenthure der ſogenannten vorderſten Balleien des preußiſch- und deutſchen Gebietes, nämlich: der Ballei Elſaß und Burgund, dann der Ballei Franken, das Direktorium, ſo wie zugleich die einſtweilige Adminiſtration der Ordensregierung.

(c) Ohne deren Einwilligung kein Landkommenthur eine Sache von Wichtigkeit an den Hoch- und Deutſchmeiſter bringen, vielweniger eigenmächtig beſchlieſſen kann. Nebſt den Rathsgebietiger ſind in den meiſten Balleien auch noch beſondere Kapitularen, theils Ritter, theils Ordenspriester aufgeſtellt, die in den

Klein-

Kleinkapiteln ihrer Balleien Sitz und Stimm, hingegen in der Regel kein Recht haben, auf Großkapiteln zu erſcheinen.

(d) Dieſe Inſel auf dem mittelländiſchen Meere zwiſchen Sicilien und Tripolis, ward im J. 1529. von Kaiſer Karl *V.* erobert, und dem Johanniterorden zu ſeinem Hauptſitze verliehen, nachdem derſelbe acht Jahre vorher, die, ſeit 1380. von ihm beſeſſene Inſel Rhodus verloren hatte; woher die ſogenannten Rhodiſerritter nunmehr den Namen der Maltheſer erhielten.

(e) Dieſer iſt eigentlich als des oberſten Johannitermeiſters Statthalter in deutſchen Landen anzuſehen, wo Er nebſt den deutſchen, zugleich auch die ungariſchen, böhmiſchen und däniſchen Ordensgüter verwaltet.

(f) Von der 1ſten franzöſiſchen Johanniterzunge von Provence.

(g) — 2ten franz. Zunge von Auvergne.

(h) — 3ten franz. Zunge von Paris.

(i) Von der welſchen Zunge.

(k) — Zunge von Arragonien.

(l) — Zunge von Portugall.

§. LVII.

Von beider Ritterorden abſonderlichen Vorzügen, Rechten und Statuten.

Des Deutſchen und Maltheſerordens abſonderlichen Vorzüge, unterſcheiden ſich hauptſächlich darin: daß einer Seits der Hoch- und Deutſchmeiſter in dem reichsfürſtlichen Kollegium nach den Erzbiſchöfen unmittelbar vor allen anderen Fürſtbiſchöfen Deutſchlandes, und die beiden Landkommenthure der Balleien Koblenz und Elſaß, zuerſt nach dem Abten zu Kaiſersheim, dahingegen anderer Seits, einzig der Johannitermeiſter in deutſchen Landen, zwiſchen beiden gefürſteten Pröbſten von Elwangen und Berchtolsgaden, mit wirklichem Sitz- und Stimmrechte verſehen ſind (a); auch unterſcheiden ſich beider Ritterorden abſonderlichen Rechte und Statuten vorzüglich in den Erfoderniſſen zur

Auf-

Aufnahme, und den perſönlichen Eigenſchaften der Kandidaten (b), deren ſtatutenmäßige Verbindlichkeiten, jedoch in beiden Orden, faſt ohne Unterſchied, zuſammen übereintreffen (c).

(a) J. G. Scoppius de juribus ac privilegiis ordinis Teutonici &c. *Schwaback*, 1756. 8. — Hiſtoriſch-diplomatiſcher Unterricht und gründliche Deduction, von des hohen deutſchen Ritterordens, inſonderheit der löbl. Ballei Heſſen ꝛc. Privilegien und Gerechtſamen, 1751. Fol. — S. Fabers Staatsarchiv, Tom. 17. S. 818. u. f.

(b) So ſind z. B. zur Aufnahme in den deutſchen Ritterorden erfoderlich: 1) die ſtatutenmäßige Probe von ſechszehn altritterbürtigen Ahnen aus deutſchem Geblüte; 2) authentiſches Zeugniß von dreien gemachten Feldzügen; 3) Alter von nicht weniger als vier und zwanzig, und nicht mehr als funfzig Jahren. Dahingegen die verſchiedenen Maltheſerzungen nach Verſchiedenheit ihrer beſondern Statuten, theils mit theils ohne Unterſchied des Alters und der Nationen, bald weniger bald mehrere Ahnen, dann den Beweis von zwo gemachten Caravanen (Seefahrten wider die Seeräuber) erheiſchen. S. die Statuten der Brüder von dem deutſchen Haus Sanct Mariä von Jeruſalem, in C. G. Elbens Sammlungen für die Geſchichte des Hoch- und Deutſchmeiſterthums, (Stuttgard 1785.) St. 1. S. 25.—95. — J. Bosii hiſtoria militiæ S. Johannis hieroſolymitanæ, ejusdemque ſtatuta & privilegia &c. *Romæ*, 1584. — E. von Öſterhauſen eigentlicher und gründlicher Bericht deſſen, was zu einer vollkommenen Erkenntniß nnd Wiſſenſchaft des Ritterordens St. Johannis von Jeruſalem zu Malta von nöthen, Augsb. 1650. — D. G. Dienemanns Nachrichten vom Johanniterorden, Berlin, 1767. 4. — G. C. Gebauer de equite Johannitico exſpectativario, *Gœtt.* 1736.

(c) Z. B. die Ordensregel des h. Auguſtins, und mittels ſelbiger, die drei feierlichen Gelübde, woraus die evangeliſche Privatarmuth und (auſſer den proteſtantiſchen Maltheſerzungen,) der Eheloſe Stand ſämmtlicher Ordensritter, entſteht. — Fabricius in originib. Saxon. f. 588. und Albinus in chron. Misn.

Tit. 17. ſq. ſo wie auch der Autor historiæ Landgrav. Thur. C. 63. wollen irrig behaupten: der deutſche Orden habe ehemals auch beweibte Edelleute zu ritterlichen Mitgliedern aufgenommen, und hätten ſolche, zum Unterſcheidungszeichen, nur ein halbes Kreuz auf dem weiſſen Ordensmantel getragen. S. Struvii jur. publ. prud. C. XXVIII. §. 13. Num. 35. p. 789.

VII. Abſchnitt.

1. Urſprung der unmittelbarn freien Reichsdörfer;
2. Deren innere Verfaſſung;
3. Andere einzelne unmittelbaren Reichstheile abſonderlicher theils geiſtlichen theils weltlichen Gemeinden.

---

§. LVIII.

Von dem Urſprung unmittelbarer Reichsdörfer.

Die Reichsunmittelbarkeit verſchiedener deutſchen Dorfſchaften (a), als ſo vieler abſonderlichen obwohl minderen Theile unſers Reichsterritoriums, hat ihr Daſeyn wahrſcheinlicher Weiſe, theils den wenigen Ueberbleibſeln der alten kaiſerlichen Domainen und Tafelgüter, und theils der gänzlichen Erlöſchung verſchiedener Reichsdynaſten und unmittelbaten Vaſallen zu verdanken, deren allmälig erledigte Reichslehnbarngüter von den Kaiſern eingezogen, und bis heran keinem Andern wieder zu Lehen verliehen worden (b).

(a) Hierhin gehören unter andern vorzüglich: die ſogenannten freien Leute auf der Leutkircher Heide in Schwaben, und die freien Reichsdörfer: Alſchhauſen am Federſee; Gochsheim und Sennfeld bei Wirzburg; Sulzbach und Soden, Priſſenſtadt, Hüttenheim, Mainberheim, Heydingsfeld, Sainsheim und Ahauſen am Main; großen Gartbach bei Heilbronn; und Ufkirchen im Rieß 2c. S. Büſchings Erdbeſchreibung, Tom. 3. S. 2975. u. f. — Moſer von den Reichsſtänden 2c. S. 1510. u. f. — de

de Ludewig germania princeps, C. 11. p. 258. ſq. — Jenichen von Reichsdörfern und reichsfreien Leuten, Leipz. 1748. — C. F. Schöpff Diſſ. de ſervis palatii Germanorum (von Reichs- und königl. Pallaſtbauren,) Schweinfurt, 1740. — W. F. Lantz Diſſ. de pagis Imperii immediatis, *Arg.* 1738.

(b) Ein Beiſpiel davon geben die freien Reichsdörfer Rahsdorf, Petersbuch, Byburg und Wengen, nebſt den zweien Weilern: 1) zum h. Kreuz, und 2) Rohrbach, (an der anſpachiſchen Gränze im Nordgau,) welche nach erloſchener reichsgräfl. Familie von Hirſchberg, ſeit 1305. eine Reichspflege geworden ſind, die ſeit 1530. mittels Verſatzes, theils von der Stadt Weiſſenburg, theils von dem Hochſtift Eichſtädt verwaltet wird. S. Moſers Staatsr. Tom. 42. S. 543.

§. LIX.

Von innerer Verfaſſung der freien Reichsdörfer, und deren abſonderlichen Rechten.

In jedem einzelnen unmittelbarn Reichsdorfe befindet ſich die Landes- oder Grundherrliche Hoheit in ihrem ganzen Umfang, allein bei des Kaiſers Majeſtät, in deſſen allerhöchſtem Namen, der Ortsmagiſtrat von der Gemeinde gewählt, und gemeiniglich mit einem Schultheiſen oder Vogten, verſchiedenen Schöppen oder Beiſitzern, auch einem Syndik und Rathsſchreiber ordentlich beſtellt wird; jeder alſo angeordneter Magiſtrat hat über die geſammte ihm untergeordnete unmittelbare Dorfgemeinde, Namens des Kaiſers, nebſt der Gerichtsbarkeit, zugleich das Beſteurungs- wie auch beſonders das Religionsreformationsrecht (a) auszuüben; welche kaiſerl. Territorialherrlichkeiten, jedoch von der darüber hergebrachten Vogtei- und Schutzherrlichkeit eines oder des andern Reichsſtandes, wohl zu unterſcheiden ſind (b).

(a) I. Weber de jure circa Sacra pagorum Imperii immediatorum, *Gieſſ.* 1717. — O. F. J. Art. 5. §. 2. — Henniges ad h. loc. p. 203. ſqq.

(b) S. Fabers Staatskanzlei, Tom XVII. S. 354. u. f. — Mageri advocatia armata, Cap. 6. Num. 7. — J. J. Sündermaler de inſigni ſuperioritatis territorialis & juris Vogtetici differentia, *Herbip.* 1741. — F. C. von Moſer Reichsfreiheit der Gemeinden Sulzbach und Soden, gegen die neuerlichen Kurmainziſchen und Frankfurtiſchen Vogtei- und Schutzherrlichen Eingriffe erwieſen, 1753. Fol. — Wie die vormaligen freien Reichsdörfer Suffelheim, Godramſtein und Gambs, mittels der Herzoglich Zweybrückiſchen Schutzherrlichkeit, in die Landſaſſerei gerathen? iſt zu leſen bei dem Hertius in Tr. de ſpecialibus Germ. Rebuspublicis, Sect. 1. §. 10. — S. Lünigs Biblioth. deduct. 1. Th. S. 414. u. f.

§. LX.

Von andern einzelnen unmittelbaren Reichstheilen.

Auch ſind hin und wieder verſchiedene einzelnen theils geiſtliche theils weltliche unmittelbaren Diſtrikte und reichsfreie Herrſchaften und Güter, ohne weder zur Reichsritterſchaft, noch unter die Beſitzungen der Reichsſtände zu gehören, als ſo viele abſonderlichen obwohl mindern Beſtandtheile des deutſchen Reiches, dahier zu bemerken, worunter namentlich 1) das Kanonikalſtift zu Arenfeld bei Saarbrücken, 2) Kloſter Erpach auf dem Steigerwald, 3) die von Zedwitziſche Herrſchaft Aſch (a), 4) die von Grotiſche Herrſchaft Schauen (b), vorzüglich gezählet werden.

(a) Auf der Gränze von Franken und Böhmen; S. Pütters Rechtsfälle, II. B. 4. Th. S. 829. 952.

(b) Zwiſchen dem Fürſtenthume Halberſtadt, und der Grafſchaft Wernigerode. S. Büſchings Erdb. Tom. 3. S. 2912. u. f.

VIII. Abſchnitt.

1. Reichsſtändiſche eigentlich ſogenannte Territorien insgemein;
2. Deren Verſchiedenheit und bisherige Veränderungen;
3. Vereinigung mehrerer urſprünglich verſchiedener deutſchen Länder;
4. Tauſch- und Theilungsrecht derſelben;
5. Deutſche Territorialverfaſſung überhaupt.

---

§. LXI.

Von den eigentlich ſogenannten Territorien deutſcher Reichsſtände und Landesherren insgemein.

Gleichwie die urſprüngliche Beſchaffenheit aller heutigen beſonderen deutſchen Staaten (a) die geſammte Zahl der ehemaligen Erz- und Biſchthümer, Ordensmeiſterthümer, Abteien und Probſteien, wie auch Herzogthümer, Pfalz- Mark- Land- und Burggrafſchaften und anderer Fürſtenthümer, ſo dann der Graf- und Herrſchaften zum Grunde hat; ſo werden noch heut zu Tage ſämmtliche der reichsſtändiſchen Landeshoheit unterwürfige ſowohl mindere als größere Grundgebiete auf deutſchem Boden, in ſo viele theils geiſtliche (b) theils weltliche (c) eigentlich ſogenannte Territorien (d) unterſchieden, welche als theils geſchloſſene (e) theils offene (f) und wirklich theils katholiſche (g) theils proteſtantiſche (h) Reichslande, mithin als ſo viele einzelnen, das ganze deutſche Reich ausmachenden Haupttheile anzuſehen ſind (i).

(a) J. N. Hertius de origine & progreſſu ſpecialium S. R. I. Rerumpubl. in *Opuſc.* Vol. 1. Tom. 2. p. 81.

(b) Oder die ſogenannten Stiftslande, welche mittels kapitulariſch-kanoniſcher Wahle und kaiſerl. Belehnung, nur von unmittelbaren Kirchenprälaten und theils Abtiſſinnen beſeſſen werden können. J. C. Barthel regale ſacerdotium in eccleſiaſticis S. R. I. Principibus pro Eccleſiæ & Imperii felicitate refulgens; in *Opusc.* Tom. 1. p. 313. ſqq.

(c) ſ

(c) Hierhin gehören die ſekulariſirten Erz- und Biſchthümer, auch andere Prälaturen, im O. F. J. Art. X. §§. 4. 7. 9. Art. XI. §§. 4. 5. 6. 11. 12. Art. XII. §. 1. Art. XV. §. 2.

(d) Unter dem Namen **Territorium**, wird im eigentlichen Verſtande des deutſchen Staatsrechts, nur ein ſolches Grundgebiet, oder diejenige größere oder kleinere **Landſchaft** verſtanden, worüber ein **Reichsſtand** die wirkliche **Landeshoheit** hergebracht hat; alle Territorien ſind mithin nothwendig **unmittelbar**; aber nicht alle **unmittelbaren Diſtrikte** oder deutſche **unmittelbarn Grundgebiete** heiſſen im eigentlichen Sinne **Territorien**; woher auch die Eintheilung der Territorien in **unmittelbare** und **mittelbare**, gewiſſermaſſen als ein Widerſpruch anzuſehen; es wär auch ein Irrthum zu ſchlieſſen: **Bonn** und **Neuß**, **Linz** und **Andernach** am Rhein, ſind mittelbar, das kölniſche Domkapitel mit geſammtem landſtändiſchen Körper iſt mittelbar; folglich muß gleichfalls das ganze Kurfürſtenthum **Köln** mittelbar ſeyn. Allein, das Land als ein Ganzes genommen, wird wegen ſeines unmittelbarn Beſitzers unmittelbar genannt; wo hingegen alle Städte, Flecken und Dörfer, ſammt Domkapitel, Ständen, und übrigen Unterthanen, die dieſes Ganze ausmachen, einzeln genommen, mittelbar, d. i. nebſt dem Kaiſer und Reiche, vorzüglich dem Landesherrn unterworfen ſind. J. C. Breyer Diſſ. de charactere Immedietatis in Imperio, *Tüb.* 1774. — de Cramer T. 2. p. 1. *Obſerv.* 537.

(e) Worin nämlich keines Andern unmittelbares Grundgebiet gelegen iſt, wie z. B. in **Oeſtereich** und **Böhmen**, wo alle Einwohner ohne Ausnahm Landſaſſen und Unterthanen ſind. Die Folge des **geſchloſſenen Territoriums** ſoll ſeyn, daß hier die **Regel** Platz greife: quid quid eſt in territorio, præſumitur eſſe de territorio. C. Thomasii Diſſ. de brocardico vulgari: quæ ſunt in territorio, præſumuntur eſſe de territorio, *Hal.* 1709. — G. F. A. Dathe Diſſ. de falſitate vulgati: quid quid eſt in territorio, præſumitur etiam eſſe de territorio, *Gœtt.* 1753. — **Moſers** Beitrag zu dem neueſten Staatsrecht und Staatshiſtorie Deutſchlands, Tom. I. (1746.) S. 635. u. f. — Neueſte **Staatsacta**, Th. I. S. 176. u. f.

(f) Worin ein oder mehrere unmittelbaren Grundgebiete gelegen ſind, wie z. B. in **Schwaben**, **Fran-**

ken und den Rheinlanden, wo obige vorgebliche Regel: quid quid eſt in territorio &c. gar keine Statt findet. A. Wagner Diſſ. de diſtinctione territoriorum Imperii in clauſa & non clauſa, *Lipſ.* 1752.

(g) Nicht ſolche, wo etwa der Landesherr, zufälliger Weiſe, Katholiſch iſt; wie z. B. in dem Kurfürſtenthume Sachſen; ſondern wo die katholiſche Religion, als die allgemein herrſchende Landesreligion wirklich angetroffen wird; und zwar ohne Rückſicht auf das Normaljahr und wirkliche Religionseigenſchaft der landesherrlichen Komitialſtimme. L. B. ab Eberstein Diſſ. de qualitate Religionis votorum in comitiis. *Heidelb.* 1782. — J. A. Mertens Abh. von dem Religions-Verhältniſſe der deutſchen Reichsſtimmen. Wien 1784.

(h) Nachdem nämlich ſeit der Kirchenreformation des D. Luthers, zuerſt der Paſſauer Vertrag und nachheriger Religionsfriede, dann endlich die weſtphäliſchen Friedensſchlüſſe, den Augsburgiſchen Konfeßionsverwandten ſammt darunter begriffenen Reformirten, unter dem gemeinſchaftlichen Namen der Proteſtanten, mit den Katholiſchen gleiche Rechte verſchaft, und ſelbige nach dem Zuſtande des Normaljahres 1624. ausdrücklich beſtimmt haben. O. F. J. Art. V. §. 1. Art. VII. §. 1.

(i) G. Titius de habitu Territoriorum Germanicorum & inde veniente totius reipublicæ forma, *Lipſ.* 1705.

§. LXII.

Von bisherigen Hauptveränderungen verſchiedener reichsſtändiſchen Territorien.

Unter die merkwürdigſten Hauptveränderungen, die ſich bisher mit verſchiedenen den anſehnlichſten deutſchen Staaten zugetragen haben, gehören vorzüglich folgende: I. die für Braunſchweig-Lüneburg-Hannover 1692. errichtete neunte Kur (a); II. die Wiederherſtellung der Böhmiſchen (b) und III. die Erlöſchung der Bayriſchen Kur (c); IV. die Erhebung der gefürſteten Abtei Fulda zu einem Biſchthum (d); V. die Erhöhung des Fürſtenthums Aremberg (e) und der beiden Grafſchaften Oldenburg und Delmenhorſt (f)

zu

zu zweien Herzogthümer; VI. die Beförderung der Grafſchaften **Hohenzollern**, **Naſſau**, **Oſtfriesland**, **Fürſtenberg**, **Waldeck** und **Schwarzburg** zu ſechs neuen Fürſtenthümer (g).

(a) S. Corp. jur. publ. p. 1132. ſqq.
(b) Corp. jur. publ. p. 1133. ſqq.
(c) O. F. J. Art. IV. §. 9. — J. J. **Moſers** Anmerk. über das Abſterben des kurfürſtl. Hauſes Baiern, ꝛc. (Frankf. am Main, 1778.) St. 1.
(d) Seit dem J. 1752.
(e) Unter Kaiſer Ferdinand III. im J. 1644.
(f) Im J. 1775. ſ. neueſte Staatsbegebenheiten mit hiſtoriſchen und politiſchen Anmerkungen, (Frankf. und Mainz 1776.) St. V. 453. u. f. — G. D. Hoffmann de novo Ducatu Oldenburgico, *Tüb.* 1779.
(g) Im XVI. Jahrhundert. Hierüber ſind noch neuerlich von verſchiedenen reichsgräfl. Häuſern nur gewiſſe Linien in Fürſtenſtand erhoben worden, da die anderen Gräflich geblieben, als: **Salm**, **Hohenlohe**, **Solms**, **Iſenburg**, **Stollberg** und noch jüngſt **Wied-Neuwied**. ꝛc. — A. F. Glaffey de dignitate perſonali cum Territoriis Germanorum communicabili, *Lipſ.* 1717.

§. LXIII.

Von Vereinigung mehrerer urſprünglich verſchiedener deutſchen Länder.

Nicht allein ſind mehrere auswärtige Kronen und deutſchen Familien unterwürfige Erbreiche Europens, als: Dänemark, Schweden, Rußland, Ungarn, Preuſſen und Großbritannien, mit verſchiedenen dem deutſchen Reiche untergeordneten Ländern verſehen, ſondern auch noch beſonders ſind in Deutſchland ſelbſten mehrere Länder zuſammen erwachſen, es ſey nun, daß 1) verſchiedene einzelne Provinzen nur mittels perſönlicher Vereinigung unter einen Landesherrn gekommen, wie z. B. Böhmen, Oeſterreich und die Niederlande; Sachſen und Lauſitz; Brandenburg, Pommern, Magdeburg, Halberſtadt, Cleve und Oſtfriesland; Pfalzbaiern, Neuburg und Jülich ꝛc. oder daß ſie 2) in einerlei Landesverfaſſung mit einander vereiniget, wie z. B. das Herzogthum Weſtphalen

und

und die Grafſchaft Arnsberg mit dem Kurfürſtenthum Köln; oder daß endlich 3) ein Land einem andern als ein Theil deſſelben wirklich einverleibet worden; welch letzteres Schickſal inſonderheit sehr viele ausgeſtorbenen Graf- und Herrſchaften betroffen, die nun anders nichts als in manchen Kur- und Fürſtlichen Staaten, gewiſſe abſonderlichen Aemter ausmachen (a).

(a) Woher ſich mittels hiſtoriſcher Anwendung auf jedes Territorium, leicht beurtheilen läßt, ob es urſprünglich und von jeher nur ein Land geweſen, oder aus mehreren zuſammen erwachſen ſey? wie ſolches bei den meiſten heutigen Herzogthümern zutrift, von deren Umfange oder ehemaligen Gränzen, auf ein heutiges geſchloſſenes Gebiet (territorium clauſum) deswegen kein ſicherer Schluß gilt. G. A. Caroccii Diſſ. de Conjunctione diverſorum in Germania territoriorum, *Gryph.* 1706.

§. LXIV.

Vom Tauſch- und Theilungsrechte deutſcher Länder.

Obwohl die gänzliche Untheilbarkeit der Kurfürſtenthümer, in Kraft der goldenen Bulle (a), unſtreitig zur ewig unverletzlichen Reichsgrundverfaſſung ſelbſt gehört; ſo iſt es hingegen derſelben ſo wenig, als etwa einem andern beſchriebenen oder unbeſchriebenen Reichsgrundgeſetze zuwider, daß die übrigen Fürſtenthümer und weltlichen Reichslande, mittels kaiſerlicher und des Reichs, dann deren Agnaten Bewilligung (b), nicht jedesmal unter mehrere Reichsſtände vertheilt (c), oder vielmehr, eins gegen ein anderes Aequivalent unter den Reichsſtänden ſowohl als unter ihnen und andern auswärtigen Gränznachbaren (d), rechtmäßig ausgetauſcht werden könnte (e).

(a) C. XXV. §. 1. 2. 5.
(b) Itter de feudis Imperii, C. XXIII.
(c) J. G. Estor Diſſ. de terrarum partitionibus illuſtrium Germanorum inter ſe, *Marb.* 1749. — G. L. Boehmer obſervationes jur. feud. p. 214. — J. E. Schmidt Diſſ.

Diſſ. de confirmatione diviſionum illuſtrium partim neceſſaria, partim proficua, *Jen.* 1772.

(d) S. Reuß deutſche Staatskanzlei, Th. III. Abſchn. I. von dem Gränz- und Austauſchvertrag zwiſchen der Krone Frankreich und dem gräfl. Hauſe von der Leyen, S. 1 - 70.

(e) Eine ſehr merkwürdige Epoche machen dahier die ſeit vorigem Jahre zwiſchen dem Wiener und Berliner Hofe gewechſelten und in offenem Druck erſchienenen Schriften, über den vorgeblichen Baieriſchen Ländertauſch; wohin unter anderen vorzüglich gehören: 1) Politiſche Nummern, (Berlin, 1785.) 2) Erklärung der Urſachen, die Se. königl. Maj. von Preußen bewogen haben, Ihren hohen Mitſtänden des deutſchen Reichs eine Aſſociation zur Erhaltung des Reichsſiſtems anzutragen, und mit einigen derſelben zu ſchlieſſen, (Berlin.) — 3) Königl. Preuß. Deklaration über den Baieriſchen Ländertauſch an die Republik der vereinigten Niederlande. — 4) Kaiſerl. königl. Erklärung wider den Berliner Hof und beſonders den deutſchen Bund, (Wien.) — 5) Examen des motifs d'une aſſociation pour le maintien de la conſtitution Germanique, expoſés dans la declaration, que S. M. le Roi de Pruſſe a adreſſée à ſes coëtats de l'empire & à d'autres cours de l'europe, *Vienne*, 1785. — Auch haben unter Anderen der Freiherr Otto von Gemmingen, und viel gewichtiger der Herr Geheimrath Dohm, über dieſen Gegenſtand, eine beſondere Hof- und Staatsſchrift geliefert. S. dagegen meine Abhandl. de eo quod altioris indaginis eſt in jure publ. I. R. G. (*Bonnæ*, 1777.) §§. XXIV. XXV. & XXVI.

§. LXV.

Von den inneren Beſtandtheilen und der Nationalverfaſſung deutſcher Territorien überhaupt.

Die eigentlich ſogenannten Territorien oder unmittelbaren Reichslande der Kurfürſten, Fürſten und Stände, ſind überhaupt wo nicht alle, doch die meiſten in Hinſicht ihrer Nationalverfaſſung, in verſchiedene Kirchen- oder geiſtliche und weltliche Gerichtsſprengel eingetheilt, die ſo dann ganze Städte, Marktflecken und Dörfer, ſammt einzelnen Stiftern, Ritterſitzen und Bauerhöfen, mit ihren Markungen und Eigenthumsbezirken unter ſich begreifen; wobei

es

es gemeiniglich theils Städte und Stifter, theils Ritterorden und Familien giebt, die gewiſſe unterherrliche Gerichtsbarkeiten, in mancherlei beſtimmtem Maaße, mit noch andern damit verknüpften Zweigen der bürgerlichen Gewalt, erb- und eigenthümlich beſitzen (a). Aus dem Verhältniße dieſer **Unterherrlichen** zu der hohen **Landesherrlichen Gerichtsbarkeit** entſteht dahier im deutſchen **Landes-** wie im deutſchen **Reichsſiſtem**, obgleich in einer andern Bedeutung, eine gewiſſe **Mittel-** und **Unmittelbarkeit** unter den Landesbürgern (b), wodurch das verſchiedene Verhältniß angedeutet wird, das ein Unterthan vor dem andern, in Rückſicht ſeines ordentlichen Gerichtsſtandes, entweder mittelbar zu einem unterherrlichen oder unmittelbar zu einem landesherrlichen Gerichtshofe haben kann (c). In der That haftet jedoch die eigentliche **Landesunmittelbarkeit** oder ſogenannte **Schrift-** und **Kanzleiſäßigkeit** (d) vorderſamſt weſentlich, theils auf dem Eigenthume der **Erbgerichtsbarkeit** (e), theils auf dem Beſitze eines **unmittelbarn Landes-** oder **Staatsamtes** (f); hier iſt ſie mit dem Amte perſönlich, dort mit dem Eigenthume erblich; alles übrige, auſſer den beſonders Privilegirten (g), iſt **mittelbar**, oder theils **amts-** theils **erbgerichtsſäßig** (h), und hat ſeinen Gerichtsſtand der erſten Inſtanz, in irgend einem derer **Amts-** oder **Erbgerichtshöfe**, worein das ganze Territorium ein- und abgetheilt iſt. Uebrigens ſind die beſonderen Regierungsverfaſſungen ſo vieler der verſchiedenſten deutſchen Lande, untereinander faſt eben ſo verſchieden; und gleichwie dieſelben alle, von Seiten poſitiver ſowohl abſonderlicher **Territorial-** als allgemeiner **Reichsgrundgeſetze**, die gemeſſenſte Beſtimmungen leiden, dahingegen nicht alle ein **ſtändiſches Korpus** haben, nach deſſen Gutachten, in gewiſſen Fällen, der Landesherr ſich zu fügen hat; ſo entſtehen daher unter den **deutſchen Landen**, von dieſer Seite

te betrachtet, ſo viele verſchiedene mehr oder weniger beſchränkte Regierungsformen, die insbeſondere anders nicht als aus dem ſpeciellen Staatsrechte jedes einzelnen Territoriums (i), gründlich zu ermeſſen ſind.

(a) J. G. Heineccius de origine atque indole jurisdictionis patrimonialis, *Hal.* 1726. — C. L. Græfe de præcipuis & ſingularibus juribus jurisdictionis patrimonialis, *Lipſ.* 1730. — J. H. Grams de fœmina jurisdictionem patrimonialem habente, *Alt.* 1706. — J. T. Richter Diſſ, de filio jurisdictioni paternæ patrimoniali non ſubjecto, *Lipſ.* 1745.

(b) Wovon auch in der kaiſerl. Wahlk. Art. XV. §. 2. Meldung geſchieht: „Wie wir dann keines Kurf. F. und Standes ſeine Landſaſſen, Ihm mittel- oder unmittelbar unterworfene Unterthanen, von deren Botmäßigkeiten und Jurisdiktionen eximiren und befreien, noch ſolches Andern geſtatten ꝛc.“

(c) In ſolchem Betracht hat das kurkölniſche Land ſeine verſchiedenen mittel- und unmittelbaren Juden in Schutz, worüber nachzuſehen meine Abhandl. de regali annuos cenſus a Judæis exigendi jure, in electoratu colonienſi univerſo, ſoli domino territoriali competente, (*Bonnæ*, 1783.) §. VII.

(d) W. Leiser de Landſaſſiis itemque Schriftſaſſiis (von Land- und Schriftſaſſen,) Leipz. 1664. — B. G. Struv de jure Landſaſſiatus in Thuringia, §. VII.

(e) J. P. de Ludewig differentiæ jurium in prædiatoria jurisdictione nobilium, *Hal.* 1742.

(f) J. C. Majer poſitives allgemeines Landr. §. 42. S. 112.

(g) So haben z. B. dahier im Kurkölniſchen, alle Wittwen und Waiſen das beſondere Recht, in erſter Inſtanz zum kurfürſtl. Hofrathsdikaſterium zu provociren.

(h) Schilter de Amtſaſſiis, C. 3. Num. 1. 2. — J. G. Bauer Progr. de foro Amtſaſſiorum, *Lipſ.* 1753.

(i) Wirklich verdanken wir unſerm ſeligen von Moſer folgende zu Frankf. a. Main, in verſchiedenen Jahrgängen allmälig und einzeln herausgekommene Einleitungen in die ſpeciellen Staatsrechte der Kurfürſtenthümer Mainz, Trier, Pfalz und Braunſchweig-Lüneburg: der Hochſtifter Conſtanz und Augsburg: dann der Markgrafſchaft Baden, und des Fürſtenthums Anhalt. Die übrigen hierhin gehörigen ſind folgende: J. F. Schrötters öſtereichiſches Staatsrecht,

5. Th. Wien, 1762—1766. 8. — von Kreitmayr Bairiſches Staatsrecht, 1770. 8. — J. G. Estor jus publ. Haſſiacum, *Jen.* 1745. 4. — C. G. Lodtmann delineatio juris publ. Osnabrugenſis, *Osnabr.* 1767. 8. — J. G. Breyer elementa juris publ. Wirtembergici &c. *Stuttg.* 1782. 8. — J. H. Bachmann Pfalzzweibrückiſches Staatsrecht, Tüb. 1784. — C. L. Scheidt Anmerk. und Zuſätze zu Moſers Einleitung ins Braunſchweig-Lüneburgiſche Staatsrecht, Götting. 1757. und Codex diplom. 1759. S. Pütters deutſche Staaten, Th. I.

II. Buch.

Monarchiſche Regierungsverfaſſung insgemein, und inſonderheit des Römiſch-Deutſchen Reiches.

I. Hauptſtück.

Von der Monarchie, und dem Monarchen überhaupt.

I. Abſchnitt.

1. Begriff und weſentlicher Karakter einer Monarchie;
2. Verſchiedene Arten und Grundverfaſſungen der Monarchien.

---

§. LXVI.

Von dem weſentlichen Karakter einer Monarchie.

Ein freier unabhängiger, der rechtmäßigen (a) oberſten Gewalt eines einzigen phiſiſchen Hauptes untergeordneter Staat, deſſen Bürger unter billigen und

auf-

aufrechtſtehenden (b) Geſetzen leben, iſt, meines Erachtens, der wahre Begriff und weſentlicher Karakter einer ordentlichen Monarchie oder bürgerlichen Alleinherrſchaft (c), die ſich nur ſolchergeſtalt, von der Ariſtokrazie und Demokrazie, wie zugleich von der Tirannie und Deſpoterei, wirklich unterſcheidet.

(a) Siehe S. Coccej Diſſ. de regimine Uſurpatoris rege ejecto, *Francof. ad Viadr.* 1702. — L. F. Wagner de juſtis imperandi cauſis, *Tüb.* 1743.

(b) Die Billigkeit und Aufrechthaltung der Geſetze, gehört zu der Natur eines jeden Staats, wo ſich die oberſte Gewalt ihrem Endzwecke und Gränzen gemäß verhält; und dieſes iſt vorzüglich eins der weſentlichen Unterſcheidungszeichen der Monarchie von der Deſpoterei.

(c) C. Besoldi Diſſ. de Monarchia generatim, in *Opuſc.* Tom. 2. pag. 1. ſqq. ubi C. 3. de *Dyarchia*, *Triarchia &c.* — von Juſti Natur und Weſen der Staaten, mit Anmerk. von Scheidemantel, (Mietau, 1771. 8.) Hauptſt. V. Abſchn. I. von Monarchien, S. 144—166.

§. LXVII.

Von verſchiedenen Arten und Grundverfaſſungen der Monarchien.

Jede Monarchie iſt entweder ein Erb- oder Wahlreich (a); Erbreiche ſind in der Regel (b) uneingeſchränktere Monarchien (c) als Wahlreiche, die gemeinlich, eine aus der Ariſtokrazie und Monarchie mehr oder weniger zuſammengeſetzte Regierung vorausſetzen (d); ſo wie nämlich das Wahlrecht insgemein in den Händen eines anſehnlichen und mehr oder minder ariſtokratiſchen Adels iſt, der es unterſtützet und behauptet (e). Iſt nun zwar die ſogenannte Aeſymnetiſche Grundverfaſſung (f) eines Reiches, nicht allerdings wider die Natur einer Wahlmonarchie (g); ſo ſind dennoch mit derſelben die blos prekariſchen (h) und ſogenannten lakoniſchen (i) Regierungsformen, gar nicht zu vereinbarn. Uebrigens

gens iſt es der Weſenheit einer beſchränkten ſo wenig als uneingeſchränkten Erbmonarchie entgegen, auch das weibliche Geſchlecht zur Thronfolge zuzulaſſen.

(a) Hugo Grotius L. 1. C. 3. §. 12. 15. iſt der Erfinder einer weitern Unterſcheidung zwiſchen patrimonial und leibzüchtigen Reichen. Daß es Monarchen giebt, die den Staat wie ihr Privateigenthum behandeln, iſt wahr; man ſehe Pütters Beiträge zum Staats- und Fürſtenrecht, I. Th. 140. S. Allein die Frage, iſt ob und in wie weit es mit Recht geſchehe? de Martini jus civit. §. 352. ſqq.
(b) Wovon nämlich ein und anderes Reich, wie z. B. Grosbritannien, eine Ausnahme macht.
(c) Wie z. B. Spanien und Rußland; Oeſterreich und Preußen ꝛc.
(d) Wie z. B. in unſerm deutſchen und dem polniſchen Reiche.
(e) Nach Maasgab der Grundgeſetze.
(f) (Regnum æſymneticum) wo nämlich der Regent, wie ehemals (ante Legem valeriam) ein Römiſcher Diktator, nur auf eine gewiſſe Zeit oder beſtimmte Jahren, die oberſte Gewalt auszuübe[n] hat. Grotius L. 1. C. 3. §. 2.
(g) Weil, wie Grotius L. 1. C. 3. §. 11. behauptet: eine beſtimmte Zeitdauer darum noch nicht die Natur einer eigentlichen Sache umkehret.
(h) (Regnum precarium) wo nämlich, wie vormals bei den Vandalen in Afrika, und den Gothen in Spanien, der Regent nur ſo lange zu herrſchen hat, als es dem Volk oder deſſen Repräſentanten gefällig iſt.
(i) (Regnum laconicum) wo nämlich der Fürſt, wie ein zeitlicher Doge zu Genua und Venedig, oder Erbſtatthalter der vereinigten Niederlande, mehr blos zu rathen als wirklich zu gebieten hat.
(k) Oeſterreich war gewiß nichts weniger als unglücklich unter dem ſanften Zepter ſeiner angebetenen Thereſia; und Rußland blühte niemals ſo wie jetzt unter ſeiner groſsen Katharina. Einſt hieß es in England: *Rex erat Eliſabeth, nunc eſt Regina Jacobus.*

II. Ab-

II. Abſchnitt.

1. Kennzeichen eines Monarchen;
2. Monarchiſche Titel, Wapen und Inſignien;
3. Rechte und rechtmäßige Gewalt des Monarchen;
4. Misbrauch der monarchiſchen Gewalt.

---

§. LXVIII.

Von den Kennzeichen eines Monarchen.

Unter die Kennzeichen eines wahren Monarchen gehören ſo wenig alle auch die erhabenſten Titel und Inſignien, als etwa die Größe eines Reiches oder die Menge des Volkes, worüber ein Fürſt herrſchet; ſondern, wie die gänzliche und durch kein poſitives Grundgeſetz gemäßigte Unabhängigkeit des Regenten von dem Willen ſeines Volkes oder deſſen Repräſentanten, das einzige ächte Kennzeichen eines unbeſchränkten (abſoluten) Selbſt- und Alleinherrſchers iſt (a): alſo iſt das wirkliche Ausübungsrecht aller und jeder, doch aber an die Einwilligung des Volkes oder der Stände zum Theil gebundener Regierungsrechte, das untrügliche Kennzeichen eines obwohl mit wahrer doch auch beſchränkter Majeſtät bekleideten Monarchen (b).

(a) So iſt z. B. unter dem Erzherzoglichen Hute von Oeſtereich, mehr als unter der königl. Krone von Großbritanien, ein wahrer Monarch verborgen.

(b) Sind nun aber die Stände in dieſem Falle Mitregenten? Man ſehe Pütters Beiträge, S. 58 — 179. und von Steck's Ausführung rechtlicher und politiſcher Materien, Num. 14.

§. LXIX.

Von den Titeln und Inſignien eines Monarchen.

Gleichwie jede freie Völkerſchaft und jeder unabhängige Fürſt (Souverain) mit allen anderen freien Völkerſchaften und unabhängigen Fürſten, oder ſouverainen Mächten und Potentaten, in dem na-

natürlichen Stande der Gleichheit lebt, worin keiner dem andern weder zu gebieten noch zu verbieten berechtiget iſt (a); ſo folgt nothwendig, daß jeder Monarch, wie jeder Freiſtaat, der keinen Obern als Gott allein erkennt, ſich aller und jeder politiſchen Titel (b), Wappen (c) und Inſignien (d) willkürig anmaßen könne, die ihm nur immer Vernunft und eigene Kräften erlauben (e), und ſonſt kein Vertrag noch Völkerrecht wirklich verbieten (f).

(a) F. A. Kunhold Diſſ. de ſtatu rerumpublicarum naturali, *Lipſ.* 1723.

(b) Z. B. Groß- oder Allergroßmächtigſt, Durchlauchtigſt, Unüberwindlichſt ꝛc. Czar, Sultan, Kaiſer, König, Cham, Großherr, Großherzog oder Großmogol ꝛc. G. H. Ayrer de varia gentium conſuetudine circa varias Impp. Regumque appellationes ſolennes, *Gœtt.* 1752.

(c) Z. B. zwei- oder einköpfigter, weiſſer oder ſchwarzer Adler, Löw, Bär oder Elephant, mit oder ohne Kron oder Helm, im goldenen oder ſilbernen Felde ꝛc.

(d) Z. B. goldener oder ſilberner Zepter, oder Schwerdt, offene oder geſchloſſene Krone, Turban, Huth, oder Helm ꝛc.

(e) So legte Peter Czar der Groſſe, ſich ſelbſt und eigenmächtig die kaiſerlichen, wie Friedrich *I.* von Preußen, die königlichen Titel und Inſignien zu, die ſie auch Beide, als wahre Monarchen, in dem Angeſichte Europens, bisheran unüberwindlich behaupten. de Berger politiſches Bedenken: ob der Kaiſerl. Titel, ohnbeſchadet kaiſerl. Majeſtät und des Reichs allerhöchſter Würde, dem Czaren von Rußland kommuniziret werden könne? Frankf. 1723.

(f) Auch ſind die bei chriſtlichen Königen hergebrachte Feierlichkeiten der Salbung, Krönung ꝛc. in Anſehung eines wahren Monarchen, blos gleichgültige Dinge. de Martini l. c. §. 354.

§. LXX.

Von den Rechten und rechtmäßiger Ausübung der höchſten Gewalt eines Monarchen.

Sind überhaupt die Rechte des Alleinherrſchers einzig, aus dem Unterwerfungsvertrage (a), den Fundamentalgeſetzen (b), und dem Endzwecke des

Staats (c) zu ermeſſen; ſo folgt nothwendig, daß die **rechtmäßige Ausübung** der **höchſten monarchiſchen Gewalt** in ihrem ganzen Umfange, auf nichts ſo ſehr, als vorzüglich auf der **unverletzlichſten Geſetzverwahrung** (d), ſich unumſtößlich begründe (e).

(a) Jedoch mit Ausnahm eines durch rechtmäßige Waffen gewälthätig unterjochten feindlichen Staates. S. ob. §. XVI.

(b) Da beſchriebene ſo wie auch unbeſchriebene **Grundgeſetze** eigentlich jene feierlichen, zwiſchen Regent und Volk ausdrücklich oder ſtillſchweigend geſchloſſenen **Verträge** ſind, die entweder die **Regierungsart**, oder das **Wahl-** oder **Erbfolgrecht**, mithin die **Grundverfaſſung** ſelbſt zum Gegenſtand haben; ſo darf kein Monarch dieſelbe mit Recht weder eigenmächtig aufheben, noch willkürig abändern oder ſonſt verletzen; obwohl er unter jenen Geſetzen nicht ſteht, deren Urheber er ſelbſt iſt. Uebrigens erhalten die **Privatgeſetze** (wenn ſie etwa auf den Regenten blos als **Bürger** betrachtet, angewendet werden) verſchiedene Modificationen, woraus das ſogenannte **Privatrecht der Fürſten** entſteht. J. F. Helferich jurisprudentia Principum privata, *Tüb.* 1745. — J. S. Pütter jus privatum Principum Germ. *Gætt.* 1763. — **J. C. Majer** allgemeine Einleitung zum Fürſtenrecht überhaupt, Tüb. 1784.

(c) Dieſer iſt: **Allgemeine bürgerliche Wohlfart**, das erſte und letzte unverbruchlichſte Geſetz aller Staaten; woher jedes zur Erhaltung des **bürgerlichen Staatszweckes** nöthiges oder offenbar erſprieslichſtes **Mittel**, als ein unbezweifelt weſentliches **Majeſtätsrecht** zu beurtheilen. C. Ziegleri Tr. de juribus Majeſtatis, *Francof* 1712. 4.

(d) Die allerſicherſte **Geſetzverwahrung** in einer ſanften und weiſen **Alleinherrſchaft**, beruht vorderſamſt auf folgenden vier **Grundregeln**: 1) die Grundverfaſſung des Staats, 2) das Eigenthum und die bürgerliche Freiheit des Unterthans, 3) allgemeine Juſtitzpflege, und 4) der Friedenstempel, müſſen der **Majeſtät** allemal die unverletzlichſten **Heiligthümer** ſeyn. Uebrigens giebt es hierzu folgende zwei Hauptmittel, wodurch der Monarch zur rechtmäßigen Ausübung ſeiner höchſten Gewalt, allemal die **Mittelſtraſſe der Weis-**

heit

heit am ſicherſten gefährt wird: 1) wenn er die verfloſſenen Beiſpiele aus der Geſchichte zu ſeinen Lehrmeiſtern annimmt, und ſo viele, aus dem Misbrauche der höchſten Gewalt entſtandene Revolutionen, ſich ſeine Schreckbilder ſeyn läßt; 2) wenn er auf das Urteil denkt, das einſt die Nachwelt von Ihm entweder zu ſeinem Ruhme, oder ewig unauslöſchlicher Schande machen wird. Die Auſſerachtſezung dieſer Mittel und obiger Regeln iſt, was meiſtens und hauptſächlich die Monarchien ſchwächet, mithin die Monarchen ſelbſt von ihrem Glanze herunter ſezt, und endlich ins Verderben ſtürzet. S. de MONTESQUIEU, l. c. Tom. 1. L. 2. C. 4. 5.

(e) In ſolchem Betracht iſt die Alleinherrſchaft unter allen andern Regierungsformen gewiſſermaßen die vorzüglichſte; und in der That, auch die uneingeſchränkteſte Monarchie als eine ſehr einfache und ungekünſtelte Maſchine betrachtet, kann eine deſto größere Kraft und Thätigkeit zu erkennen geben, je leichter es einem weiſen Monarchen iſt, allen Theilen des Staatskörpers ein gewiſſes Feuer, eine Munterkeit oder Schnellkraft zu geben, die andern mehr gekünſtelten Regierungsverfaſſungen ermangelt, in denen nämlich die Partheien unvermeidlich ſind, woraus ein gewiſſer Grund der Auflöſung oder des Verderbens entſteht, der nur ſehr eingeſchränkten Monarchien unter ihren kraftloſen Regierungen, natürlich und eigen iſt. S. von Juſti l. c. §. 72.

LXXI.

Von dem Misbrauche der höchſten monarchiſchen Gewalt.

Aus dem Misbrauche der **bürgerlichen Alleinherrſchaft** entſteht die ſogenannte **Deſpoterei** (a) oder der unglückliche Zuſtand eines Staates, worin die höchſte monarchiſche Gewalt zur Umſtoſſung der **Grundverfaſſung** und zur gänzlichen offenbarn Unterdrückung der bürgerlichen Rechte und Freiheiten des Unterthans angewandt wird (b); woher Solcher, der die Macht hat, und dieſe dazu misbraucht, das geſammte Intereſſe, alle Rechte und Vortheile des ganzen Staatskörpers an ſeine einzige Perſon zu

Bayerische Staatsbibliothek München

heften, und ſeine eingebildete Privatglückſeligkeit zu dem Endzwecke aller unter ihm lebenden Menſchen zu machen, mithin, auſſer allem ſtaatskörperlichen Verhältniße des bürgerlichen Hauptes zu den bürgerlichen Gliedern, alle Unterthanen wie Leibeigene, und alles Uebrige wie ſein Eigenthum anzuſehen, was ſich in dem unglücklichen Erdſtriche befindet, den er wirklich unter das Joch gedruckt hat (c); ſolcher hat die verdorbene Natur und den gehäßigen Namen eines Deſpoten (d), der als ſolcher in dem Staate kein anderes Verdienſt erkennt, als allein dieſes einzige: ein Werkzeug ſeiner Tirannie zu ſeyn. Iſt nun übrigens demunerachtet der Unterthan keinesweges berechtiget, nach der Meinung des Barclai, Wolfs, u. Achenwalls, ſeinem wirklich deſpotiſchen Alleinherrſcher den Gehorſam aufzuſagen, noch viel weniger denſelben als einen vorgeblichen Tirannen, nach der Lehre des Mariana, Buſenbaums, und anderer ſogenannten Monarchomachen, aus dem Wege zu räumen (d); ſo iſt dahingegen der Regent um deſto mehr verpflichtet, ſich vor der Machiavelliſchen Lehre (e) tückiſcher Monarchenſchmeichler ſorgfältigſt wie vor einer Peſt zu verwahren, die widrigenfalls Ihn und den Staat allmälig anzuſtecken und endlich beide in gleiches Verderben zu ſtürzen, vermögend iſt (f).

(a) Obwohl Monteſquieu L. 3. C. 2. 9. 10. mit vielem Witz die Souverains bereden will, daß auch die Deſpoterei eine abſonderliche und rechtmäßige Regierungsart ſey; ſo kann dennoch unter dieſer Benennung, wirklich anders nichts, als Misbrauch der Monarchie, verſtanden werden.

(b) S. de Martini l. c. §. 383.

(c) Nie hat einer der aufgeklärteſten Staatsmännern, die innere verborgene Kraft, und das wahre Geheimniß einer wirklichen Deſpoterei, (das ſo ſchwer aufzulöſen, und dem großen Haufen unbegreiflich iſt,) treffender geſchildert, als der berühmte de la Boetie, in ſ. Meiſterwerke: von der freiwilligen Dienſtbarkeit, in der deutſchen Ausgabe von des Montagne Verſuchen, Th. 3. S. 527. u. f.

(d)

(d) S. meine Abhandl. de Monarcha in genere & in ſpecie, (*Bonnæ*, 1775.) §. 2. 3.

(e) Eines gelehrten Florentiners, deſſen verdammliche Grundſätze nachmals von Thomas Hobbes ſo gar verfeinert, auch zum Theil von andern mehreren derlei menſchenfeindlichen Monarchenſchmeichlern erweitert und behauptet worden. S. Antimachiavel, ou Examen du Prince de Machiavelle, 1767.

(f) Es kömmt daher alles auf den Monarchen ſelbſt, und hauptſächlich auf die Wege an, wodurch er erlaubet, daß man ſich Ihm nähern und Vorzug erwerben kann. Iſt das Verdienſt, die Geſchicklichkeit, und der Fleiß allein der Grund, nach welchem er Vorzüge zugeſtehet, ſo iſt kein glücklicherer Staat, als die Monarchie, und ſeine Triebfeder iſt die wahre Ehre. Sind aber Gewinnſucht und Argliſt, Verläumdung und Schmeichelei, die Mittel und Wege, wodurch man ſich über den andern erhebt; ſo iſt wirklich keine Regierungsform unglücklicher als die monarchiſche, und ihre Triebfeder iſt eitle Scheinehre, die vernünftige und edeldenkende Menſchen zwar äuſſerlich gelten laſſen, in ihren Herzen aber äuſſerſt verachten.

II. Hauptſtück.

Von dem höchſten monarchiſchen Anſehen des Römiſch-Deutſchen Kaiſers über das ganze Reich, und der Ihm untergeordneten Landeshoheit deutſcher Stände über ihre unmittelbaren Reichsterritorien.

I. Abſchnitt.

1. Ehemaliges und heutiges monarchiſches Anſehen eines Römiſch-Deutſchen Kaiſers überhaupt;
2. Deſſen Titel, Inſignien und Wappen;
3. Perſönlicher Vorzug und Rang;
4. Reſidenz und Hofſtaat;
5. Hoheiten und Reſervaten;
6. Römiſcher König;
7. Römiſche Kaiſerinn.

§. LXXII.

§. LXXII.

Von ehemaligem und heutigem monarchiſchen Anſehen eines Römiſch-Deutſchen Kaiſers überhaupt.

Daß die wirkliche Majeſtät oder höchſte Regierungsgewalt im deutſchen Reiche, urſprünglich in ihrem ganzen Umfange, bei den ehemaligen deutſch-fränkiſchen Erbregenten (a), allemal faſt ganz unbeſchränkt monarchiſch geweſen ſey, erweiſet die Geſchichte offenbar (b); und obwohl dahingegen unſere nachherigen Wahlkönige und Römiſch-Deutſche Kaiſer, durch das zunehmende Anſehen der Reichsſtände von dem ihrigem bisheran nicht wenig verloren, und in wirklicher Ausübung der höchſten Majeſtätsrechte, mittels öffentlicher Verträgen, immer mehr eingeſchränket worden (c); ſo iſt demunerachtet noch wirklich ein zeitlicher Römiſch-Deutſcher Kaiſer unſtreitig, und um ſo gewiſſer ein wahrhafter Monarch (d) als weniger derlei bloſe Einſchränkungen und vertragsmäßige Beſtimmungen der eigentlichen Ausübungsart gewiſſer Regierungsrechte, an und für ſich die monarchiſche Staatsverfaſſung nothwendig aufheben (e); ſo wie ſolches der weſentliche Unterſchied zwiſchen einem gänzlich entzogenen und blos beſchränkten Majeſtätsrechte, klar an Tag leget (f).

(a) S. Strubens Erörterung der Frage: ob Deutſchland nach dem VIII. Jahrhundert noch ein Erbreich geweſen? in ſ. Nebenſt. Th. IV. S. 115.

(b) So hatten nämlich ſämmtliche ſowohl höhere als niedere Stände auf feierlichen Reichstagen, überhaupt keine entſcheidende, ſondern vielmehr bloſe Rathsſtimmen. J. G. Kieffer de antiqua Imperii R. G. regendi forma, *Francof.* 1686.

(c) So bedarf heut zu Tage die kaiſerl. Majeſtät, in den Fällen, wo Geſetze zu machen oder zu ändern, Reichsbotſchaften zu verfügen, Kriegs- oder Friedensbündniſſe zu ſchlieſſen, Zoll- und Stapelfreiheiten, Sitz- und Stimmrecht auf dem Reichstage zu ver-

lei-

leihen, oder davon zu Suſpendiren, in die Acht zu erklären ꝛc. allemal der Kurfürſten und Stände ausdrücklicher Einwilligung. O. F. J. Art. VIII. §. 2. — Wahlk. Art. IV. §§. 1. 2. 11. — Art. VIII. §§. 1. 2. 23. — Art. XI. §. 21. — Art. XX. §§. 2. 11.

(d) J. J. Kieſſel von der kaiſerl. Majeſtät in Deutſchland; in ſ. Staatsbetr. Th. 4. S. 76.

(e) Hierüber ſind noch beſonders folgende von Seiten der Stände ſelbſt, in den wichtigſten Vorfällen feierlichſt gethane Erklärungen, die überzeugendſten Proben, daß des Römiſch-Deutſchen Kaiſers wahrhafte Majeſtät und höchſtes monarchiſches Anſehen, von dem Reiche noch immer öffentlich anerkannt werde; ſo gaben z. B. auf dem Naumburger Konvent 1561. (als der Pabſt, bei Gelegenheit der damaligen Religionsirrungen, ſich gewiſſermaßen einer Hoheit über das Reich anmaßen wollte) die proteſtantiſchen Stände der päbſtlichen Botſchaft mit dürren Worten zu verſtehen: „daß ſie keines Andern als allein des Kaiſers höchſte Oberherrſchaft anerkenneten.“ S. Horns Hiſt. des Naumb. Konv. v. J. 1561. S. 79 — 83. — So erklärten auf dem Weſtphäliſchen Friedenskonvente, ſämtliche ſowohl proteſtantiſchen als katholiſchen Stände einhellig: „daß ſie weit entfernt ſeyen, die monarchiſche Reichsform zu bezweifeln, und dem Kaiſer hierin den Beſitz und das Eigenthum ſeiner Majeſtät ſtreitig zu machen ꝛc.“ Meiern W. F. H. Th. I. S. 324.

(f) S. oben §. XVIII.

§. LXXIII.

Von den Titeln, Kleinodien und Wappen des Römiſch-Deutſchen Kaiſers.

Das Oberhaupt des deutſchen Reiches führet ſeit **Otto dem Groſſen** (a), den beſtändigen Titel eines **Römiſchen Kaiſers** (b), und ſchreibt noch heut zu Tage ſich ſelbſt: Erwählter (c) Römiſcher Kaiſer, allzeit Mehrer des Reichs (d), König in Germanien (e). Von ſämmtlichen des Reichs mittel- und unmittelbaren Bürger hingegen, erhält Er die gewöhnlichen Titel: Allerdurchlauchtigſter, Großmächtigſter und Unüberwindlichſter (f); Euer kaiſerl. Majeſtät (g) ꝛc. Als Sinnbilder des kaiſerl. monarchiſchen Anſe-

hens

hens, ſind nun auch die Reichskleinodien (h) zu betrachten; welche vorzüglich in Krone (i), Zepter, Schwerdt und Reichsapfel (k), nebſt andern Kleidungsſtücken und Verzierungen (l), auch einigen heilig aufbehaltenen Reliquien oder ſogenannten Reichsheiligthümer (m) beſtehen, die alle von Karl dem Groſſen her (n) noch jetzo bei den Krönungsfeierlichkeiten gebraucht, und theils in der Stadt Aachen (o), theils zu Nürnberg (p) aufbewahrt werden. Uebrigens beſteht das kaiſerl. Reichswappen in einem zweiköpfigten ſchwarzen Adler (q) mit ausgebreiteten Flügeln unter der Kaiſerkrone im goldenen Felde (r).

(a) Siehe oben §. XXXIII.

(b) So wurden anfangs von den Römern die Nachfolger des Julius Cäſars, um ſeinen Namen würdigſt zu verewigen, Cæſares, und daher die nachherigen Könige des orientaliſchen Reiches, von den Griechen, Kaiſares, genannt, woher endlich in dem Römiſch-Deutſchen Reiche der Name Kaiſer, entſtanden. So erklärte noch ſelbſt Kaiſer Juſtinian: „non alio ſe titulo magis quam *Cæſaris* gloriari.“ *Novel.* XXX. Præfat.

(c) S. Cirkularſchreiben Kaiſers Maximiliani I. an die Reichsſtände de A. 1508. den Titel: Erwählter Röm. Kaiſer, betreffend, in *Corp. jur. publ.* p. 64. ſqq. — de Selchow in Elem. jur. publ. Germ. §. 75. macht darüber folgende Bemerkung: optandum tamen, ut electi vox, in honorem Imperii, omitteretur, quum hæc ad analogiam epiſcoporum necdum (a Romano Pontifice) confirmatorum, introducta eſſe videatur.“ Moſers Staatsr. Tom. XI. S. 527.

(d) Dieſer kaiſerl. deutſche Titel ſtammet her von dem übel verſtandenen lateiniſchen Worte: *Auguſtus* (quaſi ab augendo,) da doch dieſer Ehrenname *Auguſtus* zuerſt dem Kaiſer Octavius beigelegt worden, und ſo viel als heilig bedeutete; ſo wie die heiligen oder von den ſogenannten Auguribus feierlich eingeweihten Oerter, Auguſta hieſſen, und dann alles, was den Kaiſern angehörte, gleichfalls wie ein unverletzliches Heiligthum angeſehen und verehret wurde. Seit den Zeiten Friderichs *I.* iſt auch endlich der, bei einigen

gen

gen altrömiſchen Kaiſern im Orient und Occident bisweilen angenommene Titel: ſemper Auguſtus, und zugleich deſſen unrichtige Ueberſetzung: allzeit Mehrer des Reichs, beſtändig üblich geworden; daß daher die heutigen Kaiſer in der Wahlk. Art. II. §. 1. diesfalls angeloben: „das Reich, ſo viel in ihren Kräften iſt, nicht allein zu ſchirmen, ſondern auch zu vermehren.“ C. S. Schwarzfleiſch de titulo Auguſti, *Witteb.* 1696.

(e) S. Goldasti Conſt. Imp. Tom. II. p. 117. — J. Heumann de inſigni Germaniæ Regis titulo, (*Altdorf.* 1744.) §. 10. Auch gehört hieher die Titulatur: König zu Jeruſalem, welche von verſchiedenen Kaiſern als Beſitzern oder Prätendenten des Königreichs Sicilien, bis heran geführet worden, nachdem man den Grundſatz angenommen, daß das Königreich Jeruſalem von Kaiſer Henrich *VI.* und Friderich *II.* wegen des ihnen zugehörigen Königreichs Sicilien ſey acquiriret worden; woher auch die Könige von Spanien eben dieſen Titel führen.

(f) Dieſer dem Römiſch-Deutſchen Kaiſer allein eigene Majeſtätstitel, ſtammet noch her von Kaiſer Karl dem Groſſen; die übrigen ſind neu, und mehreren gekrönten Häupter gemein; hingegen ſind die andern altrömiſch- und fränkiſchen Beinamen: pius, felix, triumphator, a Deo coronatus &c. längſt abgekommen. Obwohl nun aber die Könige und Kurfürſten ſich an dieſen ſo vorzüglichen kaiſerl. Titel: Unüberwindlichſter, nicht binden wollen, (Pütters Anleitung zur juriſt. Prax. Th. II. S. 159.) ſo wird dahingegen dieſe Titulatur, in Anſehung ihres privativen Gebrauches, dem Kaiſer deſtoweniger ſtreitig gemacht, da verſchiedene Könige Europens, auch andere auſſerordentliche Beinamen allein führen, und ſich dadurch untereinander beſonders auszeichnen. So heißt z. B. der König von Frankreich die allerchriſtlichſte, der König von Spanien die katholiſche, der König von Portugall die allergetreueſte, der König von Ungarn die apoſtoliſche Majeſtät. S. Treveri Progr. de natali invicti, *Helmſt.* 1732.

(g) S. Pfeffinger in Vitr. ill. Tom. I. p. 383. 388. — J. C. von Moſers kl. Schrift, Tom. VI. S. 30. — Select. jur. publ. Tom. VIII. p. 418. — Moſer vom R. Kaiſer, S. 392. — G. S. Treveri jurisprudentia

tia publ. circa titulos Imperatoris, *Gœtt.* 1753. — J. S. Pütter Progr. de mutatione, quæ in titulis Imperatorum contigit, *Gœtt.* 1774.

(h) A. F. de Zanthier Clenodiographia Imperialis, ſive de inſignium Imperii R. G. origine & fatis, *Viteb* 1725. — C. H. Eckhard de jure Imperii ſine Clenodiis & Inſignibus Imperialibus minus pleno & inefficaci in Germania habito, *Jen.* 1759.

(i) S. Ludewig Erläut. der G. B. Th. II. S. 618. 630. und 635. — Struvii ſynt. jur. publ. Cap. VIII. §. 26. — J. Feller Diſſ. II. de tribus Coronis Imperatoriis, Germanica, Lombardica atque Romana, *Lipſ.* 1662.

(k) G. S. Trever hiſtoria globi crucigeri ſymboli majeſtatis, *Brunsv.* 1728. — W. Ebner ab Eschenbach deſcriptio globi Imperialis, qui inter cetera S. R. I. Inſignia adſervatur, *Frf.* & *Lipſ.* 1730. Fol.

(l) S. Wahl- und Krönungsdiarium Kaiſers Franz *I.* Th. II. S. 129. — Pütteri Inſt. jur. publ. Germ. (*Gœtt.* 1782.) §. 58. Lit. b. pag. 56.

(m) J. Gretseri ſynt. de S. R. I. reliquiis & regalibus monumentis, *Ingolſt.* 1618. — C. Erdmanni de ſacroſanctis S. R. I. reliquiis & ornamentis, 1629. — E. Gregel de Infulis & Lipſanis Imperii, *Alt.* 1673. — J. D. Koeler Diſſ. de Imperiali ſacra Lancea, non inter Reliquias ſed Clinodia Imperii referenda, *Alt.* 1731.

(n) J. C. Wagenseilii Dubia de antiquitate coronæ & enſium inter Inſignia Imperii prolata, in Buders amœnit. (*Jen.* 1743.) p. 112. — J. C. Budäus hiſt. Abh. von heil. Pfändern und Alterthümern des römiſch-deutſchen Reichs, Frankf. und Leipz. 1761.

(o) A. E. Rossmann de Aquisgrano Inſignium regni auſtraſiæ tutelari, *Erl.* 1750. — Lünigs Grundfeſte Europ. Potenzen Gerechtſ. Tom. II. S. 615. 623. — Staatskanzlei, Th. XX. S. 497.

(p) J. P. a Ludewig Noriberga Inſignium Imperii tutelaris, *Hal.* 1713. — C. G. Buder tutela Inſignium Imperii ſub Frid. III. Imp. reip. Norimb. adſerta, in ſeinen Symmictis, (*Jen.* 1757.) p. 238. ſqq. — C. G. Schwarz gründliche Ausführung, der des H. R. R. Stadt Nürnberg zukommenden Verwahrung der Reichsinſignien, den Aachiſchen Proteſtationen und Anſprüchen entgegen geſtellt, Altdorf, 1742. Fol.

(q) So heißt es in dem kaiſerl. Münzedikt vom J. 1559. §. X. „Unſer und des Reichs kaiſ. Adler mit zweien Köpfen.“ G. S. TREVER Diſſ. de vera origine aquilæ bicipitis Imperii R. G. *Helmſt.* 1726. — F. Wideburg vom Urſprunge und der Bedeutung des zweiköpfigten Adlers in dem Reichswappen, in ſ. vermiſcht. Anmerk. (Halle, 1751. 8.) S. 143. — J. D. Kölers Münzbel. Th. III. S. 209. u. f. — EKHARD Introd. ad rem dipl. ſect. 2. §. 82.

(r) Auch werden in der Mitte des kaiſerl. Adlers die Wappen der Erbländer vorgeſtellt, nachdem nämlich die letzten ſchwäbiſchen Kaiſer angefangen haben, ihre Erbländer im Titel zu führen. S. Struvens Corp. jur. publ. Cap. VIII. §. 19. — Der wirkliche Gebrauch dieſes Wappens äußert ſich beſonders in den kaiſerl. ſowohl kleinern als ſogenannten Majeſtätsſigillen, deren Materie gemeiniglich Wachs, theils auch Gold zu ſeyn pflegt. G. G. THULEMAIER de bulla aurea, argentea, plumbea & cerea, *Francof.* 1724. Fol. — HEINECCIUS de ſigillis, p. 32. ſqq. — G. D. Hoffmann vermiſchte Beobacht. Th. II. S. 3. 57. 117. — Moſer vom R. Kaiſer, S. 399. u. f. — Von den Wappen überhaupt iſt anzumerken, daß ſie, in Anſehung regierender Herren, ſolche Ehrenzeichen ſind, die das Geſchlecht und die Länder derſelben anzeigen. Sie ſind eigentlich zuerſt im XI. Jahrhundert entſtanden, obwohl es lange vorher emblematiſche Zeichen auf Münzen, Siegeln und Waffen gabe, welche von den jetzt ſogenannten und nach der Regel der Heraldik (Art du Blaſon) eingerichteten Wappen, höchſt unterſchieden ſind, als wozu die Croiſaden und Tourniere des eilften Jahrhunderts, die erſte Gelegenheit gaben. P. J. SPENER Inſignium theoria, ſeu operis heraldici pars ſpec. & gen. *Frf.* 1719. Fol. — J. C. Gatterers Abriß der Heraldick, Gött. 1773.

§. LXXIV.

Von des Römiſch-Deutſchen Kaiſers perſönlichem Vorzug und Rang.

Der Römiſch-Deutſche Kaiſer iſt ohne Widerſpruch, in Kraft des Europäiſchen Völkerrechts (a), unter allen chriſtlichen Potentaten, vorzüglich das allgemein anerkannte weltliche Haupt der geſamm-

ſammten Chriſtenheit (b), und hat in ſolchem Betracht, ſowohl in åltern Zeiten bei Kreuzzügen (c) und allgemeinen Kirchenverſammlungen (d), als in neuern Zeiten bei feierlichen Kongreſſen, an allen Hôfen (e) den wirklichen Rang vor allen andern gekrônten Hâuptern in Europa, bis heran noch immer dergeſtalt behauptet (f), daß die von verſchiedenen franzôſiſchen Scribenten für ihren Kônig gemachten An- und Widerſprüche, dieſem althergebrachten Ceremoniel ſo wenig geſchadet, daß ſelbiges nicht vielmehr in dem ſogenannten Ceremoniali Romano (g) ohne alle Einwendung, ôffentlich und feierlich beſtâtiget worden.

(a) Als welches ſich nicht allein auf ausdrückliche oder geſchriebene Verträge, ſondern auch beſonders auf die unter den Europäiſchen Staaten und deren Regenten hergebrachten Gebräuche begründet. S. ob. §. II. Lit. e.

(b) In ſolchem Betracht ſchwört jeder Kurfürſt vor der Kaiſerwahle in folgendem Ausdrucke: juro ad hæc S. Dei Evangelia, quod eligere volo *temporale Caput populo chriſtiano &c.* in der G. B. Cap. II. §. 3. woher auch ein neuerwählter Kaiſer in ſ. Wahlk. Art. I. ausdrücklich gelobet: „Die Chriſtenheit als derſelben Advokat, in gutem treulichem Schutz und Schirm halten zu wollen" und in ſolchem Betracht heißt ein zeitlicher Rômiſch-Deutſcher Kaiſer, der oberſte Vogt und Schutzherr der geſammten Chriſtenheit, wie ſolches bezeugen die verſchiedenen Reichsabſchiede von den Jahren 1512. §. 4. — 1518. §. 1. — 1529. §. 1. — 1541. §. 19. — 1548. §. 6.

(c) Oder heiligen Kriegen, welche auf Anſtiften der Päbſte wider die Türken und Sarazenen zur Eroberung des gelobten Landes und ſonderlich der Stadt Jeruſalem, in den Jahren 1096, 1147, 1189, und 1229. angeſtellet wurden; wobei die Rômiſch-Deutſchen Kaiſer das Vorrecht wirklich ausübten, über das vereinigte chriſtliche Kriegsheer, das Oberkommando zuführen, ohne daß ein anderer mitvereinigter Potentat, jemals widerſprochen hätte; woher die Kaiſer Duces Paſſagiorum, genannt wurden. S. Boeclers Abhandl. de Paſſagiis, und deß Budäus de Expeditt. cruciatis &c.

(d) Worin nämlich die Römiſch-Deutſchen Kaiſer vor allen andern anweſenden chriſtlichen Königen ſowohl den Vorſitz als die erſte Unterſchrift, allemal behauptet haben; wie ſolches die Akten ſo vieler Konzilien und ſelbſt leztere des Tridentiniſchen Kirchenraths bezeugen.

(e) So gar bei dem kaiſerl. eigenen Hoflager ſelbſt; woher im J. 1698. der zu Wien anweſende Moskowitiſche Czaar, Peter Alexowitz, nicht anders, als Incognito und ohne Ceremonien, von dem Römiſchen Kaiſer, der Kaiſerin, und dem Römiſchen König, empfangen wurde. S. Theatrum Præcedentiæ, P. 1, C. 1. 2.

(f) So erhält ein deutſch-kaiſerl. Geſandter, in dem Divan, ſitzend auf einem erhabenen Polſter, die Audienz bei dem Großſultan, welcher anbei dem Römiſch-Deutſchen Monarchen noch wirklich dieſen ausnehmenden Titel giebt: „Dem großmächtigſten unter den Geſchlechtern und Potentaten Jeſu allerfürnehmſten Herrn und Fürſten aller chriſtlichen Völker und Römiſchem Kaiſer Joſeph dieſes Namens dem zweiten ꝛc. — Theatr. Præced. l. c. pag. 5. — D. W. Mattiae Diſſ. de Imperatoris R. G. præeminentia, *Erf.* 1677.

(g) Pabſt Julius *II.* ließ ſelbiges durch ſeinen Ceremonienmeiſter paris de Craſſis aufſetzen, und im J. 1504. unter den chriſtlichen Königen publiziren. C. Gastel Tr. de præcedentia pontificum, Imperatorum, Regum, magnorum ducum &c. *Guben.* 1669. — L. M. Kahle Diſſ. de præcedentia gentium, *Gœtt.* 1738. — C. G. Hoffmann Diſſ. de fundamento decidendi Controverſias de præcedentia inter liberas gentes, *Lipſ.* 1721.

§. LXXV.

Von dem kaiſerl. Hofſtaat.

In der Geſchichte der Deutſchen Kaiſer des mittlern Zeitalters, finden ſich wenige Spuren von einer ordentlichen Reſidenz und einem beſtändigen kaiſ. Hoflager (a). Der heutige gewöhnliche Hofſtaat des Kaiſers, den Er als Europäiſcher Erbſelbſtherrſcher, in ſeiner Landesreſidenz, auf eigene Koſten unterhält, hat ſeine unmittelbare Beziehung auf Deſſelben erbliche

che Majeſtät und Landeshoheit, wovon er einzig und allein abhängt (b); hingegen hat der feierliche oder eigentliche Hofſtaat des Römiſch-Deutſchen Kaiſerthums, ſeine von alten Zeiten hergebrachte, und durch neuere Reichsgeſetze beſtätigte Beſtimmungen; und beſteht vorzüglich aus den höchſten Pfalz- Erz- und Kurfürſtlichen Perſonen, die durch gewiſſe hohen Amtsverweſer, die Ihnen eigene Reichshofämter (c) verwalten laſſen, in den Fällen, wo ein zierlicher kaiſerl. Hof gefeiert wird; der jedoch heut zu Tage niemals mehr, auſſer der Krönungsfeier, begangen zu werden pflegt.

(a) Gemeiniglich kamen die Kaiſer an hohen Feſttagen von ihren Domainen her, nach einer anſehnlichen Reichsſtadt, wo ſie alsdann ihren förmlichen hochzierlichen Hof hielten, und ſich mit ihrem eigentlichen Hofſtaate, nach altkaiſerlichem Ceremoniel, vor der Verſammlung der hohen Geiſtlichkeit und des hohen Adels, mit vielem Gepränge ſehen lieſſen. Dieſer Hofſtaat, der blos zum Anſehen und zur Pracht der Römiſchkaiſerlichen Würde diente, beſtand daher vordersamſt aus den fürnehmſten ſowohl geiſt- als weltlichen Fürſten des Reichs, mithin aus den Pfalz- Erzfürſten, deren jeder mit einem beſondern Reichshofamte verſehen war; ſo, wie ſolches nachher ausdrücklicher beſtimmt, und in Kraft eines ewigen Grundgeſetzes, feierlicher beſtätiget worden, in der G. B. Cap. XXVII.

(b) Auſſer daß der Kaiſer in ſ. Wahlk. Art XXIII. §. 1. angelobet: „ſeine kaiſerl. Reſidenz und Hofhaltung im H. R. R. deutſcher Nation, allen Ständen und Gliedern deſſelben zu Nutzen, Ehre und Gutem, beſtändig zu haben und zu halten“ — dann ferner §. 4. „Auch inskünftige die kaiſerl. und des Reichsämter am Hofe, als da ſeynd: Obriſthofmeiſter, Obriſtkämmerer, Hofmarſchall, Hatſchier- und Leibgard-Hauptleute ꝛc. mit keiner andern Nation, dann gebornen Deutſchen von gutem tapferm Herkommen, zu beſetzen und zu verſehen.“

(c) F. L. de BERGER de Archiofficiis regni Teutonici, eorumque origine, *Lipſ.* 1724. — G. D. ALAND de ſplen-

ſplendore archiofficiorum in Caroli VI. coronatione, *Lipſ.* 1762. — Das weitere von des Kaiſers und des Reichs höchſten Erzbeamten, deren Erbunterbeamten, und übrigen kaiſerl. Hofämter, folgt unten in dem X. Buch, II. Hauptſt.

§. LXXVI.

Von den Hoheiten und Reſervaten des Kaiſers überhaupt.

Ein weſentlicher Haupttheil der Römiſchkaiſerl. Majeſtät und derſelben unverſehrteſten Hoheiten, iſt nebſt der unverleʒlichen perſönlichen Unabhängigkeit (a), auch beſonders eine gewiſſe unbeſchränkte Machtvollkommenheit (b), die vorzüglich jene ſogenannten theils geiſtlichen, theils weltlichen Reſervaten (c) unter ſich begreift, welche als ſo viele abſoluten noch immer vorbehaltenen Majeſtätsrechte von dem Kaiſer willkürig ausgeübet werden (d).

(a) So iſt nämlich die allerhöchſte Perſon des Kaiſers, vermöge der ihr eigenen geheiligten Majeſtät, nicht allein im höchſten Grade unverleʒlich, ſondern auch, vermöge wirklicher monarchiſcher Regierungsverfaſſung des römiſch-deutſchen Kaiſerthums, von aller menſchlichen Gewalt, dermaßen unabhängig, daß dieſelbe vor keinen Richterſtul in der Welt gefodert werden könne, um daſelbſt Rechenſchaft zu geben. H. C. SENKENBERG fabula judicii palatini in Cæſarem, *Frf.* 1731. — Das weitere hiervon folgt unten in dem XV. Buch, II. Hauptſt.

(b) Einige berühmte Schriftſteller und deutſche Staatsrechtsgelehrten wollen zwar behaupten, als ſey der, in verſchiedenen Reichsgeſetzen vorkommender Ausdruck: Kaiſerliche Machtvollkommenheit, in ſich ſelbſt anders nichts als ein bloſer Reichsſtil; allein, wo nur immer die allerhöchſte kaiſerl. Regierungsgewalt durch kein Grundgeſeʒ, an die Einwilligung der Stände, gefeſſelt iſt, da iſt allemal wirkliche Machtvollkommenheit bei dem Kaiſer vorhanden, die ſich in willkäriger Ausübung verſchiedener vorbehaltenen Majeſtätsrechte, auf die noch immer fortdaurende rechtskräftigſte Obſervanz begründet, wie ſolche mit den bewährteſten

teſten ſowohl ältern als neuern Beiſpielen, ausführlicher erkläret J. C. Maſer in ſ. deutſchen weltlichen Staatsrecht, I. Band, §. 12. S. 455. 458. in den Not.

(c) G. Schweder de auguſtiſſimi Imperatoris Reſervatis, *Tüb.* 1713. — Pfeffinger ad vitr. L. 3. T. 2.

(d) N. C. de Lyncker de plenitudine ſummæ poteſtatis Imperialis, *Jen.* 1691. — D. G. Strube von der kaiſerl. Machtvollkommenheit, in ſ. Nebenſt. Th. V. S. 83. u. f.

§. LXXVII.

Von dem Römiſchen König.

Der Name Römiſcher König, hat dem wirklichen Reichsherkommen gemäs, eine doppelte Bedeutung: I) wird das erwählte Haupt des Römiſchdeutſchen Reichs (der Kaiſer,) vor erhaltener deutſcher Krönung, einſtweilen nach Maasgab der G. B. (a) alſo genannt; II) wird unter dieſem Titel (wie dahier) eigentlich verſtanden diejenige Perſon, ſo bei Lebzeiten des Kaiſers zu deſſen Nachfolger erwählt und gekrönt worden (b). In dieſem Verſtande hat nun zwar ein Römiſcher König nebſt ſeiner höchſten perſönlichen Würde, keine eigene wirkliche Majeſtät und Regierung (c); nichtsdeſtoweniger folgt er, dem Range nach, gleich auf den Kaiſer, ſo, wie er allen andern Königen Europens vorgeht (d), und die Titulaturen: zu allen Zeiten Mehrer des Reichs, in Germanien König, dann die Titel: Allerdurchlauchtigſter, Großmächtigſter, (nur nicht Unüberwindlichſter) mit dem Kaiſer gemein hat. Uebrigens braucht er ein eigenes abſonderliches Siegel mit dem einfachen Adler, auſſer dem Falle, wo er beſonders als des regierenden Kaiſers Gevollmächtigter, anzuſehen wäre (e).

(a) C. 2. §. 3. wo die Kurfürſten eidlich geloben: daß ſie mit Gottes Hülfe wählen wollen einen Römiſchen König, der nachher (mittels feierlicher Krönung) zur kaiſerl. Würde zu erheben ſey; (Romanorum Regem, in Cæſarem promovendum.)

(b)

(b) In der kaiſerl. Wahlk. Art. III. §. 11. iſt hierüber folgendes verſehen: „Nachdem von Kurfürſten und Fürſten, nach Anleitung Articuli VIII. I. P. von der Wahl eines Römiſchen Königs bei Lebzeiten eines Römiſchen Kaiſers, gehandelt und verglichen worden, daß die Kurfürſten nicht leichtlich zur Wahl eines Röm. Königs, vivente Imperatore, ſchreiten, es wäre dann, daß entweder der regierende Röm. Kaiſer ſich auſſer Reich beſtändig oder allzulang aufhalten wollte, oder derſelbe wegen hohem Alter oder beharrlicher Unpäßlichkeit, der Regierung nicht mehr vorſtehen könnte, oder ſonſt eine anderwärtige hohe Nothdurft, daran des H. R. Reichs Conſervation und Wohlfart gelegen, erfoderte, einen Römiſchen König noch bei Lebzeiten des regierenden Kaiſers zu erwählen, und dann, daß in ſolchem ein- und andern angeregtem wie auch erſtgedachtem Nothfall, die Wahl eines Röm. Königs durch die Kurfürſten, mit oder ohne des regierenden Kaiſers Conſens, (wenn derſelbe auf angelegte Bitte, ohne erhebliche Urſach verweigert würde) vorgenommen, und damit, der goldenen Bulle, auch ihrem von dem H. R. R. tragenden Amt und Pflichten gemäß, von ihnen allerdings frei und ungehindert verfahren werden ſolle." S. Moſers Wahlkapitulation Karls *VI.* Th. 2. S. 127. — Th. 5. S. 65. — von Meyern Weſtph. Fried. Handl. Th. 2. S. 354. u. f. — Henniges meditat. ad I. P. O. pag. 953. ſqq.

(c) Woher die Römiſchen Könige in ihren Wahlkapit. ausdrücklich angeloben: „ſich keiner Regierung oder Adminiſtration im H. R. Reich, ſo lang die kaiſerl. Majeſtät im Leben, ohne Dero ausdrücklichen Auftrag und Einwilligung, zu unterziehen, noch Ihro an der Hoheit und Würde des Kaiſerthums einigen Eintrag zu thun." S. Wahlk. Joſephs *II.* Art. 30. §. 3. — J. F. Ehrlen de poteſtate Regis Rom. *Argent.* 1764.

(d) Wie, nebſt der wirklichen Obſervanz, auch inſonderheit das Ceremoniale Romanum beweiſet, welches größtentheils zum Regulativ unter den chriſtlichen Potenzen iſt angenommen worden. S. Lünigs Th. cerem. T. 1. p. 10. und Zwanzigs Theatr. præced. S. 23. 24. — D. Nettelblatt von dem Range des Röm. Königs in Anſehung auswärtiger Europäiſcher Potenzien; in den Halliſchen Anz. (1751.) Num. 26. 27. auch in ſ. Erörterungen, (1773.) S. 87. 119.

(e) C. G. Hoffmann de Rege Romanorum vivo Imperatore electo, *Frf.* 1733. — B. D. Seyboth de ſummi Monarchae in Imperio R. G. Succeſſore, ſeu Rege Rom. vivente Imp. electo, *Alt.* 1736. — D. Nettelblatt von des Röm. Königs Thronfolge und Antritt der kaiſerl. Regierung, in ſ. Erörterungen, Th. 1. S. 218. — Th. 2. S. 28. — Th. 5. S. 132. 179. — Staatskanzlei, Th. 100. S. 229.-326. — Th. 103. S. 218. Th. 104. S. 1.

§. LXXVIII.

Von der Römiſchen Kaiſerinn.

So wie eine ſtandesmäßige Gemahlinn eines regierenden Römiſchdeutſchen Kaiſers, mit Demſelben ſowohl die ähnlichen **Titulaturen** (a) als auch **Rang und Würde** (b) theilet, ohne jedoch einer **Krönung** zu bedörfen (c), vielweniger einige **Reichsmitregentſchaft** zu erlangen (d); alſo hat Dieſelbe in der Eigenſchaft einer **Römiſchen Kaiſerinn** (e) nicht nur nach heutiger Art, ihren **eigenen beſtändigen** (f) ſondern auch nach alter Weiſe, ihren **auſſerordentlichen Hofſtaat** (g), wozu ein zeitlicher Fürſtbiſchof von **Fulda**, als der Kaiſerinn **Erzkanzler** (h), der Reichsabt von **Kempten**, als **Erzmarſchall** (i), und der Abt zu **Maximin**, als **Erzkaplan** (k), vorzüglich gehören.

(a) Z. B. **Majeſtät**, *Auguſta*, und **Königinn in Germanien**. Daß aber auch die Kaiſerinnen den Titel ſemper Auguſta, **allzeit Mehrerinn des Reichs**, führen, iſt eine Meinung, die ſchwerlich aus alten oder neuen Beiſpielen zu erweiſen iſt. Die Titulatur in Romanorum Imperatricem electa, die Sie vom Pabſt erhält, ſcheint gewiſſermaßen unnatürlich und widerſprechend.

(b) R. a Bünav de ornamentis & honoribus Auguſtarum, *Lipſ.* 1733.

(c) Weil nämlich die **Krönung** eine bloſe willkürige Ceremonie iſt, die daher von der großen Maria Thereſia, die vorher von andern mehreren Kaiſerinnen unterlaſſen worden. S. **Ludewigs** Erl. der G. B. Th. 2. und **Speners** D. Staatsr. IV. B. XI. Kap. §. 2.

(d)

(d) J. F. Joachim von der ehemaligen gemeinſchaftlichen Regierung der Kaiſerinnen; in ſ. vermiſch. Anmerk. I. Th. (1754.) S. 330.

(e) A. Fritsch de Auguſta Romanorum Imperatrice, *Rudolſt.* 1667. — E. Otto Diſſ. de Auguſta, *Ultraj.* 1727.

(f) Der beſtändige Hofſtaat einer Kaiſerinn, wird ohne Zuthnung des Reiches, auf ihre oder ihres Gemahls eigene Köſten unterhalten; wobei die Stelle der Obriſthofmeiſterinn, wegen ihres beſondern Rangs bei der Krönungsfeier, merkwürdig iſt; ſo verordnete nämlich Kaiſer Ferdinand *III.* mittels eines beſondern Dekrets vom 18. Jul. 1653. „daß die Obriſthofmeiſterinn der Kaiſerinn den Töchtern und Schweſtern regierender Reichsfürſtinnen, vorgehen ſolle,“ Corp. jur. publ. p. 895.

(g) So wie ſolcher Hofſtaat nur noch bei der Krönungsfeier einer Römiſchen Kaiſerinn hergebracht iſt: C. H. Geisler Progr. de antiquitatibus juris publici ex diſciplina Byzantina repetendis, *Marb.* 1779.

(h) J. W. Waldschmidt Diſſ. de Auguſtæ Imperatricis archicancellario, *Marb.* 1715. — P. A. Ulrich Diſſ. de archicancellariatu & primatu S. R. I. principis Abbatis Fuldenſis, *Herbip.* 1724.

(i) J. C. Koenig Diſſ. de Archimareſchallo Auguſtæ Imperatricis, *Marb.* 1748.

(k) Seitdem durch des Reichskammergerichts konfirmatoriſches Endurtel v. J. 1630. dem Abten zu Maximin die Reichsſtandſchaft abgeſprochen, und deſſen von Kur Trier geſchehene Exemtion für rechtmäßig erkläret worden, ſcheint dieſes Erzamt, durch ſolche von dem Abten erlittene Standsverringerung, allmälig erloſchen zu ſeyn; woher bei den Krönungen der Gemahlinnen Kaiſer Leopolds und Karls *VII.* die ehemalige Funktion des Erzkaplans (das Tiſchgebet) zu erſt durch den Biſchof von Brixen, und nachmals durch die Aebte von Fulda und Kempten, verrichtet worden. A. B. Michaelis de Archicapellano Imperatricis Auguſtæ, *Hal.* 1750.

II. Ab-

II. Abſchnitt.

1. Verhältniß der reichsſtändiſchen Landeshoheit zu der kaiſerl. Majeſtät;
2. Urſprung der Landeshoheit;
3. Heutige wahre Eigenſchaft derſelben;
4. Begriff von Landesherrlichen Hoheiten und Regalien überhaupt.

§. LXXIX.

Von dem Verhältniß der Reichsſtändiſchen Landeshoheit zu der kaiſerl. Majeſtät.

Wo die öffentliche Regierungsverfaſſung Deutſchlandes dieſe auſſerordentliche Bewandniß hat, daß nach derſelben, nebſt einer einzigen allerhöchſten Majeſtät des Kaiſers über das ganze Reich, noch beſonders ſo viele ſogenannten Landeshoheiten der Stände über ihre einzelnen unmittelbaren Reichslande, vorfindig ſind (a); ſo iſt das eigentliche Verhältniß ſolcher reichsſtändiſchen hohen Landesgewalt zu der kaiſerl. allerhöchſten Reichsregierungsmacht und Oberherrſchaft, anders nicht als aus dem weſentlichen unterſcheidenden Karakter reſervirter Reichs- und kommunizirter Territorialrechte (b), ſo wie nach dem Maaßſtabe der grundgeſetzmäßigen Subordination dieſer leztern gegen die erſte (c), am zuverläßigſten zu beurtheilen.

(a) S. oben §. III.

(b) Allein, dieſer weſentliche unterſcheidende Karakter kaiſerlicher Reſervaten und Landesherrlicher Hoheiten, ſo wie die Gränzſcheide derer, zur allgemeinen Regierung des ganzen Reichs, und derer, zur beſondern Regierung einzelner Territorien, gehörigen Rechte, iſt ſehr ſchwer zu beſtimmen, daß in dieſem Stücke, viele andere, ſo wenig als ſelbſt der große Mevius (P. 1. decis. 102. P. 2. decis. 10. und P. 3. decis. 101.) ſich durchzuhelfen wiſſen. Bei Behauptung des vorgeblichen Grundſatzes: tantum valet Cæſar in Imperio, quantum Status in territorio, ſtößt man gar zu oft auf die handgreiflichſten Widerſprüche. Man muß daher

hier, wo uns in einer der intereſſanteſten Materien die Reichsgrundgeſetze verlaſſen, zu Grundſätzen ſeine Zuflucht nehmen, die auf der Obſervanz und Analogie beruhen. Bei dem Aufkeimen und Wuchſe der Landeshoheit, ehe und bevor dieſelbe als ein allgemeiner Inbegriff Landesherrlicher Rechte, noch zu ihrer Reife gediehen war, konnten ſich die Kaiſer keine anderen Dinge vorbehalten, als die damals ſchon waren; ſo wie diejenigen, welche ſie ſich meiſtens reſervirten, hauptſächlich als ſolche Rechte angeſehen wurden, die nicht ſo auf einzelne Länder, als vielmehr auf das ganze Reich und deſſen Zuſammenhang ſich zu ſchicken ſchienen. So behielten z. B. die Kaiſer das, allen Souverains eigene Majeſtätsrecht, in Fürſten- Grafen- oder Adelſtand zu erheben; indem Fürſten, Grafen und Edelleute nicht allein von einzelnen Territorien, ſondern von geſammtem deutſchen und jedem andern Reiche Europens dafür anerkannt werden ſollen. Auch das Münzrecht und die Zölle behielt der Kaiſer in Anſehung des Einflußes auf jede Nachbarſchaft und auf den Zuſammenhang des ganzen Reiches; daß daher kein Reichsſtand aus eigener Landesregierungsgewalt, ſo wenig zu Münzen als Zölle anzulegen berechtiget iſt, wo er anders nicht von der kaiſerl. Majeſtät dazu beſonders privilegirt worden. Alles übrige hingegen, was vormals der Kaiſer von Hoheitsrechten wirklich hatte, in wie fern ſolches nicht ſo nothwendig auf das ganze Reich und deſſen Zuſammenhang, als vielmehr auf einzelne Territorien, ſich zu ſchicken ſchien, alles dieſes iſt allmälig zur vollſtändigen Landeshoheit der Reichsſtände erwachſen, ſo wie nebſt der Polizei, beſonders die eigenmächtige ſowohl bürgerliche als Kriminalgerichtsbarkeit der Landesherren in ihren Territorien, ſolches erweiſen. Wo nun etwa diejenigen Rechte in Frage kommen, die ehemals als wirkliche kaiſerl. Regalien bekannt waren, wie z. B. die Gold- und Silberbergwerke, und die nun lange von den Kaiſern nicht mehr ausgeübet worden; ſo hat jeder Landesherr in der Regel, eine rechtsbegründete Vermutbung (fundatam Intentionem) für ſich, derlei Regalien in ſeinem Lande wirklich zu beſitzen, oder dazu berechtigt zu ſeyn. Iſt hingegen die Frage von ſolchen Rechten, die ehemals als wirkliche kaiſerl. Regalien in Deutſchland allgemein unbekannt waren,

wie

wie z. B. die Jagd auf eines freien Bürgers Eigenthum; ſo hat kein Landesherr in der Regel, auſſer abſonderlichen Verträgen, eine rechtsbegründete Vermuthung für ſich, derlei anmaßlichen Rechte, als eigene Regalien, wirklich zu beſitzen. Uebrigens iſt wohl zu bemerken, daß in allen und jeden neuen Dingen, die zuerſt entſtanden, nachdem die Landeshoheit bereits zu ihrer Vollſtändigkeit gediehen, und welche Dinge mithin nie vorher in kaiſerlichem Beſitze geweſen, auch folglich keines Weges reſervirt werden konnten, daß, ſag ich, in Anſehung ſolcher neuern Dinge, wie z. B. des Poſt- Lotto- und Buchdruckereiweſens, jeder Landesherr, nach Maasgab ſeines einzelnen Staats gemeiner Wohlfart und beſonderer Grundverfaſſung, ohne Präjuditz der kaiſerl. Majeſtät, ganz willkürig zu handlen, und ſolchergeſtalt derlei Dinge, als ſo viele beſondern Hoheitsrechte, eigenmächtig auszuüben berechtiget ſey. Dieſe ſind nun vorderſamſt diejenigen bewährteſten Grundſätze, wornach der weſentliche Karakter wahrhafter kaiſerl. Reſervaten und Landesherrlicher Hoheiten, ſo wie die Gränzſcheide derer, zur allgemeinen Regierung des ganzen Reichs, und derer, zur beſondern Regierung einzelner Territorien, gehörigen Rechte, dann auch, deren ſämmtlichen wechſelſeitiges Verhältniß gegeneinander, am zuverläßigſten zu ermeſſen iſt. S. Pütters Grundſätze zur richtigen Gränzſcheidung zwiſchen kaiſerl. Reſervatrechten und der Reichsſtände Landesherrlichen Regalien, in ſ. Beiträgen, Th. I. S. 186. u. f. S. unten §. LXXXII.

(c) Dieſe Subordination der Landeshoheit gegen die kaiſerl.-allerhöchſte Majeſtät, ergiebt ſich aus dem anomaliſchen ganz auſſerordentlichen bürgerlichen Verein des deutſchen Staatskörpers, kraft weſſen derſelbe zwiſchen Haupt und Glieder, als ſo vielen einzelnen, mittels des allgemeinen Lehensbandes, dem Kaiſer und Reiche untergeordneten Landesregenten und derer Unterthanen, in einem gewiſſen grundgeſetzmäßigen Verhältniße zuſammenhängt, woraus der eigentliche Maasſtab der mittel- und unmittelbarn Unterwürfigkeit, mithin die Gränzſcheide der Landesherrlichen Subordination gegen des Kaiſers und des Reichs Oberherrſchaft, einer Seits, und der bürgerlichen Unterwürfigkeit mittelbarer Unterthanen gegen die Landeshoheit, anderer Seits, ſich augenfällig ergiebt.

ergiebt. Dieſem grundgeſetzmäßigen Verhältniß zufolge, iſt jeder Landesunterthan berechtiget, über verzögertes und verſagtes Recht ſowohl als über Nichtigkeiten und jeden andern rechtsſtörenden Misbrauch der Landeshoheit, bei den kaiſerl. höchſten Reichsgerichten wider den eigenen Landesherrn zu klagen und Hülfe zu ſuchen; daß daher die kaiſerl. allerhöchſte Gewalt, in ſolchen und derlei Fällen, zu Zeiten an die Stelle der Landesherrlichen Hoheit einzutreten vermag. S. Pütters Abh. von den beſondern Beſtimmungen der Landeshoheit, ſo fern ſie noch eine höhere Gewalt von Kaiſer und Reich über ſich hat; in ſ. Beiträgen, Th. I. S. 299. u. f.

§. LXXX.

Von dem Urſprung der Landeshoheit.

In Deutſchland war unter den karolingiſchen und noch unter den ſächſiſchen Kaiſern eine Zeit, da man ſagen konnte, der Kaiſer ſey Alleinherrſcher im ganzen Reiche, ſo wie Landesherr in allen und jeden einzelnen Provinzen und Territorien Deutſchlandes (a). Das nachherige Lehensſiſtem des mittlern Zeitalters, ward eigentlich die erſte Hauptquelle der Reichsſtändiſchen ſogenannten Landeshoheit (b). Bereits mit dem Anfange des XI. Jahrhunderts war faſt alles Andenken verſchwunden, daß Grafen über einzelne Gauen, worin das Reich eingetheilt war, blos königliche Befehlshaber ſeyn ſollten, die ſchon damals von den Schlöſſern, worauf ſie wohnten, als von eigenthümlichen Stammſitzen, ihre erbliche Geſchlechtsnamen einführten, und alle umliegende ſowohl Lehen- als Allodialgüter ohne Ausnahm, für ihr erbliches Eigenthum anſahen, worauf eine größere oder mindere Zahl Bauren, gleichfalls wie Leibeigene, mit Frohnen und Abgaben ihnen zu gebote ſtand, die von des Kaiſers höchſter Alleinherrſchaft in ihrem Leben nie oder wenig gehört hatten (c). Wenn man nun noch über dieſes, aus der Geſchichte ſich erinnert, wie Biſchöfe und Prälaten für ihre

Stifte

Stifter und Kirchen, mit den anſehnlichſten Freiheiten, Regalien und Gütern immer reichlicher begabt worden (d), und wie ſehr die deutſche Krone beſonders durch die vielen unglücklichen Züge nach Italien und ins gelobte Land, durch die Händel mit den Päbſten, durch das große Zwiſchenreich, das überhandgenommene Fauſtrecht, und den nachherigen Religionskrieg, allmälig von ihrem urſprünglichen Glanze und von ihrer Macht verloren hat; ſo iſt es leicht begreiflich, wie die deutſchen Kaiſer immer weniger im Stande geweſen, die zunehmende Macht inſonderheit der Herzoge, Pfalz- Mark- und Burggrafen, zu hintertreiben, daß nicht vielmehr nebſt denſelben auch alle andere ſowohl geiſtlichen als weltlichen Reichsſtände, endlich wahre erbliche Landesherren und Regenten ſo vieler einzelnen Provinzen und Territorien Deutſchlandes geworden (e), und als ſolche, in dem Weſtphäliſchen Frieden (f) und allen kaiſerl. Wahlkapitulationen (g) feierlich anerkannt, ſo wie in dem vollſtändigen Beſitze des allgemeinen Inbegriffes Landesherrlicher Rechte und Hoheiten, ewig unwiderruflich beſtätiget worden wären.

(a) Die gegentheilige Meinung: daß die Herzoge, beſonders die von Bayern und Oeſtereich, immerhin wahre Landesherren geweſen, und bis hierhin verblieben, behauptet Ludewig in ſ. Abh. von dem Urſprung der Landesheit ſeit dem J. 913. nach dem Exempel der öſtereichiſchen Erblande, entgegengeſetzt des Herrn Abts von Gottwich Annalibus Gottwicenſibus, 1734. Man ſehe aber dagegen D. G. Strube vernichtigter Beweis der deutſchen Reichsſtände völliger Landeshoheit vor dem ſogenannten großen Interregno, Hannov. 1758. Man vergleiche damit ſ. Nebenſt. IV. Th. (1755.) S. 1. — VI. Th. (1765.) S. 225. 513.

(b) Gleichwie vermöge des Feudalſiſtems in dem mittlern Zeitalter, (ohne kaum daran zu denken, daß die höchſte Gewalt in einem Staate zu allem, was die gemeine

Wohl-

Wohlfart erfodert, berechtiget ſey) die Könige ſich begnügten, wenn ihre Vaſallen nur der Lehenspflicht halben ſich nichts zu ſchulden kommen lieſſen, und daher der oberſten Regierungsgewalt nicht viel mehr als das Recht der Lehensherrlichkeit, übrig blieb; alſo machten ſowohl Biſchöfe und Prälaten, als weltliche Fürſten, Grafen, und Herren ſich wieder ihre eigene Vaſallen, deren Treue und Dienſte ſie ſolchergeſtalt, nach Lehenrecht, ſich verſicherten. S. Pütters Beiträge, Th. I. S. 112. §. 8. u. f.

(c) S. Pütter l. c. §§. 6. 7. 10. und 14.

(d) Wenn ſolchergeſtalt Erz- und Biſchöfe nicht allein über ganze Bezirke von mehreren Quadratmeilen, die ſie beſaſſen, die königl. Gerichtsbarkeit ausübten, ſondern auch die einträglichſte königl. Regalien, als: Jahrmärkte, Land- und Waſſerzölle, auch Münzen, nebſt der Befreiung von königl. Abgaben, und dergleichen mehrere Freiheiten und Rechte von den Kaiſern erhielten; ſo war das ſchon ein naher Schritt dazu, daß jeder Biſchof in ſeinem Bezirke einen wahren Landesherrn vorſtellte. So erwuchſen nämlich die Erz- und Biſchöfe zu Salzburg, Paſſau und Freiſingen ſchon ſo frühe zu wahren Landesherren ihrer zum Herzogthum Bayern gehörigen Bezirke, daß daher die nachherige Landeshoheit eines Herzogs von Bayern über dieſelbe nicht einſt mehr erſtrecket werden konnte. P. H. Helmstetter Diſſ. an Status eccleſiaſtici habuerint Regalia tempore Francorum? *Jen.* 1737.

(e) Schon im Jahr 1220. muſte Kaiſer Friderich *II.* erſt den geiſtlichen, und 1232. auch den weltlichen Ständen, ſehr allgemeine Verſicherungen über ihre Hoheitsrechte ausſtellen, ſo, wie uns beide Urkunden belehren in Corp. jur. publ. S. 3. und 6. — Hierbei war es für die angehende Landeshoheit noch ein beſonderes Glück, daß ſelbſt die Landſtände verſchiedener einzelnen Provinzen, als nämlich: Prälaten, Ritterſchaft und Städte, ihre Rechnung beſſer dabei fanden, den Biſchof, oder Herzog, den Mark- oder Burggrafen, zum eigenen Landesherrn, ſo wie den Kaiſer nur zum höchſten Oberherrn zu haben, und zwar um ſo mehr, als es eher möglich ſchiene, daß jeder Landesherr ſein beſonderes Land oder Ländchen überſehen, und darüber bis auf einzelne Familien wohlthätig ſeyn könnte, ohne im Gegentheile ſo leicht ſchaden zu können;

nen; daß auf dieſen Fall nicht vielmehr der geſammten Landſchaft wie auch jedem Unterthan die Zuflucht zum Kaiſer als einem höhern gemeinſamen Richter und Oberherrn, allemal übrig bliebe. E. J. WESTPHAL de genuina origine Potentatûs Principum in I. R. G. *Jen.* 1721.

(f) O. F. J. Art. VIII. §. 1. wo dieſe ausdrücklichen Worte zu leſen: „Ut autem proviſum ſit, ne poſthæc in Statu politico controverſiæ ſuboriantur, omnes & ſinguli Electores, Principes, & *Status Imperii R.* in antiquis ſuis juribus, prærogativis, libertate, privilegiis, *libero juris territorialis tam in eccleſiaſticis quam in politicis exercitio, Ditionibus, Regalibus,* horumque omnium poſſeſſione, vigore hujus transactionis, ita ſtabiliti firmatique ſunto, ut a nullo unquam, ſub quocunque prætextu, de facto turbari poſſint vel debeant.“

(g) Art. I. §§. 2. 4. 8. und 9.

(h) So heißt es z. B. an itzt erwähntem Orte der kaiſerl. Wahlk. Art. I. §. 2. „Wie wir dann in alle Weg wollen die deutſche Nation und das H. R. R. und die Kurfürſten, auch die Fürſten, Prälaten, Grafen, Herren und Stände bei ihren Hoheiten, geiſt- und weltlichen Würden, Gerechtigkeiten, Macht und Gewalt, ſonſt auch jeden bei ſeinem Stand und Weſen belaſſen.“ — Dann ferner §. 4. „Noch ihrer Landesregierung, es geſchehe gleich proviſorie oder in Contumaciam, oder auf irgend eine andere Weiſe entſetzen.“ — Auch weiter §. 8. „Weder denen Reichsgerichten noch ſonſt jemand, wer der auch ſey, geſtatten, daß denen Ständen in ihren Territoriis, in Religions, Politiſchen und Juſtitzſachen, ſub quocunque prætextu, wider den Friedensſchluß und verbindliche Pacta, vor- oder eingegriffen werde.“ — Dann ſchließlich §. 9. „Auch Kurfürſten, Fürſten und Ständen ihre Regalien, Obrigkeiten, Freiheiten, Privilegien, Gerechtigkeiten, Gebräuche und gute Gewohnheiten, zu Waſſer und zu Lande, in beſtändiger Form konfirmiren, ſie auch dabei als Römiſcher König handhaben und ſchützen, und niemanden einig Privilegium darwider ertheilen.“ — Man vergleiche hiermit den ganzen XV. Art. der nämlichen kaiſerl. Wahlk. auch Art. XIX. §. 6. und Art. XXII. §. 5.

§. LXXXI.

Von heutiger wahrer Eigenſchaft der Landeshoheit.

Die deutſche Landeshoheit, oder hohe Landesherrliche Gewalt (a), iſt ihrer heutigen wahren Eigenſchaft gemäs ein, der Majeſtät ähnliches (b) und zugleich gewiſſermaßen untergeordnetes (c) Recht, Kraft deſſen ſämmtliche Reichsſtände (d), in ihren einzelnen unmittelbaren Territorien (e) als deren wahre Landesherren, alle diejenigen höchſten Regierungsrechte eigenmächtig (f) auszuüben haben, die ſonſt überhaupt jedem Regenten, nach dem göttlichen Natur- und Völkerrechte zukommen, in ſo fern dieſelbe weder den allgemeinen Reichsgeſetzen (g), noch dem Herkommen (h), weder auch beſonderen Landesverträgen (i), noch ſonſt der bürgerlichen Wohlfart (k) zuwider ſind.

(a) G. S. Trever de origine nominis *ſuperioritatis territorialis* e gallia arceſſenda, *Helmſt.* 1732.

(b) U. Obrechti epiſt. ſur la diſtinction du droit de *Domaine ſuprême* d'avec celui de la *ſuperiorité territoriale*, in Prodr. Alſat. p. 175.

(c) S. Pütters Abh. von den beſondern Beſtimmungen der Landeshoheit, ſo fern ſie noch eine höhere Gewalt von Kaiſer und Reich über ſich hat, in ſ. Beitr. S. 299. 316.

(d) So iſt nebſt dem wirklichen Beſitz eines unmittelbarn deutſchen Territoriums, vorzüglich die Reichsſtandſchaft, oder das Sitz- und Stimmrecht auf dem Reichstage, das karakteriſtiſche Merkmal der eigentlichen Landeshoheit. R. A. 1654. §. 197. — Pfeffinger ad vitr. L. 3. T. 15. §§. 10. 11. und 12.

(e) Die zufälligen Rechte eines Landesherrn in des andern auswärtigem Gebiete, dürfen als eigentlich ſogenannte ſtaatsrechtliche Aktivſervituten, mit dem Begriffe eigentlicher Landesherrlicher Rechte nicht vermenget werden. S. Pütters außerl. Rechtsf. Th. II. S. 401. — H. Hillebrand Diſſ. de jure regali in alieno territorio ſuperioritatem territorialem non inferente, *Alt.* 1709. — J. H. Bocris de eo quod circa Protectionem (Advocatiam) ſubditorum alterius

rius domini territorialis inter Status Imp. juſtum eſt, *Bamb*, 1755. — C. G. Wolff de jure decimandi principis ſecularis in territorio alieno, *Hal. Suev.* 1780. — S. oben §. XXII. Lit. a. Obwohl übrigens alle weſentlichen Hoheitsrechte, binnen den Gränzen eines jeden Landesregenten eigenen Gebietes, allgemein eingeſchränkt ſind; ſo hat dennoch dieſe Regel gewiſſermaßen ihre Ausnahm in dem Recht der Nacheile flüchtiger Friedſtörer, Räuber oder Mörder, welche von einer Obrigkeit in die andere, auch aus einem Kreiſe in den andern verfolgt und ergriffen, alsdann der Obrigkeit, worunter ſie ertappt, überlaſſen, und daſelbſt verſtrickt werden mögen. R. A. 1559. §§. 22. und 26. — S. Mynsinger Cent. II. obſ. 28.

(f) Obwohl die Landesherrliche Gewalt oben herab vom Kaiſer herſtammt, ſo wird dieſelbe dennoch heut zu Tage, als ein allgemeiner Inbegriff aller Regierungsrechte, nur mit Ausnahme der kaiſerl. Reſervaten, von den Ständen in ihrem und nichts weniger als in des Kaiſers Namen, ſondern vielmehr aus eigener Landesherrlicher Machtvollkommenheit, wirklich ausgeübt, daß ſolchergeſtalt alles, was nur irgend eine höchſte Gewalt für Rechte, zur Landes Wohlfart, neu erdenken und einführen mag, auch fürs zukünftige zu jenem Inbegriffe der Landeshoheit wirklich gehöret. In ſolchem Betracht ſchreibt Mevius ganz wohl: „Statibus in ſuo territorio nihil non ex eo licere, quod non abdicatum, aut lege publica ademtum, aut Imperio ſubmiſſum fuerit.“ P. 1. deciſ. 102. num. 7.

(g) G. S. Trever monſtrum arbitrarii juris territorialis, a legibus Imperii e Germania profligatum, *Gœtt.* 1739. — Dahingegen erſtreckt ſich auch anderer Seits, vermöge ausdrücklicher Reichsgrundgeſetze, die hohe Landesherrliche Gewalt ſo gar bis auf eine wirkliche Beſchränkung gewiſſer kaiſerlichen Reſervatrechte ſelbſt; ſo verordnet z. B. die kaiſerl. Wahlk. Art. I. §. 9. Art. XV. §§. 2. 5. Art. XXII. §. 5. daß insonderheit der Kaiſer keine Privilegien, auch keine Standeserhöhungen ertheilen ſoll, die etwa dem, in reichsſtändiſchen Territorien hergebrachten Polizeiweſen oder ſonſt dem juri territoriali nachtheilig wären. Woher es in verſchiedenen Territorien diesfalls bereits zur wirklichen Obſervanz gediehen, daß ſogar jede kaiſerliche Standeserhöhung, die etwa ein

Unter-

Unterthan im Lande erhält, vorher zur Landesherrlichen Genehmigung angezeigt werden muß, ehe und bevor davon ein öffentlicher Gebrauch gemacht werden darf. So giebt es die Menge kaiſerlicher Privilegien, z. B. von Arzneien, als: Pillen, Balſam, Quinteſſenzen ꝛc. die deswegen jedem Landesherrn, allemal ganz freie und ungebundene Hände laſſen.

(h) Auch vermöge unleugbarn Reichsherkommens, erſtreckt ſich das Recht der Landeshoheit: alles Nachtheilige vom Lande abzuwenden, (jus cavendi) noch ferner auf die kaiſerl. Reſervatrechte; ſo wie ſolches inſonderheit ſich äuſſert bei denjenigen Reſervaten, die durch kaiſerl. Hofpfalzgrafen, mittels Kreirung kaiſerlicher öffentlichen Notarien, ausgeübt werden; wo nämlich, unangeſehen des kaiſerl. Reſervatrechtes, kein Notarius im Gerichte eher zugelaſſen wird, als nachdem er ſeiner Fähigkeit halben, bei der Landesregierung die ordentliche Prüfung ausgehalten, und dabei ſofort immatrikuliret worden. S. Pütters Abh. von Einſchränkung einiger kaiſerl. Reſervatrechte, ſo fern von deren beſonderm Einfluß in einzelnen Ländern die Frage iſt; in ſ. Beitr. Th. I. S. 210. u. f.

(i) J. A. von Ickſtatt Rettung der Landeshoheit gegen den Misbrauch der Kapitulationen, Landesverträge und Reverſalien, mit Anmerk. Frankf. 1764.

(k) Dahier findet die Landeshoheit ſo wie die Majeſtät ſelbſt, ihre äuſſerſten Gränzen; indem jede höchſte Gewalt oder bürgerliche Regierungsmacht nur zu dem berechtiget iſt, was die gemeine Wohlfart erlaubet, wenn ſie anders nicht in Deſpoterei ausarten ſoll. Wo es hingegen das gemeine Wohl erheiſcht, da iſt allemal weder die natürliche Freiheit, weder das Privateigenthum eines jeden Unterthans, von der Landesherrlichen Machtvollkommenheit, doch nur in ſo fern, ausgenommen, als es der wirkliche Zweck des Staats, zur unumgänglichen Nothwendigkeit macht. S. Pütters Abh. von der Beſtimmung, welche die Landeshoheit mit jeder andern höchſten Gewalt gemein hat, daß ſie nur zur gemeinen Wohlfart ſtatt findet; in ſ. Beitr. Th. I. S. 317. — 351. u. f.

§. LXXXII.

§. LXXXII.

Begriff von Landesherrlichen Rechten, oder ſogenannten Regalien überhaupt.

Gleichwie Regalien (a), nach dem allgemeinen und ausgedehntern Begriff, überhaupt alle einzelnen Rechte eines jeden Regenten in ſeinem Staate (b) bedeuten, deren ganzer Umfang nicht allein von den weſentlichen Kefttheilen der bürgerlichen Gewalt (c), ſondern auch von den zufälligen Gerechtſamen (d) des Regenten, allgemein verſtanden zu werden pflegt (e); alſo bedeuten Landesherrliche Regalien (f) dahier inſonderheit, alle diejenigen Rechte überhaupt, welche ein jeder Reichsſtand als wirklicher Landesherr, in ſeinem unmittelbarn Grundgebiete, nicht minder in Anſehung der Kirche (g) als des weltlichen Staats, theils aus eigener Landesherrlicher Machtvollkommenheit (h), theils aus kaiſerlicher Begnadigung (i), auch zum Theil ohne oder mit kaiſerlicher Konkürrenz (k) und Genehmigung der Landſtände (l), nach Maasgab der allgemeinen Reichs- und beſondern Territorial-Grundverfaſſung (m), auszuüben berechtiget iſt. In ſolchem Betracht ſind dahier die ſogenannten geiſtlichen Regalien (n) von den weltlichen, die blos zufälligen von den weſentlichen (o), und (in Anſehung lezterer) die zum Innern des Staats gehörigen Landesherrlichen Regierungsrechte, von jenen, den Staat von Auſſen bezielenden Hoheiten und Herrlichkeiten (p) genau zu unterſcheiden (q), ſo, wie nach deren, bei den verſchiedenſten Landesherren mehr oder weniger übereintreffendem Inbegriffe (r), jede einzelne Landeshoheit beſonders zu ermeſſen iſt.

(a) So viel als Jura Regum, (Königsrechte) woher die fränkiſchen Könige die ihnen eigenen Gerechtſame allgemein Regalia nannten; *Capit.* Caroli M. bei dem Muratori, Tom. I. p. 2. — Mabillon Analect. Tom.

Tom. III. p. 236. auch Tom. IV. p. 275. S. du Fresne in Gloſſar. voc. *Regalia.*

(b) C. G. Jargow Einleitung zu der Lehre von Regalien, Roſt. 1757.

(c) Man verſtehe darunter die abſoluten Majeſtäts- oder Regierungsrechte, z. B. der höchſten Aufſicht, Geſetzgebung, Gerichtbarkeit ꝛc. die nämlich der höchſten bürgerlichen Gewalt, gleichfalls angeboren, und derſelben, zur Erreichung des Staatszweckes, unentbehrlich ſind, mithin von keinem andern, als allein dem Regenten, ausgeübet werden, und ſolchergeſtalt, in Anſehung der Privatbürger, nie verjähren können. J. G. Bruchlacher de Regalibus majoribus ſeu juribus majeſtatis, *Ingolſt.* 1613. — A. Riccii de juribus majeſtatis ſeu de Regalibus præeminentibus, *Regiom.* 1642. — C. Thomasii Diſſ. de præſcriptione Regalium ad jura ſubditorum non pertinente, *Hal.* 1696.

(d) Die nämlich der Majeſtät oder höchſten Regierungsgewalt, zur Erreichung des Staatszweckes, wohl entbehrlich, mithin von jedem Privatbürger nicht minder als von dem Regenten ſelbſt, eigenthümlich beſeſſen, und eigenmächtig ausgeübet werden können; z. B. Jagd, Fiſcherei, Mühlen ꝛc. V. Alberti de diviſione majeſtatis in Regalia majora & minora, *Lipſ.* 1679.

(e) So wie auch dieſes aus den Longobardiſchen Lehenrechten, mittels einer öffentlichen Verordnung von Kaiſer Friderich *I.* für die Italiäniſche Lombardei, erhellet, II. Feud. 56.

(f) J. A. de Weygelsperg Diſſ. de Regalium cum ſuperioritate territoriali cohærente materia, *Frib.* 1736. G. H. Ayrer Regalium ac ſuperioritatis territorialis ad ſuos limites reductæ diverſitas, *Gœtt.* 1772.

(g) S. unten, VIII. Buch, II. Hauptſt. IV. Abſch. von dem Rechte der Landeshoheit in Religions- und Kirchenſachen, ꝛc.

(h) Wenn es auch in vorigen Zeiten nicht an Beiſpielen gefehlt hat, daß Fürſten über ihre Landesgeſetze noch kaiſerliche Beſtätigungen ausgewirkt, oder daß Stadt- und Zunftrechte, Jahr- und Wochenmärkte, durch kaiſerliche Begnadigungen ertheilt worden ſind; ſo wird dahingegen heut zu Tage ein Reichsſtand nicht leicht ſolche Schritte mehr thun, ſeitdem es keinen Zweifel hat, daß zu allem dem die Landesherrliche Eigenmacht, ſchon ſelbſt hinreichend iſt. S. oben §. LXXXI. unter der Lett. f.

(i) Wie z. B. Zoll- und Münzrecht; das noch wirklich unter die Zahl der kaiſerlichen Reſervatrechte gehört, und von Reichsſtänden, die ſolches hergebracht haben, nicht willkürig, ſondern bei Verluſt deſſelben, anders nicht als den neueſten Reichskonſtitutionen gemäs, genau ausgeübet werden muß. S. kaiſerl. Wahlk. Art. VIII. und IX. -- R. A. 1570. §. 132. — Das weitere hiervon, folgt unten im IX. Buch, II. Hauptſt.

(k) Hierhin gehören vorzüglich die Ergänzung der Volljährigkeit und die Legitimation, (venia ætatis, legitimatio per reſcriptum principis,) wobei nämlich, mittels wirklicher Obſervanz, die kaiſerlichen und Landesherrlichen Hoheitsrechte in gewiſſer Konkurrenz ſtehen, daß es daher von der eigenen Willkür mittelbarer Unterthanen abhängt, ſich diesfalls an den Kaiſer oder eher an ihren Landesherrn zu wenden. S. Pütters Beitr. T. 1. S. 217. von Konkurrenz der kaiſerlichen und Landesherrlichen Gewalt ꝛc. — Auch S. 224. von Moratorien, ob und wie dieſelben allein aus Landesherrlicher oder auch aus kaiſerlicher Macht zu ertheilen ſeyen? — Dann S. 241. von Bücherprivilegien und Nachdruck.

(l) S. unten, III. Buch, II. Hauptſt. lezter Abſch. von Land- oder Provinzialſtänden ꝛc.

(m) S. oben §. LXV.

(n) Wovon im VIII. Buch, II. Hauptſt. unter dem Abſch. von dem Rechte der Reichsſtändiſchen Landeshoheit in Religions- und Kirchenſachen, ausführlicher gehandelt wird.

(o) S. hier oben unter der Lett. c. und d. — J. G. Heuser de diſtinctione Regalium in eſſentialia & accidentalia, *Gœtt.* 1755.

(p) Worunter die ſogenannten jura immanentia und tranſeuntia, zu verſtehen ſind. S. oben §. II.

(q) Dahier verdient inſonderheit nachgeleſen zu werden, was von Selchow in ſ. *Elementis* I. P. G. (1779.) mit vieler geſunden Beurtheilung anmerket §. 423. S. 431. — Man vergleiche dagegen Leyser de aſſentationibus JC. p. 100. ſqq. und Neureuter Diſſ. de juſto & injuſto Regalium uſu, *Mog.* 1755. — J. Heumann de characteribus ſuperioritatis territ. caute deſignandis, *Alt.* 1749.

(r) So weit die Landeshoheit im deutſchen Reiche, mittels deſſen Grundverfaſſung, Geſetzen und Herkommens, allgemein beſtimmt wird; ſo iſt ſie in Anſehung

ſehung aller und jeder Reichsſtände zwar einerlei, ohne daß Würde, Rang oder Macht einen Unterſchied erwirkt; ſie iſt aber dem unerachtet unter einzelnen Reichsſtänden ſehr unterſchieden, in Betracht deſſen, was von Landſtänden, Landesvereinen, oder kaiſerlichen höchſtrichterlichen Machtſprüchen und derlei rechtskräftigen Vorſchriften, in jedem Lande beſonders abhängt. Uebrigens iſt und bleibt die **Landeshoheit**, mit Vorbehalt dieſer beiderlei Gränzen, welche in der Verfaſſung des **Reichs** und eines jeden einzelnen **Landes**, ihren Grund haben, ein allgemeiner Inbegriff alles deſſen, was nur immer zur höchſten **bürgerlichen Gewalt** gehört, ohne daß irgend für jezt oder zukünftig ſonſt nur das mindeſte davon ausgenommen wäre. S. *Cæſarin. Fürſtenerius* (de LEIBNITZ) de jure Suprematus Principum Imperii, 1677. Vorzüglichern Beifall verdient dahingegen L. HUGO de Statu Regionum Germ. & regimine principum ſummæ Imperii reipublicæ æmulo, *Helmſt.* 1661. Dieſe vortrefliche Schrift iſt nachher, in der vierten Ausgabe, unter dem Titel erſchienen: Jurisprudentia particularis Germanica, curâ F. A. HACKMANN, *Helmſt.* 1708. 8.

III. Buch.

Ariſtokratiſche Regierungsverfaſſung insgemein, und inſonderheit Spuren derſelben in wirklicher Theilnehmung der geſammten Reichsſtände an der allgemeinen Regierung der deutſchen Monarchie.

I. Hauptſtück.

Von der Ariſtokrazie und dem Anſehen Ariſto- kratiſcher Reichsſtänden überhaupt.

I. Abſchnitt.

1. Begriff und Weſen einer Ariſtokrazie;
2. Verſchiedene Arten und Grundverfaſſungen der Ariſtokrazien.

§. LXXXIII.

Von dem Begriff und Weſen einer Ariſtokrazie.

Wo in einem freien Staat mehrere Stände oder ſogenannte Primaten (a), in der Eigenſchaft einer einzigen moraliſchen Perſon (b), die oberſte Gewalt beſitzen, und alle Theile der höchſten geſetzgebigen ſowohl als vollziehenden Macht, gemeinſchaftlich ausüben; allda ergiebt ſich der eigentliche Begriff einer ariſtokratiſchen Regierungsverfaſſung (c), die, ihrem innern Weſen nach, mit der Monarchie in vielem Betracht faſt einerlei Beſchaffenheit hat, und daher von derſelben ſich hauptſächlich nur darin unterſcheidet, daß hier ein gewiſſer Geſammt-Adel an die Stelle des Monarchen tritt, und alle die nämlichen Majeſtätsrechte gemeinſchaftlich ausübet, zu deren Vollſtreckung in der Monarchie ein einziges phiſiſches Oberhaupt allein berechtiget iſt (d).

(a) (Ordines, Status, Magnates, Optimates, Proceres, Primores.) S. de Martini, l. c. §. 333.

(b) S. oben §. XV. unter der Lett. h.

(c) Unter die heutigen Ariſtokrazien Europens, ſind vorderſamſt zu zählen: 1) Venedig, Genua und Raguſa in Italien; — 2) Zürich, Baſel, Schafhauſen, Bern, Lucern, Freiburg und Solothurn in der Schweiz; — 3) die meiſten Provinzen der vereinigten Niederlande;

— 4) Nürnberg, Ulm und Lübeck im deutſchen Rei-
che. S. oben, §. XVII. unter der Lett. b.
(d) C. Besoldi diſc. de Ariſtocratia, in *Opuſc.* Tom. II. p. 27. ſqq.

§. LXXXIV.

Von verſchiedenen Arten und Grundverfaſſungen der Ariſtokrazien.

Gleichwie es auf die beſonderen Grundgeſetze eines jeden einzelnen ariſtokratiſchen Staates ankömmt, 1) ob die regierenden Stände oder Primaten aus gewiſſen adlichen Familien geboren ſeyn müſſen, oder ob man die Senatoren allemal nach gewiſſen Eigenſchaften, Verdienſten, oder Güterbeſitzungen erwählet; 2) ob der Primat erblich, und immerwährend, oder nur zeitlich und abwechſelnd ſey (a): alſo entſteht nach maasgeblicher Verſchiedenheit der ariſtokratiſchen Grundverfaſſungen, der wirkliche Unterſchied zwiſchen zeitlichen u. ewigen, theils Erb- theils Wahlariſtokrazien; je und nachdem die Primaten entweder geboren oder gewählt, und entweder lebenslänglich, oder nur auf eine gewiſſe Zeit bei dem Regiment belaſſen werden (b).

(a) S. de Martini, l. c. §. 336.
(b) Mögen die Subjekte ſo wie die Ausübungsart der höchſten bürgerlichen Gewalt, noch ſo verſchieden ſeyn; ſo iſt die Majeſtät ſich dennoch in allen und jeden Regierungsformen, im Grunde ganz ähnlich und gleich. S. von Juſti, l. c. Hauptſt. V. Abſch. II. von der Ariſtokrazie; S. 166. u. f.

II. Abſchnitt.

1. Rechte und rechtmäßige Gewalt ariſtokratiſcher Reichsſtänden;
2. Ariſtokratiſcher Senat;
3. Richtige Ausübung der ariſtokratiſchen Majeſtät;
4. Misbrauch derſelben.

---

§. LXXXV.

§. LXXXV.

Von den Rechten und der rechtmäßigen Gewalt ariſtokratiſcher Reichsſtänden.

So wie die Rechte des **Alleinherrſchers** in der **Monarchie**, alſo ſind gleichermaaßen die Geſammtrechte der **Magnaten** oder **regierenden Stände** in der Ariſtokrazie, einzig aus den **Fundamentalgeſetzen** und dem **Endzwecke des Staats** zu ermeſſen (a). Dieſe **Magnaten**, ſie mögen nun als erbliche Regenten geboren, oder für lebenslänglich, oder nur auf eine gewiſſe Zeit gewählet werden, haben, als ein einziges moraliſches Subjekt betrachtet, eine wahre Majeſtät; die ſie ordentlicher Weiſe anders nicht, als in feierlicher Verſammlung, gemeinſchaftlich auszuüben haben (b), und auſſer welcher Dieſelben, einzeln genommen, gleich anderen Unterthanen, in ihren Privathandlungen ſich des **Laſters der beleidigten Majeſtät** (c) ſchuldig machen, und als öffentliche Staatsverbrecher, wie jeder andere Uebertreter der Geſetze, verhältnißmäßig beſtrafet werden können (d).

(a) S. oben §. LXX.
(b) de Martini, l. c. §. 333. ſqq.
(c) A. Gentilis de crimine læſæ majeſtatis, *Hanov.* 1607. — F. Vallarea de crim. læſæ maj. *Lugd. Bat.* 1708.
(d) de Montesquieu, l. c. L. III. C. 4.

§. LXXXVI.

Von dem ariſtokratiſchen Senat.

Wird in einer ariſtokratiſchen Staatsverfaſſung die Majeſtät eigentlich nirgendwo anders, als in feierlicher Verſammlung der **Magnaten**, angetroffen; ſo iſt es nothwendig, daß mittels eines ausdrücklichen **Grundgeſetzes**, der Ort, die Zeit und Weiſe beſtimmt ſey, wo, wann und wie die regierende Reichsprimaten ſich feierlich zu verſammlen, und ſolchergeſtalt die Ihnen gemeinſchaftlich eigenen Majeſtätsrechte

rechte, in einem förmlichen Senat (a), ordentlich auszuüben haben; deſſen innere Verfaſſung natürlicher Weiſe darin beſteht, daß die vorzüglichen Rechte: den Senat zu berufen, den Vortrag zu thun, die Stimmen zu ſammlen, das Protokoll zu führen, Archiv und Kanzlei zu bewahren, die Urkunden auszufertigen ꝛc. einem oder mehreren unter den Senatoren, jedoch anders nicht als zeitlich oder abwechſelnd, und mittels genauer Subordination, blos abhängig von dem geſammten Senat, allemal zu verleihen ſind (b).

(a) Der nämlich eben ſo viel als ein demokratiſcher Reichstag vorſtellet, und worin die Senatoren anders nicht als des geſammten Volks-Repräſentanten, anzuſehen ſind; woher die Ariſtokrazien gleichermaßen überhaupt wie die Demokrazien, den gemeinſchaftlichen Namen der Republiken, erhalten; de MARTINI l. c. §. 338.

(b) Von Juſti l. c. §. 79. — de MONTESQUIEU l. c. L. I. C. 3.

§. LXXXVI.

Von richtiger Ausübung der ariſtokratiſchen Majeſtät.

Die Ariſtokrazie hat dieſes natürlicher Weiſe mit der Demokrazie gemein, daß, gleichwie die höchſte Geſetzgebung anders nicht als unmittelbar in feierlicher Verſammlung derjenigen, welchen die Majeſtät beiwohnet, durch die Mehrheit der Stimmen, ordentlich ausgeübet werden kann (a); alſo hingegen, die höchſte Aufſicht und Gerichtbarkeit, beiderſeits nach der Verſchiedenheit ihrer vielen abſonderlichen Gegenſtänden, anders nicht, als von verſchiedenen dazu öffentlich angeordneten Magiſtraten oder Kollegien, auch einzelnen in Eid und Pflicht genommenen Kommiſſarien oder Beamten, Namens der Majeſtät und mittels von derſelben übertragenen Anſehens, den Geſetzen und dem Staatszwecke gemäß, behörig zu vollſtrecken ſind (b).

(a) Weil nämlich die allgemeinen Geſetze nicht ſo eine oder die andere Geſellſchaft, oder einen und den andern einzelnen Privatbürger, ſondern vielmehr überhaupt den geſammten Staat in ſeinem ganzen Zuſammenhange, betreffen; woher ſolche Geſetze mit der möglichſten Achtſamkeit und deſto größerer Feierlichkeit von keinem andern Subjekt, als dem die unbeſchränkte Majeſtät beiwohnet, unmittelbar beſchloſſen, oder abgeändert, und authentiſch erörtert werden können; wenn anders die wirkliche Ausübung der höchſten geſetzgebigen Macht, in ihrer Art als richtig, und ihrem Zwecke entſprechend angeſehen werden ſoll. Solchergeſtalt unterſcheiden ſich die allgemeinen Geſetze einer abſoluten Monarchie von jenen einer puren Ariſt- oder Demokrazie, in Anſehung ihrer Verbindlichkeit, vorzüglich darin, daß dieſe von der Mehrheit der Senats- oder Komitialſtimmen, jene hingegen, einzig von dem erklärten Willen des Alleinherrſchers, abhangen. S. unten, V. Buch, I. Hauptſt.

(b) Weil nämlich dieſe beiden andern Hauptmajeſtätsrechte der höchſten Aufſicht und Gerichtbarkeit, inſonderheit alle einzelne Geſellſchaften und Privatbürger zum Gegenſtande haben, deren gehäufte Rechtshändel und andere unzähliche dem Staat nicht gleichgültige Handlungen, täglich und ſtündlich vorkommen; daß mithin alles das, was diesfalls die Majeſtät unmittelbar durch ſich ſelbſt, nicht bequemlich verrichten kann, dieſelbe durch andere ihre beſtellten Gehülfe, als ſo viele untergeordneten Vollſtrecker gewiſſer höchſten Regierungsrechte, an ihrer Statt, und nach Vorſchrift der Geſetze, behörig verrichten läßt. S. unten, X. Buch, I. Hauptſt.

§. LXXXVII.

Von dem Misbrauch der ariſtokratiſchen Majeſtät.

Wo in einer Ariſtokrazie die Mehrheit des Senats ſeine höchſte Gewalt zur Umſtoßung der Grundverfaſſung und zu allgemeiner Bedruckung der bürgerlichen Freiheit, wirklich anwendet; oder wo die mindere Zahl regierender Stände, über den größern Theil derſelben, zum Verderben des gemeinen Beſten, ohne Schranken und Ordnung den Meiſter ſpielt, und ſich allein

allein die Majeſtät anmaaßet (a); da iſt der verworrene und unglückliche Zuſtand einer ſogenannten Oligarchie vorhanden (b); wogegen derlei Staaten, nur mittels ſtrenger Verwahrung einer genauen Rechtsgleichheit unter den Magnaten und dem ganzen ariſtokratiſchen Adel, geſichert werden mögen (c).

(a) So, wie einſt dieſes der altrömiſche Senat an ſeinen ſogenannten Zehnmännern (Decemviri) erlebte, die, nachdem ſie einmal alle Zweige der höchſten Geſetzgebung allein in ihre Hände bekommen hatten, gar bald zu den ſchrecklichſten Tirannen ausarteten; Tit. Liv. L. 8. und Dionis. Halic. L. 11. Es iſt auch daher ein unmäßiges und zu lange daurendes Vorrecht eines Senatsdirektors, jeder Ariſtokrazie gewiſſermaßen eben ſo gefährlich; daß in ſolchem Betracht, Genua ſich alle zwei Jahre einen neuen Senatsdirektor, unter dem Namen eines Doge (Herzog,) erwählet; ſo wie, gemäß der Grundverfaſſung von Venedig, deſſen zeitlicher Doge bei öffentlichen Solennitäten wie ein König, in dem Senat hingegen, nur wie der Erſte unter andern Ihm gleichen Senatoren, und endlich in ſeinem Pallaſt, gewiſſer Maaßen als ein Staatsgefangener, zu betrachten iſt. S. von Juſti, l. c. §. 79.

(b) Auch wo mittels Aufruhr, das gemeine Volk den Senat überwältigt, und alles unten oben kehrt. Solche Uebel in der Ariſtokrazie zu verhindern, hat der regierende Adel unter anderen auch dieſe beſondere Grundregel nöthig: daß er nämlich ſelbſt ſeine Vorzüge mäßigen und einſchränken muß, um ſie ſo viel möglich, den Augen des Volks zu entziehen, dem dieſelben an einem Fürſten weit erträglicher und weniger kränkend und beneidenswerth, als an dem Adel, zu ſcheinen pflegen. S. von Juſti, l. c. §. 78.

(c) S. de Montesquieu, l. c. L. 2. C. 3. — L. 5. C. 8.

II. Haupt-

II. Hauptſtück.

Von den deutſchen unmittelbaren Reichs- und mittelbaren Land- oder Provinzialſtänden.

I. Abſchnitt.

1. Verhältniß der Deutſchen zu ariſtokratiſchen Reichsſtänden;
2. Urſprünglicher und heutiger Karakter der deutſchen Reichsſtandſchaft;
3. Verſchiedenheit, und kollegialiſche Eintheilung der Reichsſtände;
4. Grundgeſetzmäßige Erfoderniſſe, die Reichsſtandſchaft zu erlangen.

§. LXXXVIII.

Von dem Verhältniſſe deutſcher Reichsſtände zu ariſtokratiſchen Primaten.

Kann nur ein ſolcher Staat eigentlich eine Ariſtokrazie genannt werden, worin die ganze, volle und unzertheilte Majeſtät, mit oder ohne Beſchränkung (a), allein in den Händen der geſammten Stände oder Primaten angetroffen wird, deren jeder einzeln betrachtet, dennoch nichts weniger als ein Regent, ſondern vielmehr als ein wahrer Unterthan anzuſehen; und iſt dahingegen im deutſchen Reiche, die ganze, volle und unzertheilte Majeſtät nirgendwo anders, als allein bei dem Kaiſer vorfindlich, indem Derſelbe nebſt mehreren ſeinen höchſten und unbeſchränkten Reſervaten (b) auch alle übrigen Reichsmajeſtätsrechte ohne Ausnahm eines einzigen, obwohl mittels Bewilligung der Stände u. nach Vorſchrift der Grundgeſetze (c), allein zu vollſtrecken hat; ſo folgt nothwendig, daß den deutſchen Reichsſtänden, in ſolchem Abſtande des mindeſten Verhältniſſes zu ariſtokratiſchen Primaten, weder zuſammen eine Reichsmajeſtät, weder einzeln ein eigentliches Mitregierungsrecht beigelegt werden könne (d).

(a)

(a) S. oben §. LXXXVI.
(b) S. oben §. LXXVI. und §. LXXIX. unter der Lett. b.
(c) Es iſt alſo ein merklicher Unterſchied zwiſchen dem wirklichen Beſitz der Majeſtät, und der grundgeſetzmäßigen Ausübungsart derſelben. S. oben §. LXXII.
(d) Indem wirklich nur bei der geſammten Reichsverſammlung das reichsſtändiſche Mitregierungsrecht haftet, woran jedoch inſonderheit der kurfürſtliche Senat den vorzüglichſten Antheil nimmt; daß ſolchergeſtalt in der monarchiſchen Regierungsverfaſſung Deutſchlandes, in Anſehung der reichsſtändiſchen Geſammtrechte, gewiſſer Maaſſen die Spuren einer ariſtokratiſchen Miteigenſchaft, ſich veroffenbarn. S. Pütters Abh. ob und wie weit den deutſchen Reichsſtänden ein Mitregierungsrecht an der kaiſerl. Regierung beigelegt werden könne? in ſ. Beitr. I. Th. S. 58. u. f.

§. LXXXIX.

Von dem urſprünglichen und heutigen Karakter der deutſchen Reichsſtandſchaft.

Der eigentliche Karakter der deutſchen Reichsſtandſchaft haftet zwar urſprünglich wie noch gegenwärtig einzig und allein auf dem, bei öffentlichen Reichstagen hergebrachten Sitz- und Stimmrecht (a), jedoch mit dem Unterſchiede, daß ſelbiges in den erſten Zeiten nur ein blos perſönliches (b) und in feierlichen Reichshandlungen unentſcheidendes Vorrecht geweſen (c), heut zu Tage hingegen als ein reelles oder ſelbſt auf dem Lande begründetes (d) und zugleich wirklich entſcheidendes Recht (e) anzuſehen ſey; woher Reichsſtände nur diejenigen unmittelbaren Glieder des deutſchen Staatskörpers genannt werden, welche auf dem Reichstage an der wirklichen Ausübung der vornehmſten kaiſerlichen Majeſtätsrechte, entweder mittels perſönlicher oder theils Kuriatſtimmen, gemeinſchaftlichen Antheil zu nehmen, berechtiget ſind (f).

(a) J. W. Engelbrecht de nota characteriſtica Statuum Imperii, *Helmſt.* 1717.
(b) Als nämlich die Reichsſtände noch ohne erblichen und landesherrlichen Beſitz einer Provinz, blos wegen ihrer

rer perſönlichen Würde, auf den Reichstagen erſchienen, und ſolchergeſtalt jeder unter ihnen nicht mehr als eine einzelne bloſe Rathsſtimme hatte, ob er gleich über verſchiedene Provinzen geſezt war. J. F. Kaiser de Statuum Imperii origine & progreſſu, *Gieſſæ*, 1741.

(c) Maaßen das Stimmrecht der Stände auf Reichstagen, beſonders unter den Karolingern, nicht ſowohl in der Entſcheidung, als vielmehr in bloſer Berathſchlagung und Ertheilung ihres Gutachtens beſtand, wie ſolches aus der Stelle des Hinkmars Epiſt. III. ad Proceres Regni §. 29. erhellet. S. Capitul. ap. Baluz. II. App. p. 1406. — Annal. Fuld. ad a. 852.

(d) Daher ſind heut zu Tage alle und jede Landesherren zugleich Reichsſtände, obwohl es unter dieſen von Alters her, noch einige wenige giebt, die noch wirklich keine Landesherren ſind; wie z. B. die Fürſtbiſchöfe zu Baſel, Brixen und Trient; die Aebte zu St. Emmeran, und zu St. Ulrich und Afra, die Aebtißinnen des Ober- und Niedermünſters zu Regensburg, zu Buchau, Lindau und Baindt; die Grafen von Strollberg und von Schönburg ꝛc. Es werden dahingegen in den neuern Reichsgeſetzen, zu Erlangung der Reichsſtandſchaft, ausdrücklich unmittelbare Reichsgüter erfodert; R. A. 1654. §. 197. Kaiſerl. Wahlk. Art. I. §§. 5. 7. Art. XXII. §. 2. G. B. VII. §. 2. und XX. §. 1. — Corp. jur. publ. p. 1268. — In ſolchem Betracht führen blos die regierenden Landesherren und nicht die Appanagirten, Sitz und Stimm auf den Reichsverſammlungen; ſo wie diesfalls die Domkapitel bei erledigtem Biſch. Stule, hierzu gleichermaaßen berechtiget ſind; auch daher nicht weniger einzelne Reichsſtände als Beſitzer mehrerer unmittelbaren Reichsländer, eben ſo viele verſchiedene Komitialſtimmen führen; wobei jedoch der reichstägige Zuſtand v. J. 1582. bis heran zum beſtändigen Regulativ dienet. J. J. Moſer in ſeinen Moserianis P. 1. pag. 1. ſqq. — und in ſeinen Staatsr. Tom. 34. p. 281. — Götting. gel. Anz. 1780. Zugabe S. 169. — G. D. Hoffmann de Suffragiis quæ Electores in Principum collegio habent & poſtulant, *Tüb.* 1755. *Item* de Principibus eccl. in Comitiis plura Suffragia habentibus, 1756. — M. H. Griebner de jure ſuffragandi Principum Imperii, uſu inter-

intermiſſo non pereunte, in *Opuſc.* jur. publ. P. IV. p. 125. ſqq. — Moſers Staats. T. IX. p. 308.

(e) In Kraft des O. F. J. Art. VIII. §. 2. wo es ausdrücklich heißt: „Gaudeant (omnes & ſinguli Status Imperii) ſine contradictione *jure Suffragii* in omnibus deliberationibus ſuper negotiis Imperii, præſertim ubi Leges ferendæ vel interpretandæ, bellum decernendum, tributa indicenda, delectus aut hoſpitationes militum inſtituendæ, nova munimenta intra Statuum ditiones exſtrruenda, veterave firmanda præſidiis, nec non ubi pax aut fœdera facienda, aliave ejusmodi negotia peragenda fuerint. Nihil horum aut quidquam ſimile poſthac unquam fiat vel admittatur, *niſi de comitiali liberoque omnium Imperii Statuum ſuffragio & conſenſu.*" — Kaiſerl. Wahlk. Art. IV. §. 1. — Art. I. §. 3.

(f) S. Cocceji Diſſ. de charactere Statuum Imperii, T. 2. *Exercit.* p. 918. — J. E. Link de fundamento voti comitialis, *Arg.* 1709.

§. XC.

Von der Verſchiedenheit der Reichsſtände und deren kollegialiſcher Eintheilung überhaupt.

Gleichwie die deutſchen unmittelbaren Stände, der Religion nach, theils katholiſch, theils proteſtantiſch, und dem Stande nach, theils geiſtlich, theils weltlich ſind (a); alſo ſind dieſelben ihrem höhern und mindern politiſchen Karakter gemäs, nach den verſchienen Klaſſen der Kurfürſten, Fürſten, Prälaten, Grafen und Städte, wiederum von einander zu unterſcheiden. Alle dieſe verſchiedenen Stände zuſammen, machen, unerachtet ihrer höchſt verſchiedenen Rechte (b), einen und den nämlichen deutſchen Staatskörper aus, der im Gegenſatze des Kaiſers als deſſen Hauptes, das Reich (Imperium oder auch le Corps Germanique) genannt zu werden pflegt. Weil aber dieſe Stände, ihre Berathſchlagungen nicht insgeſammt, ſondern von jeher, nach ihren verſchiedenen Klaſſen anzuſtellen, theils auch, nach einer uralten Freiheit in einzelne Verbindungen zu treten, theils, zu mehrerer Bequemlichkeit in Betreibung der Geſchäfte,

ſchäfte, ſich verſchiedentlich von einander abzuſondern pflegen; ſo giebt es unter ihnen noch verſchiedene kollegialiſchen Haupt- und Afterabtheilungen in mehrere Körper oder Kollegien, deren jedes ſeine eigene Verfaſſung und Rechte, und ordentlicher Weiſe das vorſitzende Mitglied zum Direktor hat (c).

(a) S. oben §. LXI.

(b) Sind gleichwohl die Stände ſich darin alle mit einander gleich, daß ſie in Anſehung ihrer untergebenen Lande als wahre Regenten, in Anſehung des geſammten Reiches, als deſſen Stände und Glieder, und in Anſehen des Kaiſers, als unmittelbare Reichsunterthanen betrachtet werden; ſo ſind ſie hingegen auch, in Anſehen ihres Standes, ihrer Würde, Macht, Religion und davon abſtammender Rechte, gar ſehr unterſchieden.

(c) Von ſolchen Abtheilungen iſt der erſte Grund, daß anfangs die Reichsſtädte von den übrigen Ständen abgeſondert worden, hernach die Kurfürſten ſich wieder getrennet, mithin nur die übrigen Fürſten, Prälaten und Grafen beiſammen geblieben; woraus alſo die drei beſonderen Reichskollegien 1) das Kurfürſtliche, 2) das Fürſtliche, 3) das Reichsſtädtiſche, erwachſen, wovon die zwei erſtern mit dem Namen der beiden höhern Kollegien, ſich vorzüglich auszeichnen. J. J. Moſer von deutſchen Reichsſtänden, Frf. 1767.

§. XCI.

Von grundgeſetzmäßigen Erfoderniſſen, die Reichsſtandſchaft zu erlangen.

Das Recht der Reichsſtandſchaft können weder Fürſten, noch Grafen oder Herren ordentlicher Weiſe erlangen, ſie haben ſich dann vorher, den neuern Geſetzen gemäs (a), mit einem Immediatfürſtenthum, Graf- oder Herrſchaft, darzu genugſam qualificirt (b), und mit einem ſtandeswürdigen Reichsanſchlag (c) in einen gewiſſen Kreis eingelaſſen, ſofort über ſolches alles, neben dem kurfürſtlichen Konſens, auch die Einwilligung ſowohl desjenigen Senats

nats als der beſondern Bank, wo ſie aufgenommen werden ſollen (d), ordentlich erhalten (e).

(a) J. R. A. vom J. 1654. §. 197. — Kaiſerl. Wahlk. Art. I. §. 5. — Art. XXII. §§. 1. 2. 4.

(b) Wenn auch je zuweilen aus beſondern Urſachen vom Kaiſer und Reiche darüber diſpenſirt worden, ſo iſt es doch anders nicht als ohne alle Konſequenz und gegen Ausſtellung eines Reverſes geſchehen, dergleichen z. B. der Fürſtlich-Lichtenſteiniſche v. J. 1712. iſt: „Deklariren auch dabeinebens, daß unſere Einnehmung der Stelle und Stimme in dem löbl. R. Fürſtenrath, unſere Deſcendentes maſculi ſich anderer Geſtalt nicht zu gebrauchen haben ſollen, es ſeyen dann dieſelben zuvor mit Fürſtenmäßigen von Uns oder Ihnen acquirirten unmittelbaren und von Kurfürſten, Fürſten und Ständen dafür erkannten Reichsgütern, der Gebühr nach poſſeſſionirt und verſehen." S. kaiſerl. Wahlk. Art. I. §. 7. — Von dem, was diesfalls bei den neueſten Introduktionen der Fürſten zu Thurn-Taxis, und zu Schwarzburg, vorgefallen iſt, ſ. in Moſers Staatsarchiv (1754.) Th. I. S. 1046. u. f. — Selecta jur. publ. T. IX. p. 196. ſqq.

(c) Weshalben aber bei dem fürwährenden Reichstage das nöthige noch erſt zu reguliren iſt.

(d) S. Repræſentatio einiger Urſachen, warum bei Admittirung neuer Fürſten, Grafen und Herren ad votum & ſeſſionem, auch des Reichsſtädtiſchen Collegii Concurrenz jedesmal billig zu erfordern; in der Staatskanzl. Th. XVII. S. 962. — Die Beantwortung ſ. in Lünigs Staats-Conſiliis, Th. II. S. 1693.

(e) G. E. L. Preuſchen, Gedanken von Einführung neuer Stimmen in den Reichsfürſtenrath, Frf. 1758. — G. A. Struv, Diſſ. de Requiſitis Statuum Imperii, *Jen.* 1677.

II. Abſchnitt.

1. Urſprünglicher und gegenwärtiger Zuſtand der Kurfürſten überhaupt;
2. Deren Würde und Titel;
3. Beſondere Gerechtſame:
4. Verein;
5. Rangordnung.

§. XCII.

Von urſprünglichem und gegenwärtigem Zuſtande der Kurfürſten überhaupt.

Der erſte urſprüngliche Vorzug der Kurfürſten vor allen andern deutſchen Fürſten und Ständen, beſteht in dem ausſchlüſſigen Kur- oder Wahlrecht eines römiſchen Kaiſers. Seit Friderich *I.* ſind Dieſelben, beſonders mittels des nachherigen großen Zwiſchenreiches, aus den ſieben ſogenannten Pfalz-Erzfürſten (a) allmälig erwachſen (b), und endlich in der goldenen Bulle (c) zu ewigen Zeiten feierlich beſtätiget worden. Wo nun in dem dreißigjährigen Kriege, mittels der Achtserklärung, die pfälziſche Kurwürde an Bayern übergegangen; ſo iſt dagegen in dem W. F. (d) eine achte Kur zum Erſatz des Pfalzgrafen, eingeführet, ſo wie nachmals im J. 1692. die neunte Braunſchweig-Lüneburgiſche Kur errichtet worden (e). Nach bereits erloſchener Bayriſcher Stammlinie (f) hat das Reich gegenwärtig nicht mehr als acht Kurfürſten; worunter die drei geiſtlichen: Mainz, Trier und Köln, nebſt den beiden vorſitzenden weltlichen: Böhmen und Pfalz (g), zu den katholiſchen, dahingegen die andern drei nachſitzende Kurfürſten: Sachſen, Brandenburg und Hannover, zu den proteſtantiſchen Reichsſtänden, gezählt werden (h).

(a) Die von Anbeginn, in Anſehung ihrer erhabenen Reichshofämter, bei feierlichen Kaiſerwahlen, unter allen andern Fürſten und Ständen, als die vorſtimmenden Erzfürſten, betrachtet wurden, wornach die übrigen Stände ſich mit ihren Stimmen gemeiniglich zu richten, und meiſtens nur ihren Beifall zu leiſten pflegten. S. von Olenſchlager Erl. der G. B. p. 113. ſqq. 130. ſqq. — Gundling P. XVII. obſ. 2. — J. H. G. von Juſti vom Urſprunge und erblichen Alterthümern der kurfürſtlichen Erzämter; in ſ. hiſt. juriſt. Schrift. II. Th. S. 16. — Das weitere hiervon folgt unten im X. Buch, II. Hauptſt.

(b)

(b) Die allererſte Spur von den Kurfürſten, findt man gewiſſermaaßen ſchon bei der Wahl Kaiſer Friderichs *I.* im J. 1152. S. Leibnitz ſcript. rer. Brunsv. T. 1. pag. 394. — Auch Pabſt Urban *IV.* erwähnt der ſieben Kurfürſten ganz ausdrücklich in einem Schreiben v. J. 1263. an den Kaiſer Richard. Uebrigens iſt die Meinung von dem, während dem großen Zwiſchenreich, mittels der Obſervanz, entſtandenen Wahlrechte der ſieben Reichserzbeamten die zuverläßigſte. S. Pütters Reichshiſt. S. 319. und 320. F. Wideburg vom Urſprunge der Fabel: daß das kurfürſtl. Kollegium im X. Jahrhundert durch einen Vergleich zwiſchen K. Otto *III.* und P. Gregorius *V.* errichtet worden; in ſ. vermiſcht. Anmerk. (1751:) S. 191.-209. — J. F. Kees Origines juris eligendi & prædeliberandi principum Electorum S. R. I. *Lipſ.* 1775. — J. G. Werenberg Electorum origo nova methodo demonſtrata, *Hal.* 1731. — J. W. Jani judicia Eruditorum de origine Electorum cum vera ſententia comparata & cum diplomatibus huc ſpectantibus conjunctim edita, *Viteb.* 1729. 8.

(c) C. VII. §. 2. — Kaiſerl. Wahlk. Art. III. §. 10. u. 14.

(d) O. F. J. Art. IV. §. 3. und 5.

(e) Corp. jur. publ. p. 1132. u. f.

(f) O. F. J. Art. IV. §. 9. — S. oben, §. LXII. unter der Lett. c.

(g) S. Betr. über die Benennung: Pfalzbayern, 1785. gr. 4.

(h) Was bei Gelegenheit der Kurbraunſchweigiſchen Introduktions- und Kurböhmiſchen Readmiſſionsſache v. J. 1708. auf den Fall, wo einſt Bayern und die Kurpfalz, in proteſtantiſchen Hände gerathen ſollten, in Betreff einer überzähligen katholiſchen Kurſtimme, bereits für die Zukunft, beſchloſſen worden? iſt nachzuſehen in Corp. jur. publ. p. 1134. u. f. — Daß die Wiedereinführung einer neunten Kurwürde, zu Erleichterung der Mehrheit entſcheidender Kurſtimmen, ſo wenig dem gemeinen Staatsbeſten, als der Reichsgrundverfaſſung zuwider, obwohl großen Schwierigkeiten ausgeſetzt ſey, wird wohl ſo leicht niemand verneinen; J. G. Wolf ob durch Einführung der achten und neunten Kur die goldene Bull verändert worden? Nebſt der Anzeige mehrerer Schwierigkeiten, die ſich bei der leztern ereignet haben; in den Halliſch. wöchentl. Anz. 1754. Num. 4.

§. XCIII.

§. XCIII.

Von der Kurfürſten hoher Würde und Titulatur.

Die perſönliche Hoheit und das erhabene Anſehen der Kurfürſten zeichnet ſich inſonderheit darin aus, daß dieſelben, nebſt der Präcedenz vor allen andern Reichsſtänden (a), ſo gar königliche Ehren (b) und den damit verknüpften Rang, unmittelbar nach gekrönten Häuptern, haben (a); auch von dem Kaiſer mit dem Titel: Hochwürdigſt und reſp. Durchlauchtigſt (d), ſo wie mit dem Prädikat Neve und Oheim (e) vorzüglich beehret werden. Ueber dieſes iſt die kurfürſtliche Würde nicht minder als ſelbſt des Kaiſers geheiligte Perſon, im ganzen Reiche unverlezlich, daß ſo gar an Jener eben ſo, wie wider Dieſe, das Verbrechen der beleidigten Majeſtät begangen und geſtraft wird (f). Wo nun ferner, ſchon in der G. B. die Kurfürſten als des Kaiſers innerſten Räthe (g), die Kraft der kaiſerlichen rechten Hand (h) und die Stützen und Grundſäulen des Reichs (i), angeprieſen ſind; ſo geloben gleichermaaßen die heutigen Kaiſer noch immer: die Kurfürſten als die innerſten Glieder und Hauptſäulen des H. R. Reichs jederzeit in ſonderbarer Achtung zu halten; auch in wichtigen Reichsſachen, ſich ihres Raths und Gutachtens zu gebrauchen, weder darin ohne dieſelben etwas vorzunehmen; ſie auch bey ihrer wohlerlangten Kurwürde und ſonderbaren Hoheiten und Präeminentien zu erhalten (k).

(a) G. B. VI. „eisque vel eorum alicui . . . . ullus Princeps alius, cujuscunque ſtatus, dignitatis, præeminentiæ vel conditionis exiſtat, nullatenus præferatur.“

(b) Woher die Kurfürſten gleich den Königen, Geſandte vom erſten Rang (Ambaſſadeurs) zu ſchicken berechtiget ſind, die nicht einſt einem Fürſten in Perſon weichen. Kaiſerl. Wahlk. Art. III. §. 21. und 22. — A. P. Leyser Diſſ. de honoribus regiis S. R. I. Electorum, *Lipſ.* 1771. — Pfeffinger T. 3. p. 648. ſqq.

(c)

(c) Kaiſerl. Wahlk. Art. III. §. 21. — Kurfürſtl. Receß vom J. 1671. in Corp. jur. publ. p. 1080, Der Rangſtreit deutſcher Kurfürſten mit den römiſchen Kardinälen iſt aus dem Verhältniß ihrer beiderſeitigen beſondern Eigenſchaft und Gerechtſamen am leichteſten zu beurtheilen: ſo haben z. B. die Kardinäle, das Vorrecht einen Pabſt, wie die Kurfürſten einen römiſchen Kaiſer und oberſten Schutzherrn der Chriſtenheit zu erwählen; die Kardinäle haben gar keinen Antheil an den päbſtlichen, ſo wie vielmehr die Kurfürſten an den kaiſerlichen Regierungsrechten; die Kardinäle prätendiren königliche Ehren, und die Kurfürſten haben ſie wirklich; die Kardinäle ſind nicht einſt alle wirklich Prieſter; alle geiſtliche Kurfürſten hingegen ſind wirklich Erzbiſchöfe und wahre Regenten der Kirche; was aber bei allem dem, um Königen gleich zu ſeyn, den Kardinälen am meiſten abgeht, das haben die Kurfürſten in wirklichem eigenthümlichem Beſitz, als nämlich: ganze Länder und viele tauſend Unterthanen, ſammt allen majeſtätsähnlichen Regierungsrechten der höchſten Geſetzgebung und Gerichtsbarkeit, des Krieges, der Bündniſſen und Geſandtſchaften, ꝛc. ſ. Lünigs Theatr. Cerem. P. 1. p. 287.

(d) Kaiſerl. Wahlk. Art. III. §. 2.

(e) S. Lünigs Kanzleiceremoniel. S. 44. — Pfeffinger ad Vitr. T. III. p. 655.

(f) G. B. XXIV. §§. 2. 3. und 13. „Si quis cum Principibus, Militibus, ſeu quibuscunque perſonis, ſceleſtam factionem inierit vel dederit de nece venerabilium & illuſtrium noſtrorum S. R. I. Principum Electorum, ſeu alterius eorundem, (nam & ipſi *pars Corporis noſtri* ſunt,) ipſe quidem, utpote Majeſtatis reus, gladio feriatur, bonis ejus omnibus Fiſco noſtro addictis . . . in hoc item crimine, quod ad læſam in Principibus Electoribus ſuis Majeſtatem pertinet, etiam in Caput Domini, ſervi torquentur.“ G. D. Aland de lege majeſtatis ab Imp. Carolo IV. ad eos, qui in S. R. I. Principum Electorum vitam conſpirant, extenſa, ejusque uſu hodierno, *Lipſ.* 1755.

(g) G. B. XII. §. 1. (qui . . . ſanis providentiæ ſuæ conſiliis non ingnorant . . . . ſalubriter opem dare.)

(h) G. B. III. §. 1. (quorum præſidio Dextra imperialis Potentiæ roboratur.)

(i) G. B. XII. §. 1. (Solidæ Baſes Imperii & Columnæ immobiles.)

(k) Kaiſerl. Wahlk. Art. III. §§. 1. 3. 4. 14. und 22. Art. XI. §. 21. Art. XVI. §. 4.

§. XCIV.

Von den Kurfürſtlichen Gerechtſamen und Freiheiten insgemein.

Die vorzüglichſten Kurfürſtlichen Gerechtſame begründen ſich überhaupt theils auf die Erzamts- theils auf die Wahlgerechtigkeit, und können ihrer verſchiedenen Natur und Beſchaffenheit nach, in folgende vier Hauptklaſſen eingetheilt werden: I. die Reichsregierungsrechte, welche die Kurfürſten entweder allein (a) oder mit dem Kaiſer zugleich (b) ausüben; — II. die Kollegialbefügniſſe, welche Ihnen theils zuſammen und gleich (c) theils einzeln und ungleich (d) eigen ſind; — III. die beſondern Territorialvorrechte (e); und IV. die übrigen auſſerordentlichen Freiheiten und kaiſerliche Begnadigungen (f).

(a) Z. B. das, auf den Erzämter allgemein begründete Wahlrecht, und die, mit demſelben unzertrennlich verbundene Kapitulationsbefügniß ꝛc.

(b) Z. B. die kurfürſtliche Theilnehmung an kaiſerlichen Regierungsſchäften, die keinen Verzug leiden; kaiſerl. Wahlk. Art. IV. §. 2. und Art. VI. §. 2. — Die kurfürſtliche Konkurrenz bei Ertheilung kaiſerlicher Zoll- Stappel- und Münzprivilegien, auch bei Ausſchreibung eines neuen Reichstages; ꝛc. ſ. kaiſerl. Wahlk. Art. VIII. §§. 2. 23. 25. Art. IX. §. 6. Art. XIII. §. 1.

(c) Z. B. willküriges unbeſchränktes Recht feierlicher Zuſammenkünfte, und unter ſich zu treffender Vereinigungen, ꝛc. Kaiſerl. Wahlk. Art. III. §. 12. und 13.

(d) Z. B. die beſondern kurmainziſchen und kurſächſiſchen Komitial- und Kollegialrechte ꝛc.

(e) Z. B. das unbeſchränkte Privilegium de non appellando &c. G. B. XI. §. 3. und 5.

(f)

(f) G. B. VII. §. 4. — X. §. 2. — XXIX. §. 1. — J. F. Winter de prærogativa Electorum circa adquirendas absque ſpecifico Imperatoris conſenſu Terras Imperii, *Arg.* 1721. — J. E. Crüger diſcurſus jur. publ. fulgentiſſima Novemvirorum (Electorum) jura, quibus præ ceteris Germaniæ Principibus gaudent, ex ipſis fontibus depromta exhibentes, *Colon. Brand.* 1696.

§. XCV.

Von der Kurfürſtlichen Verein.

Es giebt zweierlei, unter den Kurfürſten zu Handhabung ihrer und des Reichs Gerechtſamen, feierlich geſchloſſenen Bündniſſe oder ſogenannten Vereine, nämlich: eine **allgemeine** und eine **beſondere**; jene iſt zuerſt im J. 1338. unter Ihnen allen (auſſer **Böhmen**) zu Stande gebracht (a), auch nachher mehrmals ſo wie vorzüglich im J. 1558. auf das feierlichſte erneuert (b), und noch jüngſt im J. 1764. nach der Wahle Joſephs *II.* von ſämmtlichen Kurfürſten einmüthig beſchworen worden (c). Die **beſondere Verein** beſteht ſeit dem J. 1399. allein unter den vier rheiniſchen Kurfürſten zu Schützung und Erhaltung ihrer Zoll- und anderer Rheingerechtſamen (d); und iſt dieſelbe öfters nachher unter Ihnen immer feierlicher wiederholet und beſtätiget worden (e). Uebrigens gelobet die kaiſerl. Majeſtät ausdrücklich: dieſe **gemeine und beſondere Verein**, und was darüber noch weiters die Herren Kurfürſten aller Seits untereinander gutbefinden und vergleichen mögen, auch Ihres Theils gutzuheiſſen und zu bekräftigen (f).

(a) Die allererſte Veranlaſſung dazu gaben die, wider die Unabhängigkeit der unverletzlichen Reichsmajeſtät, gewagten Angriffe des Pabſtes bei deſſen unperſönlichen Streitigkeiten mit Kaiſer Ludewig aus Baiern; welchem Unfug zuerſt der Kaiſer ſelbſt, mittels einer öffentlichen Konſtitution von der Unabhängigkeit des deutſchen Reichs und römiſchen Kaiſers, dann

gleich

gleich darauf auch die Kurfürſten (zu Schützung ihrer Wahlfreiheit) mittels dieſer allgemeinen Verein, zu begegnen ſuchten; in Corp. jur. publ. p. 8. und 10. ſ. von Olenſchlager im Urkundenbuche zur Erläuter. der G. B. p. 58. — *Item*: Erläuter. der G. B. S. 134. Moſer von Deutſchland überhaupt, S. 343. ſqq. — Gundlingii Diſſ. de cauſa & origine unionis ſive fœderis electoralis, *Hal.* 1720.

(c) Corp. jur. publ. p. 210. ſqq. — ſ. Moſers Einleit. zu den neueſten Staatsangel, S. 74. Auch gehört hierhin die brüderliche Einnung der ſechs Kurfürſten v. J. 1521. in Corp. jur. publ. p. 71. ſqq.

(c) S. neue Europ. Staatskanzlei, Th. XIII. S. 49. u. f. (Sichere Nachricht, von der im J. 1764. erfolgten Erneuerung der Kurverein, Regensb. 1764.)

(d) S. Archiv für die Geſchichte und Statiſtik des Vaterlandes, (Bonn, 1785.) Th. I. S. 1. 8. u. f.

(e) Z. B. in den Jahren 1464- 92. 1503- 38- 51- 57. ꝛc. Hiervon iſt alſo zu unterſcheiden die ſogenannte rheiniſche Verein, ſo von denen vier Kurfürſten bei Rhein im J. 1519. nach Abſterben Kaiſers Maximilian *I.* zu Handhabung des Landfriedens und Befeſtigung guten Vertrauens, iſt beſchloſſen worden, die aber an Statt der beſondern Kurverein zu Handhabung der Zoll- und Rheingerechtſame, irrig allegirt zu werden pflegt, in Corp. jur. publ. p. 68.

(f) Wahlk. Art. III. §§. 6. 7. — G. D. Hoffmann vindiciæ Capitulationum noviſſimarum circa Uniones & conventus Electorales, *Tüb.* 1755.

§. XCVI.

Von der Kurfürſtlichen Rangordnung.

Obwohl in Kraft der neueſten Reichsgeſetze (a), unter einzelnen Kurfürſten und deren Geſandten, wirklich gar kein Vorrang, noch ſonſt einiger Unverſchied im Ceremoniel Platz greift (b); ſo iſt dennoch in Anſehung ihrer kollegialiſchen Verfaſſung, mittels der G. B. (c) und eines im J. 1653. darüber inſonderheit errichteten gemeinſamen Vergleiches (d), unter Ihnen diejenige Rangordnung ausdrücklich beſtimmt worden, die noch heut zu Tage ſowohl bei dem Reichskonvent, als der kaiſerlichen Krönungs-

feier

feier, verſchiedentlich hergebracht iſt, je und nachdem das kurfürſtliche Kollegium, entweder die ſogenannte Linial- (e) oder Lateral- (f) oder aber feierliche Prozeſſionalordnung (g) zu beobachten hat.

(a) Wahlk. Josephs *II.* Art. III. §. 21. „Bevorab aber wollen Wir nirgendwo zwiſchen den Kurfürſten untereinander in Ceremoniali einen Unterſchied einführen, noch einführen laſſen.“ *Item* Wahlk. Franzens *I.* Art. III. §. 21. „und (ſolle) unter Ihnen, nämlich den kurfürſtl. Geſandten primi ordinis, es mögen auch deren mehr als einer ſeyn, an unſerm kaiſerlichen Hof, auch ſonſten aller Orten in und auſſer dem Reich, keine Diſtinktion mehr gemacht, ſondern allen und jeden gleiche Honores in allem, wie denen königlichen Geſandten, gegeben werden.“ ſ. Selecta jur. publ. T. IV. p. 428. ſqq.

(b) So wie diesfalls von dem Reich, in die Readmiſſion des Kurfürſten in Böhmen, anders nicht als unter dieſer ausdrücklichen Bedingniß, eingewilliget worden: „für ſich und dero Geſandte weder im Rang noch Ceremoniel vor anderen Kurfürſten oder kurfürſtl. Geſandten ſich etwas voraus zu nehmen, noch den geringſten Vorzug zu prätendiren, ſondern in allem, den anderen Kurfürſten oder kurfürſtl. Geſandten gleiche Traktament, Rang und Ceremoniel zu halten, zu geben, und hinwiederum zu empfangen.“ in Corp. jur. publ. p. 1135.

(c) C. III. IV. und XXII.

(d) Corp. jur. publ. p. 889. ſqq.

(e) Die kurfürſtl. Linealordnung heiſt diejenige, nach welcher vom erſten bis zum lezten, einer unmittelbar auf den andern in gerader abſteigender Linie folget, als z. B. 1) Mainz; 2) und 3) Köln und Trier abwechſelnd; 4) Böhmen; 5) Pfalz; 6) Sachſen; 7) Brandenburg; 8) Braunſchweig-Lüneburg.

(f) Die Lateralordnung ergiebt ſich entweder zu beiden Seiten des Kaiſers und theils gegenüber ſeinem Angeſicht; oder in Abweſenheit Deſſelben, zu beiden Seiten des Kurfürſten zu Mainz; als z. B.

1) in Gegenwart des Kaiſers:

Zur Rechten.		Zur Linken.
1. Mainz.	Kaiſer.	2. Köln.
4. Böhmen.	3.	6. Sachſen.
5. Pfalz.	Trier.	
7. Brandenb.		8. Braunſchw.

2)

2) In Abweſenheit des Kaiſers.

7.	5.	4.	1.	wechſ.		6.	8.
Br.	Pf.	Böh.	Mainz.	Köln.	Trier.	Sachſ.	Braunſch.

(g) Dieſe pflegt theils mit, theils ohne Vortragung der kaiſerl. Reichsinſignien, verſchiedentlich beobachtet zu werden; ſ. Krönungsdiarium Joſephs *II.* p. 137. — Moſers Staatsr. Th. 33. S. 272. — Lünigs Theatr. Cerem. Th. 1. S. 1026.

III. Abſchnitt.

1. Karakter und Verſchiedenheit der Reichsfürſten überhaupt;
2. Inſonderheit der Herzogen;
3. Pfalzgrafen;
4. Landgrafen;
5. Markgrafen;
6. Burggrafen.

---

§. XCVI.

Von dem Karakter und der Verſchiedenheit der Reichsfürſten überhaupt.

Reichsfürſten heiſſen, überhaupt ihrem eigentlichen Karakter gemäs, diejenigen hohen Stände des deutſchen Reichs, welche ehemals auf die vorſtimmenden Erzfürſten unmittelbar folgten (a), und daher in dem Range, den heutigen Kurfürſten noch wirklich nachgeſetzt (b) dahingegen aber, dem Stand und der Würde nach, über alle andern Reichsſtände erhoben ſind (c); auch theils in geiſtliche (d) und weltliche (e), ſo wie zum Theil in alte und neue Fürſten (f), dann theils nur Fürſtenmäßige (g) unterſchieden werden (h).

(a) S. oben, §. XCII. unter der Lett. a.
(b) S. B. VI. — ſ. oben, §. XCIII. Lett. a. und b.
(c) Das die Grafen und Prälaten mit Ihnen einen und den nämlichen Reichsfürſtenrath formiren, thut nichts

zur Sache. ſ. Helfeld differentiæ inter S. R. I. Principes & Comites, *Hal.* 1748. — J. Klein Diſſ. de prærogativis Principum S. R. I. *Jen.* 1756.

(d) Unter die geiſtlichen Reichsfürſten gehören der Ordnung nach: Salzburg, (Biſanz,) Hoch- und Deutſchmeiſter, Bamberg, Wirzburg, Worms, Eichſtädt, Speier, Strasburg, Koſtanz, Augsburg, Hildesheim, Paderborn, Freiſingen, Regensburg, Paſſau, Trident, Brixen, Baſel, Münſter, Osnabrück, Lüttich, Lübeck, Kur, Fulda, Kempten, Elwangen, Johanniter-Meiſter, Berchtolsgaden, Weiſſenburg, Stablo, Korvei.

(e) Hierhin gehören: (Oeſterreich und Burgund,) Baiern, Magdeburg, Pfalz-Lautern- Simmern- und Neuburg; Bremen, Pfalz-Veldenz, Sachſen-Weimar- Eiſenach- Koburg- Gotha- und Altenburg; Brandenburg-Onolsbach- und Kulmbach; Braunſchweig-Zelle- Kalenberg- Grubenhagen- und Wolfenbüttel; Halberſtadt, Vor- und Hinterpommern; Verden, Mecklenburg-Schwerin- und Güſtrow; Würtenberg, Heſſen-Kaſſel- und Darmſtadt; Baden-Baden- Durchlach- und Hochberg; Holſtein-Glückſtadt, Sachſen-Lauenburg, Minden, Holſtein-Oldenburg, Savoyen, Leuchtenberg, Anhalt, Henneberg, Schwerin, Kamin, Ratzeburg, Hirſchfeld, Nomeny, Mümpelgard, Aremberg, Hohenzollern, Lobkowitz, Salm, Diettrichſtein, Naſſau-Hadamar- und Dillenburg; Auersberg, Oſtfriesland, Fürſtenberg, Schwarzenberg, Lichtenſtein, Thurn-Taxis, Schwarzburg. S. Corp. jur. publ. p. 721 - 1477. u. f.

(f) Als neue Fürſten werden diejenigen von den alten und korreſpondirenden altweltfürſtlichen Häuſer unterſchieden, die zuerſt nach dem J. 1582. in den Reichsfürſtenſtand erhoben worden, und nicht eher eine perſönliche Stimm erlangt haben; wie z. B. Hohenzollern (1653.) und alle andern darnach folgenden einſchlägig bis auf Thurn-Taxis und Schwarzburg (1754.) — S. Moſers Staatsr. T. XXXIV. p. 281. ſqq.

(g) R. G. O. Th. II. Tit. 2. — Als Fürſtenmäßige werden eigentlich die gefürſteten Prälaten und Grafen angeſehen, die zwar an und vor ſich nicht zu den Fürſten gehören, denen ſie aber mittels erlangter Virilſtimme, auf einer der beiden Fürſtenbänke wirklich gleichgeſetzt worden, wie z. B. die gefürſteten Grafen von Henneberg; die gefürſteten Aebte zu Fulda,

Kemp-

Kempten, Stablo ꝛc. die gefürſteten Pröbſte zu Elwangen, Berchtolsgaden und Weiſſenburg; wohingegen die gefürſteten: Abt zu St. Emmeran in Regensburg und Abtiſsinnen zu Eſſen und Thorn, noch immer weiter nichts als ihren Antheil an der bloſen Geſammtſtimme auf der rheiniſchen Prälatenbank haben, und in ſolchem Betracht dahier, nicht einſt unter die Fürſtenmäßigen, gerechnet werden können.

(b) J. T. Scheffer Diſſ. de inſigni præeminentia Principum Imperii majorum præ Principibus & Statibus aliorum Europæ regnorum, *Tüb.* 1732.

§. XCVII.

Von den Herzogen.

Unter dem Namen deutſcher Herzogen waren urſprünglich diejenigen zu verſtehen, welche bei Kriegszeiten den Heerzug anführten (a), und nachher die Gouverneurs der anſehnlichſten Provinzen waren, welche diesfalls Herzogthümer genannt wurden (b). Nach Ausgang des Karolingiſchen Stammes, zählte Deutſchland vorzüglich ſeine fünf verſchiedenen Herzogthümer: Baiern, Schwaben, Franken, Lothringen und Sachſen, deren Beſitzer von den Königen angeordnet, von denſelben beſtätigt, und mit allen Regalien beliehen wurden (c). Dieſe mächtigen Herzogthümer ſind nachher zum Theil wieder erloſchen (d), ihre Anzahl hingegen ward mit einem Erzherzogthum (e) und vielen anderen Herzogthümer allmälig vermehret; deren Beſitzer, worunter einige ſelbſt zu den Erz- Pfalz- oder heutigen Kurfürſten gehören, nächſt dieſen die höchſte Würde unter allen Reichsſtänden, noch immer vorzüglich bekleiden. Die noch gegenwärtig fortdaurenden altherzoglichen Familien in Deutſchland, ſind: Sachſen, Baiern, Braunſchweig-Lüneburg, Mecklenburg, Hollſtein und Würtemberg; ſo wie hingegen die heutigen Beſitzer der übrigen Erz- und Herzogthümer: Oeſterreich,

Steier-

Steiermark, Kärnten, Krain, Braband, Geldern, Limburg, Engern und Weſtphalen (f), Jülich, Cleve, Berg, Zweibrück, Pommern und Lauenburg, unter den Reichsſtänden anders nicht als die Repräſentanten jener erloſchenen erz- und herzoglichen Familien angeſehen werden, in deren Lande und Rechte ſie erblich eingetreten ſind (g). In dem W. F. (h) ſind die Erz- und Hochſtifter Magdeburg, Bremen und Verden, ſo wie kurz vorher das Fürſtenthum Aremberg (i), und noch jüngſt die vereinigten Grafſchaften Oldenburg und Delmenhorſt (k), unter die Zahl der Herzogthümer feierlich erhoben worden.

(a) Hincmar Epiſt. IV. Cap. 14. — Cluverii Germ. ant. C. 46. und 48. — Conringii Diſſ. de Ducibus, §. 4.

(b) S. Diploma Ludovici, bei dem Mabillon T. IV. Analect. p. 570. — Annales Bertin. ad a. 829.

(c) Luitprandus L. 2. hiſt. C. 7.

(d) Z. B. die Herzogthümer Schwaben und Franken, nach der Enthauptung Konradins ſeit dem J. 1269. ſ. Koeler fata Ducatus Alemanniæ & Sueviæ, *Altorf.* 1735. — Woher die Biſchöfe von Würzburg ſich Herzoge des orientaliſchen Frankenlandes ſchreiben? ſ. bei dem Pfeffinger ad Vitr. I. 1179. ſqq. auch 119. — Gonne de Ducatu Franciæ orientalis, *Erl.* 1756.

(e) So ward nämlich von K. Friderich *I.* die Markgrafſchaft Oeſterreich zu einem Herzogthum, und eben daſſelbe nachmals von K. Friderich *III.* zu einem Erzherzogthum erhoben, Moſers Staatsr. Tom. IV. p. 114. §. 25. ſqq.

(f) Was in dieſen Landen der geächtete Herzog Heinrich der Löw aus Baiern inne gehabt, ward von K. Friderich *I.* 1180. dem Erzbiſchofe Philipp von Köln verliehen, und unter K. Otto *IV.* 1201. dem kölniſchen Erzſtift auf ewig beſtätigt. Gelenius de magnit. Col. — Orig. Guel. Tom. III. p. 101. — J. G. Scherz judicium de Henrico Leone, *Lipſ.* 1749.

(g) Kemmerich introd. ad jus publ. L. 3. C. 16. §. 8. p. 855.
(h) O. F. J. Art. X. §. 7. — Art. XI. §. 6. und 11.
(i) In dem J. 1644.
(k) (1775.) S. oben, §. LXII. unter der Lett. f.

§. XCVIII.

Von den Pfalzgrafen.

Gleichwie in Deutſchland ſchon anfangs unter Karl dem Großen die vorzügliche Würde und erhabenen Rechte eines Reichspfalzgrafen (a) oder obern Hofrichters entſtanden, welcher den Kaiſer auf ſeinen verſchiedenen Palläſten (b), (Schlöſſern, Burgen und Maierhöfen) allenthalben zu begleiten, und unter Deſſen Vorſitz in unmittelbarn Streitſachen, die rechtlichen Endurtel zu fällen hatte (c); alſo erwuchſen nach dieſem Beiſpiele, beſonders mit dem X. Jahrhund. auch in den fünf herzoglichen Hauptprovinzen Sachſen, Baiern, Franken, Schwaben und Lothringen, noch verſchiedene andern abſonderlichen Landpfalzgrafen (d), welche an der Seite der Herzogen, die königlichen Fiskalrechte zu verwalten, und allda die höchſte Richterſtelle Namens des Kaiſers oder Königs, zu vertreten hatten, woran von den Urteln der untergeordneten Gaugrafen ordentlich appelliret ward (e). Alle dieſe verſchiedenen Landpfalzgrafen ſind allmälig in gänzlichen Abgang gerathen (f). Dahingegen hat ſich des obern Hofrichters oder Reichspfalzgrafen erhabene Amtsſtelle an der Seite der Kaiſer, noch lange erhalten; bis endlich die Beſitzer derſelben, damit ſamt der reichsfürſtlichen Würde erblich beliehen (g), auch nach allmälig erlangtem erz- und kurfürſtlichem Anſehen (h), ſich wirklich bis auf den heutigen Pfalzgrafen bei Rhein und Kurfürſten von Pfalzbaiern (i) fortgepflanzt haben (k).

(a) (Pallenz- oder Pallaſtgraf) Ob damals mehrere Pfalzgrafen oder nur ein einziger geweſen ſey? iſt noch immer eine Streitfrage, die von einigen Urkunden

den veranlaſſet worden, worin von mehreren Comitibus palatii zu gleicher Zeit die Rede iſt; allein, kann dieſes Prädikat nicht etwa auf eine uneigentliche Art gebraucht und einem oder mehreren Beiſitzern des pfalzgräflichen Gerichts zugeeignet worden seyn? welche Comites palatii gegen den obern Pfalzgrafen anders nicht als die Cancellarii gegen den Erzkanzler mögen zu vergleichen geweſen seyn. Man glaube einſtweilen dem, was der Erzbiſchof Hinkmar, der die beſte Wiſſenſchaft davon haben konnte, ausdrücklich ſchreibt: „præcipue duo, id eſt: *Apocriſiarius* de negotiis eccleſiaſticis, & *Comes Palatinus* de ſecularibus judiciis curam habebant.“ S. Ottonis Diſſ. de Comitibus palatii, Cap. 2. — Conringii Cenſ. Dipl. Ludov. C. 8. p. 127.

(b) Die zu dem Aufenthalt der deutſchen Kaiſer oder Könige beſtimmten Städte hieſſen, ehedem Urbes palatinæ, d. i. Pfalzſtädte, oder Pfalzen, (Pallenzen, Palläſte;) unter welchen Aachen in Deutſchland die fürnehmſte war. S. Chron. Gottw. L. 3. C. 2. p. 452.

(c) S. Hincmar de ordine palatii, C. 21.

(d) Spec. sax. L. 3. Art. 53. §. 1. und Spec. suev. L. 1. Art. 19. „in deutſchen Landen hat jedes Land (Herzogthum) ſeinen Pfalzgrafen: Sachſen hat einen, Baiern hat einen, Franken hat einen, Schwaben hat einen, ꝛc. S. Struvii ſyntag. jur. publ. C. 20. §. 19-25. C. H. Horn de Comitibus palatinis Saxoniæ, *Wittemb.* 1709. — M. H. Griebner de Palatinatu Thuringiæ, *Wittemb.* 1718.

(e) Aventini Annal. Bojor. L. VI. p. 296. ſqq.

(f) Man ſehe jedoch: M. H. Griebner de juribus Palatinatus Saxonici, Duci Electori adhuc propriis, *Wittemb.* 1715. — Abhandl. von den Pfalzgrafen in Deutſchland; in den Braunſchw. Anz. (1754.) Num. XX. S. 377.

(g) C. L. Tollner Hiſt. palat. C. 1. pag. 5. — Daß man dieſe Pfalzgrafen bereits vor K. Otto *III.* für erblich gehalten habe, bezeugt Monachus Brunwillerensis in vita Ezonis palatini, C. 1. pag. 314. wo er ſchreibt: „Ezo regalis palatii apicem *jure paterni ſanguinis* ſtrenuiſſime gubernando, eo profecit honoris, ut ſuam ſemper gloriam pluris, quam accepiſſet, efficeret decoris.“

(h) K. F. Günter von dem abwechſelnden Schickſale der alten pfälziſchen Kurwürde, in Comment. Acad. palat. *Vol.* IV. hiſt. p. 189. ſqq. *Manh.* 1778. 4.

(i) So kam nämlich die heutige Pfalzgrafſchaft am Rhein im XIII. Jahrhundert an das Baieriſche Haus, und durch die Theilung vom J. 1294. an die ältere Linie, welche jezt wirklich in der Kurfürſtlichen (Sulzbachiſchen) und Zweibrückiſchen Familie fortdauert; woraus zugleich abzunehmen, daß unter dieſer Pfalzgrafſchaft heut zu Tage kein Reichsamt mehr, ſondern ein gewiſſes reichsſtändiſches Territorium zu verſtehen ſey, deſſen Beſitzer die pfalzgräfliche Würde, und alle daher ſtammenden Rechte, z. B. des rheiniſchen Vikariats, der größern Komitiv ꝛc. erblich eigen hat. J. F. Hertling Diſſ. de Regalibus palatinis, ſive de præcipuis Domus palatinæ juribus, ac præeminentiis, *Heidelb.* 1734.

(k) Die bei ihrem würdigen Autor dem hieſigen Profeſſor Cramer, zum Druck bereit liegende *Diſſertatio hiſtorico-critica* de Comitum palatinorum genuina conditione ſub Regibus Francorum & Germanorum, Verdient in vielem Betracht dahier ſchon zum voraus, beſonders anempfohlen zu werden.

§. XCIX.

Von den Landgrafen.

Die urſprüngliche Benennung der ſogenannten Landgrafen in Deutſchland, ſtammt eigentlich her von denjenigen ehemaligen Landrichtern, deren Amtsanſehen zu einer ganzen Landſchaft oder Provinz, wie jenes der Grafen zu einem einzelnen Gaue, ſich verhielte (a), daher ſie auch Comites Provinciarum (provinciales) genannt wurden (b). Aus der Geſchichte iſt keine ältere bekannt, als ſeit Kaiſer Lothar *II.* die Landgrafſchaft Thüringen (c), wozu nachher die Landgrafſchaften Heſſenkaſſel, Heſſendarmſtadt (d) und Leuchtenberg gekommen, die alle zu den weltlichen Reichsfürſtenthümer gezählt werden; wo hingegen die übrigen Landgrafſchaften:

Klett-

Klettgau, Sauſenberg, Stühlingen, Baar, Nellenburg und Brisgau, noch immer den Grafſchaften gleichgerechnet, auſſer Klettgau aber, wirklich nicht einſt zu Sitz und Stimm bei dem Reichstage aufgenommen ſind (e).

(a) Besoldi Theſaur. pract. voc. *Landgravius* p. 498. „Comites provinciales, die Landgrafen, judices erant olim totius alicujus Provinciæ, ſeu *Territorii mediterranei*, ad differentiam Marchionum, die da Richter geweſt ſeyn eines Landes, ſo auf des Reichsgränzen liegt." Du Fresne gloſſar. voc. *Comes Prov.* p. 1091.

(b) Von den eigentlichen Landgrafen ſind die, in verſchiedenen Urkunden ſogenannten Comites Patriæ de Alſatia oder Thuringia, wohl zu unterſcheiden; ſ. Pfeffinger ad Vitr. Tom. II. p. 585.

(c) G. M. Pfefferkorn Geſchichte von der Landgrafſchaft Thüringen, Gotha, 1685.

(d) J. B. Hundeshagen Unterſuchung der Trennung der Landgrafſchaften Heſſen und Thüringen, Kaſſel, 1756.

(e) S. Börners Erläut. des D. Staatsr. Th. II. S. 189. u. f.

§. C.

Von den Markgrafen.

Unter dem Namen deutſcher Markgrafen (a) ſind urſprünglich diejenigen zu verſtehen, die über gewiſſe Gränzprovinzen des Reichs, zu deren Vertheidigung wider die Einbrüche auswärtiger Völker geſetzt waren (b), und von welchen ſchon in den karolingiſchen Urkunden ausdrückliche Meldung geſchieht (c). Dieſe Markgrafen waren zwar anfangs gewiſſermaaßen den Herzogen ſubordinirt (d); es hat aber dahingegen dieſe Dependenz nicht allein nach und nach aufgehört (e), ſondern es ſind auch faſt alle Markgrafſchaften theils zu Herzogthümern erhoben (f), theils unter die Zahl der Fürſtenthümer gebracht worden. Zu dieſen gehören noch wirklich: Baden (g), Bran-

Brandenburg (h), Lauſitz (i), Mähren und Meiſſen; obwohl wirklich wegen den drei leztern ſo wenig als wegen Burgau und Antwerpen, in dem Reichsfürſtenrath Siz und Stimme geführt wird.

(a) (Marchiones, Marchgravii, Duces limitanei, Præſides Marcæ, Comites Marchæ, Cuſtodes Finium, Liminarchæ, Marchiſii, &c.)

(b) So war z. B. die Anlegung der Markgrafſchaften Schleswig, Meiſſen und Brandenburg, eines von den beſondern Verdienſten Kaiſers Heinrich *I.* weil auſſerdem es viel ſchwerer geweſen ſeyn würde, die gewaltſamen Einbrüche der Sklaviſch- und Wendiſchen Völker von dem Reich abzuhalten, oder auf den Gränzen zu bändigen.

(c) S. Conſtitutio CAROLI M. d. a. 804. Aquis promulgata, in des Lehmanns ſpeier. Chron. L. 2. C. 16. und 39. — STRUVII Corp. jur. publ. C. XXI. §. 34.

(d) S. CHRON. AUGUST. ad a. 1152. ap. FREHERUM T. I. — COSMAS PRAG. in hiſt. Boh. L. 3. ad a. 1110. — Speners D. Staatsr. Th. II. S. 979. u. f.

(e) Wenn man nur einige kleinere und längſt erloſchne Markgrafſchaften als: zu Stade und Soltwedel, Landsberg, Schweinfurt, ꝛc. ausnimmt.

(f) Wie z. B. Oeſterreich, Steiermark, Kärnten, Krain, Jülich, ꝛc.

(g) Begreift gegenwärtig: Baden-Baden, Baden-Durlach und Baden-Hochberg.

(h) Zertheilt in drei Linien: 1) die Kurlinie, 2) die Anſpachiſche, 3) die Kulmbachiſche, die aber als erloſchen, von jener repräſentirt wird.

(i) Die obere Lauſitz gehört gegenwärtig an Kurſachſen, die untere Lauſitz hingegen, theils an Kurſachſen, theils an Brandenburg.

§. CI.

Von des Reichs unmittelbaren Burggrafen.

Nicht ſo in den Zeiten der Karolinger, als vielmehr der nachherigen Kaiſer, finden ſich im deutſchen Reiche die ſogenannten Burggrafen (a), welche anfangs über gewiſſe kaiſerliche Burgen oder

Schlöſſer

Schlöſſer, auch die dazu gehörigen Grundgebiete, der ihnen anklebigen Gerichtsbarkeit halben, angeordnet waren (b). Derlei Burggrafen ſind nun zwar allmälig zu einer immer größern Anzahl erwachſen (c), die aber auch vor und nach dermaaßen wieder abgenommen, daß heut zu Tage nur noch Nürnberg (d), Magdeburg (e) Stromberg (f) und Reineck (g), als die vier Burggrafſchaften des Reichs (h) wirklich angeſehen, und darunter die beiden erſtern zu zu den Reichsfürſtenthümer (i) gezählt werden.

(a) J. Pomarii Chron. Sax. *Tit.* von Namen, Amt und Unterſcheid der Pfalz- Mark- und Burggrafen, ꝛc. p. 162.

(b) Spec. Suev. C. 390. §. 2-3. — Weichbild Art. 41. S. 74. — Spangenberg Adelsſpiegel, Buch X. S. 317.

(c) S. Pfeffinger Tom. II. p. 701. ſqq. allwo aber die angeführten wenigen unmittelbare mit vielen blos mittelbaren Burggrafen und Kaſtellanen, untereinander vermiſcht werden. Albini Chron. Misn. Tit. VIII. p. 97.

(d) J. G. Layriz de Burggraviatu Norimbergenſi, *Barut.* 1676.

(e) P. C. Schroeter de Burggraviis Magdeburgicis, *Wittemb.* 1709.

(f) Gehört ſeit 1732. an das Hochſtift Münſter. ſ. Spangenberg Adelsſpiegel, X. Buch, XV. Kap. 298. S.

(g) Imhoff Notit. Procer. Imp. L. VII. C. XIII. §. 3.

(h) Nachdem ſeit dem J. 1572. die Burggrafſchaft Meiſſen gänzlich erloſchen iſt. Struvii jurisprud. publ. C. XX. §. 23.

(i) Ludewig Reliq. MSt. Tom. VI. p. 39. — Dahingegen von dem Burggrafthum Magdeburg ſo wenig im Reichsfürſtenrath, als von Stromberg auf einer der Grafenbänke, Sitz und Stimme geführt wird. Europ. Herold, Th. I. Kap. XXII. — Limnaeus I. P. Lib. IV. Cap. VII.

IV. Ab-

IV. Abſchnitt.

1. Urſprung und Eigenſchaft der unmittelbaren Grafen und Herren insgemein;
2. Inſonderheit der ſogenannten Wild- und Rheingrafen;
3. Heutiger Zuſtand und kollegialiſche Ab- und Eintheilung ſämmtlicher Reichsgrafen.

---

§. CII.

Von des deutſchen Reiches unmittelbaren Grafen und Herren insgemein.

Unter den fränkiſchen Königen und erſten deutſchen Kaiſern, hieſſen Graven oder Greven (a) (Comites, Graphiones) eigentlich diejenigen: welche in gewiſſen Gauen (b) auch theils einzelnen großen Städten (c) und zwar meiſtentheils unter den Herzogen (d), die königlichen Fiskalrechte und Gerichtsbarkeit verwalteten (e). Dieſe blos Gräflichen ſind wie alle übrigen Pfalz- Land- Mark- und Burggräflichen Reichsämter, ſammt den ihnen untergeordneten Grafſchaften, allmälig an deren Beſitzer erblich gediehen (f), und endlich ſo gar zu einer beſondern reichsſtändiſchen Würde und Ehrentitel erwachſen. Unter die Zahl unmittelbarer Reichsgrafen gehören nun auch gewiſſe ſogenannten Dynaſten (g), welche als Beſitzer einiger unmittelbaren Reichsherrſchaften (h), urſprünglich unter verſchiedenen Benennungen vorkommen, als: Herren (i), edle Herren (k), Freie oder Freiherren, Semperfreien (l), Baronen, u. a. (m), die in mittlerm Zeitalter (wie noch gegenwärtig) zum hohen Reichsadel (n) gerechnet worden, und daher von dem niedern ſowohl unmittel- als mittelbarn Adel (o) genau zu unterſcheiden ſind.

(a) Schon anfangs bei den alten Deutſchen, bedeutete das Wort Grav oder Grev einen Richter (Gerichtsvogt;)

wovon z. B. die noch wirkliche Benennung des kurfürſtlichen Greve in der Stadt Köln, und verſchiedener ſogenannten Gogreven im Herzogthum Weſtphalen, gewiſſermaaßen als ein Ueberbleibſel anzuſehen. TACIT. de M. G. Cap. XIII. §. 4.

(b) Pütters Abh. von den ehemaligen Gauen und deren Verhältniß zu den heutigen deutſchen Länder; in ſ. Beitr. Th. I. S. 165-178.

(c) CAPITULAR. CAROLI M. und LUDOV. PII, L. 3. C. 25. — ANNAL. SAXO ad a. 806.

(d) DU FRESNE Gloſſar. voc. DUX, p. 1703.

(e) Lünigs Theſaurus juris der Grafen und Herren, §§. 4-6.

(f) ANNAL. SAXO ad a. 949. — LAMBERT. SCHAFNAB. ad a. 1075. — Pütters Reichshiſt. Th. I. S. 247.

(g) Dieſe gehörten von jeher zum hohen Adel oder zum Herrnſtande, woraus viele altfürſt- und gräflichen Familien erwachſen ſind, die noch jezt in dem gröſten Anſehen fortblühen, ſo wie z. B. das herzogliche Haus Würtemberg von den Dynaſten von Beutelsbach abſtammet. ſ. J. Luca Grafenſaal, (1702.) und Lenzens diplomatiſche Fortſetzung deſſelben, Halle, 1751. — C. G. BUDER de Dynaſtis Imperii quondam titulo & dignitate Ducum & Principum ſplendentibus, L. 2. SYMMICT. p. 141. ſqq. — Eſtors kl. Schriften, I. Band, S. 802. 844.

(h) STRUVII ſyntag. jur. publ. C. 27. §. 23. — F. Comitis à SAYN Diſſ. de ſuperioritate territoriali in Allodiis Imperii, §. 4. — BUDER Comment. de feudo jurisdictionis, §. 8-9. in *Opuſc.* p. 536. ſqq.

(i) Unter dieſer einfachen Benennung, ſind von den alten Dynaſten nur noch die Herren von Freiberg in Schwaben übrig; ſ. IMHOF Notit. S. R. I. Procer. p. 611. ſqq.

(k) z. B. die Grafen und edlen Herren von der Lippe, ꝛc.

(l) z. B. die Grafen und Semperfreien von Limburg und von Weſterburg, ꝛc.

(m) M. Praun adeliches Europa, Kap. VI. von den Baronen und Freiherren, §. 561.

(n) S. oben unter der Lett. g. — D. G. STRUBE de origine Nobilitatis Germanicæ & præcipuis ejusdem juribus, *Jenæ*, 1754. — C. L. Scheidts hiſtoriſch-diplomatiſche Nachrichten vom hohen und niedern Adel in Deutſchland, Hannov. 1754.

(o) G. D. Strube vom Urſprunge und Unterſchied des niedern deutſchen Adels; in ſ. Nebenſt. Th III.

(1749.) Num. 21. — P. Leyser de differentiis Nobilium medii & hodierni ævi, *Helmſt.* 1727. — J. A. Kopp de inſigni differentia inter S. R. I. Comites & Nobiles immediatos, *Argent.* 1728. — J. G. Estor de Statu, dignitate & differentia veterum Dynaſtarum Imperii & hodiernorum Nobilium; in Oetteri Biblioth. hiſt. T. 1. (*Norimb.* 1752.) p. 363-372.

§. CIII.

Von den Wild- und Rheingrafen insbeſondere.

Aus dem mittlern Zeitalter hat der heutige hohe Reichsadel noch immer ſeine beſonderen ſogenannten Wild- und Rheingrafen übrig, die in verſchiedenen lateiniſchen Urkunden Comites hirſuti, ſylveſtres & Rheni, genannt werden (a). Die Wildgrafen haben auſſer Zweifel dieſen eigenen Namen urſprünglich daher, weil ſie anfangs über gewiſſe wilden oder rauhen und waldigten Gegenden, zu Anbauung und Verbeſſerung derſelben, auch des Jagd- und Forſtregals halben, geſetzt waren (b); ſo wie hingegen der Rheingrafen urſprüngliche Benennung vermuthlich daraus entſtanden iſt, weil dieſelben ehemals unter dem Reichspfalzgrafen über gewiſſe Diſtrikten der rheiniſchen Tafelprovinz, von den Kaiſern angeordnet geweſen (c). Die Fürſtlich-Salmiſchen und Gräflich-Grumbach- und Dhauniſchen Linien bedienen ſich noch gegenwärtig, wegen des Beſitzes der Wildgrafſchaften Kyrburg und Dhaun, ſammt der Rheingrafſchaft zu Stein, des wild- und rheingräflichen Titels (d); wo hingegen die heutigen Beſitzer der ehemals ſogenannten rauhgräflichen Länder (e) das daher üblich geweſene Prädikat nicht mehr gebrauchen.

(a) Du Fresne gloſſar. T. II. voc. Comes.

(b) Derlei Grafen waren ſchon anfangs von K. Karl dem Gr. über den Ardennerwald beſtellt; ſ. Spangenbergs Adelſpiegel, Lib. X. Cap. XXV.

(c) Freheri orig. Palat. Lib. I. Cap. III. & VI. — Tolneri hiſt. Palat. C. III. p. 96. und C. VIII. p. 223.

(d)

(d) S. Börners Erläut. des D. Staatsr. Th. II. §. XXVII. p. 181.

(e) H. C. Senkenberg de communi ſylveſtrium ac hirſutorum Comitum origine, munere & proſapia, in ſ. *Meditat.* faſc. I. (*Gieſſ.* 1739. 3.) pag. 1-23. — ſ. G. B. cap. I. §. 12.

§. CIV.

Von gegenwärtigem Zuſtand und kollegialiſcher Ab- und Eintheilung der geſammten Reichsgrafen.

Obwohl bei kaiſerl. und königlichen Krönungen auch andern Reichsfeierlichkeiten ſo, wie auſſer denſelben bei dem kaiſerlichen Hoflager und ſonſt allenthalben, die unmittelbaren Grafen und Herren, welche Siz und Stimm in dem Reichsfürſtenrath hergebracht haben, vor andern aus- und einheimiſchen Grafen und Herren, auch kaiſerl. Geheimräthen und Kammerherren, unmittelbar nach dem Fürſtenſtand, die erſte Stelle behaupten (a), anbei die vorzügliche Ehre genieſſen, unter ihrer Zahl ſo gar Könige auch Kur- und Fürſten als wirkliche Mitkollegen zu beſitzen (b); ſo will man demunerachtet die gräflichen Geſandten auf dem Reichstage, anders nicht als blos wie Deputirten anſehen und behandeln; worin jedoch ſeit dem J. 1715. von den Kur- und Fürſten einiger Maaßen nachgegeben worden (c). Uebrigens ſind aus den Stimmen der Grafen, welche bis 1512. von einem jeden einzeln geführt worden, unverſehens bloſe Geſammtſtimmen erwachſen (d), und zwar an der Zahl anfangs nur zwo, nämlich der wetterauiſchen und ſchwäbiſchen Grafen; bis hernach 1641. noch inſonderheit die fränkiſche, und endlich 1654. auch die weſtphäliſche Grafenſtimme hinzugekommen (e); daß ſolchergeſtalt die Grafen zuſammen, gegenwärtig vier Kuriatſtimmen haben; ſo wie ſie auch diesfalls in vier verſchiedene Kollegien (f) unter eben ſo vielen Direktorien (g), ab- und eingetheilt ſind.

(a) Kaiſerl. Wahlk. Art. III. §. 23.
(b) Woran nämlich verſchiedene Grafſchaften ausgeſtorbener Familien gefallen ſind; und gleichwie die Stimme auf dem Lande haftet, ſo iſt leicht zu erachten, woher das Grafenkollegium nebſt Kur- und Fürſten, ſo gar auswärtige Könige in ſich begreiffet.
(c) Staatskanzlei Th. XXVII. S. 785.
(d) J. A. Kopp Discurſus von den Reichsgräflichen votis curiatis; in ſ. Tr. de inſigni differ. inter Comites & Nobiles immed. *Argent.* 1728. — Pütter wahre Bewandtniß der Trennung der K. G. Viſit. (1776.) §. 23. S. 29.
(e) Corp. jur. publ. p. 897. — Moſers kleine Schriften, Th. V. S. 426. u. f.
(f) Deren ſämtliche Mitglieder in Moſers Tr. von Reichsſtänden, (1767.) S. 816. u. f. folgender Maaßen beſchrieben ſind: I. das wetterauiſche Grafenkollegium: 1. Solms, 2. Iſenburg, 3. Stolberg, 4. Witgenſtein, 5. Wild- und Rheingrafen, 6. Leiningen, 7. Leiningen-Weſterburg, 8. Reuſſen, 9. Schönburg, 10. Ortenburg, 11. Wied-Runkel wegen Kriechingen. — Heſſen-Hanau, Naſſau-Weilburg, Naſſau-Saarbrücken und Waldeck haben ſich abgeſondert; Wartenberg hingegen iſt wieder ausgeſchloſſen worden.
II. Das ſchwäbiſche Grafenkollegium: 1. der Fürſt zu Fürſtenberg als Gr. zu Heiligenberg und Werdenberg; 2. die gefürſtete Abtißinn zu Buchau; 3. der Deutſchordens Landkommenthur der Ballei Elſaß und Burgund, als Kommenthur zu Alſchhauſen; 4. die Fürſten und Gr. zu Oettingen; 5. der Gr. von Montfort; 6. der Kurf. von der Pfalz, wegen der Grafſch. Helfenſtein; 7. der F. zu Schwarzenberg w. der Landgrafſchaft Klettgau und Grafſch. Sulz; 8. die Grafen von Königseck; 9. die Reichs-Erb-Truchſeſſen, Gr. zu Waldburg; 10. der Markgr. von Baden, w. der Grafſch. Eberſtein; 11. der Gr. von der Leyen, w. Hohen-Gerolzeck; 12. die Grafen Fugger; 13. der Herzog von Würtenberg, w. der Herrſch. Juſtingen; 14. die Grafen von Traun, w. Eglof; 15. der Abt zu St. Blaſi, w. Bondorf; 16. der Gr. von Stadion w. Thannhauſen; 17. der F. von Taxis, w. Eglingen; 18. die Gr. von Khevenhüller; 19. die Gr. von Kufſtein; 20. der F. von Colloredo; 21. die Gr. von Harrach; 22. die Gr.

von

von Sternberg; 23. die Gr. von Neiperg; dieſe letztern und Num. 18. ſind Perſonaliſten.)

III. Das fränkiſche Grafenkollegium: 1. Hohenlohe: 2. Kaſtell; 3. Löwenſtein wegen Wertheim; 4. Erbach; 5. Limburgiſche Allodialerben; 6. Schwarzenberg w. Seinsheim; 7. eine Linie von Noſtitz, w. des Antheils an der Grafſch. Rineck: 8. die Wolfſteiniſche Allodialerben, nämlich der Gr. von Hohenlohe-Kirchberg, und der Gr. von Giech; 9. die Gr. von Schönborn w. der Herrſchaft Reichelsberg; 10. eine Linie von Windiſchgrätz; 11. die Gr. Urſini von Roſenberg; 12. eine Linie von Stahrenberg; 13. die Gr. von Wurmbrand; 14. von Giech; 15. von Pückler; (worunter Num. 10. 11. 12. und 13. Perſonaliſten ſind.)

IV. Das weſtphäliſche Grafenkollegium: 1. Wied; 2. Brandenburg-Onolzbach w. Sayn-Altkirch; 3. Kirchberg w. Sayn-Hachenburg; 4. Heſſenkaſſel und Lippe-Bückeburg w. Schaumburg; (5. Dänemark w. Oldenburg und Delmenhorſt;) 6. Lippe; 7. Bentheim; 8. Preußen w. Tecklenburg; 9. Großbritannien w. Hoya, Diepholz und Spiegelberg; 10. Löwenſtein w. Virneburg; 11. Kaunitz w. Rittberg; 12. Waldeck w. Pyrmont; 13. eine Linie von Törring w. Gronsfeld; 14. Aspermont w. Reckheim; 15. Salm w. Anholt; 16. Metternich w. Winneburg und Beilſtein; 17. Anhalt-Schaumburg w. Holzapfel; 18. Manderſcheid w. Blankenheim und Gerolſtein; 19. Plettenberg w. Witten; 20. Limburg-Styrum w. Gehmen; 21. Schwarzenberg w. Gimborn und Neuſtadt; 22. Quad w. Wickerad; 23. Oſtein w. Mylendonk; 23. Neſſelrod w. Reichenſtein; 25. Mark w. Schleiden und Saffenburg; 26. Schaesberg w. Kerpen und Lommerſum; 27. Salm-Reifferſcheid w. Dyck; 28. Platten w. Hallermünde; 29. eine Linie von Sinzendorf w. Reineck. — Als bei Gelegenheit der Kammergerichtsviſitation 1775. die Religionseigenſchaft der weſtphäliſchen und fränkiſchen Grafen zur Sprache kam; ſind darüber mehrere Deduktionen für und wider verhandelt worden, deren Titel in der Deduktionsbibliothek, Th. I. S. 223. u. f. zu finden ſind.

(g) So hat z. B. das wetterauiſche Kollegium nebſt einem Direktor auch inſonderheit vier Zugeordnete, die unter den Gliedern wechſeln; das ſchwäbiſche hat

hat zween Direktoren und vier Zugeordnete, die es lebenslänglich bleiben; das fränkiſche hat einen Direktor, der alle drei Jahre wechſelt; und das weſtphäliſche hatte noch im J. 1744. ſeine zween Direktoren, einen katholiſchen und einen proteſtantiſchen. J. C. Lünig Theſaurus juris der Grafen und Herren des H. R. R. Leipz. 1725. Fol. — Anonymi brauchbare Anmerkungen den Reichsgrafenſtand betreffend, Frankf. 1763.

V. Abſchnitt.

1. Ehemaliger und heutiger Karakter der Reichsprälaten und Abtißinnen;
2. Deren kollegialiſche Verfaſſung und Rechte;
3. Gegenwärtige Form oder Sitz- und Stimmordnung des geſamten Fürſtenraths im Ganzen.

---

§. CV.

Von ehemaligem und heutigem Karakter der Reichsprälaten und Abtißinnen.

Gleichwie vermöge der alten Reichsmatrikel zu Worms 1521. alle diejenigen ohne Unterſchied Reichsprälaten genannt wurden, welche die fürnehmere geiſtliche Würden im Reiche beſaſſen, ſo da geringer als ein Biſthum und unmittelbar dem römiſchen Reiche deutſcher Nation, unterworfen waren (a); alſo werden, nach jetziger Reichsverfaſſung, zu der abſonderlichen Klaſſe der Reichsprälaten, nur noch diejenigen ſowohl gefürſteten (b) als ungefürſteten Aebte, Pröbſte, Kommendatoren und Abtißinnen (c) gezählt, welchen die Reichsſtandſchaft auf Reichstagen nicht einzeln oder mittels perſönlichen Stimmen, ſondern in Corpore oder mittels Geſammtſtimmen, wirklich eigen iſt (d), und ſolchergeſtalt von den eigentlich ſogenannten fürſtenmäßigen Prälaten (e) genau zu unterſcheiden ſind.

(a) Corp. jur. publ. p. 88-90.
(b) Die zwar den fürſtlichen Titel, noch wirklich aber keine fürſtenmäßige Virilſtimme erlangt haben.

(c) R. A. zu Speier 1541. §. mit denen Prälaten und Prälatinnen ꝛc. — 1544. §. aber ein jeder Prälat und Prälatinn ꝛc.
(d) J. C. Gatterer de adornanda Germania ſacra §. VIII. p. 36. ſqq.
(e) Man ſehe den obigen §. XCVI. unter der Lett. g.

§. CVI.

Von den Rechten und kollegialiſcher Verfaſſung der Reichsprälaten.

Seit dem XV. Jahrhundert hatten ſämmtliche Reichsprälaten im Fürſtenrath, nicht mehr als blos eine einzige Kuriatſtimme in wirklicher Ausübung; dahingegen haben dieſelben bei dem Reichstage zu Regensburg 1653. endlich ſo viel ausgewürkt, daß nebſt den ſchwäbiſchen (a) nun auch die rheiniſchen Prälaten (b) eine eigene abſonderliche Stimme (die ſie vor Alters gehabt und nachher vernachläßigt hatten) wieder erlangt (c), und ſolchergeſtalt ſich von neuem in zwei verſchiedene Kollegien vertheilt haben; worunter das ſchwäbiſche, ſeinen Direktor auf Lebenslang erwählet; das rheiniſche hingegen den Abt zu Werden zu ſeinem beſtändigen Direktor hat. Uebrigens verpflichtet ſich die kaiſerl. Majeſtät ausdrücklich: nebſt allen andern Reichsſtänden auch inſonderheit die dahin gehörigen Prälaten bei ihren Hoheiten, geiſt- und weltlichen Würden, Macht und Gewalt, auch ſonſt bei ihrem Stand und Weſen, zu laſſen (d).

(a) Hierhin gehören die Aebte: 1. zu Marchthal, 2. Elchingen, 3. Salmannsweiler, 4. Weingarten, 5. Ochſenhauſen, 6. Irrſee, 7. Petershauſen, 8. Urſpring, 9. Münchenroth, 10. Roggenburg, 11. Weiſſenau, 12. Wettenhauſen, 13. Zwifalten, 14. Gengenbach, 15. gefürſtete Abtißinn zu Lindau, 16. Abtißinn zu Rotenmünſter, 17. zu Hegbach, 17. Gutenzell, 19. Baindt, und 20. zu Neresheim.
(b) Unter dieſe gehören: 1. der Abt zu Kaiſersheim; 2. Deutſchordens-Ballei Koblenz; 3. Ballei Elſaß

und Burgund; 4. Probſt zu Odenheim oder Bruchſal; 5. Abt zu Werden; 6. zu St. Ulrich und Afra in Augsb. 7. zu St. Georg in Iſſny; 8. St. Korneli Münſter; 9. gefürſteter Abt zu St. Emmeran in Regensb. 10. gefürſtete Abtißinn zu Eſſen, 11. zu Thorn, 12. zu Buchau, 13. zu Quedlinburg, 14. zu Hervorden, 15. zu Gernrode, 16. Niedermünſter zu Regensb. 17. Obermünſter zu Regensb. 18. Gandersheim; 19. die Abtißinn zu Burſcheidt.

(c) S. kaiſerl. Decretum, wegen derer rheiniſchen Prälatenſeßion und Stimm auf Reichstagen, vom J. 1653. in Corp. jur. publ. p. 896.

(d) Wahlk. Art. I. §. 2.

§. CVII.

Von gegenwärtiger Form oder Sitz- und Stimmordnung des geſammten Fürſtenraths im Ganzen.

Wo nun alle dieſe verſchiedenen Kollegien oder Bänke der geiſt- und weltlichen Reichsfürſten, der wetterauiſchen, ſchwäbiſchen, fränkiſchen und weſtphäliſchen Reichsgrafen, der ſchwäbiſchen und rheiniſchen Prälaten, insgeſammt den ſogenannten Reichsfürſtenrath ausmachen; ſo iſt es deſſelben gegenwärtiger Verfaſſung gemäs, daß Oeſterreich mit Salzburg darüber abwechſelnd das Direktorium führen (a), auch jenes ſammt Burgund ſogar auf der geiſtlichen Fürſtenbank, vermöge eingegangener Abwechſelung mit Salzburg, den Vorſitz behaupten (b). Gleichwie es übrigens in Anſehung der Sitz- und Stimmordnung bis heran dabei geblieben, daß die Nebenlinien kurfürſtlicher Häuſer, nach dem urſprünglichen Range der Erzfürſten, zu erſt kommen; alſo haben von den darauf folgenden alten Fürſten ſich ſechs verſchiedene Häuſer (c) untereinander über eine Abwechſelung nach zehen Strophen verglichen (d); worauf hernach die übrigen alten Fürſten, ſo dann die neuen nach der Zeit ihrer Einführung, und zuletzt die Geſammtſtimmen der Reichsprälaten und Grafen, ſtufenweiſe einher folgen.

gen. Inzwiſchen haben die ſekulariſirten Fürſtenthümer, vermöge des W. F. (e) ihre eigenen Plätze, ſo wie die proteſtantiſchen Biſchöfe, (dergleichen nur noch der von Lübeck, und abwechſelnd jener von Osnabrück iſt) ein beſonderes Querbänkchen erhalten (f).

(a) Seit dem J. 1535. — ſ. Moſer von Reichsſtänden, S. 692. u. f.

(b) So iſt nämlich dieſem erzherzoglichen Hauſe zu endlicher Vermeidung der langen Präcedenzſtreitigkeit mit den altherzoglichen Häuſern Baiern und Sachſen, unter K. Karl *V.* der Vorſitz auf der geiſtl. Fürſtenbank eingeräumet worden. J. A. Felz Auſtria princeps, *ſive* de auguſtiſſimæ archiducalis Domus Auſtriacæ juribus ac prærogativis illuſtrioribus, præſertim intuitu nexus cum Imperio R. G. *Lipſ.* 1736.

(c) Namentlich: Pommern, Mecklenburg, Würtemberg, Heſſen, Baden und Hollſtein; welche hohen Häuſer daher mit dem Namen der ſechs alternirenden altfürſtlichen Familien, ausgezeichnet ſind.

(d) Corp. jur. publ. p. 721 - 1477.

(e) O. F. J. Art. X. §. 9. — Corp. jur. publ. p. 898.

(f) O. F. J. Art. V. §. 22.

VI. Abſchnitt.

1. Urſprüngliche Unmittelbarkeit und heutige Reichsſtandſchaft der Reichsſtädte;
2. Deren kollegialiſche Abtheilung;
3. Religionsverſchiedenheit;
4. Innerliche Verfaſſung;
5. Verhältniß der reichsſtädtiſchen Landeshoheit zu der kaiſerl. Majeſtät;
6. Zufällige Vorrechte einiger Reichsſtädte.

---

§. CVIII.

Von der urſprünglichen Unmittelbarkeit und heutiger Reichsſtandſchaft der Reichsſtädte.

Gleichwie die deutſchen Städte allererſt von K. Heinrich *I.* zu ihrer anfänglichen Flor und Aufnahme

me (a), und viele derſelben mittels nachheriger dreien berühmten Bündniſſen, nämlich des rheiniſchen (b), des hanſeatiſchen (c), und des ſchwäbiſchen Bundes (d), allmälig zu größerer Macht und Anſehen gebracht worden; alſo haben die meiſten gegenwärtigen Reichsſtädte ihre urſprüngliche Unmittelbarkeit theils der Erloſchung verſchiedener herzoglich- und gräflichen Familien (e), theils der Freigebigkeit der Kaiſer (f), theils auch dem ehemaligen Geldmangel der Landesherren zu verdanken (g). Wo nun auch ſämmtliche unmittelbaren Reichsſtädte, von Alters her, zu Sitz und Stimm auf feierlichen Reichstagen gelaſſen worden (h); ſo ſind dieſelben, vermöge des W. F. bei ſolcher althergebrachter Reichsſtandſchaft (i) und darauf haftender entſcheidender Komizialſtimme (k), gleich allen anderen des Reichs unmittelbaren Ständen auf ewig beſtätiget worden.

(a) Man ſehe oben, §. XXXII. unter der Lett. c.

(b) So wiederſetzten ſich im J. 1247. die rheiniſchen Städte Mainz, Worms, Speier, Frankfurt am Main ꝛc. mittels feierlich geſchloſſenen Bundes, dem bei der Veſtung Rheinfels, von dem mächtigen Grafen zu Katzenelnbogen Diether *I.* angelegten neuen Rheinzoll; welchem Bunde nachher unter Anleitung des Grafen von Waldeck, eine Menge anderer Städte, zu Schützung ihrer Freiheiten und Erhaltung des Landfriedens, beitraten. Struvii Corp. hiſt. Germ. *Period.* VII. Sect. VIII. §. 5.

(c) Der hanſeatiſche Bund (Anſa Teutonica) war jene zu Beförderung der Handelſchaft im XIII. Jahrhundert anfangs zwiſchen Lübeck und Hamburg getroffene Verein, wozu Bremen und Köln, ſo wie nach und nach viele andern mittel- und unmittelbarn Handelsſtädte aufgenommen würden, deren Anzahl endlich auf 72 anwuchs. Die heutigen Ueberbleibſel davon, ſind die an der Nord- und Oſtſee gelegenen Reichsſtädte Lübeck, Bremen und Hamburg, welche ſeit dem J. 1641. unter ſich den alten Bund erneuert, auch denſelben, in dem O. F. J. Art X. §. 16. und der kaiſerl. Wahlk. Art. VII. §. 2. beſtätiget erhalten

halten haben. J. Hagemeier Tr. de fœdere civitatum Hanſeaticarum, *Frf.* 1662.

(d) Dieſer ward im J. 1488. zu Schützung des Frankfurter Landfriedens K. Friedrichs *III.* von vielen ſchwäbiſchen Städten auch Prälaten, Grafen und Ritter errichtet; dem nachher viele Kur- und Fürſten, ſammt dem ganzen Löwenbunde, beigetreten. ſ. Datt de pace publ. C. 6. p. 271. — C. 8. p. 281. — C. 10. p. 301.

(e) So kamen z. B. nach Ausgang der herzoglich-ſchwäbiſchen und gräflich-aldorfiſchen Familien, unter vielen andern auch die Städte Ueberlingen, Buchhorn und Kaufbeuren, unmittelbar unter den Kaiſer und das Reich. ſ. Knipschild de Civit. Imp. L. 3. C. 8 - 26.

(f) Z. B. Nürnberg und Speier ſind von K. Lothar *II.* ſo, wie Regensburg und Lübeck von K. Friderich *I.* eximirt worden. ſ. Conring de Urb. Germ. §. 119. — Lehmann Speier. Chronik, Lib. IV. Cap. 3 - 4.

(g) So erkaufte z. B. die Stadt Lindau von den Grafen von Bregenz, und die Stadt Hamburg von Albert dem Grafen von Orlamünd (1225) ihre Freiheit um baares Geld. ſ. Knipschild l. c. L. 3. C. 54. — Lambecius orig. Hamburg. L. 1. in fin. — Tentzel vindiciæ Lindav. p. 280. — J. F. Moritz hiſtoriſch-diplomatiſche Abh. vom Urſprung der Reichsſtädte, Frf. 1756. — J. G. Eſtor warum die Anzahl der Reichsſtädte in Weſtphalen ſo gering ſey? in ſ. kl. Schrift, B. II. (Gieſſ. 1734.) S. 334 - 366.

(h) Lehmann Speier. Chronik Lib. VI. Cap. 113. p. 974. C. R. Hausen Diſſ. de origine ſuffragii comitialis Civitatum Imperii, *Hal.* 1771.

(i) O. F. J. Art. V. §. 29. „liberæ Imperii Civitates, prout omnes & ſingulæ ſub appellatione *Statuum Imperii* . . . ubique indubitate continentur . . . *idem* cum reliquis Statibus Imperii ſuperioribus *jus* habeant."

(k) O. F. J. Art. VIII. §. 4. „tam in univerſalibus quam particularibus Diætis, *liberis Imperii Civitatibus* non minus quam ceteris Statibus Imperii, competat *votum deciſivum.*"

§. CIX.

Von der Reichsſtädte kollegialiſcher Abtheilung.

Die freien unmittelbaren Reichsſtädte haben auf Reichstagen von jeher gleich den Kur- und Für-

ſten,

ſten, ein eigenes abſonderliches Kollegium formirt, worin ſie ſich noch gegenwärtig auf zwo verſchiedenen Bänke, nämlich: die rheiniſche (a) und ſchwäbiſche (b) vertheilen, und allda, mittels bevollmächtigten Deputirten, ihr wirkliches Sitz- und Stimmrecht ausüben (c). Uebrigens führt die vorſitzende Stadt, wo eben der Reichstag iſt, das Kollegialdirektorium; welche anbei die Stimmen von der rheiniſchen zur ſchwäbiſchen Bank wechſelweiſe aufruft (d), und ſelbſt zu letzt votiret.

(a) Zu dieſer Bank gehören die in dem oberrheiniſchen, weſtphäliſchen und niederſächſiſchen Kreiſe gelegenen 14. Reichsſtädte: Köln; Aachen; Lübeck; Worms; Speier; Frankfurt am Main; Goslar; Bremen; Hamburg; Mühlhauſen; Nordhauſen; Dortmund; Friedberg; Wetzlar.

(b) Hierhin gehören die im ſchwäbiſchen, fränkiſchen und baieriſchen Kreiſe gelegenen 37 Reichsſtädte: Regensburg; Augsburg; Nürnberg; Ulm; Eslingen; Reutlingen; Nördlingen; Rotenburg an der Tauber; Schwäbiſchhall; Rotweil; Ueberlingen; Heilbronn; Schwäbiſchgemünd; Memmingen; Lindau; Dünkelsbühl; Biberach; Ravensburg; Schweinfurt; Kempten; Windsheim; Kaufbeuren; Weil; Wangen; Ißny; Pfulendorf; Offenburg; Leutkirchen; Wimpfen; Weiſſenburg im Nordgau; Giengen; Gengenbach; Zell am Hammersbach; Buchhorn; Aalen; Buchau am Federſee; Bopfingen.

(c) Daß heut zu Tage von den meiſten Reichsſtädten zu dem fürwährenden Reichstage keine Deputirten aus ihrem Mittel abgeſchickt werden, ſondern diesfalls an Magiſtratsperſonen und Konſulenten zu Regensburg die Aufträge geſchehen, iſt wirklich zur Obſervanz geworden, die ihre gründliche Vertheidigung findet in Fabers Staatsk. Th. 81. Kap. 19. S. 622.

(d) Von verſchiedenen unter ſich alternirenden Stimmen, ſ. Königs Abh. von deutſchen Reichstagen, Kap. 5. S. 233. — Was die, vermöge des däniſchen Widerſpruchs, ausgeſchloſſene Hamburgerſtimme betrift? ſ. in Moſers Reichsfama, T. II. p. 780.

§. CX.

§. CX.

Von der Religionsverſchiedenheit der Reichsſtädte.

Die Reichsſtädte ſind, in Anſehung ihrer verſchiedenen Religionseigenſchaft, theils als pur katholiſch (a), theils als pur proteſtantiſch (b), zum Theil auch als vermiſcht (c) anzuſehen; je und nachdem jeder einzelnen Reichsſtadt Magiſtrat und Bürgerſchaft miteinander entweder zur alten katholiſchen oder zu einer der neuen proteſtantiſchen (lutheriſch- oder reformirten) oder allenfalls Theils zur katholiſchen und Theils zur proteſtantiſchen Religion ſich bekennen, und zugleich derſelben öffentliche Ausübung wirklich hergebracht haben (d).

(a) z. B. Köln, Aachen, Rotweil, Ueberlingen, Gemünd, Weil, Wangen, Pfullendorf, Offenburg, Gengenbach, Zell, Buchhorn, und Buchau.

(b) Hierhin gehören alle übrigen Reichsſtädte, auſſer den VI. vermiſchter Religion, die gleich hierunten angemerkt ſind.

(c) z. B. Augsburg, Dünkelsbühl, Biberach, Ravensburg, Kaufbeuren, und Leutkirch. — Facti Species über der Reichsſtadt Leutkirch wohlhergebrachten Statum pure evangelicum. 1730. fol. — Ayreri Logomachia de civitatibus mixtis. *Gœtt.* 1742. — G. Schmid *Diſſ.* de notione civitatis imperii religionis mixtæ. *Gœtt.* 1777.

(d) Wollte man mit Herrn Pütter in ſ. *Inſtit.* J. P. G. §. 105. und dem Herrn von Selchov in ſ. *Element.* J. P. G. §. 160. lehren, daß der Reichsſtädtiſchen Religionseigenſchaft kein anderes Entſcheidungsziel als blos der Zuſtand des Normaljahres übrig ſey; ſo würde man den Reichsſtädten ihr, gleich andern Ständen erlangtes Religions-Reformationsrecht dadurch gewiſſermaaſſen entkräften, oder ihnen gar die Reichskonſtitutionsmäßige Freiheit abſprechen, zu einer andern Reichs-Religion je übertreten zu dörfen. O. F. J. Art. V. §. 29. — J. Kirchheim (J. Horix) Verſuch von dem Reichsſtädtiſchen Entſcheidungsziel zwiſchen Katholiſchen und Proteſtanten. 1764. 8. — Man vergleiche dagegen Strubens Nebenſt. Th. VI. (1765.) S. 514-552. item Rechtl. Bedenken S. 342-367. — L. B. ab Eberstein *Diſſ.* de qualitate Religionis votorum in comitiis. (*Heidelb.* 1782.) §. 33. p. 51. ſeq.

§. CXI.

Von innerlicher Verfaſſung der Reichsſtädte.

Zu gründlicher Kenntniß der innern Verfaſſung einzelner Reichsſtädte, worin faſt keine der andern ganz

ähnlich iſt, gehören hauptſächlich folgende genau zu unterſuchenden Punkte: I. Was die obrigkeitlichen Perſonen, als Bürgermeiſter und übrige Rathsglieder auch Schultheiß und Schöpfen betrift: und zwar 1) wovon, wie, an welche und an wie viele ſolche Stellen auf Zeitlebens oder nur auf gewiſſe Zeit, verliehen werden? 2) Was es mit den Syndiken oder Konſulenten, Sekretarien, Archivarien und derlei Subalternen, in Anſehung ihrer Beſtellung, für eine Bewandtniß habe? — II. Was die obrigkeitlichen Berathſchlagungen und Amtsverrichtungen angeht: und zwar 1. wann, wie, und unter welcher Direktion die Rathsverſammlungen angeſtellt werden? 2) ob und wie die Glieder des Raths ſtufenweiſe in Klaſſen vertheilt, und nach ſolchen zu verſchiedenen Amtsverrichtungen angewieſen ſind? — III. Was die Bürgerſchaft belangt: und zwar 1) wie dieſelbe nach Kirchſpielen, Quartieren, Zünften, oder ſonſt eingetheilt ſey? 2) wie nach ſolchen Eintheilungen die Bürgerſchaft zuſammenkommen, ſich berathſchlagen, Schlüſſe machen, und mit der Obrigkeit handeln könne? — IV. Was endlich die Gewalt des regierenden Senats betrift: und zwar 1) wie weit ſich dieſelbe erſtrecke, und worin die Bürgerſchaft oder gar ein benachbarter Reichsſtand mit zu ſprechen habe? 2) ob inſonderheit die Kammereiverwaltung blos vom Magiſtrat abhange, oder der Bürgerſchaft zum Theil mit anvertraut ſey? 3) wie es mit neuen Auflagen und Geſetzen, dem Herkommen gemäs, gehalten werde? — Aus welchem allem dann endlich leicht zu urtheilen iſt, ob die beſondere Regierungsverfaſſung einer Reichsſtadt, mehr oder weniger Ariſtokratiſch oder Demokratiſch ſey (a); an weſſen richtiger Beurtheilung nicht ſelten um ſo viel mehr gelegen, als öfter diesfalls in vielen Reichsſtädten große Streitigkeiten, auch wohl die blutigſten Aufruhren entſtanden, die meiſtens anders nicht als durch kaiſerliche höchſtrichterliche Machtſprüche, mittels koſtbarer Lokalkommiſſionen, beigelegt und gedämpfet werden konnten (b).

(a) S. oben, §. LXXXIII. unter der Lett. c. S. 129.
(b) Moſers Tr. von der Reichsſtädtiſchen Regimentsverfaſſung, Frf. und Leipz. 1772.

§. CXII.

Von dem Verhältniſſe der Reichsſtädte und deren Landeshoheit zu der kaiſerl. Majeſtät.

Obwohl ſämmtliche unmittelbaren Reichsſtädte in ältern Zeiten mit gewiſſen kaiſerlichen Vögten (a) und Reichsſchultheißen verſehen, auch mit gemeinen Steuren (b) dem Kaiſer und Reiche verbunden waren; ſo werden dennoch izt wirklich unter ihnen ſehr wenige gefunden, die von dieſen beiden Beſchwerden nicht ſchon lange gänzlich befreit ſind (c). Gleichwie nun aber, nach Maasgab des W. F. (d) den Reichsſtädten insbeſondere, wie allen andern Reichsſtänden insgemein, die Landeshoheitlichen Rechte ausdrücklich zugeeignet und beſtätiget werden; ſo iſt dahingegen ſolche Reichsſtädtiſche Landeshoheit (e) in Vergleichung mit der majeſtätsähnlichern Regierungsgewalt der höheren Reichsſtände, an und vor ſich ſelbſt viel ohnmächtiger, anbei der Majeſtät des Kaiſers ſo tief untergeordnet (f), daß Demſelben (als ihrem allergnädigſten rechten Herrn) ſämmtliche Reichsſtädte (als gehorſame Unterthanen) feierlich zu huldigen und inſonderheit den Gehorſam ausdrücklich zu ſchwören, verpflichtet ſind. (g).

(a) D. G. Strube von ſtädtiſchen Reichsvogteyen, in ſ. Nebenſt. Th. V. St 292-345. — D. Heider von des Reichs Vogteyen, Ulm, 1655.
(b) H. Engelbrecht de Steura imperiali ordinaria Civitatum Imperii, *Gryphisw.* 1744.
(c) Dahingegen gelobet der Kaiſer: „diejenigen Reichsſteuren der Städte, ſo in ſonderer Perſonen Hände verſchrieben ſeyn möchten, wiederum zum Reich zu ziehen.“ Wahlk. Art. XI. §§. 16. 17. 19. und 20. — C. Koch de jure oppignorationum imperialium ſpeciatim in Civitatibus Imperialibus occurrentium, *Gieſſ-*

Gieſſ. 1744. — Moſers Anmerk. zu K. Karls *VII.* Wahlk. Th. II. S. 398.

(d) O. F. J. Art. VIII. §. 4. „liberis Imperii Civitatibus non minus quam ceteris Statibus Imperii . , . . rata & intacta maneant Regalia, Vectigalia, Libertates, Privilegia confiſcandi, collectandi & inde dependentia aliaque jura ab Imperatore & Imperio legitime impetrata, vel longo uſu obtenta, poſſeſſa & exercita, *cum omnimoda jurisdictione intra Muros & in Territorio &c.*"

(e) Gleichwie aber nicht der Rath (Magiſtrat) ſondern die Stadt, ein Reichsſtand iſt, die Stadt hingegen aus Rath und Bürgerſchaft beſteht; alſo hat nicht der Rath, ſondern die Stadt, die Landeshoheit eigen; in ſolchem Betracht ergieng an den Stadtmagiſtrat zu Frankfurt, 1776. folgendes kaiſerl. Reſcript: „Ihro K. M. befehleten dem Stadtmagiſtrat, in ſeinen Gränzen zu bleiben, und ſich denen Ständen des Reichs nicht gleich zu achten, als ob Ihme die Superioritas territorialis zukomme, die daſige Bürgerſchaft ſeine Unterthanen ſeyen, und er ſich als ein Mitſtand des Reichs die, denen Fürſten und Ständen zukommenden Vorrechte anmaaßen könne, ꝛc." — C. Wildvogel Diſſ. de Superioritate territoriali Civitatum Imperialium, *Jen.* 1709.

(f) So haben die Kaiſerliche Maj. mehrmalen, und noch jüngſt mittels vorerwähnten reichshofräthlichen Reſcripts vom 11. Octob. 1776. wider und für die Stadt Frankfurt am Main, öffentlich erklärt: „daß weder die Bürgerſchaft den Magiſtrat jure proprio, (d. i. jure univerſitatis) anzuordnen, weder dieſer jure proprio (potius igitur *jure cæſareo*) über jene zu regieren habe, auch letzterer (der Stadtmagiſtrat) in der That anders nichts ſey, als blos ein Kollegium ſolcher Männer, die auctoritate cæſarea von der Bürgerſchaft erwählet worden, nicht jure proprio zu regieren, ſondern als beſtellte Adminiſtratores dem gemeinen Weſen vorzuſtehen." ſ. Moſers Staatsr. T. 42. p. 290.

(g) Gleichwie übrigens die Kaiſer das anmaasliche Prädikat Republik, keinesweges den Reichsſtädten zugeben, (Moſers Staatsr. T. 39. p. 281.) alſo bekommen dieſelben in öffentlichen Reichsakten, überhaupt keine andere Titulatur, als: ehrbare freie kaiſerliche Reichsſtädte. Man ſehe Moſers Staatsr. T. 40. p. 401.

§. CXII.

§. CXIII.

Von zufälligen Aktiv- und Paſſivrechten einiger Reichsſtädte.

Unter der Zahl der Reichsſtädte giebt es nun auch verſchiedene, denen nebſt ihren gemeinſamen Rechten (a), über dieß noch gewiſſe zufälligen, theils Aktiv- theils Paſſivrechte beſonders eigen ſind; wovon jene gemeiniglich auſſer den Ringmauren, nicht nur auf ein nächſtumliegendes Gebiet von zugehörigen Fluren, Aeckern, Wieſen u. d. gl. ſondern gar auf ganze Territorien, die zuvor Graf- oder Herrſchaften geweſen, ſich begründen (b); dieſe hingegen, äuſſern ſich innerhalb den Ringmauren beſonders allda, wo benachbarte Kur- oder fürſtlichen Häuſer die vogteylichen Rechte beſitzen (c), auch bald Nunziaturen, Domkapitel und andere geiſtl. Stiftungen, bald Reichs- oder Kreisverſammlungen, ohne der Stadtbotmäßigkeit unterworfen zu ſeyn, vorfindig ſind; woher nicht ſelten die beſchwerlichſten Kolliſionen zu erwachſen pflegen.

(a) J. R. Wegelin Theſaurus diſſertationum de liberis ac immediatis S. R. I. Civitatibus, *cum* bibliptheca de ſtatu, rebus ac juribus Civitatum imperialium, *curâ* J. Fels, Vol. I. *Lindav.* & *Curiæ*, 1770. Fol.

(b) Beiſpiele davon, geben unter andern vorzüglich die Reichsſtädte Hamburg, Bremen, Lübeck, Ulm und Nürnberg.

(c) Daß z. B. der Erzbiſchof Phillip zu Köln, im J. 1169. nach ſchon damals althergebrachtem Rechte ſeiner Vorfahren, über ſeine Haupt- und Reſidenzſtadt Köln, die hohe weltliche ſowohl peinliche als bürgerliche Gerichtsbarkeit, mittels eigenen von Ihm allein abhangenden Vogts, wirklich ausgeübt habe, beweißt offenbar folgende ganz authentiſche Urkunde: „Philippus divina favente Clementia Sanctæ Colonienſis Eccleſiæ Archiepiſcopus .... cùm *ab antiquo juris eſſet Prædeceſſorum noſtrorum*, usque ad tempora noſtra, ſingulis annis in feſto B. Margarethæ locare Advocatum in ſede judici *noſtræ Civitatis Colonienſis*, quemcunque voluiſſent, & di-

lectus familiaris noſter Gerhardus miles de Eppendorſ, temporibus noſtris Advocatus exiſteret. Nos monitis & precibus devotis fidelium noſtrorum inducti, conceſſimus eidem Gerhardo ſuisque hæredibus dictam Advocatiam, jure hæreditario ab *Eccleſia Colonienſi* in feudo tenendam . . . pro qua idem Gerhardus Advocatus tam pro ſe quam ſuis ſucceſſoribus, *Nobis fecit homagium* . . . . dictus Advocatus una cum *Burggravio Civitatis noſtræ Colonienſis in omnibus cauſis judicandis judicio præſidebit.* Actum & datum in Palatio noſtro Colon. per manum Ulrici Capellani noſtri, anno dominicæ inc. 1169. regnante Sereniſſimo Imp. Friderico.“ — Mit dieſer Vogtey ſind von dem Erzſtifte, ſeit 1670. die alte Reichsgrafen von Bentheim erblich beliehen.

VII. Abſchnitt.

1. Urſprünglicher und heutiger Karakter der mittelbarn Land- oder Provinzialſtände;
2. Deren Verhältniß zu Reichsſtänden und Landesherren;
3. Verſchiedene Klaſſen und Rechte der Landſtände.

---

§. CXIV.

Von dem urſprünglichen und heutigen Karakter der mittelbarn Land- oder Provinzialſtände.

In den meiſten, beſonders fürſtlichen Provinzen Deutſchlandes, haben Prälaten, Ritter und Städte als Repräſentanten einer gemeinen Landſchaft (a) ungefähr zu gleicher Zeit mit dem Urſprunge der Landeshoheit, faſt eben ſolchen Antheil an dem Landesregiment wie die Reichsſtände an der allgemeinen Reichsregierung erhalten (b), ſo daß in vielen Provinzen die wichtigſten Landes- und Regierungsgeſchäfte bis heran auf öffentlichen Landtagen verhandelt, auch inſonderheit die gewöhnlichen Steuren von den Landſtänden verwilliget werden (c). In ſolchem Betracht heißt ein Land- oder Provinzialſtand derjenige Bürger einer deutſchen Provinz, welcher entweder

weder in Anſehung ſeines Güterbeſitzes (d), oder vermöge eines beſondern Vorrechts, bei feierlichen Landſchaftsverſammlungen Sitz und Stimm hergebracht hat (e).

(a) So kommen nämlich alle deutſchen Länder der Regel nach, von jeher darin uberein, daß auſſer dem, was der Landesherr an Kammer- oder Tafelgütern beſitzt, alles übrige unter dem Adel, den Städten und geiſtl. Stiftungen vertheilt iſt, mithin alle dieſe nebſt dem Landesherren zuſammen, die ganze Landſchaft vorſtellen, auch daher eine gemeine Landſchaft genannt zu werden pflegen.

(b) S. Pütter vom Urſprunge der Landeshoheit und dem in den meiſten Ländern damit verbundenen Urſprunge der Landſtände, in ſ. Beitr. Th. I. p. 108. §. 23. ſqq. — D. G. Strube de Statuum provincialium origine, in ſ. *Obſervat.* p. 157. auch in ſ. Nebenſt. T. II. p. 424-583.

(c) Klock de Contrib. C. VII. Num. 22. p. 182.

(d) J. T. Seger Diſſ. de conjunctione Loci & Suffragii in Comitis provincialibus cum dominio prædiorum nobilium, *Lipſ.* 1769.

(e) C. Wildvogel de Statibus provincialibus, *Jen.* 1747. — (G. A. Caroc) begründete Deduction von Landſtänden, abſonderlich deutſcher Nation, in Buders Amœnit. jur. publ. p. 12.

§. CXV.

Von dem Verhältniſſe deutſcher Landſtände zu den Reichsſtänden und Landesherren.

In deutſchen Territorien, wo ohne Bewilligung der Landſtände gewiſſe Regierungsrechte nicht ausgeübt werden können, läßt ſich das Verhältniß zwiſchen mittelbaren Provinzialſtänden und ihren Landesherrn, im Ganzen genommen, nach allgemeinen Grundſätzen ungefähr aus eben dem Geſichtspunkt anſehen, wie das Verhältniß ſämmtlicher unmittelbaren Reichsſtände (oder des Reichstages) zu der kaiſerlichen Majeſtät; wo hingegen Landſtände blos zu rathen haben, oder deren Einwilligung nur

wegen

wegen des Einfluſſes auf ihre eigenen Güter und Freiheiten erfodert wird, der Landesherr aber in allem übrigen freie Hände hat; da iſt kein Mitregierungsrecht vorhanden (a), und die ſonſt ähnlichen Verhältniſſe verſchwinden.

(a) Pütter ob und wie weit in Fürſtenthümern den Landſtänden ein Mitregierungsrecht beigelegt werden könne? in ſ. Beitr. Th. I. S. 179-185.

§. CXVI.

Von verſchiedenen Klaſſen und Rechten der Landſtände.

Eine ſogenannte gemeine Landſchaft beſteht gemeiniglich aus dreien verſchiedenen Klaſſen: 1) der Prälaten, 2) des Adels, 3) der Städte. Unter die erſte Klaſſe werden an einigen Orten nicht allein, nebſt den Domkapiteln, die mittelbaren Aebte (wie z. B. im Kurtrieriſchen,) ſondern auch (wie z. B. in Sachſen und Lüneburg) die Stiftspröbſte, Dechanten, Landkommenthure, Univerſitätsvorſteher, (Kanzler und Dekane) gezählt (a); wo hingegen in andern obwohl geiſtlichen Landen, (wie z. B. im Kurkölniſchen) auſſer den Domkapiteln, alle übrige Prälaten ausgeſchloſſen ſind (b). Die zwote Klaſſe findt man zuweilen (wie z. B. dahier und im öſterreichiſchen Schwaben,) in den höhern und niedern Adel (c), mithin in zwei Kollegien: das Gräfliche und Ritterſchaftliche vertheilt; wie dann auch der leztern Klaſſe, der Unterſchied zwiſchen Direktorial- Haupt- und gemeinen Städten (d) durchgängig eigen iſt. Uebrigens hat es mit den Rechten der Landſtände, nach Maasgab jeder beſondern Landesverfaſſung, gar verſchiedene Bewandtniß; woher dieſelben anders nicht als aus dem Herkommen oder ausdrücklichen Landesvereinen (den fürnehmſten Grundgeſetzen jedes einzelnen Landes) eigentlich zu beurtheilen ſind (e).

(a)

(a) J. W. von Steck vom Urſprunge und Umfange der Prälatenbank auf Landtagen, in ſ. Abhandlungen aus dem D. Staats- und Lehenrechte, (Halle, 1757.) S. 65-98. — C. J. Wideburg de origine juris prælaturæ, Academiis Germ. competentis, *Jen.* 1750.

(b) So ſind dahier im Kurkölniſchen, die Aebte, Stiftspröbſte und Dechanten, ſeit dem XIII. Jahrhundert, von dem Landtage gänzlich ausgeſchloſſen, worauf dieſelben ehedem Sitz und Stimm hergebracht hatten.

(c) J. C. Lünigs collectio nova von dem landſaßigen Adel in Deutſchland, Frf. und Leipz. 1730. Fol.

(d) So wie dahier im Kurkölniſchen die beiden Direktorial-Hauptſtädte Andernach und Neuß, von den übrigen gemeinen auch beiden Hauptſtädten Bonn nnd Ahrweiler, in Anſehung ihrer verſchiedenen abſonderlichen Vorrechte, ſich von einander unterſcheiden.

(e) D. G. Strube de Statuum provincialium præcipuis juribus, in ſ. *Obſervat.* (1735.) p. 157. ſqq. — G. B. Struvs Diskurs vom Urſprunge, Unterſchiede und Gerechtſamen der Landſtände in Deutſchland ꝛc. Hamb. 1741. — V. L. von Seckendorf deutſcher Fürſtenſtaat, (Jena, 1737. 8.) Th. I. Cap. 4. Th. II. Cap. 4.

IV. Buch.

Demokratiſcher und inſonderheit Deutſcher allgemeiner Reichstag.

I. Hauptſtück.

Von der Demokrazie und dem Weſen eines demokratiſchen Reichstages überhaupt.

I. Abſchnitt.

1. Begriff und Karakter einer Demokrazie;
2. Verſchiedenheit der demokratiſchen Grundverfaſſungen.

§. CXVII.

CXVII.

Von dem Begriff und Karakter einer Demokrazie.

Ein freier unabhängiger Staat (ſouveraine Republik (a),) worin weder König oder Fürſt, noch andere Primaten oder Reichsſtände, ſondern das geſammte Volk ſelbſt, oder der größere Theil deſſelben, die höchſte Gewalt (Majeſtät) beſitzet, und dieſelbe theils unmittelbar in feierlicher Verſammlung, zum Theil mittels gewiſſer untergeordneten Magiſtrate und theils einzelner öffentlicher Staatsbeamten, gemeinſchaftlich ausübet, und ſolchergeſtalt das Volk in verſchiedenem Betracht als Regent und Unterthan zugleich angeſehen wird; das iſt eigentlich der Begriff einer ſogenannten Demokrazie (b) und der weſentliche Karakter einer demokratiſchen Regierungsverfaſſung (c).

(a) So pflegen demokratiſche Bürger auch inſonderheit freie Republikaner genannt zu werden, indem die Volksregierung dem Stande natürlicher Freiheit viel näher und ähnlicher zu ſeyn ſcheint. ſ. de MARTINI jus Civitatis §. 326.

(b) Man ſehe oben §. XVII. unter der Lett. b.

(c) Beiſpiele von noch itzt vorhandenen Volksregierungen ſind: Uri, Schweiz, Unterwalden, Zug, Glarus, Appenzell, Graubünden und Walliſerland; auch gehören hierhin die innerlichen Regierungsverfaſſungen der Reichsſtädte: Hamburg, Bremen, Aachen, Speier und Wetzlar.

§. CXVIII.

Von verſchiedenen Grundverfaſſungen der Demokrazien.

Die Verſchiedenheit der demokratiſchen Grundverfaſſungen, äuſſert ſich beſonders in folgenden Punkten: I. entweder iſt die höchſte Regierungsgewalt in ihrem ganzen unzertheilten Umfange, allein bei dem geſammten Volke oder dem größern Theile deſſelben; oder ein und anderes Regierungsrecht iſt,

einem mindern Volkstheile abſonderlich vorbehalten (a); II. entweder können die Magiſtratsperſonen aus allen oder nur aus gewiſſen Klaſſen der Bürger gewählet werden (b); III. entweder beruht das Stimmrecht blos auf dem Bürgerrecht oder dem Güterbeſitz (c); oder es haben ſolches gewiſſe Volksrepräſentanten entweder in gleicher oder ungleicher Maaße auszuüben (d).

(a) Heut zu Tage ſind faſt alle Demokrazien vermiſchter Regierungsart; am allerreineſten aber findet man die Demokrazie noch wirklich in der Schweiz bei den Graubündern, wo ſich das ganze Volk gemeiniglich unter freiem Himmel verſammlet, um die wichtigſten Angelegenheiten ihres Staats zu entſcheiden, und wo jeder angeſeſſene Hausvater, ſeine Stim̃ zu geben hat.

(b) So theilte Solon das atheniensiſche Volk in vier Klaſſen, aus denen allen zwar die einzelnen Richter und Staatsbeamten, aber nur aus den drei erſtern, worin die begüterten Bürger waren, die Magiſtraten erwählet wurden. de Montesquieu l. c. L. 2. C. 2.

(c) Durch das leztere wird vermieden, daß die ganz armen Bürger, die in der Regel weder Anſehen noch Willen haben, das Beſte der Republik zu befördern, durch ihre Stimmen nicht mehr ſchaden als nutzen; ſ. von Juſti l. c. §. 90.

(d) Derlei Repräſentanten des Volks, ſind in größern Demokrazien um ſo nöthiger, als es beinahe unmöglich ſeyn würde, daß Millionen einzelner Bürger ſich ordentlicher Weiſe verſammlen könnten. ſ. de Montesquieu l. c. L. 2. C. 2.

II. Abſchnitt.

1. Demokratiſcher Reichstag;
2. Richtige Ausübung der demokratiſchen Majeſtät;
3. Misbrauch derſelben.

---

§. CXIX.

Vom demokratiſchen Reichstage.

Wird in einem demokratiſchen Staate die höchſte Regierungsgewalt eigentlich nirgendwo anders als

als in feierlicher Verſammlung des, an der Majeſtät theilnehmenden Volkes angetroffen (a); ſo iſt es nothwendig, daß mittels eines ausdrücklichen Grundgeſetzes, Ort, Zeit und Weiſe beſtimmt ſeyen, wornach die verſchiedenen Bürgerklaſſen durch ihre bevollmächtigten Repräſentanten ſich jedesmal zu verſammlen, und ſolchergeſtalt die öffentlichen Regierungsgeſchäfte mit einander ordentlich zu verhandeln, ſo wie die wichtigſten Majeſtätsrechte, Namens des geſammten Volkes gemeinſchaftlich auszuüben haben. Solche allgemeine Volksverſammlung heißt nun aber ein feierlicher Reichstag, deſſen innere Verfaſſung natürlicher Weiſe darin beſteht, daß ein oder mehrere Bürger aus dem Volke erwählet, und denſelben die perſönlichen Vorrechte den Reichstag zu beſchreiben, den Vortrag zu thuen, die Stimmen zu ſammlen, und überhaupt das Direktorium zu führen, jedoch nur zeitlich und blos abhängig, von dem Volke aufgetragen werden (b).

(a) Darin beſteht das weſentliche Unterſcheidungszeichen einer Demokrazie, die daher zu nöthiger Behauptung der bürgerlichen Gleichheit, dem Adel wenig oder gar keine Vorzüge geſtattet. ſ. de Martini l. c. §. 325.
(b) de Montesquieu l. c. T. I. L. II. C. 2.

§. CXX.

Von richtiger Ausübung der demokratiſchen Majeſtät.

Gleichwie in jeder Demokrazie das Volk, in ſeinen feierlichen Verſammlungen, monarchiſche Gewalt hat, und dieſelbe durch die Mehrheit der Stimmen, auf das vollkommenſte ausübet; ſo muß es in dieſen Verſammlungen dasjenige unmittelbar durch ſich ſelbſt verrichten, was zu Beförderung ſeiner Wohlfart und nach der Natur der Geſchäfte, nirgendwo zweckmäßiger als auf dem Reichstage ausgeübet werden kann (a); das übrige hingegen, muß es in ſeinem Namen durch untergeordnete und blos abhängige Magiſtra-

ſtraten, die eigentlich ſeine Miniſters ſind, nach ausdrücklichen Vorſchriften ordentlich verrichten laſſen (b).

(a) Hierhin gehört hauptſächlich die wirkliche Ausübung der höchſten geſetzgebigen Macht; ſ. oben §. LXXXVI. unter der Lett. a.

(b) Hierunter iſt hauptſächlich zu verſtehen die höchſte vollziehende Gewalt (Gerichtsbarkeit,) die nämlich ſo vielen ohne aufhören vorkommenden Sachen und Händel der Privatbürger, ihre genaue Richtung geben muß, daß ſie weder einen zu jähen noch gar zu langſamen Lauf erhalten; woher die Vollziehung eine immerwährende Thätigkeit erfodert, die aber von dem Reichstage, der nicht immer fortwähret, noch weniger aller Orten gegenwärtig iſt, keineswegeſ erwartet werden kann. ſ. oben §. LXXXVI. unter der Lett. b.

§. CXXI.

Von dem Misbrauch der demokratiſchen Majeſtät.

Iſt ein freies republikaniſches Volk meiſtentheils ein großer Haufe kurzſichtiger, vorurtheiliger und ausgelaſſener Menſchen, die alle an der Ausübung der höchſten Gewalt gleichen Antheil behaupten, woher deren ſtolze unbiegſamen Köpfe ſo ſchwer unter einen Huth zu bringen ſind (a); ſo ereignet ſich in einer Demokrazie nichts leichter als innere Spaltung und Misbrauch der Majeſtät. Kömmt es nun aber in einem ſolchen Staate ſo weit, daß der mindere den größern Volkstheil durch Kabal oder Gewalt auf ſeiner Höhe angreift, der Reichstag zum Taumelplatz der innern Zwietracht wird, und die Regierungsgeſchäften nicht mehr geſetz- und ordnungsmäſſig, ſondern verworren und unter lärmen und unverſönlichen Widerſprüchen, aufrühriſch betrieben werden; ſo iſt der unglückliche Zuſtand einer ſogenannten Ochlokrazie vorhanden; wogegen derlei Republiken, nur mittels guter Polizei und genauer Verwahrung der möglichſten Rechtsgleichheit unter den Bürgern, geſichert werden mögen (b).

(a) Worüber Montesquieu ſich folgender Maaßen ausdrückt: „Zuweilen wirft das Volk mit hundert tauſend Armben alles über den Haufen, und zuweilen kriecht es mit hundert tauſend Füßen als ein Gewürme“ in ſ. Eſprit des Loix P. 1. L. 2. C. 2.

(b) de Martini l. c. §. 332. — de Montesquieu l. c. L. 3. C. 3.

II. Hauptſtück.

Von feierlichen Reichs- und Landtagen der Deutſchen.

I. Abſchnitt.

1. Urſprung und Verſchiedenheit der alten deutſchen Reichstage;
2. Verhältniß eines ehemaligen und heutigen deutſchen Reichstages zu einer demokratiſchen Reichsverſammlung;
3. Begriff des fürwährenden Reichstages in Deutſchland.

§. CXXII.

Von dem Urſprunge und der Verſchiedenheit alter deutſcher Reichstagen.

Zu den Zeiten der Karolinger waren in Deutſchland die ſogenannten königlichen oder kaiſerlichen hochzierlichen Höfe, auch des Herrn Hof- und Hochgezeiten üblich, welche in lateiniſchen Urkunden Curiæ, Placita, Synodus, Conventus &c. genañt, und worunter die damaligen feierlichen Reichstage verſtanden werden (a). Sie waren in die allgemeinen oder größern und in die beſondern oder kleinern Reichstage unterſchieden. Erſtere waren allgemeine feierliche Verſammlungen nicht allein der Biſchöfe und Aebte, Fürſten und Grafen, oder

des

des geſammten hohen Adels, ſondern auch der mindern Vaſallen und Vaſſen, der Vizthumen und aller andern Volksrepräſentanten (b); leztere hingegen waren beſondere Zuſammenkünfte allein des hohen Reichsadels und der Geiſtlichkeit (c) mit dem König oder Kaiſer, welche jährlich um die Herbſtzeit, ſo wie jene mehrentheils im Maymonat, in einer der Königsſtädte (d), mit vieler Pracht gefeiert und darauf die wichtigern Reichsangelegenheiten überlegt und beſchloſſen wurden (e).

(a) Annales Bithoei ap. a. 852. p. 48. — Capitular. ap. Baluz. T. 1. C. 12. p. 190. 192.

(b) Wie dieſes erhellet aus einer königl. Urkunde bei dem Baluz. in Append. Act. Vet. T. II. Num. 26. ſqq. „omnibus Episcopis, Abbatibus, Ducibus, Comitibus — & Vicedominis, Actionariis & *omnibus Rempublicam procurantibus*.“

(c) Das zuverläßigſte Zeugniß hiervon giebt Hinkmar C. 29. und 35. bei dem Du Chesne L. 1. p. 494. 486. wo er ſchreibt: „Placita duo erant per annum: unum, quando ordinabatur Status totius Regni, in quo generalitas univerſorum . . . aliud Placitum, propter Dona generaliter danda, cum Senioribus tantum. Seniorum (i. e. Principum) ſuſceptacula ſic erant diviſa, ut in primo omnes Epiſcopi vel hujusmodi honorificentiores Clerici, absque ulla Laicorum commixtione congregarentur; ſimiliter (in altero) Principes atque Comites a cetera multitudina ſegregarentur.“

(d) Reuberi Annal. Francor. ad a. 770. „Dominus Carolus Rex generalem populi ſui Conventum habuit in *Wormatia* civitate.“ *Item* l. c. ad a. 771. p. 20. „cum in eadem villa (Ingelheim) Rex Carolus generalem populi ſui Conventum fieri decreviſſet, ac Thaſſilonem ducem ſicut & *ceteros vaſſos* ſuos in eodem adeſſe juſſit.“

(e) Hincmar Epiſt. XIV. Num. 34. 35. 36. — G. C. Gebauer Progr. de Comitiis veterum Germanorum, *Gœtt.* 1754. — Joachims Geſchichte der deutſchen Reichstage, Halle, 1762.

§. CXXIII.

§. CXXIII.

Von dem Verhältniſſe eines ehemaligen und heutigen deutſchen Reichstages zu einer demokratiſchen Reichsverſammlung.

Obwohl nun anfangs unter den Karolingern auf allgemeinen Reichstagen nicht allein die Biſchöfe, Prälaten, Fürſten und Grafen, ſondern auch das geſammte deutſche Volk oder deſſen Repräſentanten (a) zu erſcheinen, und über wichtige Reichsangelegenheiten (b) einen allgemeinen Ausſpruch zu thun berechtiget waren (c); ſo ſtand es dennoch allemal in der Willkür eines einzigen phiſiſchen Hauptes (des Königs oder Kaiſers) zu thun oder zu unterlaſſen, was Er wollte (d); daß ſolchergeſtalt der weſentliche Karakter einer demokratiſchen Reichsverſammlung ſich von dem eigentlichen Begriffe ſowohl eines ehemaligen als des gegenwärtigen deutſchen Reichstages um ſo weiter entfernet, je wenigern Antheil das deutſche Volk etwa an Reichsgeſchäften hat, und zweihundert entſcheidende Stimmen der Reichsſtände nicht vermögend ſind, ohne Gutheiſſung des Kaiſers, einen feierlichen Reichsſchluß wirklich zu Stande zu bringen (e).

(a) S. hier oben in den Noten, unter der Lett. b.

(b) Z. B. die Verdammung eines Majeſtätsverbrechers; die Ländertheilung zwiſchen den Königsſöhnen; die Erklärung und Anerkennung eines Thronfolgers oder Mitregenten ꝛc.

(c) Das gegenwärtige Volk hatte, eigentlicher zu reden, dasjenige was zwiſchen dem König und den Fürſten beſchloſſen und ihm verkündigt ward, durch ein allgemeines Zurufen gutzuheiſſen und anzuerkennen. — Uebrigens bezeugt Regino ad a. 818. p. 40. „daß Bernhard von Italien, auf dem großen Reichstage zu Aachen, mittels allgemeinen Ausſpruches der Franken, (unanimi Francorum judicio ac Lege) verurtheilt worden ſey.

(d) Ein Beiſpiel davon giebt unter vielen andern auch inſonderheit der Reichstag zu Ingelheim vom J. 788.

wo

wo Thaſſilo von Baiern einſtimmig zum Tode verurtheilt ward; demunerachtet K. Karl denſelben in einem Kloſter bei Leben ließ. Regino ad a. 787. p. 30. — Reuberi Annal. Francor. p. 27.

(c) S. oben §§. 88. und 89.

§. CXXIV.

Begriff des fürwährenden Reichtages in Deutſchland.

Die wirkliche Theilnehmung der geſammten **Reichsſtände** an der Regierung der **deutſchen Monarchie** (a), äuſſert ſich hauptſächlich auf dem **Reichstage** als derjenigen Verſammlung des **Kaiſers** und aller **Reichsſtände**, welche eigentlich die grundgeſetzmäßige Ausübung derjenigen Majeſtätsrechte zum Zweck hat, die nicht ſo allein von dem **Kaiſer**, als zugleich, nach Maasgab der Reichsgrundgeſetzen, von dem Gutachten und der Einwilligung der **Stände**, abhangen. Dieſer weſentliche Begriff des **deutſchen Reichstages** (b) bleibt noch immer der nämliche, obgleich viel zufälliges hinzugekommen, ſeit dem die leztere feierliche **Reichsverſammlung** vom J. 1663. bis heran ihre beſtändige Fortdauer, und mittels dieſer nunmehr die Benennung des **fürwährenden Reichstages** erhalten hat (c).

(a) S. oben §. LXXXVIII. unter der Lett. d. S. 135.

(b) J. C. Königs gründliche Abhandl. von den Reichstagen überhaupt, und dem noch fürwährenden zu Regensburg insbeſondere, Nürnb. 1738. 8. — H. G. Frankens Nachricht von der neueſten Beſchaffenheit eines Reichstages im H. R. R. Regensb. 1761.

(c) Menkenii Progr. num iſta quæ tàm diu continuata ſunt Ratisbonæ Comitia, reip. Germanicæ ſint ſalutaria, *Lipſ.* 1712.

II. Abſchnitt.

1. Reichstägige Majeſtätsrechte des Kaiſers, und vorderſamſt Deſſen Beſchreibung zum Reichstage;
2. Beſchickung des Reichstages mit der Kaiſerlichen Kommißion;
3. Kaiſerliche Vorrechte bei Eröfnung und der Fortdauer eines Reichstages.

§. CXXV.

Von den reichstägigen Majeſtätsrechten des Kaiſers, inſonderheit von Ausſchreibung eines Reichstages.

Gleichwie die feierliche Beſchreibung zum Reichstage vorzüglich noch immer unter die Reſervaten des Kaiſers gehört; ſo hat ſich Derſelbe in ſ. Wahlkapit. (a) verbunden, „wenn dermaleinſt die Comitia aufhören ſollten, wenigſt alle zehn Jahr, und ſonſt ſo oft es die Sicherheit und Zuſtand des Reichs oder einiger Kreiſen Nothdurft erfodert, mit Konſens derer Kurfürſten, oder wo Ihn die Kurfürſten darum anlangten und erinnerten, einen allgemeinen Reichstag innerhalb des Reichs deutſcher Nation zu halten, und alſo Sich mit Denenſelben jedesmal vor der Ausſchreibung (b) ſowohl der eigentlichen Zeit als der Mahlſtatt (c) zu vergleichen."

(a) Art. XIII. §. 1.

(b) Dieſe geſchieht durch gedruckte Patente, welche in Form eines Kaiſerl. Handſchreibens verſchickt werden, und zwar an jeglichen Stand des Reichs insbeſondere; wobei die Kaiſer ſich ehedem bedienten des Ausdrucks: gebieten, citiren, ꝛc. nachgehends aber hieß es: gnädigſt oder freund-gnädiglich erſuchend zu erſcheinen; auch wird darin die Veranlaſſung ſowohl als die fürnehmſten Erwägungspunkte kürzlich bekannt gemacht; ſ. Lünigs Reichsarchiv, Tom. I. p. 640. — W. A. Rudloff Diſſ. de literis convocatoriis ad Comitia, *Gœtt.* 1767.

(c) Der Ort, wo der Reichstag zu halten, iſt in keinem Geſetze weiter beſtimmt, als daß die Stadt Nürnb. ver-

vermöge der G. B. Cap. 28. §. 5. das Recht behauptet, den erſten Reichstag eines neuen Kaiſers jedesmal bei ſich zu haben. Es iſt aber ferner nicht üblich, als daß Nürnberg bisher gewiſſe Reverſe darüber erhalten hat. J. F. Joachims Abh. von dem erſten Reichstage, welchen ein R. Kaiſer nach Vorſchrift der G. B. in der Reichsſtadt Nürnberg halten ſoll, Halle, 1745. — Jetzt ſcheint einmal Regensburg beinahe der verjährte Sitz des Reichstages geworden zu ſeyn, wiewohl er noch unter Karl *VII.* zu Frankfurt am Main gefeiert worden. Uebrigens kann nicht leicht ein anderer Ort zum Reichstage gewählt werden, als eine Reichsſtadt, wo beiderlei Religionsübung öffentlich hergebracht iſt.

§. CXXVI.

Von der kaiſerlichen Kommißion bei dem Reichstage.

Nachdem der Kaiſer bereits ſeit einem Jahrhundert, nicht mehr in höchſteigener Perſon auf dem Reichstage erſcheinet (a), ſo iſt Er vermöge der Wahlk. (b) gehalten, den beſchriebenen Reichskonvent gleich anfangs mit ſeinen Kommiſſarien zu beſchicken. Der Prinzipalkommiſſarius erſcheint ſolchergeſtalt als Repräſentant der kaiſerl. Majeſtät, mit der Würde eines kaiſerlichen Ambaſſadeurs (Botſchafters) vom erſten Range (c); welchem noch ein Konkommiſſarius (d) an die Seite geſetzt iſt, nebſt einer ſogenannten kaiſerlichen Kommißionskanzlei, die aus einem Direktor, dann etlichen Sekretarien und Kanzliſten, ordentlich beſteht (e).

(a) Moſers D. Staatsr. T. XLIV. p. 75. ſqq.
(b) Art. XIII. §. 2.
(c) Zu ſolcher hohen Stelle ſollen von der kaiſerlichen Maj. keine andern als Fürſten des Reichs angeordnet werden, zufolge des R. A. 1543. §. 17. woher die Stände 1668. wider den Grafen von Weiſſenwolf, und 1683. wider den Gr. von Windiſchgraetz feierlich proteſtirten. Moſers D. Staatsr. T. XLIV. p. 185. ſqq. und p. 269. ſqq. — Staatsakta unter K. Joſeph II. Tom. II. p. 1.

(d) Die-

(d) Dieſer hat nicht ſo einen repräſentirenden Karakter, als vielmehr die Führung von Mund und Feder; woher derſelbe hauptſächlich ein Gelehrter, hingegen nicht eins von altem guten Reichsadel nothwendig ſeyn muß. Uebrigens genießt er im Ceremoniel ungefähr gleichen Rang mit den kurfürſtlichen Geſandten. ſ. Staats-akta unter K. Joſeph II. p. 6.

(e) W. C. Ackermann de Commiſſione Cæſarea in Comitiis Imperii, *Argent.* 1746.

§. CXXVII.

Von den kaiſerlichen Vorrechten und Pflichten bei Eröfnung und der Fortdauer eines Reichstages.

Die erſte Hauptpropoſition, mittels welcher der Reichstag eröfnet wird, iſt allein der kaiſerlichen Maj. vorbehalten; worin dem verſammelten Reiche die vorzüglichſten Punkten, worüber allmälig gerathſchlaget werden ſoll, auf eine feierliche Art kund gemacht werden (a). Die nachherigen Berathſchlagungen ſelbſt, werden unter fortdaurendem Reichstage, durch kaiſerliche Kommißions- oder auch ſogenannte Hofdekreten an die Stände veranlaſſet (b); und hat ſich der Kaiſer in ſ. Wahlkapit. (c) verpflichtet: „ſo viel an Ihm iſt, daran zu ſeyn, daß die Berathſchlagungen und Schlüſſe nicht gehindert, ſondern möglichſter Maaßen beſchleuniget, und die in gedachter Propoſition angezogene, wie auch die von Ihm unter währendem Reichstag etwa noch weiter zu proponirende und ſonſt jedesmal obhandene Materien, von dem kurmainziſchen Reichsdirectorio zur Propoſition und gebührender Erledigung gebracht werden mögen; wobei jedoch die Kurfürſten und Stände an die Ordnung der in Propoſitione enthaltenen Punkten nicht gebunden ſeyn ſollen (d); wie Er dann nicht weniger über die an Ihn vom den Reich geziemend gebrachte Gutachten, ſeine Erklärung ſchleunigſt ertheilen wolle."

(a) Pfeffinger T. IV. p. 344. ſqq. — Moſer T. XLVI. p. 176. ſqq.

(b) Neue

(b) Neue Staatskanzlei T. III. p. 418. ſqq. T. V. p. 227. — Moſer T. XLVI. p. 383. ſqq.
(c) Art. XIII. §§. 3. und 5.
(d) J. C. Pesler Progr. de ordine Conſultationum in comitis Imperii, *Francof.* 1740.

III. Abſchnitt.

1. Komitialgerechtſame des Kurfürſten zu Mainz;
2. Beider Kurfürſten zu Köln und Trier;
3. Des Kurfürſten in Sachſen;
4. Der übrigen Reichsſtände und deren Reichstagsgeſandten insgemein.

---

§. CXXVIII.
Von den Komitialgerechtſamen des Kurfürſten zu Mainz.

Vermöge des, dem Kurfürſten zu Mainz eigenen Reichserzkanzleramtes durch Deutſchland, führt Derſelbe das allgemeine Direktorium auf dem Reichstage (a), wobei Er zu dem Ende ſeinen bevollmächtigten und vor dem Kaiſer oder deſſen Kommißion und dem geſammten Reiche legitimirten Stellvertreter oder ſogenannten Direktorialbotſchafter hat (b); durch deſſen Mund und Feder alles gehen muß, was immer zu legaler des Reichs Wiſſenſchaft gelangen, oder ſonſt an die verſammelten Stände ordentlich gebracht werden ſoll (c). Zu dieſem hohen Reichsdirektorialamte gehören inſonderheit folgende Vorrechte: 1) die Führung des reichstäglichen Hauptprotokolls (d); 2) die obere Aufſicht über die Reichskanzlei (e); 3) die Verwahrung des Reichsarchivs (f); 4) die Beſtellung einer eigenen Direktorialkanzlei (g); 5) die Diktatur (h); 6) die Rathsanſage (i); 7) die Propoſition (k). Uebrigens gelobet der Kaiſer in ſeiner Wahlkapit. (l) „dem kurmainziſchen Erzkanzlariat und Reichsdirektorio keinen Einhalt zu thun, noch ſonſt darin Ziel und Maaß zu geben„ (m).

(a) J. M. Wagner de Archicancellariatu ac Directorio in comitis, Electori Moguntino competente, *Erf.* 1746.

(b) Moſers D. Staatsr. T. XLV. p. 113-135.

(c) In welchem Betracht der Kurfürſt zu Mainz der Sprecher des Reichs (os Imperii) genannt wird.

(d) Welches vor andern einzelnen Reichstagsprotokollen der Stände, bei vorkommendem Zweifel, als das authentiſche Reichsprotokoll vorzüglich anzuſehen.

(e) Das deutſche Reich hat dreierlei **Kanzleien**: 1) die bei dem **Reichskonvent**, ſo auch die **kurmainziſche Reichskanzlei** genannt wird; 2) die **Reichshofrathskanzlei**, welche gemeiniglich den Namen der **Reichskanzlei** führet; und 3. die **Kanzlei des Reichskammergerichts**; von denen allen der Reichserzkanzler durch Deutſchland das **Haupt** iſt. ſ. **Herdens** Grundfeſte, P. 2. C. 4.

(f) Woher das eigentliche **Reichsarchiv** ſelbſt, zu **Mainz** aufbewahrt wird. N. C. Lynker Diſſ. de Archivo Imperii, *Jen.* 1686. — E. A. **Heiliger** vom deutſchen Reichshauptarchiv, in den **hannöv. gelehrten Anz.** 1752. S. 808.

(g) (Cancellaria directorialis moguntina) welche nebſt dem **Direktorialſekretär** aus einigen **Kanzliſten** beſteht, und worin die **Reichstagsgeſandtſchaften** der Stände und auswärtiger Staaten, ihre **Beglaubigungsſchreiben** zu übergeben haben. Auch geſchehen darin alle ſchriftliche **Ausfertigungen** ſämmtlicher **Komitialakten**, ſo wie alle übrige Schriften, die an das **Reich** gebracht werden ſollen, allda eingereichet, und von da aus zur **Diktatur** und ſo weiter befördert werden müſſen.

(h) Nichts kann ordentlicher Weiſe zur geſetzmäßigen Wiſſenſchaft des geſammten Reiches gelangen, und ſolchergeſtalt ein Theil der **Reichsakten**, oder auch ſelbſt ein Gegenſtand der Reichsberathſchlagungen werden, das nicht vorher durch Kurmainz zur **Diktatur** gebracht worden; welches auf die Art geſchieht, daß zur Zeit und Stunde, ſo der kurmainziſche **Direktorialgeſandte**, Tages vorher in allen und jeden Geſandtſchaftshäuſern hat anſagen laſſen, die Kanzliſten ſämmtlicher Geſandten in dem dazu gewidmeten Zimmer ſich einfinden, und dasjenige niederſchreiben, was der kurmainziſche **Legationsſekretär** ihnen in die Feder diktirt; oder, wenn es gedrückte Sachen ſind, derſelbe

an

an jeden Kanzliſten zwei Exemplarien davon austheilet, um eines in jedem Geſandtſchaftsarchiv zu verwahren, und das andere an jede Prinzipalſchaft abſchicken zu können. ſ. kaiſerl. Wahlk. Art. XIII. §. 7. und 8.

(i) Die Anſage geſchieht auf folgende Art: aus der kurmainziſchen Direktorialkanzlei wird an die Erbmarſchallskanzlei ein Billet gefertiget unter dieſen Formalien: „Das Erbmarſchallamt ſoll auf morgen Nachmittag 4 Uhr zur Diktatur, (oder Vormittag 8 Uhr zu Rath) anſagen, in dieſer oder jener Sache ꝛc.“ Dieſes Billet wird von zween Erbmarſchallamtskänzliſten beider Religionen, ſo vielmal abgeſchrieben, als wie viele Geſandten von dieſer beiden ihrer beſondern Religion, vorhanden ſind; wornach dieſe Zettel, von dem einen an die katholiſchen, von dem andern an die proteſtantiſchen Geſandtſchaftshäuſer abgegeben werden.

(k) Kaiſerl. Wahlk. Art. XIII. §. 6. — Dahingegen beſtehen die Stände noch immer darauf, daß wegen derer in der nächſten Rathsſitzung zur Deliberation vorzunehmenden Sachen, vorerſt mit Ihnen jedesmal Verlaß genommen werden ſolle, ehe und bevor ſolche Sachen zum wirklichen Vortrage gebracht werden; ſo lieſſen diesfalls die Herzoge von Braunſchweig-Lüneburg während dem W. F. 1646. ſich laut vernehmen: „Directorium eſſe Miniſterium non Imperium, Cancellariatum non eſſe Dominatum.“ von Meiern W. F. H. Tom. II. p. 393. — O. F. J. Art. VIII. §. 3.

(l) Art. XIII. §. 6. in fin. — J. F. A. Lammerz de Praeeminentia ſedis Moguntinae, (*Erf.* 1731.) C. II. p. 25. ſqq.

(m) J. C. W. von Steck von den Misbräuchen des Reichsdirectorii. in ſ. Abhandl. (Halle, 1757. 8.) S. 161. — Defectus praecipui Directorii moguntini, und Verzeichniß der Gravaminum vieler Reichsſtände wider Kurmainz und das Directorium, in Schauroths Samml. vom Corp. evang. Th. II. S. 162. 169. — de Hennigks ad I. P. O. p. 1271. ſqq.

§. CXXIX.

Von prätendirten Komitialrechten beider Kurfürſten zu Köln und Trier.

Gleichwie bei verhindertem ſowohl als erledigtem Stule zu Mainz, um die einſtweilige Vertretung des

deut-

deutſchen Erzkanzler- und davon abhangenden Direktorialamtes auf dem Reichstage, noch immer zwiſchen Kur Köln (a) und Trier (b), dann Sachſen (c) und dem Mainziſchen Domkapitel (d) heftig geſtritten wird; ſo verdienten zwar die, für beide übrigen Reichserzkanzler ſtreitende Prätenſionsgründe (e), bei deren rechtlicher Beurtheilung, dem ganzen Streithandel den Ausſchlag zu geben; es hat aber die Sache bis heran ſo wenig zur Entſcheidung, als unter erwähnten Prätendenten einer vor dem andern zu einigem Beſitzſtande gelangen können, daß nicht vielmehr, mittels noch immer unentſchiedenen und noch wirklich fortwährenden Rechtsſtreites, eines jeden anmaasliches Recht bis hierhin ganz unverſehrt erhalten worden ſey (f).

(a) S. meine ſtaatsrechtl. Abh. de Directorio comitiali, ſede moguntina vacante Archiprincipi Colonienſi competente, *Bonnæ*, 1781.

(b) J. P. Prätorius von denen Kurtrier allein zuſtehenden hohen Direktorialgerechtſamen bei erledigtem Stul zu Mainz, Frankf. 1747. — Kurzer gründl. Beweis, daß die Vertretung des Reichsdirektorii, ſo oft ſolches an Seiten Kurmainz erlediget, behindert, oder in cauſa deliberandi ſelbſt intereſsirt iſt, allem Rechte und der natürlichen Ordnung nach, niemanden andern, als einem zeitlichen Kurfürſten von Trier, gehören könne, (1774.) Fol.

(c) M. H. Gribner Diſſ. de Directorio, quod Archicancellario Germaniæ mortuo vel abſente vel impedito, Archimareſchallo competit, *Viteb.* 1712. — C. J. Feustel Diſſ. de Directorio comitiali ſede moguntina vacante Archimareſchallo competente, *Lipſ.* 1775.

(d) Neureuther Diſſ. de jure Capituli Moguntini circa Directorium in comitiis, ſede moguntina vacante, *Mogunt.* 1745. — J. J. Moſers Ded. von des kurmainziſchen Domkapitels Befugſamen zu dem Reichsdirektorio nach Abſterben eines Kurfürſten zu Mainz, in ſ. Reichsfama, Th. IV. S. 678. — E. Collan, ob das Domkapitel, wenn der Stul zu Mainz ledig iſt, die Stelle eines Kurfürſten in allen Reichsgeſchäf-

ten

ten vertreten könne? in ſ. **Unterſuchungen** einiger ſtreitigen Mat. über das kurmainziſche Staatsr. (1770 8.) Num. 2. — F. A. Dürr (J. R. Roth) novæ vindiciæ Directorii in comitiis Capitulo metrop. Mogunt. ſede archiep. Mog. vacante competentis, *Mogunt.* 1779.

(e) Dieſe **Prätenſionsgründe** haften vorderſamſt auf dem weſentlichen Begriffe der hohen **Reichserzkanzlerwürde**, woran nämlich in einem und demſelben **H. R. Reiche**, obwohl durch verſchiedene **Diſtrikten**, die drei rheiniſchen Erzbiſchöfe und Kurfürſten zu Mainz, Köln und Trier, gemeinſchaftlich betheiliget ſind; wie ſolches aus der G. B. Cap. XVII. §. 3. offenbar erhellet. Wo nun aber das allgemeine **Reichsdirektorium** ganz unſtreitig ein weſentlicher Ausfluß des **Reichserzkanzleramtes** iſt; ſo folgt nothwendig, daß jenes, bei erledigtem Stule zu Mainz, nicht ſo von dem **Reichserzmarſchalle**, wie noch weniger von dem **M. Domkapitel**, ſondern vielmehr von den übrigen **Reichserzkanzlern** entweder mittels Abwechſelung, oder auſſer derſelben, vermöge der Rangordnung, allein von dem **zweiten** des H. R. Reichs **Erzkanzler**, unmittelbar abhange. Gleichwie hingegen ſolche **Abwechſelung** von **Kurtrier** allemal bis heran heftigſt widerſprochen worden; ſo iſt es der itzt regierenden **kurfürſtl. Durchlaucht zu Köln** deſto weniger zu verdenken, vermöge Ihres zwei ganzer Jahrhunderte **ältern** Erzkanzleramtes und deſſen bei dem Reiche noch wirklich beſtehenden **Hauptdiſtrikts**, nunmehr vor **Kurtrier** in Anſehung Deſſen, dem Reiche längſt entzogenen und zwei ganzer Jahrhunderte **jüngern** Erzkanzlariats, die **zwote Reichserzkanzlerſtelle** mit dem davon abhangenden noch ganz unentſchiedenen **Vikarialdirektorium bei dem Reichstage**, nachdruckſamer zu behaupten. ſ. meine oben erwähnte **Abhandl.** de Directorio comitiali, ſede Mog. vac. Archiprincipi Colon. competente, §§. 25. 26. 27. u. f. bis 32. incl. — Hierüber liegt noch eine beſondere **Deduktion** bei mir zum Drucke fertig, unter dem Titel: **Staatsrechtliche Erörterung der Frage**: Wer von bei den des H. R. R. Erzkanzlern Kurköln und Kurtrier, bei Erledigung oder Behinderung des hohen kurmainziſchen Reichsdirektorium, zu deſſen Vikarialführung, vor allen Andern, der natürlichen Ordnung nach, ein näheres Recht habe?

(f)

(f) S. Bach Diſſ. de Directorio tum univerſali Comitiorum, tum ſpeciali Electoralis Collegii, ſede Moguntina vacante, *Vindob.* 1780.

§. CXXX.

Von den Komitialrechten des Kurfürſten in Sachſen.

Die beſondern Gerechtſame des kurſächſiſchen Hauſes am Reichstage, gründen ſich auf dem von ihm abhangenden Reichs-Erz- und Erbmarſchallamte (a), und ſind dieſelben heut zu Tage aus zween mit Kurmainz, und einem mit den Reichsſtädten eingegangenen Verträgen (b) hauptſächlich zu ermeſſen. Vermöge dieſer Verträge und des Herkommens, wird noch wirklich eine beſtändige Reichserbmarſchallamtskanzlei bei dem Reichskonvent unterhalten, die von dem Grafen von Pappenheim, als Reichserbmarſchallen (c) und kurſächſiſchen Erbſtellvertreter angeordnet wird, und I. aus einem Kanzleirathe (der die Stelle des ehedem ſogenannten Untermarſchalls oder Reichsquartiermeiſters vertritt,) ſodann II. aus einem Regiſtrator, und III. aus zween Kanzliſten von beiderlei Religion, beſteht; wozu noch IV. der Reichsprofoß, oder ſtatt deſſen ein Kanzleibot zu rechnen iſt (d).

(a) C. F. Reinhard de officiis Imperii Saxonicis, (cum præfat. Struvii) *Jen.* 1713. — J. H. Born de poteſtate jurisdicundi cum Archimareſchallatu Saxonico copulata, *Lipſ.* 1773.

(b) Dieſe mit Kurmainz 1529. (wegen der Umfrage) und 1562. (der Anſage halben) dann mit den Reichsſtädten 1614. eingegangenen Verträge, ſ. in Corp. jur. publ. p. 103. 248. 704.

(c) J. L. Kern de juribus & prærogativis S. R. I. Mareſchallatûs hæreditariorum comitum in Pappenheim, *Gœtt.* 1753. — J. G. Krause de jurisdictione in Legatos ſtatuum eorumque comites, S. R. I. Archimareſchallo, & hinc Vicemareſchallo in Comitiis competente, *Viteb.* 1732. — Eſtors kl. Schrift, T. I. p. 150 ſqq.

(d) Uebrigens ſehe man die kaiſerl. Wahlk. Art. III. §. 25.

§. CXXXI.

§. CXXXI.

Von den Komitialrechten und Pflichten der übrigen Reichsſtände und deren Reichstagsgeſandten insgemein.

Gleichwie es allen und jeden Reichsſtänden frei ſtehet, bei dem Reichstage entweder perſönlich (a), oder mittels ihrer Bevollmächtigten (Botſchafter oder Deputirten) zu erſcheinen (b); ſo müſſen dieſe mit offener Vollmacht (c) wie hingegen alle auswärtige Geſandten mit geſchloſſenen Kreditiven (d) an die geſammte Reichsverſammlung verſehen ſeyn. Auſſerdem aber ſind faſt von jeder Gattung allerlei beſondere Dinge zu beobachten, worin ſich die Legitimation der kur- und fürſtlichen, gräflichen und ſtädtiſchen, der Direktorial- und übrigen Geſandten, wie auch der Legationsſekretarien (e) von einander unterſcheidet (f). Nach vollbrachter Legitimation genieſſen dieſelben zuerſt, die ihrem verſchiedenen geſandtſchaftlichen Karakter und Range angemeſſene Ehren (g), und werden nun in demjenigen Senat, dem ſie angehörig ſind, zu Sitz und Stimm gelaſſen; wo ſodann ein jeder (kur- und fürſtl. Geſandter) durch ſeinen Legationsſekretar ein eigenes beſonderes Protokoll führet, auch einer oft mehrere Stimmen in beiden höhern Kollegen zugleich vertritt; woher wegen der Subſtitution, im Fall ein Geſandter verhindert wird, ſich verſchiedene Kolliſionen ereignen können (h).

(a) Daß auch Abtißinnen in eigener Perſon auf dem Reichstage (ſalvo ſexûs pudore) erſcheinen, und unter ſo vielen Männern ſitzen und ſtimmen können, iſt zu erſehen aus des Lehmanns Speier. Chronik, L. 5. C. 17. p. 411.

(b) In Betreff der Domkapitel bei erledigtem Biſchöfl. Stüle, ſ. O. F. J. Art. V. §. 21.

(c) Derlei offene Vollmachten werden bei der kurmainziſchen Direktorialkanzlei zu den Akten gebracht, und bei der erſten Auffahrt eines neuen Geſandten, in der Seßion gehörig angezeigt. Moſer T. XLV. p. 196. ſqq.

(d) Solche Kreditive werden, mittels der Diktatur, ſämmtlichen Ständen ordentlich mitgetheilt.
(e) Moſer T. XLV. p. 306. ſqq. — Selecta jur. publ. T. XV. p. 1. ſqq.
(f) Moſer T. XLIV. p. 380. ſqq.
(g) Was dieſerwegen und in Betreff des Rangſtreits zwiſchen den verſchiedenen Klaſſen der reichsſtändiſchen Komitialgeſandten allmälig verglichen worden, iſt nachzuſehen 1) in Corp. jur. publ. p. 1080. - 1084. - 1143. — 2) Kaiſerl. Wahlk. Art. III. §. 21. — 3) Wahldiar. K. Franz I. p. 206. — 4) Fabers Staatskanzl. T. 49. p. 690. — ſ. Reflexionen über reichstägliche Rang- und Ceremonieldiſputen, in Moſers Staatsarchiv, (1751.) Th. IV. S. 138. — Verſuch über die Parifikation der erzherzoglich - öſterreichiſchen Geſandten mit den Geſandten der Kurfürſten des H. R. R. Wien, 1781.
(h) Uebrigens ſind die allgemeinen Komitialrechte ſammtlicher Reichsſtände ausdrücklich beſtimmt in dem O. F. J. Art. VIII. §. 2. — Kaiſerl. Wahlk. Art. IV. §. 1. Art. VIII. §. 31.

IV. Abſchnitt.

1. Abſonderliche Berathſchlagungsart der einzelnen Reichskollegien;
2. Deren gemeinſame Re- und Korrelation;
3. Ordentliche Art und Weiſe zu beſchließen;
4. Auſſerordentliches Recht der Reichsſtände, ſich in zween Religionstheile zu trennen;
5. Misbrauch dieſes Rechtes;
6. Hergebrachte Ausübungsart deſſelben.

---

§. CXXXII.

Von derer drei Reichskollegien abſonderlicher Berathſchlagungsart.

Die reichstäglichen Berathſchlagungen werden von jedem der dreien von einander abgeſonderten Reichskollegien, in eines jeden dazu gewidmeten eignen Zimmern angeſtellt (a). In dem kurfürſtlichen Senat hat Kurmainz den Vortrag; worauf ordentlicher Weiſe die Umfrage an jede einzelne Stimme geſchieht, und zuletzt Kurmainz ſeine eigene abgiebt (b), wel-

welcher ſo fort in dieſer nämlichen oder in der folgenden Seſſion, mittels Zuſammenhaltung der mehreren oder einmüthigen Stimmen, den kurfürſtlichen Kollegialſchluß abfaſſet. Im Fürſtenrathe werden bisweilen in Circulo (pêle-mêle) die Stimmen abgelegt; der Regel nach geſchieht es aber in Seſſione, da jeder ſeinen Platz einnimmt, und unter den Alternirenden auf die Ordnung der jedesmaligen Strophe (c) geſehen wird. Das Recht die Stimmen aufzurufen, hat der Erbmarſchall; in deſſen Abweſenheit aber der öſterreichiſche oder ſalzburgiſche Direktorialgeſandter ſolches ausübet (d). Dieſe beiden höhern Kollegien pflegen ſich in ihren Berathſchlagungen gleich anfangs eines nach dem andern zu richten (e); ſo wie das reichsſtädtiſche Kollegium ſich hernach wieder nach den beiden höhern Kollegien zu richten und ſeine Berathſchlagungen wieder abgeſondert zu halten hat (f); wobei ſich heut zu Tage vieles von dem ehemaligen Glanze verloren, ſeit dem die meiſten Städte nur regensburgiſche Rathsperſonen zu ihren Stimmvertretern annehmen (g).

(a) Die gewöhnlichen Rathstage ſind Montag und Freitag; von den Ferien ſ. Moſer T. XLVII. p. 57. ſqq.
(b) G. B. Cap. IV. §. 4. — Zuweilen wird jedoch eine kurzgenommene einſtimmige Verabredung nur mit den Worten zu Protokolle genommen: „Electorales hätten (dies oder jenes) einhellig beſchloſſen ꝛc."
(c) S. oben, §. CVII. unter der Lett. d. S. 166. ſqq.
(d) Dem zu dieſem Ende, der im Fürſtenrath jedesmal anweſende Erbmarſchallamtskanzliſt den Aufrufzettel zuſtellet.
(e) Woher, wenn beide, die kur- und fürſtlichen Geſandten, an einem Tage zu Rath gehen, erſtere etwas früher zuſammen kommen, weil verſchiedene von ihnen auch im Fürſtenrathe Stimmen abzulegen haben.
(f) Man vergleiche hiermit den nächſtfolgenden Sph. Auch ſehe man oben §. CIX. unter den Lett. c. und d. S. 170.
(g) S. oben §. CIX. unter der Lett. c. — Promemoria, nebſt deſſen Beantwortung, die Vertretung der freien Reichsſtädte durch regensburgiſche Magiſtratsglieder betreffend, 1780. 4.

§. CXXXIII.

Von der ſogenannten Re- und Korrelation.

Gleichwie nun ferner, um zu einem gemeinſamen Schluß der geſammten dreien Reichskollegien allmälig zu gelangen, zuerſt zwiſchen den beiden höhern Reichskollegien untereinander mit Ausſchluß des Städtiſchen, re- und korreferirt wird (a); alſo wird nach vorläufig zu Stande gebrachter Uebereinſtimmung Derſelben, alsdann auch mit den Reichsſtädten in der Re- und Korrelation fortgefahren, bis man, wo möglich, einen gemeinſamen Schluß ſämmtlicher dreien Reichskollegien (commune Concluſum trium Imperii Collegiorum) endlich herausbringt.

(a) J. J. Wickh de jure liberarum Imperii Civitatum adſpirandi ad ſimultaneam Re- & Correlationum in comitiis ex voto deciſivo ipſis competente, *Marb.* 1751.

§. CXXXIV.

Von ordentlicher Reichstags-Art und Weiſe zu beſchlieſſen.

Obwohl die Kur- und Fürſten im J. 1653. ſich gegen die Reichsſtädte dahin erkläret haben, daß allein zwei Kollegien bei ſich ereignendem Widerſpruche des dritten, nie durch die Mehrheit beſchlieſſen ſollten (a); ſo iſt dennoch in der münſteriſchen Erbmännerſache 1709. von des Kaiſers Majeſtät dem fürſtlichen und reichsſtädtiſchen gemeinſamen Schluſſe wirklich beigetreten, und ſelbiger, unerachtet des kurfürſtlichen Widerſpruches, im kaiſerl. Kommißionsdekret v. 19. Dec. feierlich genehmiget worden (b). Wo alſo nur zwei Kollegien miteinander einerlei beſchloſſen haben, ſo wird ſolches nebſt des dritten ſeinem beſondern Schluſſe, an ſtatt eines Reichsgutachtens (c) der kaiſerl. Kommißion übergeben; und falls der Kaiſer daſſelbe durch ein Ratifi-

tifi-

tifikations-Kommißionsdekret gutheißt, ſo erwächſt es zur Kraft eines verbindlichen Reichsſchluſſes (d), der alsdann dem Reichabſchiede eingerückt wird (e). Können hingegen nicht wenigſtens zwei Reichskollegien ſich eines gemeinſamen Gutachtens vergleichen, ſo hat der Kaiſer, ohne beſondern Auftrag, kein Recht zu entſcheiden (f). Uebrigens bleibt das feierlichſte Reichsgutachten ohne alle Rechtswirkung, wo ſolches dem Kaiſer misfällt, und deſſen Genehmigung unterbleibet.

(a) S. Erklärung der beiden höhern Kollegien wegen des reichsſtädtiſchen Voti deciſivi. de a. 1653. in Londorps Act. publ. P. VII. L. 6. C. 306. und in Herdens Grundfeſte, P. II. C. 6. p. 140. ſqq.

(b) S. Pütters D. Reichshiſtorie, S. 985.

(c) Aus einem gemeinſamen Schluſſe der drei Reichskollegien, wird von Kurmainz das förmliche Reichsgutachten an den Kaiſer gemacht, worin einzig ſich dieſes von jenem unterſcheidet. Einige nennen ſchon einen gemeinſamen Schluß der drei Reichskollegien einen Reichsſchluß, aber ſehr unrichtig. Die Stände können wohl an und vor ſich Kollegialſchlüſſe aber ohne kaiſerliche Genehmigung, keinen Reichsſchluß zu Stande bringen. J. G. de Kulpis de Placitis ordinum Imperii, in ſ. *Opuſc.* p. 83-125.

(d) Mittels Beantwortung der Frage: „ob in Fällen, da die drei Reichskollegien auf dem Reichstage verſchiedener Meinung ſind, eine Mehrheit der Stimmen gelte?" will jedoch Herr Pütter das Gegentheil behaupten, in ſ. Beitr. Th. I. S. 77-88.

(e) G. D. Hoffmann Diſſ. de novo Receſſu Imperii faciendo conſilia, *Tüb.* 1758.

(f) S. Pütters Abh. ob in Fällen, da die drei Reichskollegien auf dem Reichstage verſchiedener Meinungen ſind, die kaiſerliche Entſcheidung den Ausſchlag gebe? in ſ. Beitr. Th. I. S. 89-106.

§. CXXXV.

§. CXXXV.

Von dem reichsſtändiſchen Rechte ſich in zween Religionstheile zu trennen.

Obzwar in allen und jeden Reichskollegien ordentlicher Weiſe die mehreſten Stimmen gelten (a); ſo iſt dahingegen in dem O. F. J. (b) ausdrücklich verſehen: „daß in Religionshändeln (c) und allen andern Geſchäften (d), wo die Stände nicht als ein einzelner Körper betrachtet werden können (e), wie dann auch, wo katholiſche und der augsburgiſchen Konfeßion zugethane Stände ſich in zween Religionstheile trennen (f), nichts als blos gütlicher Vergleich, und keines Weges die Mehrheit der Stimmen, die Streitigkeiten entſcheiden ſolle (g).“

(a) Regimentsordn. 1521. §. 12. — R. A. 1542. §. 25. — 1555. §. 69. — J. R. A. §. 183. — S. F. Willenberg de votorum pluralitate, *Gedan.* 1740.

(b) Art. V. §. 52. „in cauſis Religionis omnibusque *aliis* negotiis, ubi Status tanquam unum Corpus conſiderari nequeunt, ut etiam catholicis & auguſtanæ confeſſionis ſtatibus in duas partes euntibus, ſola amicabilis compoſitio lites dirimat, non attenta votorum pluralitate.“

(c) J. A. Ickstadt de cauſis Religionis a jure Suffragiorum majorum in Comitiis Imp. exemtis, *Wirceb.* 1738.

(d) E. C. Westphal Progr. de jure ſingulorum, *Hal.* 1757. — Moser T. XLVIII. p. 268. ſqq.

(e) F. M. Schueching Diſſ. de cauſis, in quibus Status Imperii ut unum Corpus conſiderari nequeunt, *Ingolſt.* 1758.

(f) J. J. Rieffel von dem Reichstagsrechte in Theile zu gehen, in ſ. krit. Staatsbetr. Th. II. (1770.) S. 88.

(g) S. *Sacra libertatis anchora*, i. e. *Analyſis* §phi 52. art. 5. I. P. O. ubi agitur de pluralitate votorum, in quibus cauſis non ſit attendenda? *Ratisb.* 1720. Fol. in Moſers Staatsr. T. XLVIII. p. 381. ſqq.

§. CXXXVI.

Von dem Misbrauche des reichstäglichen Rechtes in Theile zu gehen.

Daß durch eine allzuweite Ausdehnung (a) und daher in vielem Betracht leicht überhand nehmenden Misbrauche dieſer, zwar (an ſich ſelbſt und in ihren Schranken betrachtet) gar fürtreflichen und ſtattlichen Rechtswohlthat deutſcher Reichsſtände (ſich in beide Religionstheile trennen zu dürfen) die Aufrechhaltung des geſammten deutſchen Reichsſiſtems allmälig ſehr bedenklichen und immer mehreren ſo mislichen als unausbleiblichen Folgen ausgeſetzt werde (b), iſt eine Wahrheit, die bereits nicht nur von katholiſchen, ſondern auch den freimüthigſten proteſtantiſchen Schriftſtellern (c) öffentlich anerkannt und aus unumſtößlichen Gründen bis zur gänzlichen Ueberzeugung dargethan worden (d).

(a) So geſchieht z. B. von Moſer, Pütter, und Andern ſolche Ausdähnung ſogar auf alle und jede politiſchen Fälle, wo weder Religion noch Jura Singulorum eintreten, dergeſtalt, als ob es einem Religionstheile jedesmal, ohne Unterſchied deren ſonſt durch die Mehrheit der Stimmen zu beſchlieſſenden Reichstagshändel, frei ſtehe, blos mittels erklärter Geſamtmeinung (Voti communis) wider den andern Religionstheil auf eine Seite zuſammen zu treten, und ſo fort in der Sache anders nichts als eine gemeinſamene gütliche Handlung zuzulaſſen. ſ. Pütteri Inſtit. jur. publ. Germ. (*Gœtt.* 1782.) §. 177. ſqq. — J. W. von Steck von dem Rechte des evangeliſchen Reichstheils, ſich der Mehrheit der Stimmen entgegen zu ſtellen, in ſ. Ausführungen, (Berlin 1776. 8.) S. 1-42.

(b) Man wage es nur einmal in einer ſo allgemeinen, nicht allein das Kabinets- und Staatsintereſſe höchſter und hoher Herren Kur und Fürſten und übriger Stände, ſondern zugleich die zeitliche Wohlfart und den Privatvortheil aller Ihrer untergebenen Land und Leute, mithin auch das Glück und Unglück eines jeden einzelnen ſowohl mittel- als unmittelbaren Reichsunterthanen betreffenden hochwichtigen Angelegenheit,

einige Verſuche anzuſtellen; ſo wird es nicht ſchwer fallen, ſich vollends zu überzeugen, daß aus dem allzuöftern Gebrauch oder Misbrauch dieſes Rechtes, nicht allein katholiſchen, ſondern auch beſonders mindermächtigen proteſtantiſchen Reichsſtänden, in Rückſicht auf deren politiſches Intereſſe, ſo viel vorgeſehenes als unvorgeſehenes Ungemach, faſt nothwendig zuflieſſen, ſo wie endlich das gute Vernehmen und wechſelſeitiges Zutrauen zwiſchen beiden Religionsverwandten, Ständen darunter immer heftiger leiden müſſe; K. v. K. (G. G. König von Königsthal) evangeliſch gemeinte Gedanken über das jus eundi in partes, (Frf. und Leipz. 1765.) §. 49.

(c) W. F. de Beulwitz Diſſ. de nimia extenſione jurium ſingularium, ſive caſuum, ubi Status I. R. G. tanquam unum Corpus conſiderari nequeunt, occaſione art. V. §. 52. I. P. O. *Lipſ.* 1748. — *Item:* König von Königsthal evangeliſch gemeinte Gedanken ꝛc.

(d) Zu weiterer Kenntniß derjenigen vorgeblichen Rechte welche nebſt der unbeſchränkteſten Freiheit in Theile zu gehen, ſich der proteſtantiſche Reichstheil noch beſonders anmaaſſet, gehören vorzüglich folgende Streitſchriften: J. J. Moſers Verbindung der evangeliſchen Reichsgerichtsbeiſitzer an die Schlüſſe des Corporis evangelicorum, Frf. und Leipz. 1775. — (J. P. Steinhäuſer) Replik auf Moſers Abh. von Verbindung der evangel. Reichsgerichtsbeiſitzer an die Schlüſſe des Corp. evangel. Frf. und Leipz. (Salzb.) 1776. — Moſers nochmals befeſtigte Verbind. oder Anmerkungen über eine zum Vorſchein gekommene Replik ꝛc. ſammt Anhang, Frf. und Leipz. 1777. — J. C. Koenig de modo & *jure intercedendi* Corporis evangelicorum tam in cauſis religionis quam politicis, *Marb.* 1746. — J. J. Sünderrmahler de jure agendi (*intercedendi*) in cauſis religionis non cuivis permiſſo. ad art. I. §. 11. *Capit. Cæſ. Vienn.* 1759. — J. J. Moſer von der evangeliſchen Reichsſtände Vertretungsrechte ihrer Glaubensgenoſſen, Regensb. 1772. — J. F. G. Hackii Diſſ. de jure eundi in partes in negotiis circularibus locum non tenente, *Bamb.* 1773. — Wichtige Frage: ob in dem Geſchäfte Declarationis Banni Imperii, eine Itio in partes Platz greiffe? 1759. Fol. — H. G. Franke Diſſ. de jure ſingulorum controverſo *Lipſ.* 1755.

§. CXXXVII.

§. CXXXVII.

Von hergebrachter Ausübungsart des reichsſtändiſchen Rechtes in Theile zu gehen.

Wo es nun ſolchergeſtalt vorderſamſt auf dem 52. §. V. Art. des O. F. J. beruht, daß bei dem allgemeinen Reichstage die katholiſchen und proteſtantiſchen Stände, in Anſehung beider Religionen, ſich in zween verſchiedenen Reichstheile (nicht Reichskörper) (a) von einander abſondern, davon katholiſcher Seits Kurmainz ſo, wie proteſtantiſcher Seits Kurſachſen das Direktorium hat (b), auch jeder Theil ſeine beſondere Konferenzen hält (c); beide aber ihre Schlüſſe in Religionsſachen, einander durch die Direktorien kommuniziren, und alſo dieſe beiderſeitigen Konferenzen ſelbſt, gegen einander oder eine zu der andern Wechſelweiſe traktiren (d); ſo beſteht die, auf dem Reichstage hergebrachte Art in Theile zu gehen, eigentlich darin, daß ein Religionstheil die dieſerhalben dem Gegentheile gemeinſchaftlich zu machende Erklärung oder ſeine Geſammtmeinung (votum commune) (e) in vorheriger Konferenz förmlich abfaſſet, dieſelbe ſo fort durch ſeinen Direktor (Kurmainz oder Kurſachſen) in dem kurfürſtl. Senat, und durch ſeinen Bankvorſitzenden (Salzburg oder Magdeburg) im Fürſtenrath, behörig zum Protokoll giebt; nach welchem Vorgang, (in wie fern derſelbe als zweck- und geſetzmäßig anzuſehen) die wirkliche Trennung in Theile vollbracht iſt, wobei zwar der Kaiſer die Stelle eines Mittlers vertreten (f), aber nichts entſcheiden kann; ſo, daß allenfalls der wider die Mehrheit der Stimmen proteſtirende Theil, ſo lange den Vortheil behält, als alle gütliche Handlung fruchtlos bleibet (g). Auch iſt dieſes nicht nur von den Berathſchlagungen des Reichs im Ganzen, ſondern auch von jeden einzelnen kollegialiſchen Rathspflegungen der Stände beiderlei Religionen untereinander zu verſtehen (h).

(a)

(a) Die Regularität des römiſch-deutſchen Reiches leidet unter einem einzigen höchſten Haupte keinen zweenfachen wohl aber einen einzelnen, aus katholiſchen und proteſtantiſchen Ständen zuſammengeſetzten Staatskörper. — Was die im J. 1720. über das Wort Corpus Evang. entſtandene Streitigkeiten belangt? ſ. in Hoffmanns Vorſtellung der Religionsbeſchwerden, C. II. p. 396. ſqq. — Moſers Staatsr. T. X. p. 7. ſqq. — Fabers Staatskanzlei T. 38. p. 658. — F. L. Carove (G. C. Neller) de origine, progreſſu & juribus Corporis Evangelicorum, *Trev.* 1753.

(b) J. D. Aepinus de Directorio Corporis Evangelicorum, *Roſt.* 1757. — Lünigs Grundfeſte Europ. Potenz. Gerechtſ. Th. I. S. 233. u. f. — Electa jur. publ. T. I. p. 612. — Henniges ad I. P. O. Spec. VIII. mantiſſ. 4.

(c) Gemeiniglich im fürſtl. Nebenzimmer, auch wohl (proteſtantiſcher Seits) in der Behauſung des kurſächſiſchen Direktorialgeſandten, mittels Deſſelben jedesmaliger Anſage bei vorkommendem Nothfalle; jedoch ohne Zuziehung der Legationsſekretären, und auſſer allem Ceremoniel. Trever de Comitiis Corporis Evang, *Lipſ.* 1727.

(d) S. Concluſum de a. 1720. in Fabers Staatskanzl. T. 37. p. 540.

(e) G. D. Hoffmann de voto evangelicorum communi, *Gieſſ.* 1740. — ſ. Moſer T. XLVIII. p. 390. ſqq.

(f) Moſers Staatsr. T. XLVII. p. 115.

(g) S. deutſche Kriegskanzlei, (1759.) Th. I. S. 582.

(h) J. J. Sündermahler Diſſ. de modo agendi in cauſis, in quibus Status in duas partes eunt, ſecundum leges & formam Imperii conſiderato, *Wirceb.* 1768.

V. Abſchnitt.

1. Begriff und Abſicht der ſogenannten Reichsdeputationen insgemein;
2. Inſonderheit der ordentlichen;
3. Der auſſerordentlichen;
4. Beſondere Verſammlungen einzelner Klaſſen der Reichsſtände.

---

§. CXXXVIII.

§. CXXXVIII.

Von feierlichen Reichsdeputationskonventen insgemein.

In dem großen Umfange von Reichstagsgeſchäften, die der Kaiſer nicht anders als mit Zuthun der Stände berichtigen kann, giebt es verſchiedene, wozu der geſammte Reichskörper bei einer ſo großen Anzahl von Gliedern, entweder gar nicht oder doch wenigſtens ſehr unbequemlich und nicht ohne merklichen höchſtnachtheiligen Aufenthalt der Sachen, ſelbſt unmittelbar konkurriren kann; woher ſolche zu verhandelnden Reichstagsgeſchäfte, ihrer Natur und Beförderung wegen, in einen engern Kreis von gewiſſen dazu bevollmächtigten Ständen gezogen werden müſſen, welche in der Eigenſchaft eines ſogenannten Reichsausſchuſſes (a) oder einer Reichsdeputation, im Namen aller übrigen Mitſtände, die hierin erforderlichen Reichsſchlüſſe, mit dem Kaiſer zu Stande bringen ſollen. Derlei ſogenannte Reichsdeputationskonvente, ſind nun ſolchergeſtalt ihrer Natur und Wirkung nach, von den allgemeinen Reichsverſammlungen eigentlich nicht viel unterſchieden; daher ſie auch Comitia particularia genannt werden (b). Hingegen haben ſie zu ihrer unmittelbaren Abſicht, damit die, über gewiſſe auſſerordentliche Reichsangelegenheiten anzuſtellenden Verhandlungen, mit ungleich weniger Weitläuftigkeit und deſto mehrerer Schnellkraft, ohne Anſtand vollzogen werden (c).

(a) R. A. 1548. §. 95. — 1570. §§. 110. 111. — J. Hagemeier von Reichsausſchüſſen und Deputationen, Nürnb. 1691. Fol.

(b) ſ. Weſtph. Fr. Handl. Th. IV. S. 127. 150.

(c) Anonimi obſerv. von Reichsdeputationsſachen, in Electis jur. publ. T. III. p. 91. ſqq. — T. IV. p. 474. ſqq.

§. CXXXIX.

Von ordentlichen Reichsdeputationen insbeſondere.

Derlei Reichsdeputationen ſind nun aber den Geſetzen gemäs, in die ordentlichen und auſſerordentlichen zu unterſcheiden. Jene finden ihren Urſprung in dem R. A. vom J. 1555. §. 65. wo dem Kurfürſten zu Mainz allererſt der Auftrag geſchieht, in beſorglichen Empörungen und nothdringenden Fällen, eine ordentliche Reichsdeputation im Namen des Kaiſers auszuſchreiben, die aus den Kurfürſten und einer gewiſſer Anzahl Fürſten und anderer Stände beſtehen, auch mit einem Kaiſerlichen Kommiſſar beſchickt werden ſollte; um eben das ohne Anſtand zu verfügen, was

ſonſt für das ganze verſammelte Reich ordentlicher Weiſe gehört hätte (a). Bei ſolchen Reichsdeputationen führt **Kurmainz** ſowohl im Ganzen als beſonders unter den Kurfürſten (die auch hier ihren abgeſonderten Rath halten) das **Direktorium**; welches bei den übrigen Ständen, die ſich hier weiter nicht von einander trennen, von **Oeſterreich** geführt wird. Ueber die einzelnen Schlüſſe der Kurfürſten und übriger deputirten Stände, wird nun auch unter Ihnen re- und korreferirt, ſodann ein **Reichsdeputationsgutachten** abgefaſſet, und der kaiſerlichen Genehmigung anheimgeſtellt; bis zuletzt mit einem **Deputationsabſchiede** der Schluß gemacht werden kann. Uebrigens iſt auch hier die völlige **Religionsgleichheit** nach Maasgab des W. F. eingeführt (b); wodurch aber ſo, wie nicht weniger durch vielerlei unter den Kurfürſten vorgefallenen Veränderungen, allmälig eine Menge Schwierigkeiten entſtanden (c); daß daher ſeit der letztern vom J. 1657. bis 1662. gehaltenen **ordentlichen Deputation**, ungeachtet der noch heut dahin abzweckenden **Reichsgeſetze** (d), bis heran um ſo weniger eine neue hat zu Stande gebracht werden mögen, als überflüſſiger auch ſolche bei dem, nunmehr über ein ganzes Jahrhundert fortwährenden Reichstage, geweſen ſeyn würde (e).

(a) R. A. 1559. §§. 49. und 50. — D. A. 1564. 1571. und 1600. in der Samml. der R. A. Th. III. S. 341. 471. ſqq. — de Henniges ad J. P. O. p. 744. — **Moſers** D. Staatsr. T. 50. p. 353. ſqq.
(b) O. F. J. Art. V. §. 51.
(c) J. R. A. 1654. §§. 191. und 194.
(d) **Kaiſerl. Wahlk.** Art. XII. §. 6. & 7.
(e) A. Fritsch de Conventibus Deputatorum ordinariis, *Frf.* 1680.

§. CXL.

Von auſſerordentlichen Reichsdeputationen.

Auſſerordentliche Reichsdeputationskonvente heißen eigentlich alle und jede in keinem **Reichsgeſetze** beſonders angeordneten blos zufälligen Verſammlungen einiger im Namen des geſammten Reichs bevollmächtigter Stände; es ſey nun **auf dem Reichstage** ſelbſt, als zu Unterſuchung und Erörterung gewiſſer Geſchäfte, wie dann auf ſolche Art zum Münzweſen, zu Rechnungen, oder auch zu gewiſſen Kurialien, gemeiniglich **Deputirte** ernannt werden; oder es können auch **auſſerhalb Reichstages** dergleichen Deputationen ergehen, als zu Friedenshandlungen (a), **Kammergerichtsviſi-**

viſitationen (b), u. d. g. Wobei hingegen zu merken, daß derlei deputirten Stände nicht mehr als ein einzelnes Kollegium formiren, dem auch, nach geſtalt der Sache, ein kaiſerlicher Kommiſſarius beiwohnet, der alsdann an dem Hauptwerke des Geſchäfts, den meiſten Antheil zu nehmen hat (c). Uebrigens iſt nach gleicher Maaßgabe des W. F. (d) auch dahier die Religionsgleichheit genau zu beobachten (e).

(a) B. G. Struvs Disk. von der Reichsdeputation zu Friedensſchlüſſen, vor ſ. Hiſt. der Raſtädtiſchen Friedensh. Jena, 1714. — Auch ſehe man ſ. politiſches Archiv Th. II. S. 1.

(b) Kaiſerl. Wahlk. Art. XVII. §. 3. ſqq. — G. D. Hoffmann utrum jus Comitum ad Deputationes Imperii & Viſitationes camerales extraordinarias perſonale ſit aut collegiale? *Tüb.* 1776.

(c) S. Pfeffinger ad Vitr. T. IV. p. 39. ſqq.

(d) O. F. J. Art. V. §. 51. — G. D. Hoffmann Diſſ. de jure Corporis evangelicorum, ſuæ religionis Deputatos Imperiales ſeorſim eligendi *Tüb.* 1775.

(e) S. Concluſa Corporis evangelicorum d. 4. Nov. 1664. & 6. Dec. 1710. in Schauroths Sammlung, Th. I. S. 329. ſqq.

§. CXLI.

Von abſonderlichen Verſammlungen einzelner Klaſſen der Reichsſtände.

Gleichwie vermöge der kaiſerl. Wahlk. (a) ſämmtliche Reichsſtände berechtiget ſind, „in- und auſſerhalb der Reichstage, ſo oft es die Noth und ihr Intereſſe erfodert, entweder circulariter oder collegialiter, oder ſonſten ungehindert männiglichen zuſammen zu kommen, und ihre Angelegenheiten zu beobachten;" Alſo gelobet der Kaiſ. (b) vorzüglich den Kurfürſten, zuzulaſſen „daß Dieſelben, auch ohne ſein Vorwiſſen je zu Zeiten, vermöge der G. B. (c) und kurfürſtlichen Vereinigung (d), zu ihrer Nothdurft zuſammen kommen mögen, dieſelbe zu bedenken und zu berathſchlagen, ohne Sie darin zu verhindern, noch zu irren, auch derohalben keine Ungnade oder Widerwillen gegen Ihnen ſämmtlich oder ſonderlich zu ſchöpfen" (e). Uebrigens gehört von den altfürſtlichen Häuſer die Offenbacher Verſammlung vom J. 1741. und von den altgräflichen der feierliche Grafentag (f) zu Oehringen vom J. 1719. (g) hieher; wo hingegen die ehemals ſehr gewöhnlichen ſowohl ordentlichen als auſſerordentlichen Zuſammenkünfte der Reichsſtädte (h) auſſer

dem Reichstage, ſchon ſeit dem J. 1678. gänzlich unterlaſſen worden ſind.

(a) Art. XII. §. 10.
(b) In ſ. Wahlk. Art. III. §. 12. und 13.
(c) Cap. XII. §. 1. ſqq.
(d) J. Horix de Unione electorali; in Hartlebens Theſauro, P. I. p. 203.
(e) E. F. de Herzberg Diſſ. de Comitiis atque Unionibus Electoralibus, *Hal.* 1745.
(f) A. Fritsch de Diætis Comitum Imperii, *Jen.* 1690. (in Opuſc. T. I. p. 1021.)
(g) Die Nachricht, mit was Ceremonien der Gräflich-Starenbergiſche Abgeſandte damals in das fränkiſche Grafenkollegium introduzirt worden; ſteht in Lünigs Reichsarchiv, S. 184.
(h) P. J. Lautz Diſſ. de Conventibus Civitatum imperialium, *Argent.* 1721.

VI. Abſchnitt.

1. Urſprung und Zweck der feierlichen Landtage in den Fürſtenthümer Deutſchlandes;
2. Innere Verfaſſung deutſcher Landtage insgemein;
3. Reichsgeſetzmäßiges Verhältniß der Landesherrlichen Gewalt zu dem Anſehen einer gemeinen Lannſchaftsverſammlung;
4. Begriff von Landesdeputationen.

§. CXLII.

Vom Urſprung und Zweck der feierlichen Landtage in den Fürſtenthümer Deutſchlandes.

Haben in den meiſten beſonders fürſtlichen Provinzen Deutſchlandes, die Landſäßigen Prälaten, Ritter und Städte, als eigentliche Repräſentanten einer gemeinen Landſchaft, ungefähr zu gleicher Zeit mit dem Urſprunge der Landeshoheit, faſt eben ſolchen Antheil an dem Landesregiment, wie die Reichsſtände an der allgemeinen Reichsregierung erlangt (a); ſo muſten jene ſchon von dieſer Zeit an, in wichtigern Landesgeſchäften von den Landesherren eben ſo, wie dieſe in hohen Reichsregierungsſachen von dem Kaiſer, zu Rath gezogen und zu dieſem Ende wenigſtens jährlich einmal oder zu gewiſſen Zeiten und ſo oft es die Nothdurft erhieſſe, feierlich zuſammen berufen werden (b), um

um in allgemeiner Verſammlung den **Vortrag des Fürſten** zu vernehmen, darüber mit Demſelben, zum Landesbeſten, gemeinſamen Rath zu pflegen, und beſonders die, von dem **Herrn** erfoderten Steuren ordentlich zu bewilligen (c). Wir erſehen daher den eigentlichen Urſprung und den noch immer fortdaurenden Zweck der heutigen ſogenannten **Landtage** (d); die jedoch in einigen oder denjenigen Provinzen Deutſchlandes ſchon lange unterbleiben, wo mittels dem Wuchſe der Landesherrlichen Uebermacht, die **Landſtände** gar abgekommen, und die **Landeshoheit** gewiſſermaaßen faſt monarchiſch ausgeübet wird (e).

(a) S. oben §. CXIV.

(b) Das Recht, einen **Landtag zu beſchreiben**, iſt daher noch heut zu Tage, der **Landeshoheit** allgemein vorbehalten; und dürfen die Landſtände ohne Vorwiſſen und Bewilligung des Landesfürſten, um ſo weniger dergleichen **Konvente** eigenmächtig halten oder anſtellen, als ausdrücklicher ihnen ſolches unterſagt iſt in der kaiſerl. Wahlk. Art. XV. §. 3. — J. J. **Moſer** von deutſcher Landſtände Konventen ohne Landesherrliche Bewilligung, in ſ. **Nebenſt.** Th. VI. (1758.) S. 876.

(c) Bei derlei Bewilligungen pflegen ſich die Landesherren auch wohl dahin zu reverſiren: „ſolche Bewilligung nicht nur zu ſonderm Wohlgefallen und Gnaden der Landſchaft zu erkennen und zu vermerken; ſondern auch dagegen gnädiglich verſichern, daß ihnen den getreuen Ständen und ihren Nachkommen, an ihren Freiheiten, Rechten und alten Herkommen, diesfalls alles ohne Nachtheil und Schaden ſeyn ſolle." — ſ. des Grafen von **Khevenhüller** Annal. Ferd. T. X. p. 354. — Electa jur. publ. T. VII. p. 576-579.

(d) J. T. von **Flieſſenhauſen** (M. **Fliesbach**) gründlicher Bericht von Landtagen, ſammt derſelben Urſprung und Nutzen; auch von wem, wann, wo, wie und warum ſolche gehalten werden? 1692. 4. — F. v. PESTEL D. ff. de Comitiis provincialibus, *Rint.* 1732. — C. G. BUDER de Comitiis provincialibus olim ſub dio habitis, in ſ. *Amœnit. jur. publ.* (*Jen.* 1743. 8.) p. 176. ſqq.

(e) Beiſpiele davon geben vorderſamſt die Kurfürſtenthümer **Mainz, Pfalz** und **Brandenburg**. — Von kurkölniſchen Landſtänden ſ. **Pütters** auserl. Rechtsfälle, (1771.) B. 2. Th. 3. S. 669. Th. 4. S. 1035.

§. CXLIII.

§. CXLIII.

Von innerer Verfaſſung deutſcher Landtage und deren Berathſchlagungsart.

Die feierlichen Landſchaftsverſammlungen in den Fürſtenthümer Deutſchlandes haben, im Kleinen betrachtet, ſehr viel ähnliches mit der innern Verfaſſung eines allgemeinen deutſchen Reichstages. So ſind nämlich die verſammelten Landſtände nach Verſchiedenheit ihrer abſonderlichen Klaſſen, in ſo viele Kollegien unter eigenen Direktorien abgetheilt, und ſammt ihren Syndiken, gemeiniglich in eben ſo manchen dazu beſtimmten Zimmern abgeſondert; wo ſie über die Landesbeſchwerden und feierlich gethane Propoſition des Landesherrn ſich vorläufig berathſchlagen, und nachher unter ſich zuſammen re- und korreferiren, dann ſo fort dem fürſtlichen Kabinet ihre gemeinſame Gutachten und gehorſamſte Vorſtellungen zufertigen; und ſolchergeſtalt mit dem Landesherrn ſo lange traktiren, bis ſie mit Demſelben einen Schluß zu Stande gebracht haben; der alsdann in einen förmlichen Abſchied verfaßt wird. Uebrigens ſind die Verfaſſungen deutſcher Landtage nach den verſchiedenſten Territorialverfaſſungen Deutſchlandes eben ſo unterſchiedlich; daß es daher keine allgemeine Regel giebt: ob und wie der Landesherr und Deſſen Kommiſſar dabei erſcheine; wie jeder ſeinen Sitz nehme; wer den Vortrag thue; wie Protokoll geführet, wie geſchloſſen werde; und was ſonſt für Kurialien dabei hergebracht ſeyen (a).

(a) J. N. Hert de Conſultationibus, Legibus & judiciis in ſpecialibus Imperii R. G. Rebuspublicis, *Gieſſ.* 1686. — von Cramer ob ein Domkapitular, wenn er in Capitulo cathedrali ſein Votum in Landtagsſachen abgelegt, hernach auch ſein Votum in einem andern Collegio geben könne? in ſ. Nebenſt. Th. 19. S. 54. — F. A. von Rudloff über die Zuläßigkeit oder Unzuläßigkeit landesherrlicher Bedienten bei Landſtändiſchen Verſammlungen, Schwerin, 1774. — J. J. von Moſer von Landſtändiſchen Sigillen, in ſ. Nebenſt. Th. IV. (Frf. und Leipz. 1757.) S. 568.

§. CXLIV.

§. CXLIV.

Von reichskonſtitutionsmäßigem Verhältniſſe der landesherrlichen Gewalt zu dem Anſehen einer gemeinen Landſchaftsverſammlung.

Es mögen nun die verſammelten Landſtände nach ihrem beſondern grundverfaſſungsmäßigen Verhältniſſe zu dem Landesherrn (a), entweder gar geringen oder auch noch ſo großen Antheil an der wirklichen Landesregierung, und ſolchergeſtalt das ausgezeichendſte Anſehen haben; ſo iſt daſſelbe doch übrigens, vermöge der kaiſerl. Wahlk. in ſolche zielſetzliche Maaß allgemein eingeſchränket, daß des Kaiſers Majeſtät den Landſtänden überhaupt keines Weges geſtatten darf: „Die Dispoſition über die Landſteuer, deren Empfang, Ausgab und Rechnungsrezeſſirung mit Ausſchließung des Landesherrn, privative vor- und an ſich zu ziehen, oder in dergleichen und andern Sachen, ohne des Landesfürſten Vorwiſſen und Bewilligung, Konventen anzuſtellen (b); noch auch unziemliche Verbindniſſen, Verſtrickung und Zuſammenthuung gegen den Landesherrn vorzunehmen" (c); widrigenfalls erlaubet der Kaiſer den Landesherren ausdrücklich: „ſich nach Verordnung der Reichskonſtitutionen, bei ihren hergebrachten und habenden Landesfürſtlichen und Herrlichen juribus ſelbſten, auch allenfalls mit Beiſtand der benachbarten Reichsſtände, wider ihre Unterthanen (weſſen Standes oder Würde ſie ſeyen) zu manuteniren, und ſie zum Gehorſam zu bringen (d);" Ferner gelobet der Kaiſer: „daß wenn auch Landſtände und Unterthanen wider ihre Obrigkeit Klag führen, ſo ſolle und wolle Er, inſonderheit wo es die Landesherrliche Regalien ſowohl überhaupt, als in ſpecie die jura collectarum, armaturæ, ſequelæ, Landesdefenſion ... und dergleichen betrift, ad nudam inſtantiam ſubditorum, keine Mandata noch Protectoria ertheilen, ſondern zuvorderſt die Austräge in Acht nehmen (e); wo aber die Jurisdiction fundirt, dennoch ehe und bevor die Mandata ergehen, die beklagte Obrigkeit mit ihrem Bericht und Gegennothdurft zuvorderſt vernehmen; geſtalten bei deſſen Hinterbleibung, Ihnen (den Landesherren) verſtattet und zugelaſſen ſeyn ſolle, ſolchen Mandatis keine Parition zu leiſten; und wenn auch ſich befinden würde, daß die Landſtände billige Urſach zu klagen haben, alsdann ſolchem Prozeß ſchleunig und nur mit Beobachtung der ſubſtantialium abhelfen, immittels gleichwohl Sie (Landſtände und Unterthanen) zu ſchuldigem Gehorſam gegen die Obrigkeit anweiſen (f)."

(a)

(a) Dieſes beruht überhaupt auf unbeſchriebenen nicht minder, als beſchriebenen zwiſchen dem Landesherrn und Ständen rechtskräftig eingegangenen Verträgen; daß alſo das beſondere Herkommen ſowohl als die ſogenannten Landesvereine dahier Ziel und Maas geben.
(b) Kaiſerl. Wahlk. Art. XV. §. 3.
(c) Kaiſerl. Wahlk. Art. XV. §. 6.
(d) Kaiſerl. Wahlk. Art. XV. §. 8.
(e) Kaiſerl. Wahlk. Art. XIX. §. 6.
(f) Kaiſerl. Wahlk. Art. XIX. §. 7.

§. CLXV.

Begriff von Landesdeputationen.

Wo in einem Deutſchen Fürſtenthum eine beſtimmte Anzahl Landſtände oder deren Repräſentanten aus ihren verſchiedenen Klaſſen oder Kollegien, Namens aller übrigen Stände (oder der ganzen gemeinen Landſchaft,) ſich verſammlen, um gewiſſe ihnen aufgetragene Geſchäften, ordentlich zu beſorgen; da ergiebt ſich der eigentliche Begriff von einer **Landesdeputation**, die nach Maasgab einer gröſſern oder mindern Anzahl von **Deputirten**, in Rückſicht eines mehr oder weniger feierlichen oder wichtigen Geſchäfts, entweder ein **weiterer** oder **engerer Ausſchuß** genannt wird (a).

(a) So haben wir z. B. dahier im Kurkölniſchen, die ſo genannte **Quartalkonvention**, welche aus zween Deputirten **Ständen** jedes einzelnen **Kollegiums** und den vier **Syndiken** zu Berichtigung der Landesrechnung ſo wohl als anderer, auſſer dem gemeinen **Landtage** das Jahr hindurch eintreffenden Landesgeſchäften, ordentlich beſtellet, und ſolcher Geſtalt als ein **engerer Ausſchuß** anzuſehen iſt.

Ende des erſten Theils.

Eingeſchlichene Druckfehler.

S. 60. Zeile 12. anſtatt: zween Jahre, leſe: zwei Jahre
S. 169. Zeile 4. anſtatt: Friedrichs III. leſe: Ferdinands III

Bayerische Staatsbibliothek München

Franz Steckel
Buchbin
Höchstä

Bayerische StaatsBibliothek
Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Lomberg, Joseph Vitalian, 1742-1805

Sistematische Grundlehre des deutschen Staatsrechts

Bd.: 1. (1787).

Bonn 1787

J.publ.g. 432-1
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10560118-6
VD18 12001732-001